

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

• Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte • Erwerbstätigkeit
in Deutschland • Preise im August • Zusammensetzung und Diskrepanz
der Erbschaft- und Schenkungsteuer



9/2006

Statistisches Bundesamt

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden
• Telefon: + 49 (0) 6 11/75-20 86
• E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: + 49 (0) 70 71/93-53 50
Telefax: + 49 (0) 70 71/93-53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com
www.destatis.de/shop

Druck: Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im Oktober 2006

Einzelpreis: EUR 13,75 [D]

Jahresbezugspreis: EUR 121,- [D]

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-06109-1 – ISSN 1619-2907

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11/75-24 05
- Telefax: + 49 (0) 6 11/75-33 30
- www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Inhalt		Seite
	Kurznachrichten	893
Textteil		
<i>Dr. Norbert R��th, Albert Braakmann</i>	Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2006	905
<i>Sigrid Fritsch</i>	Erwerbstätigkeit in Deutschland (Teil 1)	934
<i>Wera Krebs</i>	Preise im August 2006	947
<i>Dr. Daniel Lehmann, Oliver Treptow</i>	Zusammensetzung und Diskrepanz der Erbschaft- und Schenkungsteuer 2002	952
	Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	975
Tabellenteil		
	Inhalt	1*
	Statistische Monatszahlen	2*

Für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelte DM-Beträge wurden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro umgerechnet. Aufgrund der kaufmännischen Rundung kann es bei der Summenbildung zu geringfügigen Abweichungen kommen. Auch vor dem 1. Januar 2002 aus DM-Werten errechnete Zuwachsraten und Anteile können aus diesem Grund geringfügig von den in Euro dargestellten Werten abweichen.

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
	News in brief	893
Texts		
<i>Dr. Norbert Räth, Albert Braakmann</i>	Gross domestic product in the first half of 2006	905
<i>Sigrid Fritsch</i>	Employment in Germany (Part 1)	934
<i>Wera Krebs</i>	Prices in August 2006	947
<i>Dr. Daniel Lehmann, Oliver Treptow</i>	Composition of and discrepancy in the inheritance and gift tax, 2002	952
	List of the contributions published in the current year	975
Tables		
	Summary	1*
	Monthly statistical figures	2*
Table des matières		Pages
	Informations sommaires	893
Textes		
<i>Dr. Norbert Räth, Albert Braakmann</i>	Produit intérieur brut au premier semestre de 2006	905
<i>Sigrid Fritsch</i>	Emploi en Allemagne (Partie 1)	934
<i>Wera Krebs</i>	Prix en août 2006	947
<i>Dr. Daniel Lehmann, Oliver Treptow</i>	Composition et divergence des impôts sur les successions et sur les donations, 2002	952
	Liste des contributions publiées dans l'année en cours	975
Tableaux		
	Résumé	1*
	Chiffres statistiques mensuels	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the „früheres Bundesgebiet“ relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the „neue Länder und Berlin-Ost“ relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen as well as to Berlin-Ost.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour „früheres Bundesgebiet“ se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-West y est inclus. Les données pour les „neue Länder und Berlin-Ost“ se réfèrent aux Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen ainsi qu'à Berlin-Ost.

Kurznachrichten

In eigener Sache

i-Punkt Berlin zum fünften Mal beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung

Am Wochenende des 26. und 27. August 2006 hatte die Bundesregierung die Bürgerinnen und Bürger wieder zum Staatsbesuch eingeladen: Das Bundeskanzleramt, das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung sowie alle Bundesministerien hatten von 10 bis 18 Uhr ihre Türen geöffnet. Mehr als 150 000 Besucher nutzten die Möglichkeit, einmal als Staatsgast hinter die Kulissen der Politik zu blicken.

Der i-Punkt Berlin war zum fünften Mal als Repräsentant des Statistischen Bundesamtes mit einem Informationsstand im Bundesministerium des Innern vertreten und zählt damit zum bewährten Stamm der Aussteller. Nach den Führungen durch das Gebäude nahmen sich viele der rund 6 000 Besucher des Bundesministeriums des Innern die Zeit, am Stand des i-Punkt Berlin Informationen über die deutsche und europäische Statistik zu erhalten. Besonderes Interesse galt der CD-ROM „Fakten über Deutschland“, die eine Vielzahl aktueller Ergebnisse über die Lebensverhältnisse und die wirtschaftliche und ökologische Entwicklung in Deutschland aus dem Veröffentlichungsprogramm des Statistischen Bundesamtes enthält. Online-Vorführungen am PC stellten Interessenten das Internetangebot der amtlichen Statistik vor.

Wie in den Vorjahren bot die Veranstaltung eine willkommene Gelegenheit, das Statistische Bundesamt einem brei-

ten Publikum in der Hauptstadt als modernen Informationsdienstleister vorzustellen.

Botschafterkonferenz im Auswärtigen Amt

Vom 4. bis 7. September 2006 fand im Auswärtigen Amt in Berlin die 6. Botschafterkonferenz der Leiter und Leiterinnen der 226 deutschen Auslandsvertretungen statt. Für das Statistische Bundesamt war der i-Punkt Berlin zum zweiten Mal mit einem Informationsstand bei dieser Veranstaltung vertreten.

Die Botschafterkonferenz findet seit Ende der 1990er-Jahre in unregelmäßigen Abständen im Auswärtigen Amt statt und bietet ein Forum des Erfahrungsaustausches und Dialogs zwischen der Leitung des Auswärtigen Amtes, den Repräsentanten der Auslandsvertretungen, öffentlicher Institutionen, der Privatwirtschaft sowie von Stiftungen und Verbänden. Im Mittelpunkt der diesjährigen Botschafterkonferenz stand thematisch die Zukunft Europas sowie die europapolitische Kursbestimmung im Vorfeld der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007. Ferner bildete die Außenwirtschaftsförderung einen Konferenzschwerpunkt. Aus diesem Anlass fand im Rahmen der Botschafterkonferenz am 5. September ein Wirtschaftstag mit verschiedenen Regionalforen unter Beteiligung von mehr als 700 Unternehmensvertretern statt.

Zahlreiche Auslandsvertreter und Repräsentanten der Wirtschaft sowie von Stiftungen und Verbänden besuchten den Informationsstand des Statistischen Bundesamtes, um sich über das Angebot an deutschen, europäischen und inter-

nationalen Statistiken zu informieren und Fragen zu den Außenwirtschaftsstatistiken und zur internationalen Wirtschaftsentwicklung zu diskutieren. Neben Themen wie dem bilateralen Warenverkehr zwischen Deutschland und wichtigen Partnerländern standen vor allem Anfragen zum internationalen Datenangebot der amtlichen Statistik, zu statistischen Länderprofilen sowie zur Verfügbarkeit von Online-Veröffentlichungen im Mittelpunkt.

Die Teilnahme des Statistischen Bundesamtes an der Botschafterkonferenz bot die Gelegenheit, die amtliche Statistik als kompetenten und verlässlichen Produzenten politikrelevanter Daten und als modernen Informationsdienstleister zu präsentieren.

Aus dem Inland

Intensive Vorbereitung des registergestützten Zensus beginnt

Mit dem Kabinettsbeschluss vom 29. August 2006 hat die Bundesregierung die Grundsatzentscheidung getroffen, dass sich Deutschland an der kommenden EU-weiten Zensusrunde 2010/2011 mit einem registergestützten Verfahren beteiligen wird. Damit beginnt für die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder die nächste Vorbereitungsphase für einen registergestützten Zensus, der in den kommenden Jahren ein zentrales Projekt der amtlichen Statistik sein wird. Die Erhebung heißt registergestützt, da sie im Unterschied zu einer traditionellen Volkszählung vorrangig Daten vorhandener Verwaltungsregister nutzen wird.

Ziel des Zensus ist es, verlässliche Zahlen zur Bevölkerung in Deutschland und deren Arbeits- und Wohnverhältnissen zu gewinnen. Diese Eckdaten werden außerdem eine Vielzahl von Statistiken, wie zum Beispiel die Bevölkerungsfortschreibung oder den Mikrozensus, auf eine neue Grundlage stellen. Im Unterschied zu früheren Volkszählungen erfolgt keine traditionelle Erhebung, bei der alle Einwohner befragt werden. Das Verfahren des registergestützten Zensus nutzt stattdessen hauptsächlich Verwaltungsregister – vor allem die der Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit. Daneben werden Informationen über Gebäude und Wohnungen, über die es keine flächendeckenden Verwaltungsdaten gibt, postalisch bei den Gebäude- und Wohnungseigentümern erfragt. Ergänzende Stichproben ermitteln per Interviews beispielsweise Daten zu Ausbildung und Bildung, die ebenfalls nicht in den Verwaltungsunterlagen vorliegen. Bei allem geht es nicht um die individuellen Lebensverhältnisse der einzelnen Bürgerinnen und Bürger. Vielmehr sollen – bei strikter Wahrung des Statistikgeheimnisses – Strukturdaten ermittelt werden.

Die amtliche Statistik hat diese Methode in den Jahren 2001 bis 2003 getestet (siehe die entsprechenden Beiträge in WiSta 8/2004, S. 813 ff., WiSta 9/2004, S. 979 ff., WiSta 11/2004, S. 1245 ff., 1256ff.). Das Verfahren des registergestützten Zensus wird zu ebenso belastbaren Ergebnissen führen wie eine traditionelle Volkszählung. Zugleich werden

die Bürgerinnen und Bürger weniger belastet, da nur ein Teil der Einwohner befragt wird; darüber hinaus werden für den registergestützten Zensus deutlich geringere Kosten anfallen.

Ab sofort informiert das Statistische Bundesamt in seinem Internetangebot unter der Adresse <http://www.destatis.de/zensus> über den registergestützten Zensus.

Weitere Auskünfte erteilt

Bernd Stürmer, Telefon 06 11/75-28 47,

E-Mail: bernd.stuermer@destatis.de.

Erste EVS-Nutzerkonferenz

Am 19. und 20. Oktober 2006 findet in Mannheim erstmalig eine Nutzerkonferenz zu den Möglichkeiten der Forschung mit Mikrodaten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) statt.

Alle fünf Jahre werden private Haushalte in Deutschland im Rahmen der EVS zu ihren Einnahmen und Ausgaben, zur Vermögensbildung, zur Ausstattung mit Gebrauchsgütern und zur Wohnsituation befragt. 2003 fand die EVS nach den Erhebungen der Jahre 1962/63, 1969, 1973, 1978, 1983, 1988, 1993 und 1998 zum neunten Mal statt. Im Jahr 2008 wird die EVS zum zehnten Mal durchgeführt. Infolge des großen Erhebungsumfangs von rund 60 000 Haushalten ist die EVS in besonderem Maße geeignet, die Einkommenssituation, den Lebensstandard und die Verbrauchsverhältnisse der Gesamtbevölkerung und ihrer verschiedenen Gruppen abzubilden. Die Daten der EVS sind wichtig für die Sozial-, Steuer- und Familienpolitik sowie für Armuts- und Reichtumsuntersuchungen.

Die Daten aller Jahrgänge der EVS werden in diesem Jahr erstmals vollständig als Mikrodaten für die Forschung in den empirischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften verfügbar sein (siehe auch den folgenden Beitrag). Sie stellen ein einzigartiges Potenzial zur Beschreibung und Untersuchung verschiedener Sachverhalte dar, insbesondere eignen sie sich zur Untersuchung des sozialen Wandels in Deutschland und zur Beschreibung sozialer Unterschiede.

Im Zentrum der ersten Nutzerkonferenz zur EVS stehen:

- die Vermittlung von Informationen über das Analysepotenzial der EVS-Mikrodaten,
- die Diskussion über neuere Forschungsergebnisse, die auf der Basis dieser Daten gewonnen wurden und
- der Erfahrungsaustausch zwischen Datennutzern und Datenproduzenten.

Die Konferenz wendet sich vornehmlich an Forscher und Wissenschaftler, die bereits mit den Mikrodaten der EVS arbeiten oder Interesse an der Arbeit mit den EVS-Daten haben.

Die EVS-Nutzerkonferenz ist eine gemeinsame Veranstaltung des Statistischen Bundesamtes und des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA).

Als Ansprechpersonen zur Konferenz stehen zur Verfügung:

- für das Statistische Bundesamt
Brigitte Demant, Telefon 0 18 88/6 44-88 50,
E-Mail: brigitte.demant@destatis.de und
Anette Stuckemeier, Telefon 0 18 88/6 44-88 00,
E-Mail: anette.stuckemeier@destatis.de,
- für das ZUMA
Georg Papastefanou, Telefon 06 21/12 46-2 78,
E-Mail: papastefanou@zuma-mannheim.de und
Christof Wolf, Telefon 06 21/12 46-1 53,
E-Mail: wolf@zuma-mannheim.de.

Weitere Informationen zu dieser Veranstaltung finden Sie auf den Internetseiten des Statistischen Bundesamtes unter http://www.destatis.de/download/d/veranst/nutzerkonferenz_evs_ankuendigung.pdf.

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 jetzt als Public-Use-File erhältlich

Im August 2006 hat das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes das absolut anonymisierte Public-Use-File der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1962/63 fertiggestellt.

Mit der Rückerschließung der EVS 1962/63 erweitert die amtliche Statistik ihr Datenangebot an historischen Einzeldaten. Neben denen der EVS 1962/63 sind bereits Einzeldaten des Mikrozensus bis in die frühen 1970er-Jahre rückerschlossen und können für wissenschaftliche Auswertungen genutzt werden. Der Nutzerkreis des absolut anonymisierten Public-Use-Files der EVS 1962/63 ist nicht auf die Wissenschaft beschränkt. Alle interessierten Einrichtungen und Personen sind zugangsberechtigt und können das Public-Use-File auf einer CD-ROM über das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes beziehen.

Die in den Daten enthaltenen Merkmale umfassen insbesondere Informationen über die Haushaltsstruktur, detaillierte Angaben zur Erwerbstätigkeit des Haushaltsvorstandes, über die Einkommensentstehung und den Besitz ausgewählter langlebiger Gebrauchs- und Konsumgüter. Nach umfangreichen Recherchearbeiten war die Zusammenstellung einer ausführlichen Dokumentation möglich. Diese umfasst neben dem Datenhandbuch, diversen Klassifikationen und Signierschlüsseln alle Fachserien wie auch sämtliche anderen Veröffentlichungen der amtlichen Statistik zur EVS 1962/63. Die zusammengestellten Metadaten sind vollständig auf der Daten-CD-ROM und ausschnittsweise im Internet unter <http://www.forschungsdatenzentrum.de/bestand/evs/puf/1962-63/index.asp> zu finden.

Neuerscheinungen

Statistisches Jahrbuch 2006

Das Statistische Jahrbuch ist der „Klassiker“ unter den Publikationen des Statistischen Bundesamtes und zugleich

das umfassendste statistische Nachschlagewerk auf dem deutschen Markt. Es besteht aus zwei Bänden: dem Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland und dem Statistischen Jahrbuch für das Ausland.

Neben der klassischen Buchausgabe in hochwertiger Verarbeitung steht mit der Ausgabe 2006 das Statistische Jahrbuch erstmals vollständig kostenlos zum Download im Internet zur Verfügung. Unter <http://www.destatis.de/jahrbuch> können Sie den Inhalt sowohl komplett als auch themenbezogen im PDF-Format herunterladen. Dieses kostenfreie Angebot löst die bislang erstellte CD-ROM ab.

Das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland informiert über demographische, ökonomische, soziale und kulturelle Verhältnisse und Entwicklungen in Deutschland. Es stellt die Entwicklung der Bevölkerung ebenso detailliert dar wie die Lage der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes, die Löhne, die Preise und die Staatsfinanzen. Angaben zum Bildungs- und Gesundheitswesen, zu kulturellen Einrichtungen und Freizeit sowie zu den Sozialleistungen und zur Umwelt vervollständigen das Bild.

In der Ausgabe 2006 des Statistischen Jahrbuchs für die Bundesrepublik Deutschland gibt es einige inhaltliche Neuerungen gegenüber dem Vorjahr: So enthält das Kapitel „Arbeitsmarkt“ mit Blick auf die aktuelle öffentliche Diskussion zum Elterngeld beispielsweise Daten zur Erwerbstätigkeit von Männern nach dem Familienstand und der Zahl der Kinder. Das Kapitel „Produzierendes Gewerbe“ bringt erstmals eine Tabelle zur Energieverwendung der Betriebe. Und das Kapitel „Finanzen und Steuern“ informiert über die Planungen der öffentlichen Haushalte für das Jahr 2006.

Das Statistische Jahrbuch für das Ausland berichtet über Strukturen und Entwicklungen fast aller Länder der Welt. Ein erster Teil enthält umfassende, zuverlässige und harmonisierte statistische Ergebnisse zur Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten; die Daten für die Eurozone werden vielfach zusätzlich ausgewiesen. Ein zweiter Teil befasst sich mit den politischen, soziodemographischen, kulturellen, wirtschaftlichen, infrastrukturellen und ökologischen Aspekten im weltweiten Vergleich. Die Ausgabe 2006 ist wieder zweisprachig in Deutsch und Englisch verfasst. Sie enthält erstmals ein Kapitel mit dem Titel „Informationsgesellschaft“.

Sie können das Statistische Jahrbuch 2006 für die Bundesrepublik Deutschland und für das Ausland als Buch im Schuber zum Preis von 84,- Euro (Bestell-Nr. 1010100-06700-1, ISBN-10: 3-8246-0771-9, ISBN-13: 978-3-8246-0771-6) erwerben. Einzelne kostet das Statistische Jahrbuch 2006 für die Bundesrepublik Deutschland 67,- Euro (Bestell-Nr. 1010110-06700-1, ISBN-10: 3-8246-0773-5, ISBN-13: 978-3-8246-0773-0) und das Statistische Jahrbuch 2006 für das Ausland 31,- Euro (Bestell-Nr. 1010120-06700-1, ISBN-10: 3-8246-0774-3, ISBN-13: 978-3-8246-0774-7). Alle Produkte sind im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/shop> zu bestellen oder im Buchhandel erhältlich.

Zahlenkompass 2006

Der „Zahlenkompass 2006“ bietet mit einer Vielzahl gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Indikatoren einen Überblick über die Lebensbedingungen in Deutschland und insbesondere die Lage der deutschen Wirtschaft.

In 29 Kapiteln werden die vier großen Themenbereiche „Land und Leute“, „Lebensbedingungen“, „Wirtschaft“ sowie „Deutschland und die Welt“ in kurzen Texten, übersichtlichen Tabellen und Grafiken anschaulich dargestellt. Die aktuelle Ausgabe wurde um Informationen zu den Arbeitskosten in Deutschland und in Europa erweitert, im Kapitel „Umwelt“ wurden Informationen zur Freisetzung wassergefährdender Stoffe und Daten zu den laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz ergänzt. Ebenfalls neu aufgenommen wurden Angaben aus der ILO-Arbeitsmarktstatistik.

Der 154 Seiten umfassende „Zahlenkompass 2006“ kann zum Preis von 6,- Euro direkt über den Statistik-Shop (<http://www.destatis.de/shop>) des Statistischen Bundesamtes oder über den Vertriebspartner (nähere Angaben siehe Impressum) bestellt werden.

Zeitgleich mit der deutschen Ausgabe ist auch die inhaltlich deckungsgleiche englische Ausgabe „Key Data on Germany 2006“ erschienen, die über dieselben Vertriebswege bezogen werden kann.

Datenreport 2006

Wie viele Menschen in Deutschland bestreiten ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit? Wie entwickelt sich hierzulande der demografische Wandel? Wie zufrieden sind die Menschen mit der Demokratie? Wie beurteilen die Deutschen ihr eigenes Leben? Antworten auf diese und viele weitere Fragen gibt der neu erschienene „Datenreport 2006“. Die nunmehr zum elften Mal, erstmals im Jahr 1983, veröffentlichte Standardpublikation informiert detailliert über zentrale gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen in Deutschland.

Das Besondere am „Datenreport“ ist, dass Informationen aus der amtlichen Statistik und Ergebnisse der wissenschaftlichen Sozialforschung in einem Band vereint sind. Der erste Teil des Datenreports skizziert mit den Daten des Statistischen Bundesamtes die Lebensbedingungen in Deutschland. Die Sozialwissenschaft stellt im zweiten Teil die Entwicklung der Lebensverhältnisse und des subjektiven Wohlbefindens auf der Grundlage von sozialwissenschaftlichen Erhebungen der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung dar. Die Beteiligung der Bundesbürger am politischen System ist ebenso Thema wie Veränderungen im sozialen Bereich. Dokumentiert wird zum Beispiel auch, wie sich der Ausstoß von Treibhausgasen oder der Flächenverbrauch hierzulande entwickelt. Dabei werden dem Leser nicht nur die Fakten geliefert, sondern die Entwicklungen werden allgemein verständlich erklärt und durch zahlreiche Schaubilder verdeutlicht.

Teil I des Datenreport 2006 „Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik“, der vom Statistischen Bundesamt

erstellt wurde, deckt das vielfältige Themenspektrum der amtlichen Statistik ab. Er bietet zahlreiche Informationen zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland und in der Europäischen Union.

Im zweiten Teil der Publikation, der vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA) bearbeitet wurde, steht die subjektive Wahrnehmung und Bewertung der Lebensbedingungen durch die Bevölkerung im Blickpunkt des Interesses. Damit wird das Informationsangebot der amtlichen Statistik um Erkenntnisse über Werthaltungen, Erwartungen und Präferenzen der Menschen in Deutschland erweitert.

Der Datenreport 2006 kann gegen eine Schutzgebühr von 4,- Euro zuzüglich Versandkosten als kartonierte Buchausgabe (Bestell-Nr. 1010400-06900-1) oder als kostenfreier Download im PDF-Format (Bestell-Nr. 1010400-06900-4) über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/shop>) bezogen werden. Die Buchausgabe ist auch direkt über den Vertriebspartner des Statistischen Bundesamtes (nähere Angaben siehe Impressum) erhältlich.

Im Blickpunkt: Verkehr in Deutschland 2006

Täglich sind wir Teil des Verkehrsgeschehens – sei es als Fußgänger oder Radfahrer, als Mofa-, Motorrad- oder Autofahrer oder als Passagier im öffentlichen Personenverkehr. Individuelle Mobilität und Gütertransporte vom Rohstoff bis hin zum fertigen Produkt sind Voraussetzung für Wirtschaften und Handeln, Tourismus und Freizeitaktivitäten. Neben diesen positiven Effekten können Transporte auch mit negativen Auswirkungen verbunden sein – wie Verkehrsunfällen und Umweltbelastungen.

„Im Blickpunkt: Verkehr in Deutschland 2006“ richtet sich an Leser aus allen Teilen unserer Gesellschaft. Der Band informiert über die Bedeutung des Verkehrssektors, über die deutsche Verkehrsinfrastruktur und über Fahrzeugbestände. Dargestellt wird weiterhin, warum, wie und wohin Menschen und Güter unterwegs sind. Ein Kapitel zu den negativen Verkehrsauswirkungen – wie dem Unfallgeschehen und verkehrsbedingten Emissionen – rundet die Veröffentlichung ab.

Die gedruckte Ausgabe der Veröffentlichung ist zum Preis von 9,80 Euro im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/shop>) oder im Buchhandel erhältlich (ISBN: 3-8246-0764-6). Außerdem steht der komplette Inhalt als PDF-Datei zum kostenfreien Download im Statistik-Shop zur Verfügung.

Neue Gemeinschaftsveröffentlichung „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“

Am 13. September 2006 legten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erstmals die Gemeinschaftsveröf-

fentlichung „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ vor. Diese Veröffentlichung bietet eine Ergänzung zur jährlich im September erscheinenden Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), indem ausgewählte OECD-Indikatoren für Deutschland in einer Gliederung nach Bundesländern dargestellt werden. Die Gemeinschaftsveröffentlichung soll künftig jährlich erstellt werden. Sie enthält Indikatoren aus folgenden vier Themenbereichen:

- Bildungsergebnisse und die Auswirkung von Lernen
- Die in Bildung investierten Finanz- und Humanressourcen
- Bildungszugang, Bildungsbeteiligung und Bildungserwartung (in Jahren)
- Das Lernumfeld und die Organisation von Schulen

Interessante Einzelergebnisse sind:

Der Anteil der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren mit mindestens einem Abschluss des Sekundarbereichs II (Abitur, Lehraabschluss oder Berufsfachschulabschluss) lag im Jahr 2004 in allen Bundesländern deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 67% (Deutschland: 84%). Die neuen Länder erreichen mit Anteilen von über 90% internationale Spitzenwerte.

Die aktuellen Abschlussquoten im Hochschulbereich lagen 2004 in Deutschland mit 20,6% deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 34,8%. Die Stadtstaaten weisen innerhalb Deutschlands die höchsten Quoten auf.

Die Beschäftigungsquoten von 25- bis 64-jährigen Personen mit tertiärem Abschluss (Hochschul- oder Fachschulabschluss, Promotion) betrugen im Jahr 2004 zwischen 86% in Baden-Württemberg und Bayern und 74% in Mecklenburg-Vorpommern. Der Wert für Deutschland von 83% liegt nahe beim OECD-Durchschnitt (84%). Bei geringer qualifizierten Personen sind die Unterschiede in den Beschäftigungsquoten zwischen den Bundesländern größer als bei Personen mit tertiärem Abschluss.

In Relation zur Wirtschaftskraft sind die öffentlichen Ausgaben für Bildung in Deutschland niedriger als in anderen OECD-Staaten. So wurden in Deutschland 2003 für den Schulbereich 3,1% des Bruttoinlandsprodukts ausgegeben gegenüber 3,8% im OECD-Durchschnitt. Innerhalb Deutschlands verzeichnen Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen mit jeweils 4,8% die höchsten Werte.

Die Bildungserwartung eines 5-jährigen Kindes beläuft sich unter den Bedingungen des Jahres 2004 in Deutschland wie auch im OECD-Durchschnitt auf 17,4 Jahre. Die höchste Bildungserwartung wurde in den Stadtstaaten und in Nordrhein-Westfalen mit mehr als 18 Jahren erreicht.

Das Durchschnittsalter der Studienanfänger ist in Deutschland mit 21,4 Jahren höher als in den meisten OECD-Staaten. Im Jahr 2004 waren Studienanfänger aus Hamburg im Durchschnitt 22 Jahre alt, solche aus Thüringen und Sachsen fast zwei Jahre jünger.

Der Sekundarbereich II zielt in Deutschland primär auf den Erwerb einer beruflichen Qualifikation ab, in den meisten OECD-Staaten dagegen auf den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung. Der Anteil der Schüler in Bildungsgängen zum Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung liegt in Deutschland mit 39% daher deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 51%. Dabei gibt es innerhalb Deutschlands deutliche Unterschiede zwischen den Ländern, die Spanne reicht von 32% in Bayern über 35% in Sachsen bis zu 47% in Brandenburg und 49% in Berlin.

Die durchschnittliche Klassengröße betrug im Jahr 2004 in Deutschland 22 Schüler im Primarbereich und 25 Schüler im Sekundarbereich I, im OECD-Durchschnitt jeweils einen Schüler weniger. Die durchschnittlich größten Klassen im Primarbereich gab es in Hamburg und Nordrhein-Westfalen (je 24 Schüler), die kleinsten Klassen in Sachsen-Anhalt (17 Schüler).

Frauen stellten in Deutschland im Jahr 2004 über alle Bildungsbereiche hinweg rund 62% des Lehrpersonals (OECD-Durchschnitt: 64%). Die Spanne reicht von 54% in Hamburg bis zu rund 75% in Brandenburg.

Die Veröffentlichung umfasst über 100 Seiten und ist über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/shop>) oder das gemeinsame Statistik-Portal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (<http://www.statistik-portal.de>) sowohl als PDF-Datei zum kostenlosen Download als auch in gedruckter Fassung zum Preis von 16,- Euro zuzüglich Versandkosten zu beziehen.

Die Printausgabe kann auch über den Buchhandel oder direkt über den Vertriebspartner des Statistischen Bundesamtes (nähere Angaben siehe Impressum) bestellt werden.

Weitere Auskünfte erteilt

Christiane Krüger-Hemmer, Telefon 06 11/75-41 52,
E-Mail: bildungsstatistik@destatis.de.

Deutsche Studierende im Ausland

Im Jahr 2004 waren etwa 69 000 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben. Dies sind rund 5% oder 3 200 Studierende mehr als 2003. Im Jahr 1994 studierten nur 40 000 Deutsche im Ausland.

Im Jahr 2004 kamen auf 1 000 deutsche Studierende an inländischen Hochschulen rund 40 deutsche Studierende an Hochschulen im Ausland gegenüber 23 im Jahr 1994. Diese Kennzahl für die Bereitschaft der Studierenden zu Studienaufhalten im Ausland ist in den letzten zehn Jahren kontinuierlich gestiegen.

Die drei beliebtesten Zielländer waren 2004 das Vereinigte Königreich mit 16,0% aller deutschen Studierenden im Ausland, die Vereinigten Staaten mit 12,5% und die Niederlande mit 11,8%, gefolgt von der Schweiz (10,3%), Österreich (10,2%) und Frankreich (9,4%). Diese sechs Länder zusammen nahmen rund 70% der im Ausland studierenden Deutschen auf.

Die Fächerwahl der deutschen Studierenden im Ausland unterscheidet sich in den Zielländern erheblich. Während zum Beispiel in Frankreich rund 45% aller deutschen Studierenden in der Fächergruppe „Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport“ eingeschrieben sind, studieren in Ungarn rund 70% der deutschen Studierenden in der Fächergruppe „Humanmedizin“.

Diese und weitere Ergebnisse enthält die vor Kurzem veröffentlichte Broschüre „Deutsche Studierende im Ausland – Statistischer Überblick 1994 – 2004“. Hierfür hat das Statistische Bundesamt im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung differenzierte Zahlen über Art und Umfang von Studienaufenthalten deutscher Studierender an Hochschulen im Ausland zusammengestellt. Die Daten stammen aus einer Umfrage des Statistischen Bundesamtes bei den für Bildungsstatistik zuständigen Institutionen der Zielländer sowie von Eurostat, der UNESCO und der OECD.

Die Veröffentlichung steht im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/shop>) als PDF-Datei zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Gesundheit in Deutschland

Im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung (GBE) des Bundes ist der neue Bericht „Gesundheit in Deutschland“ fertig gestellt worden. Er wird vom Robert Koch-Institut in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt herausgegeben und wurde am 18. September 2006 vom Bundesministerium für Gesundheit der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Bericht gibt einen umfassenden Überblick über den Gesundheitszustand der deutschen Bevölkerung und das Gesundheitswesen in Deutschland.

Dazu wurden Kapitel aus dem 1998 erschienenen ersten Gesundheitsbericht aktualisiert, Inhalte aus den GBE-Themenheften integriert, Informationslücken geschlossen und neue Themen aufbereitet.

Der Bericht und ein Tabellenanhang stehen im Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes (<http://www.gbe-bund.de>) als PDF-Dateien zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Kompakt

Neu berechnete Erwerbstätigenzahlen für die Jahre 1970 bis 1991

Nach den Ergebnissen einer Rückrechnung der Erwerbstätigenzahlen im Rahmen der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) des Statistischen Bundesamtes hatten im Durchschnitt des Jahres 1970 rund 26,6 Mill. Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz im früheren Bundesgebiet; das sind 29 000 weniger Erwerbstätige als bisher nachgewiesen. Im Jahr 1991 waren nach der Neuberechnung im früheren Bundesgebiet fast 31,3 Mill. Personen

erwerbstätig, 145 000 mehr Erwerbstätige als nach bisherigem Berechnungsstand der VGR.

Die Neuberechnung der Erwerbstätigenzahlen für das frühere Bundesgebiet (Zeitraum 1970 bis 1991) ist Teil einer umfassenden VGR-Revision, die turnusmäßig in mehrjährigen Abständen durchgeführt wird, um neue Berechnungsgrundlagen einzubeziehen sowie etwaige definitorische und konzeptionelle Änderungen sowie methodische Weiterentwicklungen vorzunehmen. Einbezogen sind dabei auch die Ergebnisse der Arbeitszeitrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit.

Die revidierten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland ab 1991 zur Erwerbstätigkeit und zu den geleisteten Arbeitsstunden sowie zum Arbeitsvolumen, als Produkt aus Erwerbstätigenzahl und Arbeitszeit je Erwerbstätigen, wurden bereits im Februar bzw. April 2005 veröffentlicht. Somit stehen nun vergleichbare lange Zeitreihen für den gesamten Revisionszeitraum 1970 bis 2005 zur Verfügung.

Nach den Ergebnissen der Neuberechnung haben die geleisteten Arbeitsstunden und das Arbeitsvolumen in Deutschland im Verlauf der letzten dreieinhalb Jahrzehnte fast stetig abgenommen, während die Zahl der Erwerbstätigen im Revisionszeitraum 1970 bis 2005 insgesamt zugenommen hat. Dabei haben neben konjunkturellen Einflüssen auch Strukturverschiebungen die Entwicklung der Erwerbstätigkeit und der geleisteten Arbeitszeit beeinflusst:

Während Teilzeitbeschäftigungen – insbesondere marginale und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse – und andere „atypische“ Beschäftigungsformen in den letzten 35 Jahren an Bedeutung gewonnen haben, kam es vor allem in den 1990er-Jahren in Deutschland zu einem Abbau von „klassischer“ sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Allein von Mitte 1993 bis Mitte 2005 verringerte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland um rund 2,4 Mill. Personen (–8,5%). Damit gingen in diesem Zeitraum in Deutschland in etwa genauso viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren, wie in den Jahren 1974 bis 1991 im früheren Bundesgebiet geschaffen wurden.

Nach Berechnungen des IAB wurden im Jahr 1970 durchschnittlich 1 666,4 Arbeitsstunden von jedem Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet geleistet, im Jahr 1991 waren es 1 558,8 Stunden. Lediglich im Jahr 1976 kam es konjunkturbedingt im früheren Bundesgebiet und nach der deutschen Vereinigung in den Jahren 1992 und 2004 in Deutschland zu einem Anstieg der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit.

Das Arbeitsvolumen, als Produkt aus Erwerbstätigenzahl und Arbeitszeit je Erwerbstätigen, ist in den Jahren 1970 bis 1980 um jahresdurchschnittlich 0,8% gesunken, während die Erwerbstätigkeit im gleichen Zeitraum durchschnittlich um 0,3% pro Jahr stieg. Dagegen erhöhte sich im Zeitraum 1980 bis 1991 das Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen leicht um jahresdurchschnittlich 0,1% im früheren Bundes-

gebiet, bei einer jährlichen Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um durchschnittlich 1,2%.

Seit 1991 hat sich das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen in Deutschland bei einem nur schwachen Anstieg der Erwerbstätigkeit verringert. Der Rückgang fiel allerdings mit knapp 4 Mrd. Stunden etwas stärker aus als in den Jahren 1970 bis 1991 (– 3,6 Mrd. Stunden).

Weitere Auskünfte erteilt
Sigrid Fritsch, Telefon 06 11/75-20 54,
E-Mail: vgr-erwerbsstaetige@destatis.de.

Niedriger Bildungsabschluss verringert Berufschancen

Im Durchschnitt des Jahres 2005 waren in Deutschland 16,2% der Erwerbspersonen mit einfachem formalen Bildungsniveau erwerbslos, aber nur 5,3% derer, die einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss vorweisen konnten. Die Erwerbslosenquote bei mittlerem Bildungsabschluss – also dem Abitur oder einer Berufsausbildung – betrug 9,2%.

Das Muster eines mit der Höhe des erworbenen Abschlusses deutlich sinkenden Erwerbslosigkeitsrisikos zeigt sich durchweg in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Der Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Erwerbslosigkeit war jedoch im Jahr 2005 sehr unterschiedlich ausgeprägt: Während beispielsweise in Griechenland der Abstand bei der Erwerbslosenquote zwischen einfach und höher Gebildeten mit 7,8% gegenüber 8,8% eher gering ausfiel, war in der Slowakischen Republik sowie in der Tschechischen Republik das Risiko einer Erwerbslosigkeit bei einfacher Bildung jeweils mehr als zehnmal so hoch wie mit einer höheren Bildung. Generell waren es vor allem die osteuropäischen Staaten, in denen die Arbeitsmarktchancen besonders ungleich verteilt waren.

In Deutschland war 2005 unter den Erwerbspersonen, die nur einen einfachen Bildungsgrad (höchstens Realschulabschluss) erreicht haben, mehr als jeder Sechste erwerbslos. Die Bundesrepublik gehört damit im europäischen Vergleich zu den Ländern mit deutlich schlechteren beruflichen Perspektiven für niedrig qualifizierte Personen. Nur in der Slowakischen Republik, Polen und der Tschechischen Republik lag die Erwerbslosenquote für diesen Personenkreis noch höher.

Die hier vorgestellten Daten für Deutschland sind Ergebnisse der ILO-Arbeitsmarktstatistik des Statistischen Bundesamtes. Die Angaben zu anderen Mitgliedstaaten der EU stammen aus der europäischen Arbeitskräfteerhebung, die regelmäßig Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) misst. Das ILO-Konzept ist aufgrund seiner großen Verbreitung und seiner Unabhängigkeit von nationalen Regelungen für internationale Vergleiche der Erwerbsbeteiligung geeignet. Nach diesem Konzept erhobene Arbeitsmarktdaten für Deutschland werden

monatlich im Rahmen der ILO-Arbeitsmarktstatistik des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht.

Erwerbslos im Sinne des ILO-Konzeptes sind Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 74 Jahren, die derzeit keiner bezahlten oder selbstständigen Tätigkeit nachgehen, obwohl sie aktiv nach einer solchen Tätigkeit suchen und bereit wären, sie im Erfolgsfall innerhalb der nächsten zwei Wochen aufzunehmen. Die Erwerbslosenquote errechnet sich als Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen (Summe von Erwerbslosen und Erwerbstätigen).

Weitere Auskünfte erteilt
Dominik Asef, Telefon 06 11/75-34 85,
E-Mail: dominik.asef@destatis.de.

Ausländische Auszubildende in Fertigungsberufen immer seltener

In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Auszubildenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit kontinuierlich von 121 000 auf 68 000 im Jahr 2005 gesunken, wobei die Fertigungsberufe mit einem Rückgang von rund 41 000 Auszubildenden am stärksten betroffen waren. Dagegen fiel die Abnahme in den Dienstleistungsberufen mit rund 11 000 Auszubildenden moderater aus. In Verbindung mit der generellen Schwerpunktverlagerung der Berufsausbildung von den Fertigungs- zu den Dienstleistungsberufen sank der Anteil ausländischer Auszubildender in Fertigungsberufen von 8,7% im Jahr 1995 auf 3,8% im Jahr 2005 und in Dienstleistungsberufen vergleichsweise moderat von 7,1 auf 5,1%.

Insbesondere bei Fertigungsberufen, deren Berufsbilder modernisiert und an gestiegene Anforderungen angepasst wurden, waren von 1995 bis 2005 deutliche Rückgänge des Anteils ausländischer Auszubildender zu verzeichnen: So verringerte sich zum Beispiel beim Beruf „Kraftfahrzeugmechaniker/-in“ (Nachfolgeberuf „Kraftfahrzeugmechatroniker/-in“) der Anteil ausländischer Auszubildender von 12 auf 4% (– 6 000), beim „Elektroinstallateur/-in“ (Nachfolgeberuf „Elektroniker/-in – Energie und Gebäudetechnik“) von 10 auf 5% (– 4 000). Aber auch bei unverändert gebliebenen Berufsbildern, wie zum Beispiel „Maler/-in und Lackierer/-in“, ist der Anteil der Ausländer und Ausländerinnen, die eine Berufsausbildung in diesen Berufen machen, von rund 10 auf 6% (– 2 000) gesunken.

Weitere Auskünfte erteilt
Marianne Renz, Telefon 06 11/75-41 41,
E-Mail: berufsbildungsstatistik@destatis.de.

Krankenhausstatistik 2005

Umgerechnet auf die volle tarifliche Arbeitszeit waren im Jahr 2005 rund 810 000 Personen in deutschen Krankenhäusern beschäftigt, 0,5% mehr als im Jahr zuvor. Während die Zahl der Vollkräfte im ärztlichen Dienst um 3,1% auf 121 000 gestiegen ist, wurden im nichtärztlichen Dienst mit 688 900 Vollkräften 0,1% mehr gegenüber 2004 gezählt. Es

ist anzunehmen, dass Teilzeit- und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse im Krankenhaus zurückgegangen sind.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Krankenhäuser um 1,3% auf 2 137 zurückgegangen; entsprechend sank auch die Zahl der aufgestellten Betten um 1,5% auf 523 600. Die Zahl der Patienten stieg gegenüber 2004 um 0,3% auf 16 845 000, da erstmals gesunde Neugeborene in dieser Zahl enthalten sind. Die durchschnittliche Verweildauer lag mit 8,6 Tagen um 1,1% unter der des Vorjahres, die Bettenauslastung war mit 75,6% um 0,1% höher als 2004.

Die Zahl der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland ist um 1,9% auf 1 270 gesunken, die der aufgestellten Betten um 2 000 (–1,1%) auf 174 500 zurückgegangen. Gegenüber 2004 wurden hier 74 000 Patienten weniger (–3,9%) gezählt, die sich durchschnittlich 25,8 Tage in der Einrichtung aufhielten (+2,7%). Die Bettenauslastung lag bei 73,4%.

Mit 93 000 Vollkräften lag die Zahl der in den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen Beschäftigten auf Vorjahresniveau. Im ärztlichen Dienst wurden mit knapp 8 100 Vollkräften 1% mehr gegenüber 2004 gezählt. Die Zahl der Vollkräfte im nichtärztlichen Dienst sank um 0,1% auf 84 900.

Nach Ländern differenzierte vorläufige Ergebnisse der Krankenhausstatistik für das Berichtsjahr 2005 (Grunddaten der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen) stehen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) auf der Themenseite Gesundheitswesen kostenlos zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erteilt

Ute Bölt, Telefon 01888/644-8107,

E-Mail: gesundheitsstatistiken@destatis.de.

Todesursachenstatistik 2005

Nach den Ergebnissen der Todesursachenstatistik starben im Jahr 2005 in Deutschland insgesamt 830 227 Personen (388 554 Männer und 441 673 Frauen). Dies waren 11 956 Sterbefälle oder 1,5% mehr als im Vorjahr.

Bei nahezu jedem zweiten Verstorbenen (152 274 Männern und 215 087 Frauen) wurde – wie auch schon in den Vorjahren – der Tod durch eine Erkrankung des Kreislaufsystems ausgelöst. Gegenüber 1980 ging die Zahl der tödlichen Kreislauferkrankungen um 26,6% zurück. Demzufolge sank auch die altersstandardisierte Sterbeziffer für diese Erkrankungen um 53% auf 337,8 Gestorbene je 100 000 Einwohner. Krankheiten des Kreislaufsystems führen in aller Regel erst im höheren Lebensalter zum Tode. Durch den vergleichsweise hohen Anteil von Frauen in den höheren Altersklassen lag der Anteil der an dieser Todesursache gestorbenen Frauen (58,5%) wesentlich über dem der Männer (41,5%). Dies schlug sich 2005 in einem durchschnittlichen Sterbealter von 80,9 Jahren nieder, das fast fünf Jahre über dem Durchschnittsalter aller Gestorbenen lag. Fast 91% der an Krankheiten des Kreislaufsystems Verstorbenen waren 65 Jahre und älter. Die häufigsten spezifischen Todesursachen

waren dabei die ischämischen Herzkrankheiten mit 148 641 Gestorbenen (76 638 Frauen und 72 003 Männer).

Als akute Komplikation einer koronaren Herzkrankheit spielt der akute Myokard- oder Herzinfarkt eine vorrangige Rolle. Im Berichtsjahr starben 61 056 Personen (28 083 Frauen und 32 973 Männer) an einem akuten Herzinfarkt; das waren 6,4% aller gestorbenen Frauen und 8,5% der verstorbenen Männer. Auffallend sind hierbei die unterschiedlichen altersstandardisierten Sterberaten im Ländervergleich: In Berlin liegt die Sterberate mit 15,8 Gestorbenen je 100 000 Einwohner um fast 74% niedriger als im Bundesdurchschnitt (60 Personen je 100 000 Einwohner). Im Gegensatz dazu starben vor allem in den ostdeutschen Flächenländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt überdurchschnittlich viele Menschen am akuten Herzinfarkt (Sterbeziffer von 88,9 bzw. 82,9). Ausschlaggebend hierfür dürfte die unterschiedliche notärztliche Versorgung sein: Das in Berlin in den 1980er-Jahren eingeführte Notarztsystem sorgt für eine sehr schnelle Versorgung der Patienten. Dies wird im Osten Deutschlands vor allem durch die großen Entfernungen erschwert.

Sterbefälle an zerebrovaskulären oder Hirngefäßkrankheiten wurden besonders bei älteren Menschen festgestellt. Zu den Hirngefäßkrankheiten zählt vor allem der Schlaganfall. Im Jahr 2005 sind insgesamt 67 117 Personen an diesen Krankheiten verstorben, davon waren 36,9% männlich und 63,1% weiblich. Somit liegt auch die Sterbeziffer der Frauen an diesen Krankheiten mit 75,4 Gestorbenen je 100 000 Einwohner wesentlich höher als die der Männer (46,3). Bei 44,8% der zerebrovaskulär bedingten Sterbefälle wurde ein tödlicher Schlaganfall festgestellt.

Die altersstandardisierten Werte zeigen eine höhere Sterblichkeit an Krankheiten des Kreislaufsystems in den neuen Bundesländern (ohne Berlin-Ost) als in den alten Bundesländern (einschl. Berlin-Ost). In Sachsen-Anhalt waren es 416,0 und in Brandenburg 395,3 Verstorbene je 100 000 Einwohner. In Hamburg und Berlin starben mit 275,2 bzw. 295,9 Personen je 100 000 Einwohner bundesweit die wenigsten Personen an Krankheiten des Kreislaufsystems.

Einem Krebsleiden erlag im Jahr 2005 gut ein Viertel aller Gestorbenen (112 066 Männer und 99 330 Frauen). Bei den Männern hatten bösartige Neubildungen der Verdauungsorgane (36 022 Verstorbene) und der Atmungsorgane (30 629 Verstorbene) die größte Bedeutung. Bei den verstorbenen Frauen dominierten die bösartigen Neubildungen der Verdauungsorgane mit 32 563 Sterbefällen, gefolgt von bösartigen Neubildungen der Brustdrüse mit 17 455 Sterbefällen.

An nichtnatürlichen Todesursachen (Verletzungen und Vergiftungen) starben 33 024 Personen (20 353 Männer und 12 671 Frauen). Von den 10 260 Personen, die im Jahr 2005 freiwillig aus dem Leben schieden, waren 73,3% Männer und 26,7% Frauen.

Im langfristigen Vergleich ist die Sterblichkeit seit 1990 in allen Bundesländern gesunken. Die altersstandardisierte Sterbeziffer sank bundesweit von 1990 bis 2005 um 29% auf 801,6 Gestorbene je 100 000 Einwohner. In Sachsen-Anhalt wurde 2005 mit 894,9 Gestorbenen je 100 000 Ein-

wohner die höchste, in Baden-Württemberg mit 721,7 die niedrigste Sterblichkeit festgestellt.

Weitere Auskünfte erteilt
Torsten Schelhase, Telefon 0 18 88 / 6 44-81 09,
E-Mail: gesundheitsstatistiken@destatis.de.

Sozialpädagogische Familienhilfe 2005

Im Jahr 2005 wurden insgesamt 47 300 Familien durch sozialpädagogische Familienhilfe unterstützt. Das waren 5% mehr Familien als 2004 und 39% mehr als 2001. Bei 17 800 Familien endete die Hilfe im Laufe des Jahres 2005, für 29 500 Familien dauerte sie über den Jahreswechsel 2005/2006 an. Neu aufgenommen wurde die Hilfe bei 21 600 Familien, eine Steigerung um 37% gegenüber 2001.

Sozialpädagogische Familienhilfe ist eine intensive Form ambulanter Hilfe zur Erziehung. Sie unterstützt Eltern bei Erziehungsaufgaben, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen sowie in Krisen- und Konfliktsituationen und wird meist über eine längere Zeit (im Jahr 2005 durchschnittlich 17 Monate) erbracht. Sozialpädagogische Familienhelfer/-innen besuchen die Familien regelmäßig in ihrer Wohnung und suchen vor Ort gemeinsam mit den Familien nach nahe liegenden und passenden Lösungen. Dabei sollen die Familien durch das Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ befähigt werden, Probleme eigenständig zu lösen. Unterstützt werden vor allem kinderreiche Familien.

Weitere Auskünfte erteilt
Dorothee von Wahl, Telefon 0 18 88 / 6 44-81 67,
E-Mail: jugendhilfe@destatis.de.

Inobhutnahmen 2005

Im Jahr 2005 wurden in Deutschland 25 400 Kinder und Jugendliche von Jugendämtern in Obhut genommen, rund 300 (–1%) weniger als 2004. Pro Tag nahmen die Jugendämter 2005 rein rechnerisch rund 70 Kinder und Jugendliche in Obhut.

Eine Inobhutnahme ist eine kurzfristige Maßnahme der Jugendämter zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, wenn diese sich in einer akuten, sie gefährdenden Situation befinden. Jugendämter nehmen Minderjährige auf deren eigenen Wunsch oder auf Initiative Anderer (etwa der Polizei oder der Erzieher) in Obhut und bringen sie – meist für Stunden oder einige Tage – in einer geeigneten Einrichtung unter, etwa in einem Heim.

7 700 Kinder und Jugendliche (30%) wurden 2005 auf eigenen Wunsch in Obhut genommen, bei den übrigen veranlassten andere Personen oder Stellen die Inobhutnahme.

15 600 (61%) der in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen waren älter als 14 Jahre. 56% aller in Obhut Genommenen (14 200) waren Mädchen.

An einem jugendgefährdenden Ort, zum Beispiel in Straßen mit Bordellbetrieb oder an Treffpunkten von Drogenhändlern, wurden rund 9% (2 400) der in Obhut Genommenen aufgegriffen.

Anlass für die Inobhutnahme war in 23% der Fälle (5 800) Vernachlässigung bzw. Anzeichen für Misshandlung oder für sexuellen Missbrauch. Überforderung der Eltern war in 41% der Fälle (+9% gegenüber 2004) der Grund. Weitere Anlässe bildeten Integrationsprobleme im Heim oder in der Pflegefamilie (7% aller Fälle), Probleme in der Schule (6%), Kriminalität (7%) und Suchtprobleme (4%).

Weitere Informationen finden sich im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/shop> mit dem Suchwort „Inobhutnahmen“ oder sind erhältlich bei

Dorothee von Wahl, Telefon 0 18 88 / 6 44-81 67,
E-Mail: jugendhilfe@destatis.de.

Hebesätze der Realsteuern 2005

Unter Realsteuern werden die Grundsteuer und die Gewerbesteuer als wichtigste originäre Einnahmequellen der Kommunen zur Bestreitung ihrer öffentlichen Ausgaben verstanden. Die Grundsteuer wird auf den im Inland liegenden Grundbesitz erhoben und fließt in vollem Umfang den Gemeinden zu, denen die Liegenschaften zuzuordnen sind. Bei der Grundsteuer wird zwischen der *Grundsteuer A*, die von Betrieben der Land- und Forstwirtschaft erhoben wird, und der *Grundsteuer B*, welche für alle übrigen Grundstücke anfällt, unterschieden. Das Aufkommen der Grundsteuer A betrug 2005 insgesamt 0,3 Mrd. Euro (+0,4% gegenüber 2004). Durch die Grundsteuer B vereinnahmten die Gemeinden im Jahr 2005 insgesamt 9,9 Mrd. Euro, 3,2% mehr als im Vorjahr.

Steuergegenstand bei der *Gewerbesteuer* ist der Gewerbebetrieb und seine objektive Ertragskraft. Das Aufkommen 2005 betrug 32,1 Mrd. Euro (+12,6% gegenüber 2004). Der Bund und die Länder werden durch eine Umlage am Gewerbesteueraufkommen beteiligt. Die Gewerbesteuer wird von der hebeberechtigten Gemeinde aufgrund des Steuermessbetrages bzw. des Zerlegungsanteils mit einem Hundertsatz (Hebesatz) festgesetzt und erhoben.

Durch die individuell zu bestimmenden *Hebesätze* auf die Realsteuern haben die Gemeinden die Möglichkeit, auf ihr Steueraufkommen Einfluss zu nehmen. Für das Jahr 2005 lagen die durchschnittlichen Hebesätze bei allen Realsteuern über dem Vorjahr. Für die Grundsteuer A stieg der durchschnittliche Hebesatz um drei Punkte auf 292%, bei der bedeutenderen Grundsteuer B sogar um sieben Punkte auf 392%.

Für die Gewerbesteuer wurde 2005 bundesweit ein durchschnittlicher Hebesatz von 389% ermittelt (ein Punkt mehr als 2004). Für das Jahr 2004 hatte der Gesetzgeber bei der Gewerbesteuer einen Mindesthebesatz von 200% festgesetzt. Mit dieser Anhebung sollten Unternehmen den Anreiz verlieren, Firmen bzw. Firmenteile in nationale Steueroasen

zu verlegen. Im Jahr 2005 wurde von 134 Gemeinden oder Gemeindeteilen dieser Mindesthebesatz von 200% erhoben. Die Bandbreite des Gewerbesteuerhebesatzes reichte im Jahr 2005 von 200% bis zu einem Spitzenhebesatz von 900% (1 Gemeinde).

Bei den 20 einwohnerstärksten Städten lag der Hebesatz zwischen 410% (Berlin) und 490% (München und Frankfurt am Main). Von den im Jahr 2005 in Deutschland existierenden 12 341 Gemeinden hatten 6 242 Gemeinden oder 50,6% einen Hebesatz zwischen 301% und 350% gewählt. Von 3 275 Gemeinden (26,5%) wurde im Jahr 2005 ein Hebesatz zwischen 200% und 300% erhoben und 2 824 Gemeinden oder 22,9% hatten den Gewerbesteuerhebesatz auf mindestens 351% festgelegt.

Ein Blick auf die Entwicklung der Durchschnittshebesätze aller Gemeinden in Deutschland auf Ebene von *Gemeindegrößenklassen* zeigt sehr unterschiedliche Entwicklungen. Bei den kreisfreien Städten mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern wurde der Gewerbesteuerhebesatz im Vergleich der Jahre 2000 (368%) und 2005 (358%) um zehn Punkte gesenkt. Übertroffen wurde dies noch von den kleinen kreisangehörigen Gemeinden unter 1 000 Einwohnern, bei denen ein Rückgang um 35 Punkte beim Durchschnittshebesatz, von 311% für das Jahr 2000 auf 276% für das Jahr 2005, zu verzeichnen war. Umgekehrt ist bei den großen Gemeinden (mit 100 000 und mehr Einwohnern) in den Landkreisen der durchschnittliche Gewerbesteuerhebesatz um 17 Punkte gestiegen (von 422 auf 439%).

Detaillierte Ergebnisse bietet die Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 10.1 „Realsteuervergleich 2005“, die zum kostenlosen Download im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/shop> zur Verfügung steht (Suchwort „Realsteuervergleich“). Die Hebesätze der Realsteuern für sämtliche Gemeinden Deutschlands im Jahr 2005 werden ebenfalls über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes im Excel-Format angeboten (Herausgeber: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Artikel-Nr. 8148001057005, Einzelplatzlizenz: 20,- Euro, Erscheinungsweise: jährlich).

Weitere Auskünfte erteilt

Klaus Jürgen Hammer, Telefon 06 11/75-23 80,

E-Mail: steuern@destatis.de.

Arbeitskosten 2004

Die Arbeitgeber im Produzierenden Gewerbe und in den marktbestimmten Dienstleistungsbereichen zahlten im Jahr 2004 nach Ergebnissen der Arbeitskostenerhebung 2004 je 100 Euro Bruttolohn und -gehalt im Durchschnitt zusätzlich gut 33 Euro an Lohnnebenkosten. Davon entfielen 20 Euro auf die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung, 6 Euro auf die betriebliche Altersversorgung, knapp 3 Euro auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und im Mutterschutz, rund 2 Euro auf Kosten des Personalabbaus sowie fast 3 Euro auf sonstige Lohnnebenkosten.

Auch in den Nachbarstaaten der Bundesrepublik Deutschland prägen die Sozialsysteme die Lohnnebenkosten: Im Produzierenden Gewerbe und in den marktbestimmten Dienst-

leistungsbereichen zahlten im Jahr 2004 die Arbeitgeber in den Niederlanden 32 Euro und in Polen 25 Euro Lohnnebenkosten zusätzlich zu je 100 Euro Bruttolohn. Dabei hatten die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung in Polen mit 18 Euro ein ähnliches Niveau wie in Deutschland, während die – nicht gesetzlich vorgeschriebene – betriebliche Altersversorgung dort kaum eine Rolle spielt. Anders in den Niederlanden: Dort kostete die betriebliche Altersversorgung mit 10 Euro je 100 Euro Bruttolohn die Arbeitgeber etwa genauso viel wie die Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (11 Euro je 100 Euro Bruttolohn).

In Deutschland sind im Produzierenden Gewerbe zwischen 2000 und 2004 die Lohnnebenkosten mit jährlich 3,1% stärker gestiegen als die Bruttolöhne und -gehälter mit 2,6%. Das ist vor allem auf das starke Wachstum der betrieblichen Altersversorgung zurückzuführen, für die in diesem Zeitraum jährlich 7,9% mehr aufgewendet wurden. Der starke Zuwachs ist eine Auswirkung des zum 1. Januar 2002 in Kraft getretenen Altersvermögensgesetzes, das den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen Rechtsanspruch auf Entgeltumwandlung gibt.

Für Deutschland wurden für das Jahr 2004 im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich Arbeitskosten von durchschnittlich 28,18 Euro je geleistete Arbeitsstunde ermittelt. Im Verarbeitenden Gewerbe betrugen die Arbeitskosten im Jahr 2004 31,15 Euro gegenüber 28,78 Euro im Jahr 2000, das entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum um 2,0%. In der Europäischen Union stiegen die Arbeitskosten in diesem Zeitraum nach vorläufigen Ergebnissen jährlich um 2,8% und damit jedes Jahr durchschnittlich um 0,8 Prozentpunkte stärker.

In kleinen Unternehmen in Deutschland werden im Durchschnitt niedrigere Löhne gezahlt als in großen, wobei die Spreizung der Arbeitskosten zwischen Klein- und Großunternehmen in den letzten Jahren zugenommen hat. Im Produzierenden Gewerbe erreichten im Jahr 2004 kleine Unternehmen mit 10 bis unter 50 Arbeitnehmern mit 21,26 Euro je Stunde nur 52% des Niveaus der Arbeitskosten der Unternehmen mit 1 000 und mehr Arbeitnehmern (41,16 Euro). Im Jahr 2000 waren es 54%, 1992 noch 64%.

Weitere Ergebnisse zu Höhe, Struktur, regionalen Unterschieden und Entwicklung der Arbeitskosten enthält die Pressebroschüre „Was kostet Arbeit in Deutschland – Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 2004“, die im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de> kostenlos heruntergeladen werden kann.

Weitere Auskünfte erteilt

Roland Günther, Telefon 06 11/75-38 58,

E-Mail: arbeitskosten@destatis.de.

Vergleichbare Zeitreihen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Jahre 1970 bis 1991

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland hat sich im Verlauf der letzten dreieinhalb Jahrzehnte immer weiter ver-

langsam. So stieg das Bruttoinlandsprodukt für das frühere Bundesgebiet in der Zeit von 1970 bis 1980 um durchschnittlich 2,9% pro Jahr und im Zeitraum 1980 bis 1991 um durchschnittlich 2,6% pro Jahr. Seit der deutschen Vereinigung fiel das durchschnittliche Wachstum der deutschen Wirtschaft deutlich niedriger aus und lag im Schnitt der letzten zehn Jahre nur noch bei 1,3% pro Jahr.

Dies sind Ergebnisse der Rückrechnung der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für das frühere Bundesgebiet für die Jahre 1970 bis 1991, mit denen erstmals seit der großen VGR-Revision im April 2005 wieder methodisch vergleichbare lange Zeitreihen mit Jahres- und Quartalsangaben zur Verfügung stehen.

Im Rahmen der VGR-Revision 2005 wurden insbesondere zwei konzeptionelle Neuerungen vorgenommen, die beide Folge verbindlicher europäischer Rechtsvorschriften sind:

- Die Einführung der Vorjahrespreisbasis an Stelle der bisher üblichen Festpreisbasis bei der Deflationierung: Die „realen“ Ergebnisse werden stets in Preisen des jeweiligen Vorjahres ausgedrückt und nicht mehr in Preisen eines festen Basisjahres (zuletzt in Preisen von 1995).
- Die neugeregelte Verbuchung von Bankdienstleistungen, die nun als „Finanzserviceleistung, indirekte Messung (FISIM)“ auf die einzelnen Verwendungszwecke (Vorleistungen, Konsum, Exporte, Importe) aufgeteilt werden.

Diese Konzeptänderungen wurden jetzt auch für den Zeitraum von 1970 bis 1991 für das frühere Bundesgebiet umgesetzt. Im Ergebnis bleibt das gesamtwirtschaftliche Konjunkturbild nach der Überarbeitung weitgehend erhalten. Bei detaillierter Betrachtung ergeben sich allerdings einige merkbare Änderungen. Eine ausführliche Kommentierung der aktuellen Neuberechnungen wird ein Beitrag in der Ausgabe 10/2006 dieser Zeitschrift enthalten. Entsprechende Ergebnisse für Deutschland ab 1991 hat das Statistische Bundesamt bereits im April 2005 veröffentlicht.

Die revidierten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das frühere Bundesgebiet sind in drei Sonderbänden der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ veröffentlicht: S.27 „Revidierte Vierteljahresergebnisse, 1970 bis 1991“, S.28 „Revidierte saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12-ARIMA und BV4.1, 1970 bis 1991“ sowie S.29 „Revidierte Jahresergebnisse, 1970 bis 1991“. Außerdem ist erstmals die neue Reihe 1.5 „Lange Reihen“ erschienen, die lange Zeitreihen mit Jahresergebnissen für den gesamten Zeitraum 1970 bis 2005 enthält und zukünftig zweimal jährlich, im Februar und im August, erscheinen wird.

Diese und weitere Veröffentlichungen sind online im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/shop> kostenfrei erhältlich.

Weitere Auskünfte erteilt das
VGR-Infoteam, Telefon 06 11/75-26 26,
E-Mail: bip-info@destatis.de.

Verwendung ozonschichtschädigender Stoffe 2004

Die Verwendung von ozonschichtschädigenden Stoffen ist in Deutschland weiterhin rückläufig: Im Berichtsjahr 2004 wurden rund 37 450 Tonnen (t) ozonabbauender Stoffe verwendet.

Bei den eingesetzten Stoffen handelt es sich überwiegend um Ausgangsstoffe für sonstige Mittel (36 098 t), die zur Herstellung anderer chemischer Erzeugnisse bestimmt sind und dabei vollständig vernichtet oder umgewandelt werden. Rechnet man die Ausgangsstoffe von der Gesamtmenge ozonabbauender Stoffe ab, verbleiben 1 352 t. Diese Stoffe werden überwiegend als Kältemittel für Kühl-, Gefrier- und Klimaanlage, als Treibmittel für Spraydosen und Kunst- und Schaumstoffe sowie für sonstige Zwecke eingesetzt.

Da sich die Mehrheit dieser Stoffe in geschlossenen Systemen befindet, tritt eine Ozonschichtschädigung erst bei einer möglichen Freisetzung auf; man bezeichnet die Stoffe deshalb auch als potenziell emissionsrelevant. Zwischen 1999 und 2004 sank der Verbrauch dieser emissionsrelevanten Stoffe um 71%.

Die ozonschichtschädigende Wirkung wird in ODP-gewichteten Tonnen ausgedrückt (ODP = ozon depletion potential). Umgerechnet wurden 257 t im Jahr 2004 verwendet, gegenüber 1 202 t im Jahr 1999 sind dies 79% weniger.

Das Ziel, die Verwendung von ozonschichtschädigenden Stoffen einzustellen, ist nahezu erreicht. Die auf internationaler Ebene geregelten Ausstiegsfristen aus Produktion und Verbrauch ozonabbauender Stoffe können von Deutschland eingehalten werden. Aus diesem Grund wird ab dem Berichtsjahr 2006 im aktuellen Umweltstatistikgesetz auf die Erhebung der ozonschichtschädigenden Stoffe verzichtet. Im Gegenzug wurde die Erhebung der klimawirksamen Stoffe erweitert, hier ist eine statistische Erfassung aufgrund der aktuellen Klimaproblematik und Kyoto-Reduktionsverpflichtung weiterhin notwendig.

Weitere Auskünfte erteilt
Hannelore Scherff, Telefon 0 18 88/6 44-82 11,
E-Mail: luft@destatis.de.

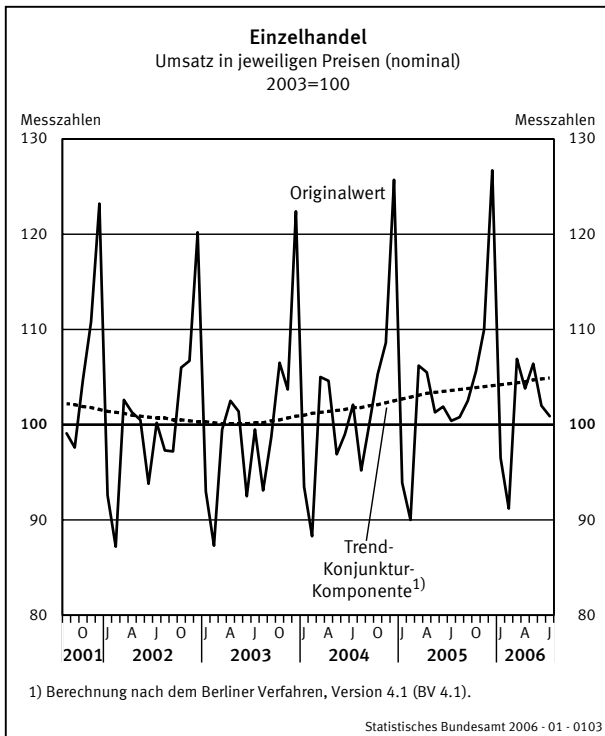
Weitere wichtige Monatszahlen

Einzelhandel

Der Einzelhandel in Deutschland setzte im Juli 2006 nominal 0,6% mehr und real 0,2% weniger um als im Juli 2005. Beide Monate hatten jeweils 26 Verkaufstage.

Nach Kalender- und Saisonbereinigung der Daten wurde im Vergleich zum Juni 2006 nominal und real jeweils 1,4% weniger umgesetzt.

Im Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren wurde im Juli 2006 nominal 1,6% mehr und real 0,5% weniger als im Vorjahresmonat abgesetzt. Die Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte und der Facheinzelhandel mit Lebensmitteln verzeichneten real 0,5 bzw. 0,1% weniger Umsatz.



Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln wurde im Juli 2006 nominal 0,2% weniger und real genauso viel wie im Vorjahresmonat umgesetzt. Nur zwei der sechs Branchen in diesem Bereich verzeichneten nominale und reale Umsatzsteigerungen gegenüber dem Juli 2005: der Facheinzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren (nominal + 2,0%, real + 2,8%) und der Facheinzelhandel mit kosmetischen, pharmazeutischen und medizinischen Produkten (nominal + 1,5%, real + 2,1%). Die größten nominalen und realen Umsatzeinbußen hatten der Sonstige Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (z. B. Waren- und Kaufhäuser) mit -4,2 bzw. -4,0% und der Sonstige Facheinzelhandel (z. B. Bücher, Schmuck) mit -3,8 bzw. -3,7% hinzunehmen.

In den ersten sieben Monaten des Jahres 2006 wurde im Einzelhandel nominal 1,2% und real 0,5% mehr umgesetzt als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

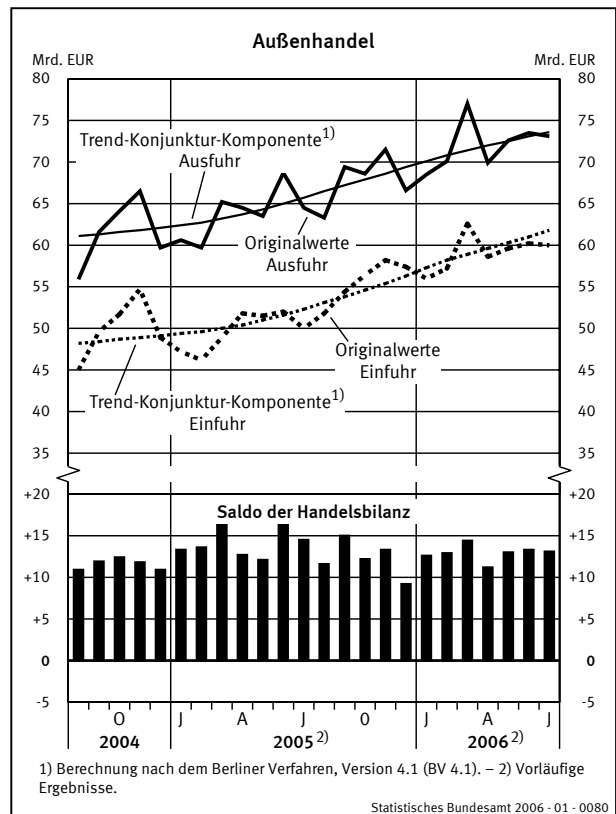
Außenhandel

Im Juli 2006 wurden von Deutschland Waren im Wert von 73,1 Mrd. Euro ausgeführt und Waren im Wert von 60,0 Mrd. Euro eingeführt. Die Ausfuhren stiegen somit um 13,4% und die Einfuhren um 19,9% gegenüber Juli 2005.

Die Preise der Ausfuhren lagen im Juli 2006 um 2,7% über dem Vorjahresniveau, die der Einfuhren um 6,3%. Die Ein-

fuhren ohne Erdöl und Mineralölzerzeugnisse verteuerten sich hingegen nur um 4,3%.

Saisonbereinigt stiegen die Ausfuhren im Juli 2006 um 2,3% und die Einfuhren um 2,8% gegenüber Juni 2006 an.



Der Außenhandelsüberschuss betrug im Juli 2006 13,1 Mrd. Euro. Dies bedeutet eine Abnahme gegenüber dem Vormonat (+13,4 Mrd. Euro) um 0,3 Mrd. Euro. Im Vergleich zum Juli 2005 (+14,5 Mrd. Euro) nahm der Überschuss der Außenhandelsbilanz um 1,4 Mrd. Euro ab. Nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank konnte der Überschuss der Außenhandelsbilanz die zum größten Teil negativen Salden der übrigen Teilbilanzen der Leistungsbilanz (Ergänzungen zum Außenhandel: -1,9 Mrd. Euro, Dienstleistungen: -2,5 Mrd. Euro, Erwerbs- und Vermögenseinkommen: +1,1 Mrd. Euro, laufende Übertragungen: -2,6 Mrd. Euro) mehr als ausgleichen, sodass die Leistungsbilanz im Juli 2006 einen Überschuss von 7,3 Mrd. Euro verzeichnen konnte. Im Juli 2005 hatte die deutsche Leistungsbilanz einen Aktivsaldo von 8,3 Mrd. Euro ausgewiesen. [u](#)

Dr. Norbert R  th, Dipl.-  konom Albert Braakmann sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2006

Vorläufige Ergebnisse

Wie immer zu diesem Zeitpunkt gibt das Statistische Bundesamt einen umfassenden Überblick über die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die erste Hälfte des laufenden Jahres. Die Wirtschaftsleistung, gemessen am preis-, saison- und kalenderbereinigten Bruttoinlandsprodukt, hat sich nach aktueller Datenlage in der Verlaufsbeurteilung (gegenüber dem jeweiligen Vorquartal) im ersten Vierteljahr 2006 um 0,7% und im zweiten Quartal um 0,9% erhöht. Das war das höchste Wirtschaftswachstum seit fünf Jahren. Die kontinuierliche Aufwärtsentwicklung begann nach der neuesten Datenlage bereits im Verlauf des Jahres 2005. Charakteristisch für die Wirtschaftsentwicklung war, dass sich zuletzt insbesondere die Investitionstätigkeit stabilisiert und beschleunigt hat, sodass die bisher vornehmlich exportgest  tzte Konjunktur nunmehr auch von der Binnennachfrage getragen wird. Im Vorjahresvergleich erhöhte sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2006 um 2,0%, im ersten Vierteljahr 2006 um 3,1% und im zweiten Vierteljahr um 1,0%. Nach Bereinigung um Kalendereffekte nahm das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2006 um 1,8% und im zweiten Quartal um 2,4% zu (im ersten Quartal gab es drei Arbeitstage mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum, im zweiten Quartal standen dagegen drei Arbeitstage weniger zur Verfügung).

Die Wirtschaftsleistung im zweiten Vierteljahr 2006 wurde von rund 38,9 Mill. Erwerbstätigen erbracht, das waren 185 000 Personen oder 0,5% mehr als ein Jahr zuvor. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der Erwerbslosen (internationale Abgrenzung) um 651 000 Personen oder 15,9% auf rund 3,4 Mill. Personen und war damit das vierte Quartal in Folge im Vorjahresvergleich rückläufig. Der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen

reduzierte sich damit deutlich von 9,6% im zweiten Quartal 2005 auf 8,1% im Berichtsquartal.

Das Volkseinkommen stieg im zweiten Vierteljahr 2006 gegenüber dem zweiten Vierteljahr 2005 nominal um 0,6%. Erstmals seit 2004 nahm das Arbeitnehmerentgelt leicht zu (+0,5%); die Unternehmens- und Vermögenseinkommen waren im Berichtsquartal ebenfalls etwas höher als vor einem Jahr (+0,9%). Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erhöhte sich um 1,1%. Die Sparquote der privaten Haushalte ging von 10,1% im zweiten Quartal 2005 leicht auf 9,8% im Berichtsquartal zurück.

Vorbemerkung

In diesem Aufsatz gibt das Statistische Bundesamt einen ersten umfassenden Überblick über die vorläufigen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die erste Jahreshälfte 2006. Die hier vorgelegten Berechnungen beruhen auf den bis Mitte August 2006 verfügbaren Daten aus kurzfristigen Wirtschaftsstatistiken. Wie jedes Jahr zu diesem Zeitpunkt wurden die Berechnungen für die zurückliegenden vier Jahre (ab 2002)   berpr  ft und anhand des neu angefallenen statistischen Ausgangsmaterials überarbeitet. Deshalb ergaben sich Änderungen gegenüber dem letzten Ver  ffentlichungsstand vom Mai 2005 (siehe Reihe 1.4 „Detaillierte Jahresergebnisse“ der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“). Tabelle 1 zeigt eine Gegenüberstellung der neuen und der bisherigen Ergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt.

Änderungen ergaben sich insbesondere durch die Einbeziehung der Ergebnisse der jährlichen Umsatzsteuerstatistik

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt

Jahr Vierteljahr	In jeweiligen Preisen				Preisbereinigt			
	neues Ergebnis	bisheriges Ergebnis	Differenz		neues Ergebnis	bisheriges Ergebnis	neues Ergebnis	bisheriges Ergebnis
			(Sp. 1 – 2)	(Sp. 3 : 2)				
	1	2	3	4	5	6	7	8
	Mrd. EUR		%		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
2003	2 161,5	2 163,4	-1,9	-0,1	+0,9	+0,9	-0,2	-0,2
2004	2 207,2	2 215,7	-8,4	-0,4	+2,1	+2,4	+1,2	+1,6
2005	2 241,0	2 247,4	-6,4	-0,3	+1,5	+1,4	+0,9	+1,0
2005 1. Vj ..	538,1	540,3	-2,2	-0,4	+0,3	+0,4	-0,6	-0,5
2. Vj ..	558,4	560,8	-2,4	-0,4	+2,2	+2,1	+1,7	+1,8
3. Vj ..	570,2	570,3	-0,1	-0,0	+1,9	+1,7	+1,4	+1,5
4. Vj ..	574,4	576,1	-1,7	-0,3	+1,7	+1,5	+1,1	+1,1
2006 1. Vj ..	557,2	557,7	-0,5	-0,1	+3,6	+3,2	+3,1	+2,9
2. Vj ..	568,4	X	X	X	+1,8	X	+1,0	X

für 2004, der jährlichen Unternehmens- und Kostenstrukturerhebungen im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und im Baugewerbe für 2004 und in der Energiewirtschaft für 2003, durch die Jahreserhebungen im Handel 2003, ferner durch die Dienstleistungsstatistik für 2004 sowie die Statistik der Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen für 2003. Weiterhin wurden bei den Neuberechnungen aktuellere Jahresabschlüsse der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen sowie der Unternehmen in anderen Wirtschaftsbereichen (z.B. Eisenbahn, Nachrichtenübermittlung, Rundfunk- und Fernsehanstalten) berücksichtigt. Ferner wurden die verbesserten Informationen über den Staatssektor aus der Finanz- und Steuerstatistik und die von der Deutschen Bundesbank vorgenommenen Korrekturen der Zahlungsbilanz eingearbeitet. Änderungen bei den Vierteljahreswerten resultierten außerdem aus der Einbeziehung neuer oder überarbeiteter unterjähriger Datenquellen. Für die hier vorgelegten Ergebnisse ist weiterhin von Bedeutung, dass auch die Deflationierung zur Berechnung der preisbereinigten Aggregate turnusmäßig überprüft wurde. Hierfür stand überarbeitetes Zahlenmaterial auf der Basis der revidierten Input-Output-Rechnung ab 2002 zur Verfügung. Darüber hinaus wurden neue Preisangaben aus der Preisstatistik in die Rechenwerke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingearbeitet. Die Neuberechnungen ergaben beim preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt (Ursprungswerte) eine Absenkung der Wachstumsraten für die Jahre 2002 (von +0,1% auf 0,0%), 2004 (von +1,6% auf +1,2%) und 2005 (von +1,0% auf +0,9%). In jeweiligen Preisen wurde das Jahresergebnis für das Jahr 2002 um 0,1 Prozentpunkt auf 1,4% und für 2004 um 0,3 Prozentpunkte auf 2,1% gesenkt sowie für 2005 um 0,1 Prozentpunkt auf 1,5% erhöht. Darüber hinaus wurden die Quartalergebnisse des realen Bruttoinlandsprodukts ab 2002 um maximal 0,4 Prozentpunkte revidiert. Die Korrekturen am aktuellen Rand der Zeitreihe ergaben sich vor allem aufgrund von Korrekturen von vorläufigen kurzfristigen Statistiken (Monatserhebungen) oder durch nachlaufende kurzfristige Indikatoren, die bei den ersten aktuellen Berechnungen des Bruttoinlandsprodukts noch gar nicht zur Verfügung standen. Weitere Änderungen erfolgten durch Anpassungen

der Saison- und Kalenderbereinigung an die überarbeiteten Zeitreihen. Diese Adjustierungen werden in der Regel einmal jährlich zu diesem Hauptberechnungstermin in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank vorgenommen. Beim diesjährigen Termin wurden zudem die auf monatlichen Indikatorreihen basierenden Kalenderfaktoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aufgrund neuer Erkenntnisse intensiv überarbeitet.¹⁾

Auch die Erwerbstätigenzahlen wurden ab dem Berichtsjahr 2002 turnusmäßig überarbeitet, wobei zusätzliche Informationen aus den vorliegenden erwerbsstatistischen Quellen verwendet werden konnten (siehe Tabelle 2). Die Datenbasis der Arbeitnehmerzahlen verbesserte sich durch die jetzt aktualisiert vorliegenden endgültigen Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und geringfügig Entlohnte. Ebenfalls konnte der Korrekturbedarf aus den vorliegenden Zahlen der Zusatzjobs (Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung) berücksichtigt werden. Die nun vorliegenden Ergebnisse der Personalstandstatistik wurden zur Neuberechnung der Zahl der Beamten und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst herangezogen. Neue Erkenntnisse über die Entwicklung der Zahl der Selbstständigen einschließ-

Tabelle 2: Erwerbstätige

Jahr Vierteljahr	Neues Ergebnis	Bis- heriges Ergebnis	Differenz		Neues Ergebnis	Bis- heriges Ergebnis
			(Sp. 1 – 2)	(Sp. 3 : 2)		
	1	2	3	4	5	6
	1 000		%		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
2003	38 724	38 722	+2	+0,0	-1,0	-1,0
2004	38 875	38 868	+7	+0,0	+0,4	+0,4
2005	38 823	38 783	+40	+0,1	-0,1	-0,2
2005 1. Vj .	38 398	38 389	+9	+0,0	+0,0	+0,0
2. Vj .	38 696	38 694	+2	+0,0	-0,3	-0,3
3. Vj .	38 928	38 892	+36	+0,1	-0,2	-0,3
4. Vj .	39 264	39 142	+122	+0,3	-0,0	-0,3
2006 1. Vj .	38 419	38 334	+85	+0,2	+0,1	-0,1
2. Vj .	38 881	X	X	X	+0,5	X

1) Beispielsweise wurde die Kalenderbereinigung für das Baugewerbe und die Bauinvestitionen nach der bereits vor zwei Jahren erfolgten Umstellung von einem additiven auf ein gemischtes multiplikativ/additives Modell nochmals modifiziert. Dazu wird seit diesem Rechentermin zwischen den durchschnittlichen arbeitstäglichen Einflüssen in der kalten Jahreszeit (November bis März) und dem Rest des Jahres unterschieden. Siehe Arz, S.: "A new mixed multiplicative-additive model for seasonal adjustment", Diskussionspapier (Serie 1) der Volkswirtschaftlichen Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank (erscheint demnächst).

lich mithelfender Familienangehöriger lieferte der neu eingeführte unterjährige Mikrozensus unter Berücksichtigung der monatlichen Ergebnisse der Telefonerhebung zum ILO-Erwerbsstatus und der Daten der Bundesagentur für Arbeit zur geförderten Selbstständigkeit. Weiterhin standen zusätzlich Angaben über Beschäftigte aus den jährlichen Unternehmens- und Kostenstrukturerhebungen verschiedener Wirtschaftsbereiche für 2004 zur Verfügung.

Für viele Wirtschaftsbereiche liegen wie immer zu diesem frühen Berechnungszeitpunkt für das erste Halbjahr 2006 nur sehr grobe Indikatoren zur Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung vor, wobei die Datenbasis später sukzessive durch zusätzliche Statistiken verbessert wird. Beispielsweise wird die preisbereinigte Bruttowertschöpfung bei wesentlichen Teilen der Dienstleistungsbereiche zunächst hilfsweise auf Basis von Veränderungsraten der Erwerbstätigenstunden und einer geschätzten Produktivität fortgeschrieben.

1 Entstehung des Inlandsprodukts

Das *Bruttoinlandsprodukt* (BIP), der Wert der in Deutschland erwirtschafteten Leistung, hat sich nach aktueller Datenlage preis-, saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem jeweiligen Vorquartal im ersten Quartal 2006 um 0,7% und im zweiten Quartal um 0,9% erhöht. Damit hat sich die deutliche Aufwärtsbewegung des ersten Quartals im zweiten Quartal noch etwas beschleunigt. Dies stellt das höchste Wirtschaftswachstum in Deutschland seit fünf Jahren dar. Die kontinuierliche Aufwärtsbewegung begann den neuesten Berechnungen zufolge bereits im Verlauf des Jahres 2005.

Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt
(saison- und kalenderbereinigte Werte)
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

2005				2006	
1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj
+0,6	+0,3	+0,5	+0,3	+0,7	+0,9

Im Vorjahresvergleich erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2006 gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres um 2,0%. In der Quartalsbetrachtung und im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2006 deutlich (+3,1%) und im zweiten Quartal weniger stark (+1,0%) gestiegen. Allerdings gab es von Januar bis März 2006 drei Arbeitstage mehr und von April bis Juni 2006 drei Arbeitstage weniger als im Vorjahr. Ohne diese Kalendereffekte hätte das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal real um 1,8% und im zweiten Quartal um 2,4% über dem Wert des entsprechenden Vorjahresquartals gelegen.

Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt (Kettenindex)
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal in %

2005				2006	
1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj
-0,6	+1,7	+1,4	+1,1	+3,1	+1,0

Das *Bruttonationaleinkommen* hat sich in der ersten Jahreshälfte 2006 etwas schwächer entwickelt als das Bruttoinlandsprodukt (siehe Tabelle 3). Das Bruttonationaleinkommen umfasst als globale gesamtwirtschaftliche Einkommensgröße neben den im Zuge der Inlandsproduktion entstandenen Einkommen auch noch die per saldo mit der übrigen Welt ausgetauschten Primäreinkommen (siehe hierzu auch Kapitel 3 dieses Aufsatzes).

Tabelle 3: Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen

Jahr Vierteljahr	In jeweiligen Preisen		
	Bruttoinlands- produkt	Saldo der Primär- einkommen aus der übrigen Welt ¹⁾	Brutto- national- einkommen (Sp. 1 + 2)
	1	2	3
Mrd. EUR			
2003	2161,5	-15,7	2145,8
2004	2207,2	+2,2	2209,4
2005	2241,0	+7,2	2248,2
2005 1. Vj	538,1	+1,8	539,8
2. Vj	558,4	-2,1	556,3
3. Vj	570,2	+1,5	571,7
4. Vj	574,4	+6,0	580,4
2006 1. Vj	557,2	-0,9	556,3
2. Vj	568,4	-7,0	561,4
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum			
	%	Mrd. EUR	%
2003	+0,9	+10,8	+1,4
2004	+2,1	+18,0	+3,0
2005	+1,5	+4,9	+1,8
2005 1. Vj	+0,3	+3,8	+1,0
2. Vj	+2,2	+0,9	+2,4
3. Vj	+1,9	+0,8	+2,1
4. Vj	+1,7	-0,6	+1,6
2006 1. Vj	+3,6	-2,6	+3,1
2. Vj	+1,8	-4,9	+0,9

1) Aus der übrigen Welt empfangene Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen und Subventionen abzüglich an die übrige Welt geleistete Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen und Produktions- und Importabgaben.

Die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal 2006 wurde von durchschnittlich rund 38,9 Mill. *Erwerbstätigen* erbracht. Damit setzte sich der positive Verlauf gegenüber dem Vorjahr fort: Die Zahl der Erwerbstätigen stieg um knapp 185 000 Personen oder 0,5%. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der Erwerbslosen um 651 000 Personen auf 3,4 Mill. Personen ab. Der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) verringerte sich damit von 9,6% im zweiten Quartal 2005 auf 8,1% im Berichtsquartal. Im Vergleich zum Vorjahr sank der Anteil der Erwerbspersonen (Inländerkonzept) an der Gesamtbevölkerung aufgrund der stärkeren Verringerung der Zahl der Erwerbslosen um 0,4 Prozentpunkte auf 51,3%. Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, nahm im zweiten Quartal 2006 im Vorjahresvergleich um 0,5% zu. Je Erwerbstätigenstunde gerechnet erhöhte sich die Arbeitsproduktivität dagegen um 1,9%, da die Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen abnahm. Hauptgrund hierfür war die geringere Anzahl der zur Verfügung stehenden Arbeitstage (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Erwerbstätige, Erwerbslose und Produktivität¹⁾

Jahr Vierteljahr	Erwerbstätige im Inland		Erwerbslose ²⁾	Geleistete Arbeitsstunden	Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt		
	insgesamt	darunter Arbeitnehmer			insgesamt, Kettenindex	je Erwerbstätigen	je geleistete Arbeitsstunde
	1 000			Mill. Std.	Index (2000 = 100)		
2003	38 724	34 651	3 703	55 724	101,05	102,14	104,56
2004	38 875	34 653	3 931	56 038	102,31	103,02	105,27
2005	38 823	34 467	3 893	55 804	103,24	104,09	106,67
2005 1. Vj	38 398	34 080	4 250	13 981	99,84	101,78	102,94
2. Vj	38 696	34 321	4 086	13 342	103,78	104,98	112,12
3. Vj	38 928	34 556	3 763	14 213	104,80	105,38	106,29
4. Vj	39 264	34 906	3 471	14 269	104,52	104,20	105,59
2006 1. Vj	38 419	34 065	3 803	14 150	102,90	104,84	104,83
2. Vj	38 881	34 485	3 435	13 227	104,82	105,53	114,23
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
2003	-1,0	-1,3	+14,7	-1,4	-0,2	+0,8	+1,2
2004	+0,4	+0,0	+6,2	+0,6	+1,2	+0,9	+0,7
2005	-0,1	-0,5	-1,0	-0,4	+0,9	+1,0	+1,3
2005 1. Vj	+0,0	-0,5	+3,9	-1,4	-0,6	-0,6	+0,9
2. Vj	-0,3	-0,8	+1,6	+1,0	+1,7	+2,1	+0,7
3. Vj	-0,2	-0,6	-5,4	-0,4	+1,4	+1,6	+1,8
4. Vj	-0,0	-0,3	-4,5	-0,7	+1,1	+1,1	+1,8
2006 1. Vj	+0,1	-0,0	-10,5	+1,2	+3,1	+3,0	+1,8
2. Vj	+0,5	+0,5	-15,9	-0,9	+1,0	+0,5	+1,9

1) Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, Kettenindex 2000 = 100) je durchschnittlich Erwerbstätigen. – 2) Abgrenzung der Erwerbslosen gemäß Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

In den folgenden Abschnitten wird der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt beschrieben. Dargestellt wird die *Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche*, die nach den international harmonisierten Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Herstellungspreisen bewertet ist. Das bedeutet, dass die Bruttowertschöpfung (und der Produktionswert) der Wirtschaftsbereiche ohne die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern), aber zuzüglich der empfangenen Gütersubventionen dargestellt werden. Gütersteuern und -subventionen sind solche finanziellen Transaktionen, die mengen- oder wertabhängig von den produzierten oder gehandelten Gütern sind (z. B. Umsatzsteuer, Importabgaben, Verbrauchsteuern). Beim Übergang von der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) werden zum Ausgleich der unterschiedlichen Bewertungskonzepte zwischen Entstehungs- und Verwendungsseite die Nettogütersteuern (Saldo von Gütersteuern und Gütersubventionen) global wieder hinzugefügt.

Die Ergebnisse nach Wirtschaftsbereichen zeigen, dass sich in der ersten Jahreshälfte 2006 die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Vorjahresvergleich spürbar beschleunigt hat. Nach einem deutlichen Anstieg im ersten Quartal 2006 (+3,1%) hat die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im zweiten Quartal 2006 im Vorjahresvergleich um 1,1% zugelegt (siehe Tabelle 5). Dabei standen im ersten Quartal 2006 drei Arbeitstage mehr und im zweiten Quartal 2006 drei Arbeitstage weniger als im Vorjahr zur Verfügung. Gemessen an der preisbereinigten Bruttowertschöpfung stieg die wirtschaftliche Leistung im Produzierenden Gewerbe, zu dem das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe, die Energie- und Wasserversorgung sowie der Bergbau zählen, im zweiten Quartal 2006 um 1,4% gegenüber dem zweiten Quartal 2005 an. Im ersten Quartal 2006 war ein Anstieg um 7,4% zu verzeichnen. Zu dem Ergebnis im

zweiten Quartal 2006 trug entscheidend das Verarbeitende Gewerbe bei, dessen Bruttowertschöpfung um 1,8% über der zwischen April und Juni des vergangenen Jahres lag, nach +8,4% im ersten Quartal 2006. Dabei hat sich das Auslandsgeschäft bei einer Exportquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) von über 40% als noch etwas dynamischer erwiesen. Gemessen am Volumenindex des Umsatzes der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe stieg der Auslandsumsatz im ersten Halbjahr 2006 um 10,0%, worin sich auch die günstige Weltkonjunktur widerspiegelt. Der Inlandsabsatz legte um 3,0% zu, sodass insgesamt ein Umsatzplus von 6,0% gegenüber dem ersten Halbjahr 2005 zu verzeichnen war. Bei den Auftragseingängen zogen die Inlands- und die Auslandsaufträge um 6,3 bzw. 14,4% an. Die konjunkturelle Belebung hat sich im Verlauf der letzten Monate beruhigt. Während die Industrieproduktion im ersten Vierteljahr um 8,8% stieg, steigerte sie sich im zweiten Vierteljahr 2006 um 1,9% (gemessen am Produktionsindex für das Verarbeitende Gewerbe, gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum). Bei den deutlichen Unterschieden in der Zunahme der Produktion spielten allerdings auch die positiven Kalendereffekte im ersten und die negativen Kalendereffekte im zweiten Quartal 2006 eine Rolle. Bei der Betrachtung ausgewählter Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes zeigt sich, dass der Produktionsindex der Investitionsgüterproduzenten im ersten Halbjahr 2006 mit 5,8% deutlich anstieg, während bei den Konsumgüterproduzenten eine im Vergleich dazu schwächere Zunahme von 2,5% zu verzeichnen war. Dieses Bild korrespondiert gut mit den Ergebnissen der Verwendungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts (siehe Kapitel 2). Die Wirtschaftsleistung des Baugewerbes in Deutschland zeigt erstmals seit fünf Jahren Anzeichen einer Erholung. Nach einem Anstieg im ersten Vierteljahr um 2,0% war die Entwicklung auch im zweiten Quartal trotz des bereits erwähnten negativen Kalendereffekts noch leicht positiv (+0,5%).

Tabelle 5: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Jahr Vierteljahr	Brutto- inlands- produkt	Alle Wirtschaftsbereiche		Land- und Forstwirt- schaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereiche			
		Güter- steuern abzüglich Gütersub- ventionen	Brutto- wert- schöpfung		zu- sammen	darunter		zu- sammen	Handel, Gast- gewerbe und Verkehr	Finan- zierung, Vermietung und Unter- nehmens- dienst- leister	Öffent- liche und private Dienst- leister
						Verar- beitendes Gewerbe	Bau- gewerbe				
in jeweiligen Preisen											
Mrd. EUR											
2003	2 161,5	214,4	1 947,1	21,0	561,3	434,5	85,5	1 364,8	345,3	569,4	450,1
2004	2 207,2	213,0	1 994,2	24,3	575,9	449,7	82,8	1 394,0	357,8	582,6	453,6
2005	2 241,0	218,5	2 022,5	19,9	593,4	470,0	78,7	1 409,2	365,6	591,3	452,2
2005 1. Vj ...	538,1	53,5	484,6	4,6	137,7	110,4	16,6	342,3	85,3	147,3	109,6
2. Vj ...	558,4	53,4	505,0	5,1	150,7	119,1	20,5	349,3	92,3	147,2	109,8
3. Vj ...	570,2	55,2	514,9	5,2	151,8	119,0	22,3	357,9	95,1	149,8	113,0
4. Vj ...	574,4	56,5	517,9	5,0	153,3	121,4	19,3	359,7	92,8	147,0	119,8
2006 1. Vj ...	557,2	56,6	500,6	4,7	147,2	117,9	16,8	348,8	88,0	151,4	109,4
2. Vj ...	568,4	54,6	513,8	5,2	152,1	120,0	20,3	356,6	94,2	153,1	109,3
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %											
2003	+0,9	+2,1	+0,7	-5,3	-0,4	+0,4	-3,8	+1,3	-0,7	+2,9	+0,8
2004	+2,1	-0,7	+2,4	+15,7	+2,6	+3,5	-3,2	+2,1	+3,6	+2,3	+0,8
2005	+1,5	+2,6	+1,4	-18,0	+3,0	+4,5	-4,9	+1,1	+2,2	+1,5	-0,3
2005 1. Vj ...	+0,3	-3,0	+0,7	-17,6	-0,2	+2,3	-12,7	+1,3	+1,1	+2,3	+0,2
2. Vj ...	+2,2	+2,0	+2,2	-16,4	+4,7	+6,4	-4,2	+1,5	+3,1	+1,6	-0,1
3. Vj ...	+1,9	+3,6	+1,7	-18,3	+3,9	+4,8	-1,2	+1,2	+3,6	+0,9	-0,3
4. Vj ...	+1,7	+8,0	+1,0	-19,5	+3,5	+4,4	-2,6	+0,4	+0,8	+1,2	-1,0
2006 1. Vj ...	+3,6	+5,8	+3,3	+1,7	+6,9	+6,8	+1,1	+1,9	+3,2	+2,8	-0,2
2. Vj ...	+1,8	+2,3	+1,7	+1,0	+1,0	+0,7	-0,6	+2,1	+2,0	+4,0	-0,5
preisbereinigt											
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %											
2003	-0,2	-1,4	-0,1	-4,8	-0,2	+0,7	-4,4	+0,1	-1,0	+0,7	+0,1
2004	+1,2	-2,4	+1,6	+21,0	+2,2	+3,4	-4,5	+1,1	+3,5	+0,5	+0,1
2005	+0,9	-0,8	+1,1	-4,0	+2,0	+3,3	-3,4	+0,8	+1,3	+1,1	-0,1
2005 1. Vj ...	-0,6	-4,7	-0,1	-5,4	-1,5	+0,3	-11,2	+0,5	-0,2	+1,4	+0,0
2. Vj ...	+1,7	+0,2	+1,9	-3,4	+3,7	+4,8	-1,3	+1,2	+2,6	+1,5	-0,3
3. Vj ...	+1,4	+1,7	+1,3	-3,0	+2,6	+3,4	-0,8	+0,9	+1,9	+0,8	+0,2
4. Vj ...	+1,1	-0,3	+1,2	-4,3	+3,2	+4,4	-1,4	+0,5	+0,8	+0,8	-0,1
2006 1. Vj ...	+3,1	+2,2	+3,1	-0,1	+7,4	+8,4	+2,0	+1,5	+3,7	+1,2	+0,2
2. Vj ...	+1,0	-0,3	+1,1	-0,7	+1,4	+1,8	+0,5	+1,1	+2,1	+1,4	-0,2

Im zusammengefassten Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr stieg die Bruttowertschöpfung preisbereinigt im zweiten Quartal 2006 mit 2,1% im Vergleich zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (+1,0%) ebenfalls überdurchschnittlich an. Möglicherweise profitierte dieser Bereich in besonderem Maße von den mit der Fußballweltmeisterschaft einhergehenden Einkäufen, Übernachtungen und Reisen. Die Handelsbereiche (Kfz-Handel, Großhandel, Einzelhandel) wuchsen mit +1,2% nicht so stark wie Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+3,7%). Das Gastgewerbe legte im zweiten Quartal (+2,0%) wie bereits im ersten Quartal 2006 (+0,4%) leicht zu. Der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister wies im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Viertel Jahren eine geringfügig schwächere Zunahme der realen Bruttowertschöpfung auf (+1,4%). Während die positive Entwicklung im Produzierenden Gewerbe offenkundig auch auf die unternehmensnahen Dienstleister ausstrahlte, deren reale Bruttowertschöpfung in den beiden ersten Quartalen 2006 überdurchschnittlich zunahm, war die Veränderung der Bruttowertschöpfung im Kredit- und Versicherungsgewerbe schwach. Als relativ konjunkturunabhängig erwies sich wie üblich der Teilbereich Wohnungsvermietung, der auch den Wert für die Nutzung des gesamten Wohnungsbestands einschließlich der Eigentümerwohnungen umfasst.

Für die öffentlichen und privaten Dienstleister ergaben sich in der ersten Jahreshälfte 2006 in beiden Quartalen unterdurchschnittliche Entwicklungen (1. Vj 2006: +0,2%, 2. Vj 2006: -0,2%, jeweils gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal). Dieses eher schwache Ergebnis wurde in starkem Maße durch die öffentlichen Haushalte verursacht, deren reale Bruttowertschöpfung in dem (Kern-)Bereich „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ kaum über dem Niveau der entsprechenden Vorjahresquartale lag. Die Bruttowertschöpfung bei den Nicht-Marktproduzenten in den Sektoren Staat und Private Organisationen ohne Erwerbszweck besteht wesentlich aus dem gezahlten Arbeitnehmerentgelt, sodass sich ein Rückgang bei den Erwerbstätigen tendenziell senkend auf die Bruttowertschöpfung auswirkt. Bei den aktuellen Berechnungen in vielen Dienstleistungsbereichen wird mangels direkter Outputangaben zumeist ersatzweise auf Erwerbstätigendaten und geleistete Arbeitsstunden zurückgegriffen. Mit diesen Informationen werden unter Berücksichtigung einer aus der Zeitreihe geschätzten Produktivitätsentwicklung die Wertschöpfungsgrößen der betreffenden Dienstleistungsbereiche berechnet. In die jetzigen aktuellen Berechnungen sind die Erkenntnisse aus der Auswertung der Umsatzsteuerstatistik für das Jahr 2004 eingeflossen; daraus ergab sich dies-

mal allerdings beim Vergleich mit den fortgeschriebenen Ergebnissen kaum Bedarf für eine Anpassung der Produktivitätsansätze. Etwas modifiziert wurden die Produktivitätsansätze im Bereich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, bei denen die Beschäftigten in zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten bereits ab dem ersten Quartal 2005 in besonderer Weise berücksichtigt sind.

Nach den Berechnungen in jeweiligen Preisen (siehe Tabelle 5) erhöhte sich im zweiten Quartal 2006 die Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche insgesamt um 1,7% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum; im ersten Quartal lag der Anstieg bei 3,3%. In den nominalen Ergebnissen spiegeln sich neben der bereits beschriebenen realen Wirtschaftsentwicklung die Preisbewegungen in den verschiedenen Branchen und Produktionsstufen wider.

2 Verwendung des Inlandsprodukts

Auf der Verwendungsseite des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts kamen in der ersten Jahreshälfte 2006 sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland positive Wachstumsimpulse, wenn man auf den Vorjahresvergleich abstellt (siehe Tabelle 6). Damit könnte die bisherige stark vom Export getragene Konjunktur auch auf die Inlandsnachfrage übersprungen sein. Charakteristisch war eine starke Investitionsdynamik, die sich sowohl auf Ausrüstungs- als auch auf Bauinvestitionen erstreckte. Bei den Bauinvestitionen könnte sich damit nach der jahrelangen Rezession erstmals eine Wende zur Besserung abzeichnen. Dagegen hat sich bei den privaten Konsumausgaben die Aufwärtstendenz zum Jahresanfang nach den bisher vorliegenden Informationen im zweiten Quartal 2006 zunächst nicht fortgesetzt. Der Außenhandel präsentierte sich zwar weiterhin

Tabelle 6: Verwendung des Inlandsprodukts

Jahr Vierteljahr	Brutto- inlands- produkt	Inländische Verwendung										Außen- beitrag	Nachrichtlich:	
		ins- gesamt	Konsumausgaben			Bruttoinvestitionen					von Waren und Dienstleistungen		Exporte	Importe
			zu- sammen	private Konsum- aus- gaben ¹⁾	Staat	zu- sammen	Bruttoanlageinvestitionen			Vorrats- verände- rungen und Netto- zugang an Wert- sachen				
							zu- sammen	Aus- rüstungen	Bauten					
in jeweiligen Preisen														
Mrd. EUR														
2003	2161,5	2076,0	1699,0	1281,8	417,2	377,0	384,7	147,3	213,1	24,3	-7,7	85,5	770,7	685,2
2004	2207,2	2096,3	1718,0	1302,9	415,1	378,3	384,4	151,9	207,9	24,7	-6,1	110,9	844,1	733,2
2005	2241,0	2125,0	1740,7	1321,1	419,6	384,3	386,9	159,4	202,3	25,2	-2,6	116,0	912,3	796,3
2005 1. Vj	538,1	504,0	414,9	315,5	99,3	89,2	81,8	34,9	40,9	6,0	+7,4	34,0	212,9	178,9
2. Vj	558,4	526,4	430,3	328,5	101,8	96,1	100,7	40,1	54,4	6,2	-4,6	32,0	227,8	195,8
3. Vj	570,2	546,2	437,4	334,0	103,3	108,8	101,8	39,1	56,4	6,3	+7,1	24,0	230,5	206,5
4. Vj	574,4	548,4	458,2	343,0	115,2	90,2	102,7	45,3	50,6	6,8	-12,5	26,0	241,1	215,1
2006 1. Vj	557,2	524,1	428,6	325,8	102,8	95,5	86,0	37,8	42,1	6,1	+9,5	33,1	249,2	216,0
2. Vj	568,4	535,3	436,9	333,3	103,6	98,4	103,1	41,2	55,5	6,3	-4,7	33,1	255,8	222,7
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum														
in %														
2003	+0,9	+1,5	+1,4	+1,4	+1,3	+1,8	-2,1	-3,0	-1,6	-0,9	+15,1	-12,2	+0,7	+2,6
2004	+2,1	+1,0	+1,1	+1,7	-0,5	+0,4	-0,1	+3,1	-2,5	+1,5	+1,6	+25,4	+9,5	+7,0
2005	+1,5	+1,4	+1,3	+1,4	+1,1	+1,6	+0,7	+5,0	-2,7	+2,1	+3,5	+5,1	+8,1	+8,6
2005 1. Vj	+0,3	-0,2	+0,5	+0,6	+0,0	-3,2	-3,0	+4,5	-9,0	+0,7	-0,4	+2,6	+5,9	+5,4
2. Vj	+2,2	+2,8	+1,8	+1,8	+1,8	+7,2	+2,8	+8,2	-0,9	+2,3	+3,8	-2,3	+6,6	+9,1
3. Vj	+1,9	+1,4	+2,1	+2,3	+1,5	-1,1	+0,9	+3,2	-0,9	+2,4	-2,1	+3,1	+10,3	+9,8
4. Vj	+1,7	+1,4	+0,9	+0,8	+1,1	+4,3	+1,4	+4,1	-1,0	+2,9	+2,2	+1,7	+9,4	+9,8
2006 1. Vj	+3,6	+4,0	+3,3	+3,3	+3,5	+7,1	+5,1	+8,4	+2,8	+2,2	+2,1	-0,9	+17,0	+20,8
2. Vj	+1,8	+1,7	+1,5	+1,5	+1,8	+2,4	+2,3	+2,7	+2,1	+2,6	-0,1	+1,1	+12,3	+13,7
preisbereinigt														
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum														
in %														
2003	-0,2	+0,6	+0,0	-0,1	+0,4	+3,4	-0,8	-0,1	-1,6	+2,5	+0,7	-0,8	+2,4	+5,4
2004	+1,2	+0,0	-0,3	+0,1	-1,3	+1,2	-0,4	+4,2	-3,8	+1,2	+0,3	+1,2	+9,6	+6,9
2005	+0,9	+0,5	+0,2	+0,1	+0,6	+1,7	+0,8	+6,1	-3,6	+4,7	+0,2	+0,4	+6,9	+6,5
2005 1.Vj.	-0,6	-1,2	-0,6	-0,6	-0,7	-3,8	-3,6	+5,4	-10,8	+0,9	-0,1	+0,6	+4,5	+3,5
2.Vj.	+1,7	+2,1	+0,9	+0,8	+1,2	+7,7	+3,0	+9,6	-1,7	+5,9	+0,8	-0,2	+5,5	+7,4
3.Vj.	+1,4	+0,5	+1,0	+1,0	+0,9	-1,3	+1,2	+4,1	-1,3	+6,4	-0,5	+0,9	+9,4	+7,7
4.Vj.	+1,1	+0,5	-0,4	-0,9	+1,1	+4,8	+1,8	+5,4	-1,6	+5,5	+0,4	+0,6	+8,0	+7,3
2006 1.Vj.	+3,1	+2,7	+1,7	+1,5	+2,1	+7,4	+5,3	+9,5	+1,9	+4,8	+0,4	+0,5	+15,0	+16,1
2.Vj.	+1,0	+0,4	+0,1	-0,2	+0,8	+1,8	+2,0	+3,7	+0,4	+3,8	-0,1	+0,6	+9,3	+8,9

1) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden. – 3) Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Prozentpunkten.

sehr dynamisch, konnte aber zuletzt nicht ganz die zweistelligen Wachstumsraten des ersten Quartals 2006 erreichen. Im zweiten Quartal stiegen die Exporte preisbereinigt mit 9,3% etwas stärker als die Importe (+ 8,9%), sodass der Außenbeitrag dennoch mit 0,6 Prozentpunkten zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beitrug.

Der Wert der *privaten Konsumausgaben* betrug im ersten Quartal 2006 in Deutschland 326 Mrd. Euro und im zweiten Quartal 333 Mrd. Euro; das entsprach einer Erhöhung um 3,3 bzw. 1,5% gegenüber den entsprechenden Quartalen des Vorjahres. Preisbereinigt stieg der private Konsum im ersten Vierteljahr um 1,5% und ging im zweiten Vierteljahr um 0,2% zurück (siehe Tabelle 6). Der implizite Preisanstieg der privaten Konsumausgaben betrug in den beiden Quartalen damit 1,8 bzw. 1,7%. Die günstige Entwicklung im ersten Quartal zeigte sich auch in einer Steigerung des Ausgabevolumens gegenüber dem Vorquartal – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 1,1%, wogegen das Konsumvolumen im zweiten Quartal um 0,4% gegenüber dem relativ hohen Wert des Vorquartals zurückgegangen ist.

Überdurchschnittlich stiegen in der ersten Jahreshälfte 2006 – wie schon im Vorjahr – vor allem die Preise für Energie (Strom, Gas, Heizöl insgesamt mit +14,9% im ersten und +13,2% im zweiten Vierteljahr, jeweils gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal), wobei vor allem der Preis für Heizöl in beiden Quartalen deutlich – um 28 bzw. 21% – angestiegen ist. Die Verbraucherpreise für Gas waren ebenfalls mit mehr als 19% in den beiden Quartalen besonders stark gestiegen. Die Kraftstoffpreise haben sich in beiden Vierteljahren jeweils um mehr als 12% erhöht. Dagegen gingen die Preise für Telekommunikationsgeräte (–17,4 bzw. –14,0%) und audiovisuelle, fotografische und Informati-

onsverarbeitungsgeräte wie in den Vorjahren zurück (–5,8 bzw. –5,5%).

Die Ergebnisse nach wichtigen Verwendungszwecken untergliedert (siehe Tabelle 7) zeigen, dass die Ausgaben der privaten Haushalte für das Wohnen (einschl. Nebenkosten und der Kosten für Energie) infolge der Preiserhöhungen im Energiebereich in der ersten Jahreshälfte 2006 wesentlich stärker zugenommen haben als die Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt (+5,4 bzw. +3,5%). Die Ausgaben für Verpflegungs- und Beherbergungsleistungen sind im zweiten Quartal mit +2,5% gegenüber dem Vorjahr ebenfalls stärker gestiegen als die Konsumausgaben insgesamt, was zuletzt im ersten Quartal 2002 der Fall war. Dies könnte auch auf Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft hindeuten. Die Ausgaben der privaten Haushalte für Verkehr und Nachrichtenübermittlung stiegen besonders stark im ersten Vierteljahr 2006 (um +5,4%), wogegen der Zuwachs im zweiten Quartal nur noch 1,5% betrug. Der besondere Anstieg der Ausgaben im ersten Vierteljahr war durch überdurchschnittliche Käufe von Gebrauchtfahrzeugen gekennzeichnet. Bei der Interpretation der Ergebnisse für die privaten Konsumausgaben ist zu beachten, dass die Ausgaben von Ausländern im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft konzeptionell keine Konsumausgaben (der Inländer) darstellen, sondern als Reiseausgaben Bestandteil der Exporte von Dienstleistungen sind. Die „Käufe der Gebietsfremden“ in Deutschland erhöhten sich im zweiten Quartal deutlich um etwa 20% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum.

Die *Konsumausgaben des Staates* nahmen im ersten Halbjahr 2006 in jeweiligen Preisen um 2,6% gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zu (siehe Tabelle 8). Hierfür war insbesondere der deutliche Anstieg der Konsumausga-

Tabelle 7: Private Konsumausgaben

Jahr Vierteljahr	Insgesamt	Konsumausgaben der privaten Haushalte						Konsum- ausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Private Konsum- ausgaben je Einwohner	
		zusammen	nachrichtlich: Käufe nach Verwendungszwecken ¹⁾							
			Nahrungs- mittel, Getränke und Tabakwaren	Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe	Verkehr und Nachrichten- übermittlung	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	übrige Verwendungs- zwecke ²⁾			
Mrd. EUR										EUR
2003	1 281,8	1 244,4	180,8	289,2	200,7	115,6	425,9	37,3	15 533	
2004	1 302,9	1 265,3	183,1	295,2	205,3	117,7	433,6	37,6	15 793	
2005	1 321,1	1 285,3	188,5	305,1	205,6	119,4	437,6	35,8	16 020	
2005 1. Vj .	315,5	306,3	44,4	78,3	46,9	28,0	103,2	9,2	3 826	
2. Vj .	328,5	320,0	48,0	72,0	55,2	29,6	108,8	8,4	3 983	
3. Vj .	334,0	325,1	47,3	73,7	52,6	29,4	109,2	8,9	4 051	
4. Vj .	343,0	333,8	48,8	81,1	50,9	32,3	116,4	9,2	4 160	
2006 1. Vj .	325,8	316,4	45,1	82,4	49,4	28,7	104,7	9,4	3 954	
2. Vj .	333,3	324,8	48,0	74,5	56,1	29,7	110,4	8,5	4 046	
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %										
2003	+1,4	+1,4	−0,4	+2,7	+1,0	−0,7	+1,4	+4,6	+1,4	
2004	+1,7	+1,7	+1,3	+2,1	+2,3	+1,8	+1,8	+0,8	+1,7	
2005	+1,4	+1,6	+2,9	+3,3	+0,2	+1,4	+0,9	−4,9	+1,4	
2005 1. Vj .	+0,6	+0,8	+2,2	+3,0	−2,9	+0,4	+0,3	−4,0	+0,7	
2. Vj .	+1,8	+2,0	+4,8	+3,1	+1,7	+2,3	+1,2	−5,1	+1,8	
3. Vj .	+2,3	+2,5	+3,8	+4,0	+2,7	+2,3	+1,1	−6,0	+2,3	
4. Vj .	+0,8	+1,0	+1,0	+3,3	−1,1	+0,7	+1,1	−4,8	+0,9	
2006 1. Vj .	+3,3	+3,3	+1,7	+5,4	+5,4	+2,4	+1,5	+1,7	+3,3	
2. Vj .	+1,5	+1,5	+0,0	+3,5	+1,5	+0,4	+1,5	+1,4	+1,6	

1) Käufe der privaten Haushalte im Inland. – 2) Bekleidung, Schuhe, Einrichtungsgegenstände für den Haushalt, persönliche Gebrauchsgegenstände und Dienstleistungen.

Tabelle 8: Konsumausgaben des Staates in jeweiligen Preisen

Jahr ¹⁾ Halbjahr	Insgesamt	Vorleistungen			Bruttowertschöpfung ²⁾		Verkäufe von Waren und Dienst- leistungen ³⁾	Soziale Sach- leistungen	Nachrichtlich: Konsumaus- gaben des Staates für zivile Zwecke
		zusammen	Gebiets- körper- schaften	Sozialver- sicherung	zusammen	dar.: Arbeitnehmer- entgelt			
Mrd. EUR									
2003	417,2	82,5	75,0	7,5	196,7	167,3	28,0	166,8	391,3
2004	415,1	82,3	75,0	7,4	197,5	167,8	27,7	163,7	389,5
2005	419,6	88,2	80,0	8,1	196,0	165,9	31,3	167,5	394,2
2005 1. Hj ..	201,2	40,1	36,2	3,9	93,9	78,9	14,7	82,2	190,0
2. Hj ..	218,5	48,1	43,9	4,2	102,1	87,1	16,5	85,3	204,1
2006 1. Hj ..	206,4	42,9	39,1	3,8	93,8	78,6	15,3	85,3	195,0
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %									
2003	+1,3	+2,6	+2,1	+7,9	+0,2	+0,2	+3,9	+2,5	+1,5
2004	-0,5	-0,2	-0,1	-1,3	+0,4	+0,3	-1,2	-1,9	-0,4
2005	+1,1	+7,1	+6,8	+10,3	-0,7	-1,1	+12,9	+2,3	+1,2
2005 1. Hj ..	+0,9	+4,9	+4,1	+13,0	-0,4	-0,8	+13,0	+2,5	+1,4
2. Hj ..	+1,3	+9,0	+9,1	+7,9	-1,0	-1,4	+12,8	+2,1	+1,0
2006 1. Hj ..	+2,6	+7,0	+8,1	-3,6	-0,1	-0,3	+3,9	+3,8	+2,6

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Geleistetes Arbeitnehmerentgelt, Abschreibungen, geleistete sonstige Produktionsabgaben abzüglich empfangene sonstige Subventionen. – 3) Einschl. Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.

ben der Sozialversicherung verantwortlich, die in der ersten Jahreshälfte um 4,0% zugenommen haben. Die Konsumausgaben der Gebietskörperschaften erhöhten sich hingegen mit +1,6% deutlich moderater. Auf Quartale aufgeteilt verzeichneten die Konsumausgaben folgende Entwicklung:

Konsumausgaben in jeweiligen Preisen
Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %

	2005				2006	
	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj
Konsumausgaben	+0,0	+1,8	+1,5	+1,1	+3,5	+1,8
Gebietskörperschaften ..	-1,9	+0,0	+0,3	+0,2	+2,9	+0,4
Ziviler Bereich	-1,0	+0,4	-0,7	-0,2	+2,7	+0,3
Verteidigung	-9,5	-4,3	+9,2	+3,0	+4,7	+0,7
Sozialversicherung	+3,0	+4,5	+3,2	+2,6	+4,4	+3,7

Die preisbereinigten Konsumausgaben des Staates setzten den im zweiten Quartal 2005 eingeschlagenen Trend fort und sind im ersten Quartal 2006 um 2,1% und im zweiten Quartal 2006 um 0,8% gestiegen (siehe Tabelle 6).

Die Konsumausgaben des Staates in jeweiligen Preisen errechnen sich als Summe der Aufwendungen für die Produktion staatlicher Leistungen (insbesondere Arbeitnehmerentgelt und Vorleistungen) im Rahmen der Nichtmarktproduktion des Staates sowie für soziale Sachleistungen, abzüglich der Einnahmen aus Verkäufen und abzüglich der Produktion für die Eigenverwendung. Im Berichtshalbjahr stellte der Staat 3,8% mehr soziale Sachleistungen (insbesondere Sachleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung und der gesetzlichen Pflegeversicherung sowie der Sozialhilfe) privaten Haushalten zur Verfügung. Als Entgelt für die in der Nichtmarktproduktion des Staates eingesetzten Beschäftigten zahlte der Staat im Berichtszeitraum 0,3% weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Einsparungen beim Arbeitnehmerentgelt waren wie im Vorjahr vor allem auf den Personalabbau im öffentlichen Dienst zurückzuführen. Leicht gegenläufig wirkte sich hingegen die im ersten Halbjahr 2006 erfolgte Einmalzahlung in Höhe von 150 Euro an Angestellte und Arbeiter/-innen aus. Merklich gestiegen sind die Käufe des Staates an Vorleistungsgütern

für die Nichtmarktproduktion. Hier wurden vom Staat 7,0% mehr ausgegeben als im ersten Halbjahr 2005, wobei die Aufwendungen für Verteidigungsgüter um 10,1% und diejenigen für zivile Zwecke um 6,6% zunahmen. Die Verkäufe des Staates aus Nichtmarktproduktion (einschl. der Produktion für die Eigenverwendung) waren im Berichtshalbjahr um 3,9% höher als vor Jahresfrist.

Die *Anlageinvestitionen*, das ist die Summe der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen sowie der sonstigen, überwiegend immateriellen Anlagen, zeigen seit nunmehr fünf Quartalen in Folge wieder eine deutlich positive Entwicklung, nachdem es seit 2001 zu deutlichen Einbrüchen bei der Investitionstätigkeit gekommen war (siehe Tabelle 9). Das erste Quartal des Jahres brachte für die Gesamtheit der Anlagen in jeweiligen Preisen ein Plus an Investitionen von 5,1% gegenüber dem entsprechenden Vierteljahr des Vorjahres. Darin spiegelt sich auch ein Zuwachs der Bauinvestitionen wider, der noch durch einen sehr starken Anstieg der Investitionen in Ausrüstungen übertroffen wurde. Das zweite Vierteljahr erbrachte dagegen vor allem wegen einer schwächeren Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen nominal nur einen Zuwachs von 2,3%. Bei Preisstabilität gegenüber dem Vorjahr im ersten und leichtem Preisanstieg von +0,4% im zweiten Quartal vermitteln auch die preisbereinigten Ergebnisse ein ähnliches Bild: Demnach lag die Zunahme der Anlageinvestitionen mit 5,3% im ersten Quartal und 2,0% im zweiten Quartal über dem Anstieg der gesamten inländischen Verwendung (+2,7 bzw. +0,4%).

In der Verlaufsbeurteilung zeigen die saison- und kalenderbereinigten Ergebnisse für die Bruttoanlageinvestitionen insgesamt im Vergleich zum Vorquartal ein ähnlich günstiges Bild (mit einer Zunahme von +3,5% im zweiten Quartal 2006). Der leichte Rückgang im ersten Quartal 2006 ist hauptsächlich auf den witterungsbedingten Einbruch bei den Bauinvestitionen zurückzuführen.

Auf eine Besonderheit ist bei den Anlageinvestitionen des Staates hinzuweisen. Sie verminderten sich preisbereinigt – unter anderem bedingt durch Verkäufe von Grundstücken

Tabelle 9: Bruttoanlageinvestitionen

Jahr Vierteljahr	Bruttoanlageinvestitionen			Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen			Sonstige Anlagen ¹⁾		
	insgesamt	nicht- staatliche Sektoren	Staat	zusammen	nicht- staatliche Sektoren	Staat	zusammen	nicht- staatliche Sektoren	Staat	zusammen	nicht- staatliche Sektoren	Staat
in jeweiligen Preisen												
Mrd. EUR												
2003	384,7	351,0	33,7	147,3	142,9	4,4	213,1	185,5	27,6	24,3	22,6	1,7
2004	384,4	353,0	31,4	151,9	147,5	4,4	207,9	182,6	25,3	24,7	22,9	1,7
2005	386,9	356,7	30,2	159,4	155,0	4,4	202,3	178,3	24,0	25,2	23,4	1,8
2005 1. Vj	81,8	76,7	5,1	34,9	34,3	0,6	40,9	36,7	4,2	6,0	5,7	0,3
2. Vj	100,7	92,4	8,3	40,1	39,3	0,8	54,4	47,3	7,1	6,2	5,8	0,4
3. Vj	101,8	93,2	8,6	39,1	38,1	1,0	56,4	49,2	7,2	6,3	6,0	0,4
4. Vj	102,7	94,5	8,2	45,3	43,3	2,0	50,6	45,2	5,4	6,8	6,0	0,8
2006 1. Vj	86,0	81,2	4,8	37,8	37,1	0,7	42,1	38,3	3,7	6,1	5,8	0,3
2. Vj	103,1	94,7	8,3	41,2	40,3	0,9	55,5	48,4	7,1	6,3	6,0	0,4
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %												
2003	-2,1	-1,7	-6,3	-3,0	-2,7	-11,9	-1,6	-0,9	-6,0	-0,9	-1,3	+3,6
2004	-0,1	+0,6	-7,0	+3,1	+3,2	+0,0	-2,5	-1,5	-8,6	+1,5	+1,6	+0,6
2005	+0,7	+1,1	-3,8	+5,0	+5,1	+1,6	-2,7	-2,3	-5,1	+2,1	+2,2	+1,1
2005 1. Vj	-3,0	-2,5	-10,2	+4,5	+4,7	-6,1	-9,0	-8,8	-11,0	+0,7	+1,1	-7,1
2. Vj	+2,8	+2,8	+2,1	+8,2	+8,2	+6,3	-0,9	-1,2	+1,4	+2,3	+2,1	+6,1
3. Vj	+0,9	+1,2	-3,3	+3,2	+3,1	+5,2	-0,9	-0,3	-4,6	+2,4	+2,4	+2,9
4. Vj	+1,4	+2,1	-5,8	+4,1	+4,3	+0,5	-1,0	+0,0	-8,7	+2,9	+3,1	+1,3
2006 1. Vj	+5,1	+5,9	-6,7	+8,4	+8,2	+17,7	+2,8	+4,4	-11,4	+2,2	+1,8	+11,5
2. Vj	+2,3	+2,6	+0,0	+2,7	+2,7	+2,4	+2,1	+2,4	-0,3	+2,6	+2,8	+0,0
preisbereinigt												
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %												
2003	-0,8	-0,3	-5,2	-0,1	+0,1	-5,8	-1,6	-1,0	-5,9	+2,5	+2,0	+9,0
2004	-0,4	+0,3	-7,3	+4,2	+4,3	+2,3	-3,8	-3,0	-9,2	+1,2	+1,3	+0,0
2005	+0,8	+1,2	-3,8	+6,1	+6,1	+5,0	-3,6	-3,2	-5,9	+4,7	+4,7	+4,6
2005 1. Vj	-3,6	-3,1	-11,0	+5,4	+5,6	-5,3	-10,8	-10,7	-12,1	+0,9	+1,3	-7,7
2. Vj	+3,0	+3,2	+1,8	+9,6	+9,6	+10,0	-1,7	-2,0	+0,3	+5,9	+5,6	+11,9
3. Vj	+1,2	+1,6	-2,9	+4,1	+4,0	+8,6	-1,3	-0,8	-5,0	+6,4	+6,3	+8,0
4. Vj	+1,8	+2,5	-5,3	+5,4	+5,5	+4,8	-1,6	-0,5	-9,7	+5,5	+5,6	+4,5
2006 1. Vj	+5,3	+6,1	-6,9	+9,5	+9,3	+23,4	+1,9	+3,6	-12,7	+4,8	+4,3	+15,3
2. Vj	+2,0	+2,3	-1,6	+3,7	+3,7	+5,8	+0,4	+0,9	-2,8	+3,8	+4,0	+0,5

1) Software (erworbene und selbstgestellte), Urheberrechte, andere immaterielle Anlagegüter, Nutztiere und Nutzpflanzungen.

aus dem Bundeseisenbahnvermögen – gegenüber den Vorjahresquartalen im ersten Vierteljahr um -6,9% und im zweiten Vierteljahr um -1,6%. Auf den Staatssektor entfielen im zweiten Vierteljahr rund 8% der gesamten Anlageinvestitionen. Im Folgenden wird noch auf die einzelnen Komponenten der Anlageinvestitionen eingegangen.

Bruttoanlageinvestitionen Veränderungen in %

	Ursprungswerte ¹⁾			Saison- und kalender- bereinigte Werte ²⁾
	in jeweiligen Preisen	preis- bereinigt	Preis- komponente	preis- bereinigt
2005 1. Vj	-3,0	-3,6	+0,7	-0,2
2. Vj	+2,8	+3,0	-0,2	+0,1
3. Vj	+0,9	+1,2	-0,4	+1,9
4. Vj	+1,4	+1,8	-0,5	+1,3
2006 1. Vj	+5,1	+5,3	-0,1	-0,6
2. Vj	+2,3	+2,0	+0,4	+3,5

1) Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal. – 2) Nach Census X-12-ARIMA; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Die Ausgaben für *Ausrüstungsinvestitionen* übertrafen in den beiden ersten Quartalen des Jahres 2006 mit nominalen Zuwächsen von 8,4 und 2,7% deutlich die Vergleichswerte des Vorjahres, und dies, obwohl schon die entsprechenden Vorjahresquartale kräftige Wachstumsraten gezeigt hatten.

Bedingt durch den anhaltenden Preisrückgang für Ausrüstungen – seit über zwei Jahren sinkt der betreffende Preisindex im Jahresvergleich um rund 1% je Vierteljahr – betragen die Quartalszuwächse preisbereinigt sogar 9,5 und 3,7%. Damit hält der stetige Wachstumstrend der Ausrüstungsinvestitionen nun bereits seit zwei Jahren an. Auch die saison- und kalenderbereinigten Ergebnisse bestätigen im Vorquartalsvergleich die Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen. Ein Blick auf die Entwicklung des letzten Jahrzehnts macht deutlich, dass die Ausrüstungsinvestitionen preisbereinigt wieder ihren bisherigen Höchststand aus dem Jahr 2000 erreicht haben. Zwischenzeitlich waren sie bis 2002

Ausrüstungsinvestitionen Veränderungen in %

	Ursprungswerte ¹⁾				Saison- und kalender- bereinigte Werte ²⁾
	in jeweiligen Preisen	preis- bereinigt	Preis- komponente	preis- bereinigt	
2005 1. Vj	+4,5	+5,4	-0,8	+3,2	
2. Vj	+8,2	+9,6	-1,3	+0,8	
3. Vj	+3,2	+4,1	-0,9	+1,7	
4. Vj	+4,1	+5,4	-1,3	+0,8	
2006 1. Vj	+8,4	+9,5	-1,1	+2,3	
2. Vj	+2,7	+3,7	-1,0	+2,5	

1) Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal. – 2) Nach Census X-12-ARIMA; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

um etwa 11% gefallen und hatten auf diesem Niveau bis zum Jahr 2004 stagniert. Bei den preisbereinigten Ergebnissen ist zu beachten, dass sich hier insbesondere die hedonische Preismessung (vor allem bei EDV-Gütern) auswirkt, welche die bedeutenden Qualitätssteigerungen explizit berücksichtigt und deshalb ausgeprägte Preissenkungen ermittelt. Demgegenüber liegen die Ausrüstungsinvestitionen in jeweiligen Preisen noch ein gutes Stück unter ihren früheren Höchstständen.

Bei den *Bauinvestitionen* scheint sich in der ersten Jahreshälfte 2006 eine Umkehr der seit langem rückläufigen Entwicklung abzuzeichnen. Im ersten Quartal 2006 nahmen die Bauinvestitionen in jeweiligen Preisen um 2,8% und preisbereinigt um 1,9% gegenüber dem ersten Quartal 2005 zu. Dieses Ergebnis ist einerseits durch den extrem strengen Winter und andererseits durch einen positiven Kalendereffekt (von drei zusätzlichen Arbeitstagen im Vorjahresvergleich) beeinflusst. Demzufolge war saison- und kalender- und preisbereinigt im Vergleich zum Vorquartal ein Rückgang von 2,9% zu verzeichnen. Von der schlechten Witterung war vor allem der öffentliche Tiefbau ohne Straßenbau betroffen, der real um 14% im Vergleich zum Vorjahr reduziert wurde. Der Anstieg im zweiten Quartal fiel wegen der geringeren Anzahl der Arbeitstage weniger stark aus. In jeweiligen Preisen wurde im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal 2,1% mehr in Bauten investiert. Preisbereinigt fiel der Anstieg mit 0,4% auch aufgrund merklich steigender Baupreise geringer aus. Jedoch ist das seit dem Jahr 1999 erstmals wieder ein Anstieg der Bauinvestitionen, der sich über zwei Quartale in Folge erstreckt. Die Baupreise (Vorjahrespreisbasis, verkettet) nahmen im ersten Quartal um 0,8% und im zweiten Quartal um 1,6% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal zu. Saison-, kalender- und preisbereinigt stiegen die Bauinvestitionen im zweiten Quartal stark um 4,6% gegenüber dem Vorquartal an. In diesem Ergebnis kommen sicherlich auch Nachholeffekte aufgrund der witterungsbedingten Ausfälle am Jahresanfang zum Ausdruck.

Bauinvestitionen Veränderungen in %				
Ursprungswerte ¹⁾				Saison- und kalender- bereinigte Werte ²⁾
	in jeweiligen Preisen	preis- bereinigt	Preis- komponente	preis- bereinigt
2005 1. Vj.	-9,0	-10,8	+2,0	-2,8
2. Vj.	-0,9	-1,7	+0,9	-0,9
3. Vj.	-0,9	-1,3	+0,5	+2,0
4. Vj.	-1,0	-1,6	+0,6	+1,8
2006 1. Vj.	+2,8	+1,9	+0,8	-2,9
2. Vj.	+2,1	+0,4	+1,6	+4,6

1) Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal. – 2) Nach Census X-12-ARIMA; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Die *Sonstigen Anlagen* in jeweiligen Preisen setzten sich nach den Schätzungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2005 zu etwa drei Vierteln aus Softwareinvestitionen und zu rund einem Fünftel aus Investitionen in Urheberrechte zusammen; der Anteil der weiteren Posten (Nutztiere und -pflanzungen, Suchbohrungen, Grundstücksübertra-

gungskosten) ist unerheblich. Über die unterjährige Entwicklung der Sonstigen Anlagen liegen keine statistisch abgesicherten Informationen vor; eine Interpretation sollte sich daher auf längere Zeiträume beschränken: Die vergangene Dekade hatte bis zum Jahr 2001 starke Zuwächse erbracht, geprägt durch die stürmische Entwicklung der Softwareinvestitionen. Daran hatten auch Sonderfaktoren wie das „Jahr-2000-Problem“ oder der IT-Bedarf für die Euro-Währungsumstellung ihren Anteil. Seither deuten viele Anzeichen bei den Sonstigen Anlagen auf allgemeine Konsolidierungstendenzen und ein verhalteneres Wachstum hin, so auch in der ersten Jahreshälfte 2006: Im ersten und zweiten Quartal liegen die geschätzten nominalen Zuwachsraten bei 2,2 bzw. 2,6%. Angesichts des für IT-Produkte typischen Preisrückgangs notieren die preisbereinigten Wachstumsraten merklich höher, und zwar 4,8% für das erste und 3,8% für das zweite Quartal 2006.

Der *Außenbeitrag* (Exporte abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) nahm im ersten Quartal 2006 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum in jeweiligen Preisen um 0,9 auf 33,1 Mrd. Euro ab. Im zweiten Quartal dagegen stieg er im Vorjahresvergleich, und zwar um 1,1 auf 33,1 Mrd. Euro. Die Veränderungsrate der Exporte (nominal +17,0% im ersten, +12,3% im zweiten Quartal, preisbereinigt +15,0% im ersten, +9,3% im zweiten Quartal 2006) verringerte sich zwar, doch gleichzeitig nahmen auch die Zuwachsraten der Einfuhren ab (nominal +20,8% im ersten, +13,7% im zweiten Quartal, preisbereinigt +16,1% im ersten, +8,9% im zweiten Quartal). Da sowohl im ersten wie im zweiten Quartal die Importpreise (+4,0% im ersten Quartal, +4,5% im zweiten Quartal) stärker stiegen als die Exportpreise (+1,8% im ersten Quartal, +2,8% im zweiten Quartal), verschlechterten sich die Terms of Trade, das heißt das Verhältnis der Entwicklung von Export- zu Importpreisen, im ersten Quartal um 2,1% und im zweiten Quartal um 1,6%.

Der im grenzüberschreitenden Warenverkehr erwirtschaftete nominale Außenbeitrag sank im ersten Quartal 2006 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 2,4 auf 39,8 Mrd. Euro, im zweiten Quartal sank er sogar noch etwas stärker, nämlich um 3,3 auf 37,3 Mrd. Euro. Hingegen verbesserte sich das traditionelle Defizit im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr deutlich. Im ersten Quartal nahm es um 1,5 auf -6,7 Mrd. Euro ab, im zweiten sogar um 4,4 auf -4,2 Mrd. Euro. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass die Dienstleistungsexporte auch die Reiseausgaben von Ausländern im Inland enthalten, und damit in diesem Zeitraum auch die Ausgaben von Ausländern im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland. Des Weiteren enthält der Nachweis der grenzüberschreitenden Dienstleistungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, ergänzend zu den in der Leistungsbilanzstatistik erfassten Transaktionen, Schätzungen für den Wert grenzüberschreitender Bankdienstleistungen. Diese werden in der Leistungsbilanzstatistik nicht von den grenzüberschreitenden Zinsströmen (Einkommensströmen) zu den Dienstleistungsströmen umgesetzt. Nach den bisher vorliegenden Informationen und unter Beachtung der von der Europäischen Union rechtsverbindlich vor-

Tabelle 10: Exporte und Importe

Jahr Vierteljahr	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Exporte minus Importe)
	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	
in jeweiligen Preisen							
Mrd. EUR							
2003	770,7	665,8	104,9	685,2	533,9	151,4	85,5
2004	844,1	732,6	111,6	733,2	577,3	155,9	110,9
2005	912,3	789,7	122,6	796,3	633,4	162,9	116,0
2005 1. Vj	212,9	185,7	27,2	178,9	143,5	35,4	34,0
2. Vj	227,8	197,9	29,9	195,8	157,3	38,5	32,0
3. Vj	230,5	198,6	31,9	206,5	158,5	48,0	24,0
4. Vj	241,1	207,4	33,7	215,1	174,1	41,1	26,0
2006 1. Vj	249,2	217,7	31,4	216,0	177,9	38,1	33,1
2. Vj	255,8	218,7	37,1	222,7	181,3	41,3	33,1
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum							
in %							
in Mrd. EUR							
2003	+0,7	+2,0	-7,2	+2,6	+3,5	-0,4	-12,2
2004	+9,5	+10,0	+6,3	+7,0	+8,1	+3,0	+25,4
2005	+8,1	+7,8	+9,9	+8,6	+9,7	+4,5	+5,1
2005 1. Vj	+5,9	+5,2	+10,7	+5,4	+6,3	+2,0	+2,6
2. Vj	+6,6	+7,0	+4,3	+9,1	+10,9	+2,4	-2,3
3. Vj	+10,3	+10,2	+10,7	+9,8	+9,8	+9,7	+3,1
4. Vj	+9,4	+8,7	+13,9	+9,8	+11,5	+3,0	+1,7
2006 1. Vj	+17,0	+17,2	+15,5	+20,8	+24,0	+7,7	-0,9
2. Vj	+12,3	+10,5	+24,1	+13,7	+15,3	+7,2	+1,1
preisbereinigt							
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
in Prozentpunkten ¹⁾							
2003	+2,4	+3,1	-1,6	+5,4	+6,7	+0,9	-0,8
2004	+9,6	+10,2	+6,1	+6,9	+8,1	+2,7	+1,2
2005	+6,9	+7,1	+5,7	+6,5	+7,1	+4,5	+0,4
2005 1. Vj	+4,5	+4,1	+7,3	+3,5	+3,8	+2,1	+0,6
2. Vj	+5,5	+6,3	+0,7	+7,4	+8,7	+2,9	-0,2
3. Vj	+9,4	+9,8	+6,8	+7,7	+7,1	+9,6	+0,9
4. Vj	+8,0	+8,0	+8,3	+7,3	+8,5	+2,6	+0,6
2006 1. Vj	+15,0	+16,3	+6,6	+16,1	+18,3	+7,0	+0,5
2. Vj	+9,3	+8,9	+11,7	+8,9	+10,3	+2,8	+0,6

1) Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Prozentpunkten.

geschriebenen Berechnungsregeln ergaben sich für beide Quartale, zumindest in nomineller Betrachtung, im Vorjahresvergleich deutlich höhere Werte für den Export von Bankdienstleistungen. Die Abnahme des traditionellen Defizits im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr im Nachweis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurde davon maßgeblich bestimmt.

Exporte abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen in jeweiligen Preisen

Mrd. EUR

	Waren	Dienstleistungen	Zusammen	Veränderung gegenüber dem Vorjahres- quartal
2005 1. Vj	+42,2	-8,2	+34,0	+2,6
2. Vj	+40,7	-8,7	+32,0	-2,3
3. Vj	+40,1	-16,1	+24,0	+3,1
4. Vj	+33,4	-7,4	+26,0	+1,7
2006 1. Vj	+39,8	-6,7	+33,1	-0,9
2. Vj	+37,3	-4,2	+33,1	+1,1

Die Zunahme der preisbereinigten Exporte insgesamt im ersten Quartal um 15,0% beruhte auf einer kräftigen Zunahme der Warenexporte um 16,3% und einer deutlich geringeren

Zunahme der Dienstleistungsexporte um 6,6%. Im zweiten Quartal dagegen erhöhten sich die Warenexporte im Vorjahresvergleich um 8,9%, während die Dienstleistungsexporte mit einer Zunahme um 11,7% sogar noch etwas stärker stiegen. Waren- und Dienstleistungsexporte insgesamt nahmen im zweiten Quartal um 9,3% zu.

Die preisbereinigten Importe insgesamt stiegen im ersten Quartal um 16,1%, im zweiten Quartal nur noch um 8,9% (jeweils gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal). Die Warenimporte nahmen dabei um +18,3% (erstes Quartal) bzw. +10,3% (zweites Quartal) zu. Abnehmende Zuwachsraten sind auch für die Dienstleistungsimporte festzustellen: +7,0% für das erste und +2,8% für das zweite Quartal.

Eine regionale Untergliederung der Warenexporte und -importe liefern die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik (Spezialhandelsstatistik) für das erste Halbjahr 2006 (in jeweiligen Preisen). Bei den Warenexporten stiegen dabei die Ausfuhren in die 25 EU-Länder, die rund zwei Drittel der deutschen Warenausfuhr beziehen, mit +12,4% (Eurozone: +11,2%) nur unwesentlich geringer als die Ausfuhren in die Drittländer (+13,9%). Die Importe aus den Ländern der Europäischen Union, die etwa 60% der deutschen Einfuhren

ausmachen, nahmen mit 13,9% (Eurozone: +12,6%) dagegen deutlich weniger zu als die Importe aus Drittstaaten (+28,9%).

3 Gesamtwirtschaftliche Einkommen und Vermögensbildung, Verteilung des Volkseinkommens

Das *Bruttonationaleinkommen* als umfassende gesamtwirtschaftliche Einkommensgröße stieg im ersten Halbjahr 2006 um 2,0% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum (siehe Tabelle 11). Damit lag der Zuwachs deutlich unter dem des Bruttoinlandsproduktes in jeweiligen Preisen (+2,7%). Ursache hierfür war, dass die an die übrige Welt geleisteten *Primäreinkommen* mit 22,2% wesentlich stärker zulegten als die aus der übrigen Welt empfangenen *Primäreinkommen* (+11,5%). Das Defizit bei den grenzüberschreitenden *Primäreinkommen* erhöhte sich dadurch per saldo im ersten Halbjahr 2006 auf –7,9 Mrd. Euro, nachdem in der ersten Hälfte des Vorjahres der Saldo nahezu ausgeglichen war.

Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, werden Entwicklung und Niveau der grenzüberschreitenden *Primäreinkommen* vor allem von den *Vermögenseinkommen* geprägt, die maßgeblich durch die grenzüberschreitenden Zinsströme bestimmt sind.²⁾ Die vom Ausland empfangenen Zinsen erhöhten sich im ersten Halbjahr 2006 um 14,7% gegenüber dem ersten Halbjahr 2005, die an das Ausland geleisteten Zinsen stiegen sogar um 23,7%. Der Anstieg der grenzüberschreitenden Zinsströme ist unter anderem auf die weltweit gestiegenen Zinssätze in den letzten Monaten zurückzuführen. Neben den Zinsen bestimmten die Ausschüttungen von Unternehmen im Besitz von Gebietsfremden an ihre Eigentümer und in geringerem Ausmaß die reinvestierten Gewinne Niveau und Entwicklung der grenzüberschreitenden Vermö-

genseinkommen. Die an das Ausland geleisteten Ausschüttungen haben sich um gut 17% erhöht und die aus dem Ausland empfangenen Ausschüttungen legten gut 10% zu. Infolge der vergleichsweise stärker gestiegenen Zinsen und Ausschüttungen an das Ausland haben sich die geleisteten *Vermögenseinkommen* an die übrige Welt mit +24,1% deutlich mehr erhöht als die von dort empfangenen *Vermögenseinkommen* (+11,9%). Bei den grenzüberschreitenden *Arbeitseinkommen* der Ein- und Auspendler sowie den geleisteten Produktionsabgaben an und empfangenen Subventionen von der Europäischen Union – diese Positionen fallen gegenüber den grenzüberschreitenden *Vermögenseinkommen* quantitativ kaum ins Gewicht – kam es nur zu geringfügigen absoluten Änderungen im Vorjahresvergleich.

Grenzüberschreitende Primäreinkommen

	1. Hj 2006	Veränderung gegenüber 1. Hj 2005
	Mrd. EUR	%
Primäreinkommen aus der übrigen Welt	77,64	+11,5
Arbeitnehmerentgelt	2,77	+2,2
Vermögenseinkommen	73,36	+11,9
Subventionen	1,51	+11,0
Primäreinkommen an die übrige Welt	85,50	+22,2
Arbeitnehmerentgelt	2,69	–0,4
Vermögenseinkommen	79,44	+24,1
Produktions- und Importabgaben	3,37	+2,7

Das *Nettonationaleinkommen*, das dem *Bruttonationaleinkommen* minus Abschreibungen entspricht, stieg im ersten Halbjahr 2006 um 2,5% (siehe Tabelle 11). Da der üblicherweise negative Saldo der laufenden Transfers von und an die übrige Welt im ersten Halbjahr 2006 leicht unter dem Vorjahresniveau lag, erhöhte sich das *Verfügbare Einkommen* der gesamten Volkswirtschaft um +2,9%. Ursachen für die per saldo an die übrige Welt geleisteten laufenden Transfers in Höhe von 12,2 Mrd. Euro sind vor allem die an

Tabelle 11: Einkommen, Vermögensbildung, Transaktionen mit der übrigen Welt

Jahr Halbjahr	Bruttoinlandsprodukt	Primäreinkommen von der übrigen Welt (Saldo)	Bruttonationaleinkommen	Abschreibungen	Nettonationaleinkommen	Laufende Transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Verfügbares Einkommen	Konsumausgaben	Sparen	Vermögens-transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Nettoinvestitionen	Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Außenbeitrag
Mrd. EUR													
2003	2161,5	–15,7	2145,8	322,8	1823,0	–26,2	1796,8	1699,0	97,8	+0,3	54,2	43,9	85,5
2004	2207,2	+2,2	2209,4	326,9	1882,5	–28,0	1854,5	1718,0	136,5	–0,0	51,4	85,1	110,9
2005	2241,0	+7,2	2248,2	334,3	1913,9	–28,4	1885,4	1740,7	144,7	+0,0	50,0	94,8	116,0
2005 1. Hj	1096,5	–0,4	1096,1	167,6	928,5	–15,4	913,2	845,2	68,0	+0,4	17,7	50,7	66,1
2. Hj	1144,5	+7,5	1152,0	166,7	985,3	–13,1	972,3	895,6	76,7	–0,4	32,3	44,1	50,0
2006 1. Hj	1125,6	–7,9	1117,7	165,6	952,2	–12,2	940,0	865,5	74,4	+0,2	28,3	46,3	66,2
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %													
2003	+0,9	X	+1,4	+0,3	+1,6	X	+1,5	+1,4	+3,6	X	+12,3	X	X
2004	+2,1	X	+3,0	+1,3	+3,3	X	+3,2	+1,1	+39,6	X	–5,3	X	X
2005	+1,5	X	+1,8	+2,3	+1,7	X	+1,7	+1,3	+6,0	X	–2,7	X	X
2005 1. Hj	+1,3	X	+1,7	+2,8	+1,5	X	+1,4	+1,2	+4,9	X	–5,8	X	X
2. Hj	+1,8	X	+1,8	+1,7	+1,8	X	+1,9	+1,5	+7,0	X	–0,9	X	X
2006 1. Hj	+2,7	X	+2,0	–1,2	+2,5	X	+2,9	+2,4	+9,5	X	+60,0	X	X

2) Die auf Kredite und Einlagen von Nichtbanken bei Banken gezahlten bzw. empfangenen grenzüberschreitenden Zinsen sind um Finanzserviceleistungen der Banken bereinigt und entsprechen somit nicht den tatsächlichen Zinsen aus bzw. an die übrige Welt in der Zahlungsbilanzstatistik. Ausführliche Erläuterungen hierzu siehe Eichmann, W.: „Finanzserviceleistung, indirekte Messung (FISIM)“ in WiSta 7/2005, S. 710 ff.

die Europäische Union gezahlten BNE-Eigenmittel (7,4 Mrd. Euro), Heimatüberweisungen und Unterstützungszahlungen privater Haushalte an das Ausland sowie per saldo geleistete monetäre Sozialleistungen an im Ausland lebende Deutsche und ehemalige Gastarbeiter.

Mit einem Anstieg von 2,4% haben sich die gesamten Konsumausgaben im ersten Halbjahr 2006 im Vergleich zum Verfügbaren Einkommen der Volkswirtschaft unterdurchschnittlich entwickelt. Dabei erhöhten sich die *Konsumausgaben* der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck um 2,3%, während die des Staates um 2,6% zunahmen. Das gesamtwirtschaftliche Sparen erhöhte sich damit um 9,5% im ersten Halbjahr 2006 gegenüber der Vorjahresperiode auf jetzt 74,4 Mrd. Euro.

Ein deutliches Plus (+60,0%) wiesen die *Nettoinvestitionen* im ersten Halbjahr 2006 auf, die sich aus Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen errechnen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass das Vergleichsniveau mit 17,7 Mrd. Euro im ersten Halbjahr 2005 sehr niedrig war. Die gesamtwirtschaftlichen Nettoinvestitionen machten damit rund 38% des gesamtwirtschaftlichen Sparens aus. In den Jahren 2002 und 2003 erreichten die Ausgaben für Nettoinvestitionen noch gut die Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Sparens.

Eine Folge der exportgestützten Wirtschaftsentwicklung zeigt sich im *gesamtwirtschaftlichen Finanzierungssaldo*, der sich auf +46,3 Mrd. Euro im ersten Halbjahr 2006 belief (1. Hj 2005: +50,7 Mrd. Euro). Dies ist allein auf einen nach wie vor hohen Außenbeitrag (+66,2 Mrd. Euro), der den Exportüberschuss im Waren- und Dienstleistungsverkehr ausdrückt, zurückzuführen. Die anderen grenzüberschreitenden Transaktionen führten per saldo zu finanziellen Abflüssen an die übrige Welt. So lagen die per saldo empfangenen Primäreinkommen in der ersten Jahreshälfte 2006 bei -7,9 Mrd. Euro, die empfangenen laufenden Transfers bei -12,2 Mrd. Euro und lediglich die empfangenen Vermö-

genstransfers wiesen einen leichten Überschuss von +0,2 Mrd. Euro auf.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erhöhte sich das *Volkseinkommen*, das heißt die Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen der inländischen Wirtschaftseinheiten, im ersten Halbjahr 2006 um 2,0% auf 828,2 Mrd. Euro (siehe Tabelle 12). Bedingt durch den deutlichen Anstieg des Saldos aus vom Staat empfangenen Produktions- und Importabgaben minus vom Staat geleisteten Subventionen (+6,4%), der zur Berechnung des Volkseinkommens vom Nettonationaleinkommen abgezogen werden muss, fiel der Anstieg des Volkseinkommens geringer aus als der des Nettonationaleinkommens (+2,5%).

Das *Arbeitnehmerentgelt* stieg während der ersten sechs Monate des Jahres 2006 leicht um 0,2% auf 540,3 Mrd. Euro. Die wieder anziehende Konjunktur schlug sich noch nicht in einer deutlichen Steigerung der Arbeitnehmerentgelte nieder. Der Anteil des Arbeitnehmerentgeltes am Volkseinkommen – die Lohnquote – lag in der ersten Jahreshälfte 2006 mit 65,2% deutlich unter der Quote des vergleichbaren Vorjahreszeitraums (66,4%).

Die *Unternehmens- und Vermögenseinkommen* – als zweite Säule des Volkseinkommens – legten im ersten Halbjahr 2006 um 5,5% zu und erreichten einen Wert von 287,9 Mrd. Euro. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen werden nicht originär, sondern als Saldo zwischen dem Volkseinkommen und dem Arbeitnehmerentgelt berechnet. Eine solche Restgröße unterliegt naturgemäß vielen unterschiedlichen Einflüssen und ist entsprechend vorsichtig zu interpretieren.

Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich aus den Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber zusammen. Tabelle 13 zeigt die Komponenten des Arbeitnehmerentgeltes. Die *Bruttolöhne und -gehälter* sind gegenüber dem ersten Halbjahr 2005 leicht gestiegen (+0,4%). Dieser Anstieg erklärt sich aus dem gleichzeitigen Anstieg der Arbeitnehmerzahl und der Durchschnitts-

Tabelle 12: Verteilung des Volkseinkommens

Jahr Halbjahr	Nettonational- einkommen	Produktions- und Importabgaben abzüglich Subven- tionen ¹⁾	Volkseinkommen			Nachrichtlich: Lohnquote (Spalte 4 in % von Spalte 3)
			insgesamt	Arbeitnehmerentgelt (Inländer)	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	
	1	2	3	4	5	6
			Mrd. EUR			%
2003	1823,0	226,0	1597,0	1131,7	465,3	70,9
2004	1882,5	231,9	1650,6	1136,8	513,8	68,9
2005	1913,9	238,7	1675,1	1129,3	545,9	67,4
2005 1. Hj	928,5	116,5	812,1	539,2	272,9	66,4
2. Hj	985,3	122,3	863,1	590,1	273,0	68,4
2006 1. Hj	952,2	123,9	828,2	540,3	287,9	65,2
			Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %			
2003	+1,6	+3,4	+1,3	+0,3	+3,9	X
2004	+3,3	+2,6	+3,4	+0,5	+10,4	X
2005	+1,7	+2,9	+1,5	-0,7	+6,2	X
2005 1. Hj	+1,5	+1,7	+1,5	-0,6	+5,7	X
2. Hj	+1,8	+4,1	+1,5	-0,7	+6,8	X
2006 1. Hj	+2,5	+6,4	+2,0	+0,2	+5,5	X

1) Vom Staat empfangene Abgaben bzw. vom Staat gezahlte Subventionen.

verdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) um jeweils 0,2%.

Die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter bleibt damit wie in den letzten Jahren äußerst moderat. Hierzu trug die immer noch schwache Arbeitsmarktlage entscheidend bei. Vor dem Hintergrund der weiterhin angespannten Arbeitsmarktsituation ist auch das erneute Zurückbleiben der Durchschnittsverdienstentwicklung hinter den Tariflohnsteigerungen zu sehen: In einer schwachen Arbeitsmarktlage werden über- und außertarifliche Leistungen abgebaut, Sonderzahlungen, wie das Urlaubsgeld, werden eingefroren oder gekürzt. Hinzu kommt, dass die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten, den so genannten „Ein-Euro-Jobs“, weiter zunimmt. Nach dem Erwerbskonzept der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) zählen auch diese Personen zu den Erwerbstätigen. Ihre Entlohnung wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durch die Mehraufwandsentschädigung abgebildet. Die in Arbeitsgelegenheiten Beschäftigten erhalten zusätzlich das Arbeitslosengeld II. Diese staatliche Transferleistung wird unabhängig von der Beschäftigung gewährt und zählt in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht zum Arbeitnehmerentgelt. Die Mehraufwandsentschädigung, die das Entgelt im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen darstellt, beläuft sich auf ein bis zwei Euro je Stunde. Die sehr niedrigen Entgelte in diesem Bereich und die weiteren genannten Ursachen führen dazu, dass der Zuwachs des effektiven Durchschnittsverdienstes hinter dem der tariflichen Verdienste zurückbleibt.

Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber sind im ersten Halbjahr 2006 um 0,8% gesunken. Die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer sind dagegen um 3,7% gestiegen. Sie haben sich damit deutlich stärker als die Bruttolöhne und -gehälter und als die Arbeitgeberbeiträge entwickelt.

Die unterschiedliche Entwicklung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge ist einerseits auf die zur Jahresmitte 2005 geänderte Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung zurückzuführen. Der allgemeine Bei-

tragssatz zur Krankenversicherung wurde zum 1. Juli 2005 gesenkt und gleichzeitig ein ausschließlich von den Arbeitnehmern zu entrichtender zusätzlicher Beitragssatz eingeführt. Von dieser Senkung des Beitragssatzes profitieren die Arbeitgeber. Die nunmehr niedrigeren Arbeitgeberbeiträge senken die Lohnkosten, während die Bruttolöhne und -gehälter durch den Eingriff des Gesetzgebers nicht verändert werden. Das Nettoentgelt der Arbeitnehmer fällt in Folge der Gesetzesnovelle niedriger aus.

Die unterschiedliche Entwicklung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge wurde andererseits auch durch die verstärkte zusätzliche private Altersvorsorge der Arbeitnehmer beeinflusst. Im ersten Halbjahr 2006 wurden rund eine halbe Million so genannter Riesterverträge neu abgeschlossen. Zusätzlich steigend wirkte der zum 1. Januar 2006 von 2 auf 3% erhöhte Mindesteigenbeitrag zur zusätzlichen Altersvorsorge. Diese verstärkte Altersvorsorge trägt zum deutlichen Zuwachs der Versorgungsansprüche der Arbeitnehmer (+ 14,0%) bei.

Zieht man von den Bruttolöhnen und -gehältern die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und die Lohnsteuer ab, so errechnen sich die *Nettolöhne und -gehälter*. Die Nettolöhne und -gehälter gingen im ersten Halbjahr 2006 gegenüber dem ersten Halbjahr um 3,0 Mrd. Euro (– 1,0%) zurück. Zusammen mit der beschriebenen Entwicklung bei den Arbeitnehmerbeiträgen hat sich das steigende Lohnsteueraufkommen dämpfend auf die Entwicklung der Nettolöhne ausgewirkt. Der Anstieg des Lohnsteueraufkommens fiel mit 2,8% deutlich höher aus als der Zuwachs der Bruttolöhne und -gehälter (+ 0,4%). Hierzu haben neben den Auswirkungen der Steuerprogression auch strukturelle Veränderungen beigetragen: Erstmals seit mehreren Jahren wurden wieder mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gezählt und die Zahl der Kurzarbeiter ging zurück. Hierdurch gewannen höhere Entgelte mit entsprechend höheren Lohnsteuerzahlungen an Bedeutung. Auch die gesetzliche Neuregelung der Freibeträge bei Abfindungen, die beim Verlust eines Arbeitsplatzes gezahlt werden, dürfte zum deutlichen Anstieg des Lohnsteueraufkommens beigetragen haben.

Tabelle 13: Arbeitnehmerentgelt (Inländer)

Jahr Halbjahr	Arbeitnehmer- entgelt	Sozialbeiträge der Arbeitgeber ¹⁾	Bruttolöhne und -gehälter	Abzüge der Arbeitnehmer			Nettolöhne und -gehälter
				insgesamt	Sozialbeiträge	Lohnsteuer ²⁾	
Mrd. EUR							
2003	1 131,7	223,6	908,1	319,5	149,4	170,0	588,6
2004	1 136,8	222,5	914,3	311,2	150,7	160,5	603,1
2005	1 129,3	217,9	911,4	309,9	152,6	157,3	601,4
2005 1. Hj	539,2	106,0	433,2	149,0	72,9	76,1	284,2
2. Hj	590,1	111,9	478,1	160,9	79,7	81,2	317,2
2006 1. Hj	540,3	105,2	435,1	153,9	75,6	78,3	281,2
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
2003	+ 0,3	+ 1,6	− 0,0	+ 1,0	+ 2,1	+ 0,1	− 0,6
2004	+ 0,5	− 0,5	+ 0,7	− 2,6	+ 0,8	− 5,6	+ 2,5
2005	− 0,7	− 2,1	− 0,3	− 0,4	+ 1,3	− 2,0	− 0,3
2005 1. Hj	− 0,6	− 1,8	− 0,3	− 1,0	+ 0,1	− 2,0	+ 0,1
2. Hj	− 0,7	− 2,3	− 0,4	+ 0,1	+ 2,4	− 1,9	− 0,6
2006 1. Hj	+ 0,2	− 0,8	+ 0,4	+ 3,3	+ 3,7	+ 2,8	− 1,0

1) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge. Zu den unterstellten Sozialbeiträgen gehören insbesondere Beiträge für die Altersversorgung der Beamten u. Ä. – 2) Ohne Lohnsteuer auf Pensionen.

4 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte lag im ersten Halbjahr 2006 um 2,0% höher als vor Jahresfrist (siehe Tabelle 14). Es hat sich damit in gleichem Ausmaß erhöht wie das Volkseinkommen, das als umfassendes Maß für die gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung angesehen werden kann.

Dass es überhaupt zu einer Erhöhung des verfügbaren Einkommens kam, ist auf den Zuwachs von 6,3% bei den *Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit einschließlich der per saldo empfangenen Vermögenseinkommen* privater Haushalte zurückzuführen. Die Nettolöhne und -gehälter fielen dagegen im Vorjahresvergleich um –1,0%. Anteilig machten die Nettolöhne und -gehälter im ersten Halbjahr 2006 damit nur rund 38% der verfügbaren Einkommen privater Haushalte aus. Da allein aufgrund unregelmäßiger Lohnbestandteile die Arbeitseinkommen in der zweiten Jahreshälfte üblicherweise höher liegen, sollte zur Beurteilung der Bedeutung der Nettolöhne und -gehälter eine Jahresbetrachtung herangezogen werden. Im Jahr 2005 erreichten die Nettolöhne und -gehälter 41,2% des verfügbaren Einkommens privater Haushalte, zehn Jahre zuvor, im Jahr 1995, stellten sie jedoch noch 44,5% des verfügbaren Einkommens.

Die *empfangenen monetären Sozialleistungen* der privaten Haushalte vor Abzug der Abgaben auf Sozialleistungen stagnierten nahezu (+0,3%). Gut 62% der monetären Sozialleistungen sind Geldleistungen der Sozialversicherungen. Insgesamt sind die Zahlungen der gesetzlichen

Sozialversicherungen im ersten Halbjahr 2006 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,8% zurückgegangen. Mit einem Anteil von 81% stellen die gesetzlichen Rentenzahlungen den weitaus größten Ausgabenposten, gefolgt von den Arbeitslosengeldzahlungen (Anteil: 12,5%). Der Rest entfällt auf monetäre Leistungen der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung. Der Rückgang der Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen ist auf deutlich geringere Auszahlungen der Arbeitslosenversicherung (–15,2%) zurückzuführen. Die anderen Sozialleistungen, die zusammen knapp 38% der monetären Sozialleistungen ausmachen, haben sich dagegen im ersten Halbjahr 2006 gegenüber dem Vorjahreszeitraum zusammen um 4% erhöht. Hierzu gehören sowohl Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung (+0,7%), öffentliche Pensionen und Beihilfen (+1,6%), als auch andere staatliche Sozialleistungen (+7,2%), wie Sozialhilfe, Grundsicherung für Arbeitsuchende, Kindergeld und Wohngeld.

Da sich im ersten Halbjahr 2006 die *Abgaben auf Sozialleistungen* verringerten (–2,1%), erhöhten sich die per saldo empfangenen monetären Sozialleistungen (netto) um 0,8% gegenüber dem ersten Halbjahr 2005. Zu den Abgaben auf Sozialleistungen zählen die Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen – von besonderer Bedeutung sind hier die Beiträge der Rentner zur Kranken- und zur Pflegeversicherung – sowie die Lohnsteuer auf Pensionen. Die Abgaben auf Sozialleistungen umfassen ferner die Sozialbeiträge des Staatssektors für Empfänger sozialer Leistungen, das sind beispielsweise Beiträge der Arbeitslosenversicherung für Arbeitslose und Beiträge der Rentenversicherung für Rentner an die gesetzliche Krankenversicherung.

Ebenfalls einkommensmindernd ist der *Saldo der geleisteten und empfangenen sonstigen laufenden Transfers*.

Tabelle 14: Zusammensetzung und Verwendung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte¹⁾

Jahr Halbjahr	Nettolöhne und -gehälter	Betriebs- überschuss/ Selbststän- digen- einkommen und Saldo der Vermögens- einkommen	Monetäre Sozial- leistungen	Abzüglich		Verfügbares Einkommen	Zunahme betrieblicher Versorgungs- ansprüche	Private Konsum- ausgaben	Sparen (Sp. 6 + 7 – 8)	Nachrichtlich: Sparquote (Sp. 9 in % von Sp. 6 + 7)
				Abgaben auf Sozial- leistungen ²⁾	Saldo der geleisteten und empfan- genen sonstigen laufenden Transfers ³⁾					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Mrd. EUR										%
2003	588,6	480,7	454,9	70,9	42,1	1 411,3	17,9	1 281,8	147,4	10,3
2004	603,1	491,4	457,3	72,8	43,3	1 435,7	19,2	1 302,9	151,9	10,4
2005	601,4	521,7	458,3	73,6	48,1	1 459,8	18,2	1 321,1	156,9	10,6
2005 1. Hj	284,2	270,8	230,3	37,0	24,0	724,4	8,4	644,0	88,8	12,1
2. Hj	317,2	250,9	228,1	36,6	24,1	735,4	9,7	677,1	68,1	9,1
2006 1. Hj	281,2	288,0	231,0	36,2	25,4	738,6	9,6	659,1	89,1	11,9
Veränderung gegenüber dem Vorjahr										
in %										
in Mrd. EUR										
2003	–0,6	+2,4	+2,6	+2,3	–8,0	+1,9	+1,9	+1,4	+5,8	X
2004	+2,5	+2,2	+0,5	+2,7	+1,3	+1,7	+7,2	+1,7	+3,1	X
2005	–0,3	+6,2	+0,2	+1,1	+4,8	+1,7	–5,2	+1,4	+3,3	X
2005 1. Hj	+0,1	+5,6	+0,1	+2,0	+2,7	+1,6	–5,0	+1,2	+3,6	X
2. Hj	–0,6	+6,8	+0,4	+0,2	+2,1	+1,8	–5,4	+1,5	+2,9	X
2006 1. Hj	–1,0	+6,3	+0,3	–2,1	+1,5	+2,0	+14,0	+2,3	+0,3	X

1) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Dazu zählen vor allem Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen, Lohnsteuer auf Pensionen. – 3) Dazu zählen vor allem die veranlagte Einkommensteuer, die Zinsabschlag- und Kapitalertragsteuer, geleistete Nettoprämien für Schadensversicherungen, Transfers an die übrige Welt; empfangene Schadensversicherungsleistungen.

Gegenüber dem Vorjahreszeitraum (23,9 Mrd. Euro) waren diese per saldo geleisteten Zahlungen privater Haushalte im ersten Halbjahr 2006 mit 25,4 Mrd. Euro um 1,5 Mrd. Euro höher. Hinter dieser Größe verbergen sich vor allem die veranlagte Einkommensteuer, die Zinsabschlag- und Kapitalertragsteuer, die Nettoprämien für Schadensversicherungen und die empfangenen Schadensversicherungsleistungen sowie Übertragungen privater Haushalte an das bzw. aus dem Ausland.

Die *Konsumausgaben* der privaten Haushalte stiegen mit +2,3% etwas stärker als das verfügbare Einkommen. Als Folge davon ergab sich in den ersten sechs Monaten nur ein leichter Anstieg des Sparens (+0,3%) privater Haushalte. Die *Sparquote* der privaten Haushalte erreichte damit in der ersten Hälfte dieses Jahres 11,9% nach 12,1% im ersten Halbjahr 2005. Ohne den deutlichen Anstieg bei der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche privater Haushalte (+14,0%), die Bestandteil des Sparens sind, aber nicht zum verfügbaren Einkommen gezählt werden, wäre das Sparen der Haushalte etwas niedriger als im Vorjahreszeitraum ausgefallen. Bei der Interpretation der Sparquote ist zu beachten, dass die Sparquote privater Haushalte in der ersten Jahreshälfte im Allgemeinen deutlich über der in der zweiten Jahreshälfte liegt, sodass die Halbjahreswerte nicht mit dem jahresdurchschnittlichen Ergebnis verglichen werden können.

5 Einnahmen und Ausgaben des Staates

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die Einnahmen des Staates definiert als Summe der Ver-

käufe sowie der vom Staat empfangenen Subventionen, Vermögenseinkommen, Steuern, Sozialbeiträge, sonstigen laufenden Transfers und Vermögenstransfers. Die Ausgaben des Staates setzen sich zusammen aus Vorleistungen, Arbeitnehmerentgelt, vom Staat geleisteten Produktionsabgaben, Vermögenseinkommen, Subventionen, sozialen Sachleistungen, monetären Sozialleistungen, sonstigen laufenden Transfers und Vermögenstransfers sowie aus Bruttoinvestitionen und dem Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern. Die Eigenmittel der Europäischen Union (ohne die auf dem Bruttonationaleinkommen basierende vierte Eigenmittelquelle) sowie die Direktsubventionen der EU zählen nicht zu den Einnahmen und Ausgaben des Staates, sondern werden unmittelbar als Transfers zwischen der übrigen Welt und den jeweils leistenden/empfangenden inländischen Sektoren dargestellt. Als Saldo aus den Einnahmen und den Ausgaben errechnet sich der Finanzierungssaldo des Staates.

Die *Einnahmen* des Staates waren insgesamt, wie aus Tabelle 15 zu ersehen ist, im ersten Halbjahr 2006 um 3,2% höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die einzelnen Einnahmekomponenten entwickelten sich jedoch sehr unterschiedlich. Die Einnahmen aus Steuern (+6,8%), Verkäufen (+3,5%) und aus Vermögenseinkommen (+31,1%) verzeichneten kräftige Zuwächse. Bei Letzteren machte sich insbesondere der im Vorjahresvergleich deutlich höher ausgefallene Bundesbankgewinn bemerkbar. Waren dem Bund im ersten Halbjahr 2005 nur rund 0,7 Mrd. Euro von der Deutschen Bundesbank zugeflossen, konnte er im ersten Halbjahr 2006 mit 2,6 Mrd. Euro einen fast vier Mal so hohen Betrag vereinnahmen. Weniger als im ersten Halbjahr 2005 nahm der Staat dagegen bei den Sozialbeiträgen (-0,1%), den sonstigen laufenden Transfers (-33,1%) und den Vermögenstransfers (-3,1%) ein.

Tabelle 15: Einnahmen und Ausgaben des Staates

Gegenstand der Nachweisung	1. Hj 2005	2. Hj 2005	1. Hj 2006	Veränderung 1. Hj 2006 gegenüber 1. Hj 2005
	Mrd. EUR			in %
Verkäufe aus Markt- und Nichtmarktproduktion (einschl. Produktion für die Eigenverwendung)	20,9	23,3	21,6	+3,5
+ sonstige Subventionen	0,2	0,3	0,2	-29,2
+ Vermögenseinkommen	6,1	6,8	8,1	+31,1
+ Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern)	240,2	252,9	256,6	+6,8
+ Sozialbeiträge	193,2	203,9	193,0	-0,1
+ sonstige laufende Transfers	10,6	7,6	7,1	-33,1
+ Vermögenstransfers	5,1	4,9	4,9	-3,1
= Einnahmen	476,3	499,6	491,4	+3,2
Vorleistungen	43,7	52,4	46,7	+6,9
+ Arbeitnehmerentgelt	79,6	87,9	79,6	-0,3
+ sonstige Produktionsabgaben	0,0	0,0	0,0	0,0
+ Vermögenseinkommen	31,1	31,0	31,0	-0,3
+ Subventionen	13,1	13,7	12,3	-5,7
+ soziale Sachleistungen	82,2	85,3	85,3	+3,8
+ monetäre Sozialleistungen	216,3	213,9	217,2	+0,4
+ sonstige laufende Transfers	19,0	16,3	18,2	-4,4
+ Vermögenstransfers	19,1	15,2	17,2	-9,5
+ Bruttoinvestitionen	13,4	16,8	13,1	-2,5
+ Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	-0,6	-0,8	-0,7	X
= Ausgaben	516,7	531,8	519,6	+0,6
				in Mrd. EUR
Finanzierungssaldo	-40,5	-32,2	-28,2	+12,3

Die Steuern einschließlich des EU-Anteils beliefen sich im ersten Halbjahr 2006 auf 260,0 Mrd. Euro und nahmen damit gegenüber dem ersten Halbjahr 2005 um 6,8% zu. 256,6 Mrd. Euro (+ 6,8%) entfielen auf Steuern an den Staat (ohne vermögenswirksame Steuern). Daneben wurden 3,4 Mrd. Euro (+ 2,7%) Steuern als Eigenmittel der EU vereinahmt, die – wie bereits erwähnt – in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen direkt an die übrige Welt fließen und nicht in die Einnahmen des Staates eingerechnet werden.

Wie aus der nachstehenden Übersicht hervorgeht, veränderten sich die Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern) nach Steuerarten unterschiedlich:

Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern)

	1. Hj 2006	Veränderung gegenüber 1. Hj 2005
	Mrd. EUR	%
Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern) ..	260,0	+ 6,8
Steuern an den Staat	256,6	+ 6,8
Einkommensteuern	120,4	+ 8,8
Lohnsteuer	80,4	+ 2,7
Veranlagte Einkommensteuer	11,6	+ 15,1
Körperschaftsteuer	11,3	+ 36,5
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	12,9	+ 26,8
Sonstige direkte Steuern	4,2	+ 7,5
Produktions- und Importabgaben	136,3	+ 5,2
Umsatzsteuer (ohne EU-Anteil)	68,6	+ 5,1
Gewerbesteuer	18,1	+ 17,8
Verbrauchssteuern	32,1	- 0,5
darunter:		
Mineralölsteuer	19,3	- 1,9
Stromsteuer	3,3	- 0,5
Tabaksteuer	7,2	+ 2,8
Versicherungssteuer	5,4	- 0,5
Übrige Produktions- und Importabgaben ..	12,1	+ 7,8
Steuern an die übrige Welt (EU)	3,4	+ 2,7
dar.: Umsatzsteuer (EU-Anteil)	1,5	- 7,4

Im Folgenden werden die *Steuereinnahmen des Staates*, das heißt das Steueraufkommen ohne den EU-Anteil, beschrieben. Die Steuereinnahmen sind mit gut 50% der gesamten Einnahmen des Staates seine wichtigste Einnahmequelle. Im ersten Halbjahr 2006 waren die Steuereinnahmen um 6,8% höher als vor Jahresfrist, nach + 1,5% im ersten Halbjahr und + 3,4% im zweiten Halbjahr des Vorjahres. Dabei nahmen die Einkommensteuern mit + 8,8% deutlich stärker zu als die Produktions- und Importabgaben, die aber mit + 5,2% ebenfalls kräftig gestiegen sind. Bei den Einkommensteuern verzeichneten die Körperschaftsteuer (+ 36,5%), die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+ 26,8%) und die veranlagte Einkommensteuer (+ 15,1%) sehr hohe Zuwächse. Auch die Lohnsteuer zeigte nach fünf Halbjahren in Folge mit rückläufiger Entwicklung erstmals wieder einen spürbaren Zuwachs. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer stiegen – nicht zuletzt aufgrund der leichten Belebung auf dem Arbeitsmarkt – in der ersten Jahreshälfte 2006 um 2,7%.

Bei den Produktions- und Importabgaben (+ 5,2%) fällt vor allem der starke Anstieg der Gewerbesteuer (+ 17,8%) auf. Sie ist damit fünf Halbjahre in Folge mit zweistelligen Zuwachsraten gewachsen. Die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer (ohne EU-Anteil), die mit einem Anteil von 50% den größten Teil des Aufkommens bei den Produktions- und

Importabgaben stellt, sind mit einem Plus von 5,1% ebenfalls deutlich gewachsen. Der Zuwachs wurde allerdings fast ausschließlich von der Einfuhrumsatzsteuer getragen, die im ersten Halbjahr 2006 u. a. wegen der hohen Ölpreise um 19,2% gestiegen ist. Die Umsatzsteuer legte dagegen nur leicht (+ 1,0%) zu. Hier ist allerdings zu beachten, dass die höhere Einfuhrumsatzsteuer über den Vorsteuerabzug die Entwicklung bei der Umsatzsteuer dämpft.

Leicht rückläufig waren hingegen die Einnahmen bei den Verbrauchsteuern (- 0,5%). Hier setzte sich der seit dem ersten Halbjahr 2004 anhaltende negative Trend bei der Mineralölsteuer (- 1,9%) und der Stromsteuer (- 0,5%) fort, während das Aufkommen der Tabaksteuer mit + 2,8% weiter gestiegen ist. Das Aufkommen an Versicherungssteuer ging um 0,5% zurück.

Die *Sozialbeiträge*, mit einem Anteil von knapp 40% die zweite große Einnahmekategorie des Staates, lagen im ersten Halbjahr 2006 geringfügig (- 0,1%) unter dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Die einzelnen Beitragsarten wiesen im Berichtshalbjahr die folgenden Veränderungsraten auf:

Sozialbeiträge an den Staat

	1. Hj 2006	Veränderung gegenüber 1. Hj 2005
	Mrd. EUR	%
Sozialbeiträge an den Staat	193,0	- 0,1
Tatsächliche Sozialbeiträge	181,2	- 0,2
Arbeitgeberbeiträge	75,0	- 1,3
Arbeitnehmerbeiträge	70,2	+ 1,9
Sonstige tatsächliche Sozialbeiträge	36,0	- 1,8
Unterstellte Sozialbeiträge	11,8	+ 1,6

Die tatsächlichen Sozialbeiträge sind um 0,2% zurückgegangen, wobei sich die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterschiedlich entwickelten. So stiegen die Arbeitnehmerbeiträge um 1,9%, während die Arbeitgeberbeiträge im Vorjahresvergleich um 1,3% niedriger ausfielen. Die Zunahme bei den Arbeitnehmerbeiträgen beruht im Wesentlichen auf zwei Effekten: Zum einen müssen seit dem 1. Juli 2005 die gesetzlich Krankenversicherten die Leistungen für Zahnersatz und Krankengeld alleine finanzieren. Der Arbeitnehmeranteil am durchschnittlichen Beitragsatz der gesetzlichen Krankenversicherung ist dadurch um 0,45 Prozentpunkte gestiegen. Gleichzeitig wurde der Arbeitgeberanteil um den entsprechenden Betrag abgesenkt. Zum anderen ist zum 1. Januar 2006 die dritte Stufe der Riesterrente wirksam geworden, wodurch die als Sonderausgaben ansetzbaren Höchstförderbeiträge von 1 050 auf 1 575 Euro gestiegen sind. Die im Rahmen von Altersvorsorgeverträgen (Riester-Förderung) getätigten Vorsorgeaufwendungen zählen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu den Arbeitnehmerbeiträgen.

Die *Ausgaben* des Staates nahmen im ersten Halbjahr 2006 um 0,6% zu. Dabei entwickelten sich die einzelnen Ausgabenarten unterschiedlich. In der Markt- und Nichtmarktproduktion des Staates zusammengefasst wurde 0,3% weniger Arbeitnehmerentgelt aufgewendet; für den Bereich Nichtmarktproduktion wurde darauf bereits im Zusammenhang mit den Konsumausgaben des Staates einge-

gangen. Niedriger als im ersten Halbjahr 2005 waren auch die Aufwendungen für Vermögenstransfers (–9,5%), Subventionen (–5,7%), sonstige laufende Transfers (–4,4%), Bruttoinvestitionen (–2,5%) und für Vermögenseinkommen (–0,3%). Mehr ausgegeben wurde dagegen für Vorleistungen (+6,9%), soziale Sachleistungen (+3,8%) und monetäre Sozialleistungen (+0,4%).

Die Transfers des Staates an andere Sektoren nahmen im Berichtszeitraum um 0,9% gegenüber dem ersten Halbjahr 2005 ab. Zu beachten ist, dass die vom Staat an alle Marktproduzenten geleisteten Gütersubventionen (2,5 Mrd. Euro, –6,0%) – ebenso wie die von der EU gezahlten Gütersubventionen (0,1 Mrd. Euro, –62,2%) – im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht auf die einzelnen empfangenden Sektoren aufgeteilt werden. Die übrigen vom Staat geleisteten Transfers werden dagegen nach empfangenden Sektoren dargestellt, wie die nachstehende Übersicht zeigt:

An andere Sektoren geleistete Transfers des Staates

	1. Hj 2006	Veränderung gegenüber 1. Hj 2005
	Mrd. EUR	%
An andere Sektoren geleistete Transfers des Staates	264,7	–0,9
Gütersubventionen	2,5	–6,0
an Kapitalgesellschaften	14,5	–13,2
Sonstige Subventionen	8,7	–8,1
Sonstige laufende Transfers	0,8	+4,2
Vermögenstransfers	5,0	–22,4
an private Haushalte und private Organisationen	235,1	+0,5
Sonstige Subventionen	0,9	+38,8
Monetäre Sozialleistungen	214,7	+0,4
Sonstige laufende Transfers	8,2	+8,9
Vermögenstransfers	11,3	–6,6
an die übrige Welt	8,2	–8,2
Monetäre Sozialleistungen	11,3	–0,8
Sonstige laufende Transfers	12,7	–14,3
Vermögenstransfers	2,5	+78,2
Nachrichtlich:		
Subventionen der EU	1,5	+11,0
Gütersubventionen der EU	0,1	–62,2
Sonstige Subventionen der EU	1,4	+38,4

Die *Kapitalgesellschaften* empfangen vom Staat (ohne die nicht zurechenbaren Gütersubventionen) 13,2% weniger Transfers als im ersten Halbjahr 2005. Dabei zahlte der Staat weniger an sonstigen Subventionen sowie an Vermögenstransfers. Bei Letzteren wirkte sich die Rekapitalisierung der Landesbank in Berlin im Zusammenhang mit der Rückzahlung unerlaubter Beihilfen der Länder an die Landesbanken aus. Dieser Vorgang führte im ersten Halbjahr 2005 zu einem einmaligen starken Anstieg der Vermögens-transfers und beeinflusst nun den Vorjahresvergleich nachhaltig.

Ohne die nicht zurechenbaren Gütersubventionen sind die Transfers an *private Haushalte* (einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck) insgesamt um 0,5% gestiegen. Die von ihnen empfangenen sonstigen Subventionen für die Produktion der privaten Haushalte (Einzelunternehmen aller Wirtschaftszweige von den Landwirten über Handwerker und Einzelhändler bis hin zu den Selbstständigen der Freien Berufe) waren um 38,8%, die monetären Sozialleis-

tungen um 0,4% und die sonstigen laufenden Transfers an private Haushalte um 8,9% höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Lediglich die Vermögenstransfers sind um 6,6% zurückgegangen. Die Transfers des Staates an die übrige Welt nahmen um 8,2% ab.

Innerhalb der Übertragungen des Staates an private Haushalte nehmen die *monetären Sozialleistungen* (+0,4%) den größten Anteil ein. Sie werden im Folgenden brutto nachgewiesen, enthalten also noch die Lohnsteuer auf Pensionen, die Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen sowie die Eigenbeiträge dieser Personengruppen zur Sozialversicherung. Bei den Renten aus den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten und der knappschaftlichen Rentenversicherung, die zusammen etwas mehr als die Hälfte der sozialen Leistungen an inländische private Haushalte ausmachen, fielen im Berichtshalbjahr 0,7% mehr Ausgaben an als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, obwohl zum 1. Juli 2005 keine Renten-anpassung erfolgte. Die Ausgaben für Pensionen stiegen um 1,3%.

Die Geldleistungen der *Arbeitslosenversicherung* waren im Berichtshalbjahr um 15,2% niedriger als im ersten Halbjahr 2005. Zu diesem Rückgang trugen nahezu alle Leistungsarten der Arbeitslosenversicherung bei. Lediglich das betragsmäßig kaum ins Gewicht fallende Wintergeld ist im Vorjahresvergleich gestiegen.

Monetäre Sozialleistungen der Bundesagentur für Arbeit

	1. Hj 2006	Veränderung gegenüber 1. Hj 2005
	Mrd. EUR	%
Geldleistungen der Bundesagentur für Arbeit ..	18,0	–15,2
Arbeitslosengeld	13,8	–10,4
Konkursausfallgeld	0,6	–25,3
Kurzarbeitergeld	0,2	–42,9
Zuschüsse an Arbeitnehmer für		
Berufsförderung	3,2	–25,2
Unterhaltsgeld	0,1	–75,9
Sonstige Leistungen	0,1	+16,7

Dabei sind insbesondere die vom Betrag her besonders bedeutsamen Ausgaben für Arbeitslosengeld (–10,4%), begünstigt durch eine positive konjunkturelle Entwicklung, deutlich zurückgegangen. Aber auch die Zuschüsse an Arbeitnehmer für Berufsförderung sind um gut ein Viertel gesunken.

Unter den übrigen monetären Sozialleistungen des Staates wurde weniger für die Versorgung der Kriegsoffer (–10,4%), Wohngeld (–3,2%) und Erziehungsgeld (–2,8%) aufgewendet, während die Ausgaben für Geldleistungen der Sozialhilfe (+17,0%), Arbeitslosengeld II und weitere Leistungen nach SGB II (+12,3%), Ausbildungsbeihilfen (+2,4%) und das gesetzliche Kindergeld (+2,2%) teilweise kräftig gestiegen sind.

Als Saldo aus Einnahmen und Ausgaben errechnete sich im ersten Halbjahr 2006 ein *Finanzierungsdefizit* des Staates in Höhe von 28,2 Mrd. Euro. Das sind 12,3 Mrd. Euro weniger Defizit als im ersten Halbjahr des Vorjahres.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen (1 125,6 Mrd. Euro) macht das Defizit 2,5% im Berichtshalbjahr aus. Die Defizitquote war damit deutlich niedriger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum (3,7%). Die hier definierte Defizitquote unterscheidet sich nur um die Einnahmen/Ausgaben aus Swap-Geschäften von der Quote, die für das europäische Verfahren bei einem übermäßigen staatlichen Defizit (Maastricht-Vertrag) maßgeblich ist. Wegen des unterschiedlichen Verlaufs können allerdings keine Rückschlüsse von der unterjährigen Quote für das erste Halbjahr auf die zu erwartende Defizitquote des Staates im Kalenderjahr 2006 und damit für das Defizitverfahren gezogen werden.

Aufgegliedert nach staatlichen Ebenen verringerte sich das Defizit des Bundes um 15,0 Mrd. auf 19,6 Mrd. Euro und das der Länder um 0,8 Mrd. auf 9,9 Mrd. Euro. Die Gemeinden schlossen das erste Halbjahr 2006 sogar mit einem positiven Finanzierungssaldo (+ 1,7 Mrd. Euro) ab. Das Defizit in der Sozialversicherung belief sich auf 0,4 Mrd. Euro. Im ersten Halbjahr 2005 war hier noch ein Überschuss von 4,9 Mrd. Euro zu verzeichnen.

6 Nationales Veröffentlichungsprogramm

Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes werden in einem regelmäßigen, sich von Jahr zu Jahr wiederholenden Turnus – abhängig unter anderem von den Lieferverpflichtungen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, Eurostat – in einer Vielzahl von Tabellen dargestellt und veröffentlicht (z.B. in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, in der Datenbank GENESIS sowie in ausgewählten Tabellen im Internet). Außerdem werden die wichtigsten Ergebnisse zu den jeweiligen Veröffentlichungsterminen in Pressemitteilungen, das Jahresergebnis zusätzlich in einer Pressekonferenz, bekannt gegeben und kommentiert. So wird das erste, vorläufige Jahresergebnis für das abgelaufene Jahr bereits Mitte Januar veröffentlicht. Die Vierteljahresergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt werden jeweils – auf europäischer Ebene weitestgehend harmonisiert – etwa 45 Tage, die ausführlichen Ergebnisse etwa 55 Tage nach Ende des Berichtsquartals veröffentlicht, also jeweils Mitte Mai (1. Quartal), Mitte August (2. Quartal), Mitte November (3. Quartal) und Mitte Februar (4. Quartal). Zu diesen Terminen erfolgt bei Bedarf auch eine Überarbeitung der Ergebnisse vorangegangener Quartale, zum Sommertermin der maximal vier zurückliegenden Jahre und entsprechenden Quartale (sog. laufende Revisionen).

Die Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ enthält das gewohnte Tabellenprogramm der Veröffentlichungen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die in diesem Aufsatz dargestellten sowie tiefer untergliederten Ergebnisse finden sich in:

Reihe 1.2 „Vierteljahresergebnisse“ (nur elektronisch; Artikelnummer 2180120)

Reihe 1.3 „Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12-ARIMA und BV4.1“ (nur elektronisch; Artikelnummer 2180130)

Reihe 1.4 „Detaillierte Jahresergebnisse, Stand: August 2006“ (gedruckt und elektronisch; Artikelnummer 2180140)

Alle elektronischen Ausgaben der Fachserie sowie der überwiegende Teil aller Veröffentlichungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind im Internet über den Statistik-Shop bzw. über die Themenseite „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ des Statistischen Bundesamtes kostenlos erhältlich (<http://www.destatis.de>). Ergänzend sei auch auf die Anhangtabellen zu diesem Aufsatz verwiesen. [u](#)

Anhangtabelle 1
Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen (Pro-Kopf-Angaben)

Jahr, Vierteljahr ¹⁾	Bruttoinlandsprodukt						Bruttonationaleinkommen		Volkseinkommen		
	in jeweiligen Preisen			preisbereinigt			in jeweiligen Preisen				
	insgesamt	je Erwerbs- tätigen	je Einwohner	insgesamt, Kettenindex	je Erwerbs- tätigen	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	
	Mrd. EUR	EUR		Index (2000 = 100)			Mrd. EUR	EUR		Mrd. EUR	EUR
1991	1 534,60	39 735	19 186	85,36	86,52	87,71	1 541,55	19 273	1 192,57	14 910	
1992	1 646,62	43 265	20 431	87,26	89,75	88,99	1 652,70	20 506	1 269,78	15 755	
1993	1 694,37	45 117	20 872	86,56	90,22	87,64	1 696,96	20 904	1 287,66	15 862	
1994	1 780,78	47 467	21 871	88,86	92,72	89,69	1 771,21	21 753	1 341,00	16 470	
1995	1 848,45	49 160	22 636	90,54	94,25	91,12	1 834,76	22 468	1 397,22	17 110	
1996	1 876,18	50 034	22 909	91,44	95,45	91,77	1 866,29	22 789	1 417,73	17 311	
1997	1 915,58	51 133	23 346	93,09	97,26	93,25	1 901,71	23 177	1 438,62	17 533	
1998	1 965,38	51 842	23 960	94,98	98,07	95,16	1 945,02	23 711	1 466,09	17 873	
1999	2 012,00	52 363	24 511	96,89	98,71	97,01	1 990,47	24 248	1 487,26	18 118	
2000	2 062,50	52 690	25 095	100,00	100,00	100,00	2 043,16	24 860	1 524,43	18 548	
2001	2 113,16	53 748	25 664	101,24	100,80	101,06	2 092,15	25 409	1 560,85	18 956	
2002	2 143,18	54 818	25 984	101,24	101,36	100,88	2 116,64	25 662	1 576,12	19 109	
2003	2 161,50	55 818	26 194	101,05	102,14	100,65	2 145,77	26 003	1 596,99	19 353	
2004	2 207,20	56 777	26 754	102,31	103,02	101,92	2 209,42	26 781	1 650,58	20 007	
2005	2 241,00	57 724	27 175	103,24	104,09	102,89	2 248,16	27 262	1 675,13	20 313	
2004 1. Vj .	536,38	13 972	6 501	100,42	102,40	100,03	534,33	6 476	395,94	4 799	
2. Vj .	546,54	14 075	6 626	102,03	102,85	101,65	543,50	6 589	404,46	4 903	
3. Vj .	559,38	14 338	6 780	103,38	103,72	102,99	560,12	6 789	420,64	5 099	
4. Vj .	564,90	14 381	6 847	103,41	103,05	103,01	571,47	6 926	429,54	5 206	
2005 1. Vj .	538,05	14 012	6 524	99,84	101,78	99,49	539,83	6 545	399,17	4 840	
2. Vj .	558,42	14 431	6 772	103,78	104,98	103,44	556,29	6 747	412,90	5 008	
3. Vj .	570,15	14 646	6 914	104,80	105,38	104,44	571,66	6 932	427,25	5 181	
4. Vj .	574,38	14 629	6 965	104,52	104,20	104,18	580,38	7 038	435,81	5 285	
2006 1. Vj .	557,20	14 503	6 761	102,90	104,84	102,62	556,34	6 751	412,68	5 008	
2. Vj .	568,40	14 619	6 900	104,82	105,53	104,58	561,40	6 815	415,56	5 045	

1) Rechenstand 8/2006.

Anhangtabelle 2
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Bevölkerung (Einwohner)	Erwerbspersonen	Erwerbslose ²⁾	Erwerbstätige Inländer			Nachrichtlich	
				insgesamt	Arbeitnehmer	Selbstständige ³⁾	Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung	Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen
				Durchschnitt in 1 000			%	
1991	79 984	40 636	1 972	38 664	35 144	3 520	50,8	4,9
1992	80 594	40 385	2 319	38 066	34 489	3 577	50,1	5,7
1993	81 179	40 324	2 783	37 541	33 916	3 625	49,7	6,9
1994	81 422	40 463	2 975	37 488	33 763	3 725	49,7	7,4
1995	81 661	40 413	2 867	37 546	33 797	3 749	49,5	7,1
1996	81 896	40 567	3 133	37 434	33 692	3 742	49,5	7,7
1997	82 052	40 893	3 503	37 390	33 574	3 816	49,8	8,6
1998	82 029	41 180	3 346	37 834	33 969	3 865	50,2	8,1
1999	82 087	41 451	3 112	38 339	34 482	3 857	50,5	7,5
2000	82 188	41 918	2 880	39 038	35 123	3 915	51,0	6,9
2001	82 340	42 109	2 900	39 209	35 226	3 983	51,1	6,9
2002	82 482	42 223	3 229	38 994	34 991	4 003	51,2	7,6
2003	82 520	42 334	3 703	38 631	34 558	4 073	51,3	8,7
2004	82 501	42 723	3 931	38 792	34 570	4 222	51,8	9,2
2005	82 464	42 619	3 893	38 726	34 370	4 356	51,7	9,1
2004 1. Vj	82 508	42 456	4 092	38 364	34 226	4 138	51,5	9,6
2. Vj	82 489	42 730	4 020	38 710	34 491	4 219	51,8	9,4
3. Vj	82 499	42 869	3 977	38 892	34 639	4 253	52,0	9,3
4. Vj	82 508	42 849	3 635	39 214	34 935	4 279	51,9	8,5
2005 1. Vj	82 474	42 635	4 250	38 385	34 067	4 318	51,7	10,0
2. Vj	82 456	42 669	4 086	38 583	34 208	4 375	51,7	9,6
3. Vj	82 465	42 517	3 763	38 754	34 382	4 372	51,6	8,9
4. Vj	82 463	42 647	3 471	39 176	34 818	4 358	51,7	8,1
2006 1. Vj	82 410	42 200	3 803	38 397	34 043	4 354	51,2	9,0
2. Vj	82 373	42 221	3 435	38 786	34 390	4 396	51,3	8,1

1) Rechenstand 8/2006. – 2) Abgrenzung der Erwerbslosen nach den Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). – 3) Einschl. mithelfender Familienangehöriger.

Anhangtabelle 3
Bruttoinlandsprodukt und Nationaleinkommen
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Bruttoinlands- produkt	Primäreinkommen			Bruttonational- einkommen (Sp. 1 + 2)	Abschreibungen	Nettonational- einkommen (Sp. 5 – 6)
		Saldo (Sp. 3 – 4)	aus der übrigen Welt	an die übrige Welt			
	1	2	3	4	5	6	7
1991	1 534,60	+ 6,95	68,89	61,94	1 541,55	214,43	1 327,12
1992	1 646,62	+ 6,08	70,98	64,90	1 652,70	234,47	1 418,23
1993	1 694,37	+ 2,59	70,95	68,36	1 696,96	250,09	1 446,87
1994	1 780,78	– 9,57	65,12	74,69	1 771,21	260,77	1 510,44
1995	1 848,45	– 13,69	67,07	80,76	1 834,76	270,48	1 564,28
1996	1 876,18	– 9,89	70,63	80,52	1 866,29	276,10	1 590,19
1997	1 915,58	– 13,87	77,99	91,86	1 901,71	283,16	1 618,55
1998	1 965,38	– 20,36	80,48	100,84	1 945,02	290,22	1 654,80
1999	2 012,00	– 21,53	90,92	112,45	1 990,47	297,05	1 693,42
2000	2 062,50	– 19,34	118,28	137,62	2 043,16	308,48	1 734,68
2001	2 113,16	– 21,01	104,36	125,37	2 092,15	316,41	1 775,74
2002	2 143,18	– 26,54	106,53	133,07	2 116,64	321,88	1 794,76
2003	2 161,50	– 15,73	113,17	128,90	2 145,77	322,75	1 823,02
2004	2 207,20	+ 2,22	128,16	125,94	2 209,42	326,94	1 882,48
2005	2 241,00	+ 7,16	143,81	136,65	2 248,16	334,30	1 913,86
2004 1. Vj	536,38	– 2,05	28,52	30,57	534,33	80,75	453,58
2. Vj	546,54	– 3,04	31,21	34,25	543,50	82,22	461,28
3. Vj	559,38	+ 0,74	30,99	30,25	560,12	82,07	478,05
4. Vj	564,90	+ 6,57	37,44	30,87	571,47	81,90	489,57
2005 1. Vj	538,05	+ 1,78	34,17	32,39	539,83	83,64	456,19
2. Vj	558,42	– 2,13	35,46	37,59	556,29	83,95	472,34
3. Vj	570,15	+ 1,51	34,40	32,89	571,66	83,49	488,17
4. Vj	574,38	+ 6,00	39,78	33,78	580,38	83,22	497,16
2006 1. Vj	557,20	– 0,86	36,14	37,00	556,34	82,11	474,23
2. Vj	568,40	– 7,00	41,50	48,50	561,40	83,45	477,95

1) Rechenstand 8/2006.

Anhangtabelle 4
Volkseinkommen und verfügbares Einkommen der Volkswirtschaft
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr¹)	Volkseinkommen			Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen²)	Nettonational- einkommen (Sp. 1 + 4)	Laufende Transfers		Verfügbares Einkommen (Sp. 5 + 6 – 7)
	insgesamt	Arbeitnehmer- entgelt (Inländer)	Unternehmens- und Vermögens- einkommen (Sp. 1 – 2)			aus der	an die	
						übrige(n) Welt		
						1	2	
1991	1 192,57	847,01	345,56	134,55	1 327,12	4,95	26,58	1 305,49
1992	1 269,78	917,17	352,61	148,45	1 418,23	5,61	21,84	1 402,00
1993	1 287,66	938,77	348,89	159,21	1 446,87	5,61	24,61	1 427,87
1994	1 341,00	961,86	379,14	169,44	1 510,44	5,88	26,04	1 490,28
1995	1 397,22	997,02	400,20	167,06	1 564,28	6,40	23,41	1 547,27
1996	1 417,73	1 006,62	411,11	172,46	1 590,19	6,80	24,39	1 572,60
1997	1 438,62	1 010,69	427,93	179,93	1 618,55	7,68	26,42	1 599,81
1998	1 466,09	1 032,25	433,84	188,71	1 654,80	8,07	28,66	1 634,21
1999	1 487,26	1 059,51	427,75	206,16	1 693,42	9,26	29,00	1 673,68
2000	1 524,43	1 100,06	424,37	210,25	1 734,68	9,27	30,75	1 713,20
2001	1 560,85	1 120,61	440,24	214,89	1 775,74	9,53	31,62	1 753,65
2002	1 576,12	1 128,32	447,80	218,64	1 794,76	9,59	34,67	1 769,68
2003	1 596,99	1 131,67	465,32	226,03	1 823,02	9,01	35,21	1 796,82
2004	1 650,58	1 136,79	513,79	231,90	1 882,48	8,24	36,19	1 854,53
2005	1 675,13	1 129,26	545,87	238,73	1 913,86	9,81	38,24	1 885,43
2004 1. Vj	395,94	267,11	128,83	57,64	453,58	1,53	9,98	445,13
2. Vj	404,46	275,22	129,24	56,82	461,28	3,02	9,09	455,21
3. Vj	420,64	281,67	138,97	57,41	478,05	1,92	9,27	470,70
4. Vj	429,54	312,79	116,75	60,03	489,57	1,77	7,85	483,49
2005 1. Vj	399,17	265,55	133,62	57,02	456,19	1,75	11,79	446,15
2. Vj	412,90	273,66	139,24	59,44	472,34	3,48	8,81	467,01
3. Vj	427,25	279,30	147,95	60,92	488,17	2,14	9,13	481,18
4. Vj	435,81	310,75	125,06	61,35	497,16	2,44	8,51	491,09
2006 1. Vj	412,68	265,17	147,51	61,55	474,23	2,23	10,60	465,86
2. Vj	415,56	275,13	140,43	62,39	477,95	4,37	8,23	474,09

1) Rechenstand 8/2006. – 2) Vom Staat empfangene Abgaben bzw. vom Staat gezahlte Subventionen.

Anhangtabelle 5
Bruttowertschöpfung

Jahr Vierteljahr ¹⁾	insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
			zusammen	dar.: Verarbeitendes Gewerbe				
in jeweiligen Preisen								
Mrd. EUR								
1991	1 392,68	19,16	426,53	383,45	83,51	249,37	324,54	289,57
1992	1 493,13	19,20	430,67	387,04	99,19	263,55	359,11	321,41
1993	1 533,23	18,77	405,56	361,60	103,54	272,43	394,89	338,04
1994	1 604,23	19,98	414,82	370,93	112,32	287,49	416,70	352,92
1995	1 671,71	21,27	424,46	378,47	112,97	300,30	441,46	371,25
1996	1 697,89	22,34	423,31	376,57	107,18	299,65	461,32	384,09
1997	1 734,86	22,67	434,76	389,06	103,25	308,50	474,33	391,35
1998	1 778,06	22,04	450,72	404,16	99,21	322,45	481,98	401,66
1999	1 810,27	22,23	448,63	404,74	99,23	321,55	507,03	411,60
2000	1 856,20	23,46	465,34	425,99	96,21	337,27	510,94	422,98
2001	1 904,49	25,94	473,68	434,60	91,50	347,10	533,83	432,44
2002	1 933,19	22,16	474,71	433,00	88,79	347,59	553,43	446,51
2003	1 947,11	20,98	475,85	434,52	85,46	345,29	569,42	450,11
2004	1 994,21	24,27	493,15	449,73	82,75	357,84	582,56	453,64
2005	2 022,47	19,91	514,71	469,95	78,67	365,62	591,33	452,23
2004 1. Vj	481,27	5,62	118,86	107,88	19,02	84,37	144,00	109,40
2. Vj	494,22	6,10	122,53	111,98	21,34	89,52	144,85	109,88
3. Vj	506,09	6,35	123,47	113,58	22,59	91,86	148,46	113,36
4. Vj	512,63	6,20	128,29	116,29	19,80	92,09	145,25	121,00
2005 1. Vj	484,57	4,63	121,06	110,39	16,61	85,32	147,32	109,63
2. Vj	505,04	5,10	130,20	119,13	20,45	92,32	147,19	109,78
3. Vj	514,93	5,19	129,49	119,01	22,32	95,14	149,79	113,00
4. Vj	517,93	4,99	133,96	121,42	19,29	92,84	147,03	119,82
2006 1. Vj	500,64	4,71	130,36	117,87	16,79	88,02	151,38	109,38
2. Vj	513,80	5,15	131,78	119,99	20,32	94,19	153,09	109,27
preisbereinigt								
Kettenindex 2000 = 100								
1991	84,82	97,11	97,12	97,66	108,46	82,10	71,81	82,57
1992	86,70	94,02	95,05	95,41	115,98	84,44	74,89	86,49
1993	85,83	92,50	88,12	87,73	113,92	83,57	78,34	87,74
1994	87,87	83,78	90,40	90,51	120,37	85,33	80,25	89,45
1995	89,81	88,10	90,14	89,70	115,89	87,03	85,32	91,40
1996	91,00	91,66	88,95	87,82	108,18	87,48	89,73	93,84
1997	92,73	94,74	92,16	91,67	105,59	89,57	91,49	94,48
1998	94,65	89,06	93,33	92,78	102,63	92,78	94,54	96,34
1999	96,45	100,41	94,10	93,65	103,42	95,57	96,46	98,03
2000	100	100	100	100	100	100	100	100
2001	101,48	103,79	101,09	101,68	94,35	102,88	103,08	100,37
2002	101,75	96,55	99,67	99,61	90,95	102,64	104,87	102,32
2003	101,68	91,89	100,30	100,34	86,91	101,60	105,58	102,44
2004	103,35	111,16	103,74	103,80	82,98	105,14	106,10	102,52
2005	104,48	106,72	106,80	107,19	80,13	106,51	107,31	102,46
2004 1. Vj	100,76	106,87	101,63	101,08	75,95	99,95	104,51	101,27
2. Vj	103,22	114,93	103,51	103,99	85,30	105,62	105,19	102,21
3. Vj	104,53	113,53	103,11	104,01	90,47	107,55	107,59	102,84
4. Vj	104,90	109,32	106,72	106,11	80,22	107,43	107,10	103,76
2005 1. Vj	100,65	101,13	101,66	101,36	67,43	99,77	105,94	101,29
2. Vj	105,15	111,02	108,25	109,02	84,23	108,36	106,81	101,91
3. Vj	105,93	110,11	106,41	107,55	89,77	109,64	108,50	103,00
4. Vj	106,19	104,61	110,87	110,82	79,10	108,27	108,01	103,65
2006 1. Vj	103,82	100,98	109,91	109,88	68,77	103,49	107,18	101,45
2. Vj	106,35	110,20	109,93	111,03	84,62	110,65	108,28	101,66

1) Rechenstand 8/2006.

Anhangtabelle 6
Arbeitnehmerentgelt
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
			zusammen	dar.: Verarbeitendes Gewerbe				
1991	844,99	10,29	302,40	278,32	57,73	170,09	87,51	216,97
1992	916,07	8,69	317,27	291,66	65,58	187,39	98,72	238,42
1993	938,19	8,65	305,69	280,37	70,53	195,03	106,55	251,74
1994	961,70	8,97	305,12	280,55	76,52	197,48	112,56	261,05
1995	997,80	9,23	312,67	288,33	77,86	202,87	119,86	275,31
1996	1 007,60	8,93	311,03	286,94	75,26	203,10	125,36	283,92
1997	1 011,97	8,94	310,63	287,32	71,99	202,95	129,29	288,17
1998	1 033,56	9,01	317,64	294,70	68,73	205,69	138,12	294,37
1999	1 060,87	9,25	319,65	297,75	67,49	211,83	148,93	303,72
2000	1 101,66	9,27	334,48	312,42	65,66	218,28	163,34	310,63
2001	1 122,22	9,02	341,14	319,33	61,57	223,12	171,35	316,02
2002	1 129,61	8,54	338,32	317,38	58,15	224,48	175,15	324,97
2003	1 132,77	8,44	336,45	315,31	55,75	224,74	178,37	329,02
2004	1 137,45	8,39	337,64	316,24	53,82	224,09	181,43	332,08
2005	1 130,24	8,16	333,30	311,99	50,57	224,06	185,17	328,98
2004 1. Vj	266,87	1,81	80,67	75,60	12,20	51,85	42,57	77,77
2. Vj	275,63	2,11	86,15	80,75	13,76	52,63	42,97	78,01
3. Vj	282,13	2,24	80,62	75,67	13,99	58,12	45,15	82,01
4. Vj	312,82	2,23	90,20	84,22	13,87	61,49	50,74	94,29
2005 1. Vj	265,21	1,77	79,31	74,39	11,22	52,04	43,44	77,43
2. Vj	273,99	2,03	85,08	79,70	12,89	52,60	43,87	77,52
3. Vj	280,11	2,15	79,67	74,68	13,17	58,07	46,07	80,98
4. Vj	310,93	2,21	89,24	83,22	13,29	61,35	51,79	93,05
2006 1. Vj	264,87	1,74	79,06	74,11	10,79	51,91	44,18	77,19
2. Vj	275,35	2,02	85,64	80,26	12,50	53,13	44,71	77,35

1) Rechenstand 8/2006.

Anhangtabelle 7
Bruttolöhne und -gehälter
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
			zusammen	dar.: Verarbeitendes Gewerbe				
1991	691,18	8,65	246,05	227,97	47,32	140,95	72,26	175,95
1992	748,83	7,26	257,64	238,56	53,91	155,03	81,42	193,57
1993	768,51	7,21	249,84	230,69	57,98	161,18	87,87	204,43
1994	779,99	7,42	246,27	227,74	62,58	161,72	92,33	209,67
1995	805,90	7,61	251,44	232,84	63,56	164,09	98,29	220,91
1996	814,95	7,36	251,05	232,73	60,91	166,03	102,05	227,55
1997	813,74	7,33	249,29	231,71	58,05	164,91	104,71	229,45
1998	830,75	7,39	254,70	237,48	55,65	167,16	111,69	234,16
1999	855,53	7,60	256,78	240,28	55,34	172,55	121,15	242,11
2000	884,52	7,62	263,99	248,29	53,98	179,34	131,34	248,25
2001	903,20	7,43	270,17	254,82	50,70	183,48	138,49	252,93
2002	909,05	7,07	268,66	253,22	47,90	185,28	140,89	259,25
2003	908,80	6,99	267,62	252,26	45,68	184,30	142,45	261,76
2004	914,63	6,94	269,33	253,67	44,18	184,12	145,61	264,45
2005	911,98	6,76	268,20	252,51	41,69	184,52	148,30	262,51
2004 1. Vj	213,73	1,49	64,06	60,37	9,91	42,52	33,99	61,76
2. Vj	220,71	1,74	68,46	64,47	11,21	43,01	34,23	62,06
3. Vj	227,57	1,86	64,33	60,69	11,49	48,03	36,36	65,50
4. Vj	252,62	1,85	72,48	68,14	11,57	50,56	41,03	75,13
2005 1. Vj	213,27	1,46	63,54	59,92	9,16	42,79	34,62	61,70
2. Vj	219,88	1,67	68,08	64,12	10,53	43,05	34,83	61,72
3. Vj	226,80	1,79	64,20	60,50	10,87	48,13	37,02	64,79
4. Vj	252,03	1,84	72,38	67,97	11,13	50,55	41,83	74,30
2006 1. Vj	213,25	1,44	63,42	59,83	8,82	42,75	35,30	61,52
2. Vj	221,74	1,67	68,80	64,82	10,25	43,68	35,67	61,67

1) Rechenstand 8/2006.

Anhangtabelle 8
Erwerbstätige
Durchschnitt in 1 000

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
			zusammen	dar.: Verarbeitendes Gewerbe				
1991	38 621	1 515	11 331	10 591	2 805	9 318	3 736	9 916
1992	38 059	1 299	10 467	9 801	2 920	9 345	3 937	10 091
1993	37 555	1 192	9 738	9 118	3 032	9 332	4 086	10 175
1994	37 516	1 143	9 242	8 653	3 172	9 306	4 280	10 373
1995	37 601	1 079	9 005	8 443	3 236	9 297	4 445	10 539
1996	37 498	971	8 751	8 216	3 135	9 300	4 610	10 731
1997	37 463	952	8 596	8 096	3 009	9 307	4 793	10 806
1998	37 911	958	8 602	8 123	2 912	9 432	5 076	10 931
1999	38 424	946	8 491	8 039	2 859	9 589	5 429	11 110
2000	39 144	936	8 534	8 109	2 769	9 824	5 802	11 279
2001	39 316	925	8 544	8 140	2 598	9 885	5 985	11 379
2002	39 096	904	8 355	7 958	2 439	9 836	6 060	11 502
2003	38 724	880	8 139	7 750	2 322	9 717	6 127	11 539
2004	38 875	873	8 019	7 633	2 254	9 797	6 298	11 634
2005	38 823	850	7 883	7 506	2 165	9 764	6 399	11 762
2004 1. Vj	38 389	815	8 013	7 626	2 165	9 644	6 184	11 568
2. Vj	38 830	895	8 008	7 621	2 258	9 800	6 254	11 615
3. Vj	39 015	910	8 019	7 633	2 303	9 854	6 349	11 580
4. Vj	39 280	873	8 041	7 654	2 285	9 905	6 404	11 772
2005 1. Vj	38 398	792	7 897	7 520	2 077	9 661	6 306	11 665
2. Vj	38 696	868	7 867	7 491	2 154	9 738	6 337	11 732
3. Vj	38 928	887	7 868	7 492	2 214	9 791	6 438	11 730
4. Vj	39 264	855	7 900	7 521	2 214	9 863	6 517	11 915
2006 1. Vj	38 419	782	7 762	7 391	2 021	9 628	6 437	11 789
2. Vj	38 881	866	7 763	7 393	2 112	9 787	6 510	11 843

1) Rechenstand 8/2006.

Anhangtabelle 9
Arbeitnehmer
Durchschnitt in 1 000

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
			zusammen	dar.: Verarbeitendes Gewerbe				
1991	35 101	756	11 000	10 263	2 545	8 145	3 263	9 392
1992	34 482	571	10 133	9 471	2 637	8 156	3 435	9 550
1993	33 930	509	9 398	8 782	2 737	8 127	3 555	9 604
1994	33 791	501	8 893	8 308	2 860	8 063	3 708	9 766
1995	33 852	496	8 667	8 108	2 899	8 038	3 853	9 899
1996	33 756	473	8 422	7 890	2 772	8 043	3 985	10 061
1997	33 647	474	8 256	7 758	2 647	8 043	4 115	10 112
1998	34 046	480	8 276	7 799	2 538	8 168	4 371	10 213
1999	34 567	483	8 184	7 734	2 468	8 345	4 714	10 373
2000	35 229	472	8 223	7 800	2 368	8 584	5 067	10 515
2001	35 333	460	8 231	7 828	2 186	8 640	5 237	10 579
2002	35 093	454	8 047	7 651	2 028	8 610	5 271	10 683
2003	34 651	449	7 830	7 442	1 908	8 495	5 288	10 681
2004	34 653	457	7 703	7 318	1 838	8 562	5 385	10 708
2005	34 467	441	7 560	7 184	1 738	8 521	5 430	10 777
2004 1. Vj	34 251	407	7 700	7 314	1 759	8 427	5 293	10 665
2. Vj	34 611	475	7 692	7 306	1 843	8 562	5 346	10 693
3. Vj	34 762	490	7 702	7 317	1 883	8 611	5 429	10 647
4. Vj	35 001	457	7 723	7 337	1 864	8 663	5 471	10 823
2005 1. Vj	34 080	392	7 572	7 196	1 660	8 416	5 344	10 696
2. Vj	34 321	455	7 541	7 166	1 727	8 483	5 367	10 748
3. Vj	34 556	472	7 546	7 171	1 783	8 545	5 465	10 745
4. Vj	34 906	445	7 581	7 203	1 782	8 634	5 543	10 921
2006 1. Vj	34 065	387	7 441	7 071	1 594	8 412	5 446	10 785
2. Vj	34 485	458	7 443	7 074	1 676	8 563	5 515	10 830

1) Rechenstand 8/2006.

Anhangtabelle 10
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Brutto- inlands- produkt	Inländische Verwendung							Außen- beitrag (Exporte minus Importe)	Exporte	Importe					
		insgesamt	Konsumausgaben			Bruttoinvestitionen										
			zusammen	private Konsum- ausgaben	Konsum- ausgaben des Staates	zusammen	Brutto- anlage- investi- tionen	Vorrats- verände- rungen ²⁾								
in jeweiligen Preisen																
Mrd. EUR																
1991	1 534,60	1 540,69	1 172,46	879,86	292,60	368,23	356,75	11,48	-6,09	395,50	401,59					
1992	1 646,62	1 654,10	1 268,98	946,60	322,38	385,12	387,81	-2,69	-7,48	396,43	403,91					
1993	1 694,37	1 694,83	1 319,21	986,54	332,67	375,62	381,19	-5,57	-0,46	377,56	378,02					
1994	1 780,78	1 778,19	1 378,02	1 031,10	346,92	400,17	401,83	-1,66	2,59	411,25	408,66					
1995	1 848,45	1 839,78	1 429,01	1 067,19	361,82	410,77	404,95	5,82	8,67	442,79	434,12					
1996	1 876,18	1 859,31	1 463,25	1 091,50	371,75	396,06	399,85	-3,79	16,87	467,09	450,22					
1997	1 915,58	1 891,67	1 487,25	1 115,78	371,47	404,42	402,37	2,05	23,91	526,25	502,34					
1998	1 965,38	1 938,56	1 513,87	1 137,51	376,36	424,69	414,50	10,19	26,82	563,24	536,42					
1999	2 012,00	1 994,56	1 562,25	1 175,01	387,24	432,31	428,42	3,89	17,44	591,49	574,05					
2000	2 062,50	2 055,25	1 606,07	1 214,16	391,91	449,18	442,43	6,75	7,25	688,39	681,14					
2001	2 113,16	2 070,65	1 658,80	1 258,57	400,23	411,85	422,88	-11,03	42,51	735,60	693,09					
2002	2 143,18	2 045,46	1 675,26	1 263,46	411,80	370,20	392,97	-22,77	97,72	765,70	667,98					
2003	2 161,50	2 075,98	1 698,99	1 281,76	417,23	376,99	384,68	-7,69	85,52	770,74	685,22					
2004	2 207,20	2 096,32	1 718,00	1 302,94	415,06	378,32	384,38	-6,06	110,88	844,12	733,24					
2005	2 241,00	2 124,99	1 740,70	1 321,06	419,64	384,29	386,90	-2,61	116,01	912,27	796,26					
2004 1. Vj ..	536,38	504,97	412,87	313,58	99,29	92,10	84,29	7,81	31,41	201,16	169,75					
2. Vj ..	546,54	512,26	422,62	322,59	100,03	89,64	97,98	-8,34	34,28	213,71	179,43					
3. Vj ..	559,38	538,51	428,46	326,63	101,83	110,05	100,89	9,16	20,87	208,95	188,08					
4. Vj ..	564,90	540,58	454,05	340,14	113,91	86,53	101,22	-14,69	24,32	220,30	195,98					
2005 1. Vj ..	538,05	504,02	414,86	315,54	99,32	89,16	81,78	7,38	34,03	212,93	178,90					
2. Vj ..	558,42	526,40	430,29	328,46	101,83	96,11	100,69	-4,58	32,02	227,81	195,79					
3. Vj ..	570,15	546,17	437,36	334,03	103,33	108,81	101,75	7,06	23,98	230,45	206,47					
4. Vj ..	574,38	548,40	458,19	343,03	115,16	90,21	102,68	-12,47	25,98	241,08	215,10					
2006 1. Vj ..	557,20	524,06	428,60	325,81	102,79	95,46	85,97	9,49	33,14	249,17	216,03					
2. Vj ..	568,40	535,30	436,91	333,29	103,62	98,39	103,05	-4,66	33,10	255,75	222,65					
preisbereinigt																
Kettenindex 2000 = 100																
1991	85,36	85,87	84,41	84,34	84,65	90,88	85,14	X	X	59,95	60,37					
1992	87,26	88,56	87,62	87,13	89,16	91,78	89,09	X	X	59,50	62,05					
1993	86,56	87,88	88,17	87,83	89,25	86,85	85,24	X	X	56,59	59,14					
1994	88,86	90,26	90,08	89,57	91,68	90,86	88,90	X	X	61,13	64,02					
1995	90,54	92,00	91,97	91,52	93,39	92,07	88,72	X	X	65,01	68,19					
1996	91,44	92,34	93,36	92,72	95,33	88,78	88,26	X	X	68,94	70,60					
1997	93,09	93,14	94,06	93,50	95,81	89,92	89,14	X	X	77,01	76,40					
1998	94,98	95,33	95,51	94,86	97,53	94,70	92,68	X	X	83,14	83,62					
1999	96,89	97,89	97,92	97,68	98,65	97,79	97,08	X	X	88,08	90,77					
2000	100	100	100	100	100	100	100	X	X	100	100					
2001	101,24	99,49	101,54	101,87	100,53	92,16	96,35	X	X	106,44	101,23					
2002	101,24	97,49	101,30	101,07	102,01	83,74	90,50	X	X	111,01	99,77					
2003	101,05	98,12	101,34	100,97	102,46	86,60	89,80	X	X	113,67	105,11					
2004	102,31	98,13	101,08	101,05	101,17	87,64	89,44	X	X	124,62	112,40					
2005	103,24	98,59	101,29	101,13	101,80	89,09	90,14	X	X	133,19	119,75					
2004 1. Vj ..	100,42	95,61	98,24	97,66	100,02	86,31	78,72	X	X	119,81	105,40					
2. Vj ..	102,03	96,70	100,01	100,19	99,42	84,81	90,97	X	X	126,16	110,26					
3. Vj ..	103,38	100,34	100,89	101,05	100,38	99,10	93,79	X	X	123,01	114,37					
4. Vj ..	103,41	99,88	105,19	105,29	104,85	80,34	94,29	X	X	129,52	119,56					
2005 1. Vj ..	99,84	94,44	97,63	97,08	99,32	82,99	75,87	X	X	125,17	109,05					
2. Vj ..	103,78	98,76	100,93	101,03	100,61	91,37	93,74	X	X	133,15	118,46					
3. Vj ..	104,80	100,80	101,86	102,05	101,26	97,80	94,95	X	X	134,54	123,21					
4. Vj ..	104,52	100,37	104,77	104,37	106,00	84,21	96,01	X	X	139,88	128,27					
2006 1. Vj ..	102,90	96,97	99,25	98,56	101,43	89,14	79,89	X	X	143,93	126,66					
2. Vj ..	104,82	99,13	100,99	100,86	101,40	92,98	95,61	X	X	145,47	128,97					

1) Rechenstand 8/2006. – 2) Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

Anhangtabelle 11
Konsum

Jahr Vierteljahr¹)	Insgesamt (Sp. 2 + 4 oder 6 + 7)	Konsumausgaben (Ausgabenkonzept)				Konsum (Verbrauchskonzept)		Nachrichtlich:
		Private Konsumausgaben		Konsumausgaben des Staates		Individual- konsum (Sp. 2 + 5)	Kollektiv- konsum (Sp. 4 – 5)	Private Konsum- ausgaben je Einwohner
		zusammen	dar.: private Haushalte	zusammen	dar.: Individual- konsum			
	1	2	3	4	5	6	7	8
in jeweiligen Preisen								
Mrd. EUR								
EUR								
1991	1 172,46	879,86	859,35	292,60	158,08	1 037,94	134,52	11 000
1992	1 268,98	946,60	923,62	322,38	177,92	1 124,52	144,46	11 745
1993	1 319,21	986,54	961,48	332,67	182,83	1 169,37	149,84	12 153
1994	1 378,02	1 031,10	1 003,63	346,92	194,59	1 225,69	152,33	12 664
1995	1 429,01	1 067,19	1 037,62	361,82	205,64	1 272,83	156,18	13 069
1996	1 463,25	1 091,50	1 064,05	371,75	211,97	1 303,47	159,78	13 328
1997	1 487,25	1 115,78	1 087,33	371,47	212,26	1 328,04	159,21	13 598
1998	1 513,87	1 137,51	1 107,67	376,36	215,34	1 352,85	161,02	13 867
1999	1 562,25	1 175,01	1 142,65	387,24	219,83	1 394,84	167,41	14 314
2000	1 606,07	1 214,16	1 180,33	391,91	224,84	1 439,00	167,07	14 773
2001	1 658,80	1 258,57	1 224,28	400,23	231,86	1 490,43	168,37	15 285
2002	1 675,26	1 263,46	1 227,78	411,80	238,26	1 501,72	173,54	15 318
2003	1 698,99	1 281,76	1 244,43	417,23	243,37	1 525,13	173,86	15 533
2004	1 718,00	1 302,94	1 265,31	415,06	240,64	1 543,58	174,42	15 793
2005	1 740,70	1 321,06	1 285,29	419,64	246,77	1 567,83	172,87	16 020
2004 1. Vj	412,87	313,58	303,96	99,29	59,58	373,16	39,71	3 801
2. Vj	422,62	322,59	313,72	100,03	59,05	381,64	40,98	3 911
3. Vj	428,46	326,63	317,15	101,83	59,72	386,35	42,11	3 959
4. Vj	454,05	340,14	330,48	113,91	62,29	402,43	51,62	4 123
2005 1. Vj	414,86	315,54	306,30	99,32	60,49	376,03	38,83	3 826
2. Vj	430,29	328,46	320,04	101,83	60,81	389,27	41,02	3 983
3. Vj	437,36	334,03	325,12	103,33	61,00	395,03	42,33	4 051
4. Vj	458,19	343,03	333,83	115,16	64,47	407,50	50,69	4 160
2006 1. Vj	428,60	325,81	316,41	102,79	62,98	388,79	39,81	3 954
2. Vj	436,91	333,29	324,75	103,62	63,11	396,40	40,51	4 046
preisbereinigt								
Kettenindex 2000 = 100								
1991	84,41	84,34	84,72	84,65	77,17	83,15	95,33	X
1992	87,62	87,13	87,44	89,16	82,87	86,41	98,10	X
1993	88,17	87,83	88,01	89,25	83,68	87,13	97,14	X
1994	90,08	89,57	89,64	91,68	87,32	89,18	97,84	X
1995	91,97	91,52	91,50	93,39	90,25	91,29	97,81	X
1996	93,36	92,72	92,93	95,33	93,08	92,76	98,47	X
1997	94,06	93,50	93,68	95,81	95,13	93,74	96,75	X
1998	95,51	94,86	94,96	97,53	97,47	95,26	97,61	X
1999	97,92	97,68	97,72	98,65	98,21	97,76	99,23	X
2000	100	100	100	100	100	100	100	X
2001	101,54	101,87	101,96	100,53	101,36	101,79	99,41	X
2002	101,30	101,07	101,10	102,01	102,96	101,37	100,73	X
2003	101,34	100,97	100,97	102,46	104,52	101,53	99,70	
2004	101,08	101,05	101,03	101,17	102,76	101,32	99,03	X
2005	101,29	101,13	101,23	101,80	105,08	101,75	97,41	X
2004 1. Vj	98,24	97,66	97,57	100,02	104,43	98,72	94,11	X
2. Vj	100,01	100,19	100,16	99,42	102,02	100,49	95,93	X
3. Vj	100,89	101,05	101,05	100,38	102,90	101,35	97,00	X
4. Vj	105,19	105,29	105,34	104,85	101,68	104,74	109,07	X
2005 1. Vj	97,63	97,08	97,12	99,32	105,63	98,40	90,91	X
2. Vj	100,93	101,03	101,13	100,61	104,23	101,53	95,77	X
3. Vj	101,86	102,05	102,16	101,26	105,20	102,54	96,00	X
4. Vj	104,77	104,37	104,50	106,00	105,25	104,52	106,97	X
2006 1. Vj	99,25	98,56	98,60	101,43	107,97	100,01	92,73	X
2. Vj	100,99	100,86	100,92	101,40	107,12	101,83	93,79	X

1) Rechenstand 8/2006.

Anhangtabelle 12
Bruttoanlageinvestitionen

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Insgesamt	Ausstattungsinvestitionen			Bauinvestitionen					Sonstige Anlagen ³⁾
		zusammen	Maschinen und Geräte ²⁾	Fahrzeuge	zusammen	Wohnbauten	Nichtwohnbauten			
							zusammen	Hochbau	Tiefbau	
in jeweiligen Preisen										
Mrd. EUR										
1991	356,75	153,71	116,83	36,88	190,68	94,64	96,04	61,13	34,91	12,36
1992	387,81	150,72	116,52	34,20	223,34	110,76	112,58	71,00	41,58	13,75
1993	381,19	130,28	103,21	27,07	236,59	121,10	115,49	73,41	42,08	14,32
1994	401,83	128,27	100,74	27,53	258,28	138,31	119,97	75,52	44,45	15,28
1995	404,95	129,82	101,17	28,65	259,07	142,18	116,89	75,07	41,82	16,06
1996	399,85	131,87	101,66	30,21	250,79	141,71	109,08	70,61	38,47	17,19
1997	402,37	137,22	103,16	34,06	246,87	142,13	104,74	67,43	37,31	18,28
1998	414,50	150,06	112,96	37,10	244,13	142,36	101,77	66,16	35,61	20,31
1999	428,42	159,59	121,33	38,26	246,31	144,19	102,12	65,02	37,10	22,52
2000	442,43	176,66	132,49	44,17	241,85	140,92	100,93	64,18	36,75	23,92
2001	422,88	167,36	129,31	38,05	230,61	132,21	98,40	62,71	35,69	24,91
2002	392,97	151,85	116,44	35,41	216,59	124,39	92,20	58,10	34,10	24,53
2003	384,68	147,30	107,72	39,58	213,08	123,19	89,89	55,65	34,24	24,30
2004	384,38	151,86	108,47	43,39	207,85	120,99	86,86	53,63	33,23	24,67
2005	386,90	159,40	112,92	46,48	202,31	117,21	85,10	52,82	32,28	25,19
2004 1. Vj .	84,29	33,41	24,24	9,17	44,97	26,38	18,59	12,43	6,16	5,91
2. Vj .	97,98	37,07	25,41	11,66	54,89	32,09	22,80	13,88	8,92	6,02
3. Vj .	100,89	37,89	27,76	10,13	56,84	33,04	23,80	14,34	9,46	6,16
4. Vj .	101,22	43,49	31,06	12,43	51,15	29,48	21,67	12,98	8,69	6,58
2005 1. Vj .	81,78	34,92	24,57	10,35	40,91	23,98	16,93	11,56	5,37	5,95
2. Vj .	100,69	40,11	27,72	12,39	54,42	31,46	22,96	13,92	9,04	6,16
3. Vj .	101,75	39,09	28,08	11,01	56,35	32,67	23,68	14,33	9,35	6,31
4. Vj .	102,68	45,28	32,55	12,73	50,63	29,10	21,53	13,01	8,52	6,77
2006 1. Vj .	85,97	37,84	42,05	24,76	17,29	11,93	5,36	6,08
2. Vj .	103,05	41,19	55,54	31,98	23,56	14,30	9,26	6,32
preisbereinigt										
Kettenindex 2000 = 100										
1991	85,14	82,43	79,16	94,76	89,77	77,67	106,50	111,13	98,82	46,35
1992	89,09	79,87	78,56	84,74	99,12	85,48	117,97	121,82	111,44	51,86
1993	85,24	68,33	69,21	65,14	101,01	89,30	117,24	121,01	110,82	54,84
1994	88,90	67,56	68,04	65,81	108,16	99,79	119,81	121,62	116,51	58,94
1995	88,72	69,08	69,46	67,67	106,25	100,16	114,75	118,14	108,88	62,33
1996	88,26	70,98	70,99	70,83	103,35	100,01	108,03	111,29	102,37	67,65
1997	89,14	74,51	73,04	79,34	101,84	100,41	103,85	105,47	100,96	71,86
1998	92,68	83,11	82,40	85,42	100,95	100,76	101,22	103,23	97,66	81,02
1999	97,08	90,36	91,20	87,79	102,46	102,54	102,36	102,22	102,60	92,67
2000	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
2001	96,35	96,33	100,06	85,15	95,40	93,93	97,45	97,66	97,09	106,19
2002	90,50	89,09	92,66	78,41	89,84	88,45	91,79	90,73	93,64	107,55
2003	89,80	89,04	89,25	87,69	88,37	87,60	89,46	86,62	94,44	110,22
2004	89,44	92,78	91,45	95,53	85,04	85,03	85,06	81,79	90,80	111,58
2005	90,14	98,45	97,14	101,10	82,00	81,63	82,53	79,67	87,55	116,83
2004 1. Vj .	78,72	81,15	80,87	81,18	74,35	74,89	73,61	76,77	67,96	107,41
2. Vj .	90,97	90,16	85,07	102,98	89,91	90,20	89,53	84,74	97,97	107,59
3. Vj .	93,79	92,94	94,02	89,24	92,63	92,56	92,75	86,98	102,94	111,76
4. Vj .	94,29	106,87	105,82	108,74	83,26	82,49	84,35	78,70	94,33	119,56
2005 1. Vj .	75,87	85,51	83,33	90,53	66,33	66,76	65,73	69,85	58,26	108,37
2. Vj .	93,74	98,83	95,00	108,06	88,34	87,79	89,11	84,06	98,04	113,98
3. Vj .	94,95	96,78	97,02	95,38	91,40	91,02	91,93	86,44	101,65	118,86
4. Vj .	96,01	112,68	113,21	110,44	81,94	80,93	83,36	78,33	92,25	126,10
2006 1. Vj .	79,89	93,66	67,61	68,45	66,45	71,37	57,50	113,54
2. Vj .	95,61	102,53	88,70	87,86	89,88	85,01	98,51	118,36

1) Rechenstand 8/2006. – 2) Einschl. Textilien, Bekleidung, Leder-, Holz-, Kunststoff-, Glas-, Keramik- und Eisenwaren, Verlagserzeugnissen. – 3) Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

Anhangtabelle 13
Exporte und Importe

Jahr Vierteljahr¹)	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Sp. 1 – 4)
	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	
	1	2	3	4	5	6	7
in jeweiligen Preisen							
Mrd. EUR							
1991	395,50	343,11	52,39	401,59	326,55	75,04	–6,09
1992	396,43	344,43	52,00	403,91	322,00	81,91	–7,48
1993	377,56	325,31	52,25	378,02	292,91	85,11	–0,46
1994	411,25	357,07	54,18	408,66	317,68	90,98	2,59
1995	442,79	383,99	58,80	434,12	337,99	96,13	8,67
1996	467,09	402,13	64,96	450,22	347,74	102,48	16,87
1997	526,25	452,32	73,93	502,34	388,92	113,42	23,91
1998	563,24	486,36	76,88	536,42	417,11	119,31	26,82
1999	591,49	508,92	82,57	574,05	442,74	131,31	17,44
2000	688,39	596,11	92,28	681,14	533,47	147,67	7,25
2001	735,60	636,36	99,24	693,09	535,70	157,39	42,51
2002	765,70	652,57	113,13	667,98	516,02	151,96	97,72
2003	770,74	665,81	104,93	685,22	533,87	151,35	85,52
2004	844,12	732,56	111,56	733,24	577,33	155,91	110,88
2005	912,27	789,66	122,61	796,26	633,36	162,90	116,01
2004 1. Vj	201,16	176,57	24,59	169,75	135,05	34,70	31,41
2. Vj	213,71	185,06	28,65	179,43	141,80	37,63	34,28
3. Vj	208,95	180,18	28,77	188,08	144,37	43,71	20,87
4. Vj	220,30	190,75	29,55	195,98	156,11	39,87	24,32
2005 1. Vj	212,93	185,71	27,22	178,90	143,52	35,38	34,03
2. Vj	227,81	197,94	29,87	195,79	157,27	38,52	32,02
3. Vj	230,45	198,59	31,86	206,47	158,52	47,95	23,98
4. Vj	241,08	207,42	33,66	215,10	174,05	41,05	25,98
2006 1. Vj	249,17	217,73	31,44	216,03	177,94	38,09	33,14
2. Vj	255,75	218,68	37,07	222,65	181,34	41,31	33,10
preisbereinigt							
Kettenindex 2000 = 100							
1991	59,95	60,00	59,68	60,37	61,17	57,01	X
1992	59,50	59,75	57,91	62,05	62,34	60,73	X
1993	56,59	56,49	57,23	59,14	57,96	63,45	X
1994	61,13	61,59	58,23	64,02	62,91	68,06	X
1995	65,01	65,38	62,67	68,19	66,90	72,91	X
1996	68,94	68,91	69,12	70,60	69,07	76,23	X
1997	77,01	76,71	78,84	76,40	75,15	80,99	X
1998	83,14	83,10	83,39	83,62	83,45	84,20	X
1999	88,08	87,98	88,68	90,77	90,45	91,88	X
2000	100	100	100	100	100	100	X
2001	106,44	106,27	107,57	101,23	100,26	104,73	X
2002	111,01	109,99	117,66	99,77	99,94	99,23	X
2003	113,67	113,40	115,73	105,11	106,60	100,09	
2004	124,62	124,96	122,79	112,40	115,26	102,84	X
2005	133,19	133,77	129,83	119,75	123,42	107,48	X
2004 1. Vj	119,81	121,32	110,34	105,40	109,59	91,42	X
2. Vj	126,16	126,17	126,44	110,26	113,38	99,83	X
3. Vj	123,01	122,58	126,13	114,37	114,48	113,93	X
4. Vj	129,52	129,77	128,25	119,56	123,57	106,18	X
2005 1. Vj	125,17	126,28	118,34	109,05	113,77	93,35	X
2. Vj	133,15	134,11	127,37	118,46	123,20	102,69	X
3. Vj	134,54	134,57	134,72	123,21	122,66	124,90	X
4. Vj	139,88	140,09	138,90	128,27	134,06	108,99	X
2006 1. Vj	143,93	146,81	126,18	126,66	134,63	99,84	X
2. Vj	145,47	146,02	142,27	128,97	135,93	105,59	X

1) Rechenstand 8/2006.

Anhangtabelle 14
Verfügbares Einkommen, Sparen und Finanzierungssaldo der Volkswirtschaft
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Verfügbares Einkommen	Konsum	Sparen (Sp. 1 – 2)	Vermögens- transfers aus der übrigen Welt	Vermögens- transfers an die übrige Welt ²⁾	Brutto- investitionen	Abschreibungen	Finanzierungs- saldo (Sp. 3 + 4 – 5 – 6 + 7)
	1	2	3	4	5	6	7	8
1991	1 305,49	1 172,46	133,03	0,68	2,99	368,23	214,43	– 23,08
1992	1 402,00	1 268,98	133,02	0,90	1,89	385,12	234,47	– 18,62
1993	1 427,87	1 319,21	108,66	1,17	2,12	375,62	250,09	– 17,82
1994	1 490,28	1 378,02	112,26	1,31	2,61	400,17	260,77	– 28,44
1995	1 547,27	1 429,01	118,26	1,24	3,17	410,77	270,48	– 23,96
1996	1 572,60	1 463,25	109,35	2,11	3,76	396,06	276,10	– 12,26
1997	1 599,81	1 487,25	112,56	2,53	2,44	404,42	283,16	– 8,61
1998	1 634,21	1 513,87	120,34	2,98	2,28	424,69	290,22	– 13,43
1999	1 673,68	1 562,25	111,43	2,82	2,95	432,31	297,05	– 23,96
2000	1 713,20	1 606,07	107,13	10,33	3,46	449,18	308,48	– 26,70
2001	1 753,65	1 658,80	94,85	2,06	2,37	411,85	316,41	– 0,90
2002	1 769,68	1 675,26	94,42	2,23	2,44	370,20	321,88	45,89
2003	1 796,82	1 698,99	97,83	2,86	2,55	376,99	322,75	43,90
2004	1 854,53	1 718,00	136,53	2,67	2,69	378,32	326,94	85,13
2005	1 885,43	1 740,70	144,73	3,47	3,43	384,29	334,30	94,78
2004 1. Vj	445,13	412,87	32,26	0,85	0,57	92,10	80,75	21,19
2. Vj	455,21	422,62	32,59	0,65	0,48	89,64	82,22	25,34
3. Vj	470,70	428,46	42,24	0,80	0,62	110,05	82,07	14,44
4. Vj	483,49	454,05	29,44	0,37	1,02	86,53	81,90	24,16
2005 1. Vj	446,15	414,86	31,29	0,84	0,54	89,16	83,64	26,07
2. Vj	467,01	430,29	36,72	0,92	0,82	96,11	83,95	24,66
3. Vj	481,18	437,36	43,82	0,68	0,61	108,81	83,49	18,57
4. Vj	491,09	458,19	32,90	1,03	1,46	90,21	83,22	25,48
2006 1. Vj	465,86	428,60	37,26	0,84	0,68	95,46	82,11	24,07
2. Vj	474,09	436,91	37,18	1,01	1,00	98,39	83,45	22,25

1) Rechenstand 8/2006. – 2) Im Jahr 2000 einschl. Verkäufe von UMTS-Lizenzen (nicht produzierte Vermögensgüter) an die übrige Welt.

Dipl.-Verwaltungswirtin Sigrid Fritsch

Erwerbstätigkeit in Deutschland (Teil 1)

Beschleunigte Veröffentlichung gesamtwirtschaftlicher Erwerbstätigenzahlen

Im Zuge der Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen tritt bei der Analyse von Arbeitsangebot und -nachfrage im Rahmen von Konjunktur- und Arbeitsmarktbeobachtungen zunehmend eine international vergleichende Sichtweise in den Vordergrund. Dementsprechend steigt auf nationaler und internationaler Ebene der Bedarf an zeitnahen, kurzfristigen und vergleichbaren Informationen über die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Deutschland sowie deren Entwicklung im Zeitablauf.

In diesem Zusammenhang wurde auf europäischer Ebene ein „EU-USA-Benchmarking“-Projekt entwickelt, das für die wichtigsten 19 europäischen Wirtschaftsindikatoren (Principal European Economic Indicators – PEEI) Zielvorgaben zur Aktualität der Veröffentlichung auf europäischer Ebene macht. Dazu zählen auch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und vierteljährliche Beschäftigungsdaten, für die eine Veröffentlichung 45 Tage nach Ende des Berichtsquartals angestrebt wird. Ferner sollen für Zwecke der Arbeitsmarktbeobachtung monatliche Erwerbslosenquoten, untergliedert nach demographischen Merkmalen wie Geschlecht und Alter sowie nach Qualifikation, 30 Tage nach Monatsende von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) bereitgestellt werden.

Die deutsche amtliche Statistik hat bereits in der Vergangenheit die erste Zielvorgabe der Europäischen Union (EU) hinsichtlich vierteljährlicher Ergebnisse über das Bruttoinlandsprodukt und zur gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erfüllt.

Mit der Einführung einer neuen, die traditionelle Arbeitsmarktberichterstattung der Bundesagentur für Arbeit (BA) ergänzenden monatlichen Arbeitsmarktstatistik nach den Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) zu Beginn des Jahres 2005 konnte Deutschland weitgehend die zweite Zielvorgabe hinsichtlich monatlicher Erwerbslosenquoten nach verschiedenen Merkmalsausprägungen realisieren. Zugleich konnte damit die Frist für die Bereitstellung vierteljährlicher international vergleichbarer gesamtwirtschaftlicher Beschäftigungsdaten von bisher 43 Tagen auf 30 Tage nach Ablauf des Quartals verkürzt und so deren Aktualität verbessert werden.

Im folgenden Teil I des Beitrags „Erwerbstätigkeit in Deutschland“ wird beschrieben, welche Gründe zur Beschleunigung der Veröffentlichung von gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigenzahlen führten und durch welche methodischen Weiterentwicklungen der Erwerbstätigenrechnung diese Aktualitätsgewinne in Deutschland realisiert werden konnten. Der zweite Teil des Beitrags, der in einer der nächsten Ausgaben dieser Zeitschrift veröffentlicht wird, beschreibt, wie die Erwerbstätigenangaben in anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union gewonnen werden.

Der vorliegende Beitrag stellt zugleich eine Fortsetzung und Ergänzung der bisherigen Methodendokumentation zur Erwerbstätigkeit in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dar¹⁾. Deshalb wird auf eine ausführliche Beschreibung der Definitionen der Erwerbstätigkeit und der erwerbsstatistischen Konzepte sowie auf die allgemeinen Grundzüge

1) Siehe zuletzt Fritsch, S./Lüken, S.: „Erwerbstätigkeit in Deutschland – Methodische Grundlagen und Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in WiSta 2/2004, S. 139 ff.

der Erwerbstätigenrechnung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen an dieser Stelle verzichtet.

1 Gründe für die Beschleunigung der Veröffentlichung von Erwerbstätigenzahlen

Die Anfang des Jahres 2002 geführte öffentliche Debatte um die Arbeitsvermittlungstatistik der damaligen Bundesanstalt für Arbeit war der Auslöser, das Veröffentlichungsprogramm der amtlichen Statistik zum Arbeitsmarktgeschehen in Deutschland zu überdenken. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vereinbarten im Frühjahr 2002, möglichst schnell eine monatliche hochaktuelle international vergleichbare Arbeitsmarktstatistik auf Grundlage des „Labour-Force-Konzeptes“ als ergänzende Information zur traditionellen monatlichen Arbeitsmarktberichterstattung der Bundesagentur für Arbeit bereitzustellen.²⁾ Hierbei stand im Vordergrund, die im deutschen erwerbsstatistischen System bis dahin bestehenden Datenlücken in Bezug auf die Verfügbarkeit unterjähriger primärstatistischer Daten zur Erwerbslosigkeit nach den Standards der Internationalen Arbeitsorganisation zu schließen.

Für Zwecke der kurzfristigen nationalen und internationalen Analyse von Arbeitsangebot und -nachfrage standen zwar im Rahmen der monatlichen Erwerbstätigenrechnung international vergleichbare gesamtwirtschaftliche Erwerbstätigenangaben etwa 70 Tage nach Ablauf des Monats zur Verfügung, allerdings wurde bis Ende des Jahres 2004 das ILO-Konzept in Bezug auf die Erwerbslosigkeit explizit nur im jährlichen Mikrozensus bzw. im Rahmen der in den jährlichen Mikrozensus integrierten Arbeitskräfteerhebung der EU (Labour Force Survey) angewandt. Es fehlten also in Deutschland unterjährige Statistiken zur Erwerbslosigkeit. Für europäische Zwecke wurden damals hilfsweise Ersatzschätzungen von monatlichen Erwerbslosenzahlen, basierend auf den Ergebnissen über die registrierte Arbeitslosigkeit aus der monatlichen Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, zur Berechnung von EU-standardisierten Erwerbslosenquoten vorgenommen.

Um die bestehende Datenlücke zur Erwerbslosigkeit in Deutschland zu schließen, wurde ein „Zwei-Stufen-Modell“ entwickelt. Dabei sollten Erwerbslosenangaben für die neue Arbeitsmarktstatistik kurzfristig in einer ersten Stufe – für die Dauer von zwei Jahren – aus der monatlichen Telefonerhebung zum ILO-Erwerbsstatus auf Grundlage der Erwerbsstatistikverordnung vom 10. Mai 2004³⁾ gewonnen werden. Anschließend war in einer zweiten Stufe – im Laufe des Jahres 2006 – geplant, auf die Ergebnisse der monatlichen Schnellauswertung des dann unterjährigen, kontinuierlichen Mikrozensus überzugehen.

Mittlerweile wurde die Durchführung der monatlichen Telefonerhebung zum ILO-Erwerbsstatus durch Verordnung zur Änderung der Erwerbsstatistikverordnung vom 3. Juli 2006⁴⁾

um weitere neun Monate, das heißt bis Monatsende April 2007, verlängert.

Mit der Telefonerhebung zum ILO-Erwerbsstatus stehen seit September 2004 nunmehr bereits zwei bis acht Tage nach Monatsende nicht nur monatliche Ergebnisse über die Erwerbslosigkeit, sondern auch zur Erwerbstätigkeit in der Abgrenzung nach dem Inländerkonzept (Wohnortkonzept) zur Verfügung.

Im Vordergrund der monatlichen Telefonerhebung zum ILO-Erwerbsstatus stehen die Messung der Zahl der Erwerbslosen und deren monatlicher Veränderung im Zeitablauf. Deshalb wurde das Erhebungskonzept der Telefonbefragung vor allem im Hinblick auf die Erfassung der Erwerbslosen optimiert. Für die monatlichen Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit lag mit der Erwerbstätigenrechnung bereits eine anerkannte und verlässliche Statistik vor, die entsprechend dem Zielkonzept für die ILO-Arbeitsmarktberichterstattung weiterhin genutzt werden sollte.

Aufgabe der Erwerbstätigenrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen war es nunmehr, das bisherige Berechnungssystem der monatlichen Erwerbstätigenzahlen mit einer zeitlichen Verzögerung (Timelag) von 70 Tagen bis zur Veröffentlichung unter Nutzung der Erwerbstätigendaten aus der Telefonerhebung weiterzuentwickeln, um Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit nach dem ILO-Konzept (ILO-Arbeitsmarktstatistik) für Deutschland mit dem Veröffentlichungsziel von 30 Tagen nach Monatsende bereitstellen zu können.

Das Datenangebot vor und nach Einführung der monatlichen ILO-Arbeitsmarktberichterstattung

Die Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt einer Berichtsperiode ist eine wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Größe. Sie dient zum einen der Analyse von Arbeitsangebot und -nachfrage. Zum anderen werden periodendurchschnittliche Angaben zur Erwerbstätigkeit in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur Berechnung von Produktivitäten und weiteren Kennziffern (z.B. Lohnstückkosten) sowie als Ausgangsdaten für die Berechnung anderer Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, wie etwa der geleisteten Arbeitsstunden oder der Arbeitnehmerentgelte, benötigt.

Um den nationalen und internationalen Datenbedarf zur Erwerbstätigkeit sowohl im Hinblick auf die laufende Arbeitsmarktbeobachtung als auch im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erfüllen zu können, berechnet und veröffentlicht das Statistische Bundesamt regelmäßig gesamtwirtschaftliche Erwerbstätigenzahlen nach dem Inlands- und Inländerkonzept, als Ursprungswerte und saisonbereinigte Ergebnisse.

2) Ausführlich dargestellt von Riede, T./Sacher, M.: „Arbeitsmarkt in Deutschland – erster Baustein der neuen ILO-Statistik“ in WiSta 2/2004, S. 148 ff.

3) Verordnung über statistische Erhebungen zum Erwerbsstatus der Bevölkerung (Erwerbsstatistikverordnung – ErwerbStatV) (BGBl. I S. 870).

4) BGBl. I S. 1434.

Bis Ende 2004 wurden erste monatliche Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit etwa 70 Tage nach Monatsende und entsprechende vierteljährliche Angaben in Form einer Schnellmeldung rund 43 Tage nach Quartalsende veröffentlicht. Detaillierte vierteljährliche Erwerbstätigenangaben, gegliedert nach zwei Stellungen im Beruf (Arbeitnehmer bzw. Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger) und jeweils für sechs zusammengefasste Wirtschaftszweige 1993 bzw. nach internationaler Abgrenzung der NACE Rev.1.1) standen in Deutschland etwa 53 Tage nach Ablauf des Quartals zur Verfügung.

Seit der Einführung der neuen, die traditionelle Arbeitsmarktberichterstattung der Bundesagentur für Arbeit ergänzenden monatlichen ILO-Arbeitsmarktberichterstattung Anfang des Jahres 2005 stehen nunmehr monatliche und vierteljährliche gesamtwirtschaftliche Erwerbstätigenzahlen für Deutschland (Inlands- und Inländerkonzept) als Ursprungswerte und saisonbereinigte Ergebnisse jeweils bereits 30 Tage nach Ablauf des Berichtszeitraums zur Verfügung. Dabei werden erste vierteljährliche Erwerbstätigen- und Arbeitnehmerzahlen für die Gesamtwirtschaft zusammen mit dem Monatsergebnis des letzten Berichtsmonats des entsprechenden Quartals veröffentlicht.

Eine zusammenfassende Darstellung des Datenangebotes aus der Erwerbstätigenrechnung des Statistischen Bundesamtes vor und nach Einführung der ILO-Arbeitsmarktberichterstattung gibt Übersicht 1.

Dem Statistischen Bundesamt ist es somit gelungen, den Veröffentlichungs-Timelag monatlicher und vierteljährlicher Erwerbstätigenzahlen von 70 bzw. 43 Tagen auf jeweils 30 Tage zu verkürzen. Zugleich hat die deutsche amtliche Statistik die Zielvorgabe der Europäischen Union hinsichtlich der Bereitstellung vierteljährlicher Beschäftigungs-

daten (45 Tage nach Quartalsende) deutlich unterschritten. In der monatlichen ILO-Arbeitsmarktstatistik werden die Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung, die Erwerbslosenzahlen aus der Telefonerhebung und die daraus errechneten Erwerbslosenquoten in der Gliederung nach dem Geschlecht und zwei Altersgruppen etwa 30 Tage nach Ablauf des Berichtsmonats veröffentlicht. Somit wird auch für die Erwerbslosenquoten das für Veröffentlichungen auf europäischer Ebene angestrebte Aktualitätsziel erreicht.

2 Methodische Weiterentwicklung des Systems der Erwerbstätigenrechnung

Grundzüge des Berechnungsmodells der Erwerbstätigenrechnung

Die Ermittlung der Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland beruht in der Erwerbstätigenrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf einem Berechnungsmodell. Dieses Modell ist so konzipiert, dass in einem komplexen integrierten Rechenverfahren – basierend auf einer monatlichen Berechnung – alle weiteren Zahlen über die Erwerbstätigkeit, unterschieden nach der Periodizität, der Wirtschaftszweiggliederung, der Stellung im Beruf oder nach erwerbsstatistischen Konzepten (Inlands- und Inländerkonzept), unmittelbar abgeleitet werden können. Ferner ist dieses Modell so flexibel gestaltet, dass veränderte Rahmenbedingungen im Zeitablauf, beispielsweise durch arbeitsmarktpolitische Reformen, gesetzliche Neuregelungen (z. B. zur geringfügigen Beschäftigung, „1-Euro-Jobs“) oder durch Veränderungen im Erwerbsverhalten, zeitnah in den Berechnungen berücksichtigt werden können.

Übersicht 1: Datenangebot der Erwerbstätigenrechnung vor und nach Einführung der ILO-Arbeitsmarktberichterstattung

Datenangebot Terminvorgaben	Periodizität				
	monatlich	vierteljährlich		jährlich	
		Schnell- meldung	detaillierte Ergebnisse	erste vorläufige Ergebnisse	detaillierte Ergebnisse
Erwerbstätige nach					
Inländerkonzept	X	X	X	X	X
Inlandskonzept	X	X	X	X	X
Stellung im Beruf					
Erwerbstätige insgesamt	X	X	X	X	X
Arbeitnehmer	–	–	X	X	X
Selbstständige ¹⁾	–	X	–	X	–
Wirtschaftszweigen ²⁾					
nach 6 bzw. 7 Bereichen ³⁾	–	–	X	X	X
nach 17 Bereichen	–	–	–	–	X
nach 31 bzw. 60 Bereichen	–	–	–	–	X
Geschlecht ⁴⁾	–	–	X	–	X
Saisonbereinigte Ergebnisse	X	X	X	–	–
vor Einführung der ILO-Arbeitsmarktstatistik					
Veröffentlichung nach ... Tagen	70	43	53	3	240/630 ⁵⁾
nach Einführung der ILO-Arbeitsmarktstatistik Anfang 2005					
Veröffentlichung nach ... Tagen	30	30	48	3	240/630 ⁵⁾

1) Einschl. mithelfender Familienangehöriger. – 2) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003). – 3) Seit der Revision 2005 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird das Verarbeitende Gewerbe zusätzlich explizit ausgewiesen. – 4) Veröffentlichung wurde nach Einführung der ILO-Arbeitsmarktstatistik eingestellt. – 5) Erwerbstätigenangaben nach 17 Wirtschaftsbereichen werden nach 240 Tagen, nach 31 bzw. 60 Bereichen nach 630 Tagen veröffentlicht.

Im Rahmen der Einführung der neuen monatlichen ILO-Arbeitsmarktstatistik für Deutschland war es erforderlich, das bisherige Berechnungsmodell der Erwerbstätigenrechnung zu modifizieren, um den erhöhten Anforderungen an die Aktualität der Ergebnisse Rechnung zu tragen.

Im Folgenden wird zunächst das Berechnungsverfahren der Erwerbstätigen vor Einführung der ILO-Arbeitsmarktstatistik, anschließend die Modifikationen bzw. Weiterentwicklungen beschrieben.

Das Berechnungsverfahren der Erwerbstätigen vor Einführung der monatlichen ILO-Arbeitsmarktberichterstattung

Das Verfahren der Erwerbstätigenrechnung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sah vor Einführung der monatlichen ILO-Arbeitsmarktberichterstattung eine monatliche Berechnung der Erwerbstätigen vor. Dies wurde getrennt nach fünf Stellungen im Beruf vorgenommen, und zwar für Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger, Arbeiter/Angestellte einschließlich und ohne geringfügig Beschäftigte(r), geringfügig Beschäftigte und Beamte, jeweils gegliedert nach 48 Rechenbereichen der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93). Die monatliche und daraus abgeleitete vierteljährliche und jährliche Gesamtzahl der Erwerbstätigen nach dem Inlandskonzept wurde durch Addition der Rechenergebnisse für die einzelnen Stellungen im Beruf und Wirtschaftszweige ermittelt (Bottom-up-Verfahren⁵⁾).

Für den Übergang vom Inlands- auf das Inländerkonzept bei den gesamtwirtschaftlichen monatlichen, vierteljährlichen und jährlichen Erwerbstätigenzahlen wurden die aus dem Ausland einpendelnden Arbeitnehmer ausgeschlossen, hingegen deutsche Personen, die im Ausland einer Erwerbstätigkeit nachgehen, einbezogen.

Insgesamt flossen in die Erwerbstätigenrechnung vor Einführung der ILO-Arbeitsmarktberichterstattung 45 auf unterschiedlichen Berichtswegen gewonnene Statistiken ein.

Methodische Weiterentwicklung des Berechnungsverfahrens für Zwecke der monatlichen ILO-Arbeitsmarktberichterstattung

Für die Integration der Ergebnisse der ILO-Telefonerhebung und die Bereitstellung von monatlichen Erwerbstätigenzahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 30 Tage nach Monatsende war das bis Ende 2004 verwendete Berechnungsverfahren der Erwerbstätigenrechnung nach dem Bottom-up-Prinzip mit einem zu hohen zeitlichen Berechnungsaufwand verbunden. Schließlich erforderte dieses Verfahren für jeden einzelnen Wirtschaftszweig und

jede Stellung im Beruf einen Fortschreibungsindikator oder eine adäquate Schätzung auf Basis des Inlandskonzeptes. Auf der anderen Seite hatte diese Art der Berechnung hinsichtlich der Qualität der ermittelten Ergebnisse auch ihre Vorzüge. So wurde beispielsweise durch die differenzierten Berechnungen einzelner Teilergebnisse der mögliche Schätzfehler begrenzt.

Die wesentlichen Herausforderungen für die Bereitstellung von monatlichen Erwerbstätigenzahlen aus der Erwerbstätigenrechnung für Zwecke der ILO-Arbeitsmarktberichterstattung bestanden also darin, das bisherige Berechnungsmodell der Erwerbstätigen so auszubauen und weiterzuentwickeln, dass zum einen monatliche Erwerbstätigenzahlen 30 Tage nach Monatsende in der bisherigen Qualität zur Verfügung stehen. Zum anderen musste das Modell um demographische Merkmale wie Alter und Geschlecht ergänzt werden, um unter Einbeziehung der Erwerbslosenquoten aus der ILO-Telefonerhebung entsprechende monatliche Erwerbslosenquoten ableiten zu können.

Zunächst erfolgte eine Überprüfung der bisherigen Rechenansätze der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der großen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005. Hierbei wurden alle in der Erwerbstätigenrechnung bisher verwendeten erwerbsstatistischen Quellen auf ihre Qualität, Vollständigkeit und Genauigkeit im Zeitablauf überprüft, neue Ausgangsstatistiken in das Berechnungsmodell integriert und neue Erkenntnisse aufgrund methodisch verbesserter Statistiken berücksichtigt, sofern diese noch nicht oder nicht in vollem Umfang in den bisherigen Berechnungen einbezogen waren.

Gegenüber der Basiswertermittlung bei den vorhergehenden Revisionen in den Jahren 1999 und 2000 standen im Rahmen der Revision 2005 für die Berechnung der Erwerbstätigenzahl und des Arbeitsvolumens vor allem verbesserte Ergebnisse zur geringfügigen Beschäftigung zur Verfügung. Nachdem sich das am 1. April 1999 eingeführte Meldeverfahren zur Sozialversicherung für die geringfügige Beschäftigung im Zeitablauf zunehmend stabilisiert hat, liegen heute zumindest nach einer Wartezeit von sechs Monaten nach Monatsende qualitativ hochwertige monatliche Ergebnisse aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit über geringfügig entlohnt Beschäftigte vor.

Nicht oder nur unzureichend einbezogen waren in der bisherigen Erwerbstätigenrechnung – mangels entsprechender Informationen – Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung⁶⁾. Zudem standen keine vollständigen Daten über den unterjährigen Verlauf der Erwerbstätigkeit von Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen zur Verfügung.

Informationen über die Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen im unterjährigen Verlauf konnten im Rahmen der Erwerbstäti-

5) Siehe Fußnote 1, S. 141 ff.

6) Zu den Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung zählen alle Personen, die nach den nationalen Vorschriften des Sozialgesetzbuches II (ab Januar 2005) oder des Sozialgesetzbuches III (ab September bis Dezember 2004) und dem bis 31. Dezember 2004 geltenden Bundessozialhilfegesetz (BSHG) eine gemeinnützige Tätigkeit bei kommunalen Trägern oder Wohlfahrtsverbänden ausüben und dafür zusätzlich zum Arbeitslosengeld (bis Dezember 2004) bzw. Arbeitslosengeld II (ab 1. Januar 2005) oder zur Sozialhilfe eine Mehraufwandsentschädigung in Höhe von 1 Euro bis 2 Euro je Arbeitsstunde steuer- und abgabenfrei erhalten.

genrevision 2005 aus der Piloterhebung zur ILO-Telefonbefragung gewonnen werden. Diese Erhebung wurde ab April 2003 auf Basis des § 7 Bundesstatistikgesetz im Vorgriff auf die im September 2004 eingeführte ILO-Telefonbefragung nach der Erwerbsstatistikverordnung (siehe Fußnote 3) für die Dauer von 17 Monaten durchgeführt. Im Vergleich zur aktuellen Telefonerhebung mit einem Stichprobenumfang von mindestens 30 000 Befragten wurden in der Piloterhebung nur rund 10 000 Personen befragt.

Die Erkenntnisse zur unterjährigen Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen aus dieser Piloterhebung wurden zusätzlich noch mit weiteren Quellen, wie beispielsweise den Ergebnissen der Betriebsdatei der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit über die Anzahl der Betriebe und der Statistik über die Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen, verglichen.

Informationen über Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (Zusatzjobs oder so genannte 1-Euro-Jobs) konnten im Rahmen der Revision 2005 für den Zeitraum vor September 2004 aus Umfrageergebnissen des Deutschen Städtetages für die Jahre 1993, 1996, 1998, 2000, 2002 und 2004 gewonnen werden. Seit September 2004 wird dieser Personenkreis monatlich im Rahmen der Arbeitsmarktberichterstattung der Bundesagentur für Arbeit über arbeitsmarktpolitische Förderinstrumente explizit ausgewiesen. Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung waren zuvor statistisch nicht erfasst worden und wurden daher bei der Revision 2005 explizit in die Erwerbstätigenrechnung – auch für die Vergangenheit – mit einbezogen.

Darüber hinaus standen im Rahmen der Revision 2005 weitere neue erwerbsstatistische Quellen zur Verfügung. Dabei handelte es sich zum einen um die Ergebnisse der Dienstleistungsstatistik über die Beschäftigten in den Wirtschaftsbereichen I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung) und K (Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister) der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) ab Berichtsjahr 2001 und zum anderen um die vierteljährliche Geschäftsstatistik der Minijobzentrale der Knappschaft Bahn See. Ferner wurde im Rahmen der Revision 2005 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Nachweis der wirtschaftsbereichsbezogenen Ergebnisse von der WZ 93 auf die WZ 2003 umgestellt.

Das erweiterte und verbesserte Angebot an Ausgangsdaten zur Berechnung der Erwerbstätigkeit ermöglichte es, das bisherige Berechnungsverfahren in der Revision 2005 hinsichtlich der Rechartiefe, vor allem nach der beruflichen Stellung der Erwerbstätigen, zu erweitern.

Gestützt auf Erkenntnisse aus der ILO-Telefonerhebung über die unterschiedlichen saisonalen Verläufe der Erwerbstätigkeit von Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen erfolgt nunmehr eine getrennte Berechnung beider Erwerbstätigengruppen. Bei den Selbstständigen wird zusätzlich unterschieden, ob eine geringfügige Beschäftigung vorliegt. Des Weiteren werden auch für die nach dem ILO-Konzept zu den Erwerbstätigen zählenden Personen in

Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung gesonderte Berechnungen durchgeführt. Bei Vorliegen einer geringfügigen Beschäftigung in erster Erwerbstätigkeit erfolgen ebenfalls getrennte Berechnungen, und zwar für geringfügig entlohnt Beschäftigte einerseits und kurzzeitig geringfügig Beschäftigte andererseits.

Gerade die Untergliederung der geringfügig Beschäftigten erlaubt es nunmehr, unstetige Beschäftigungsformen am Rande des Arbeitsmarktes und deren Entwicklung im Zeitablauf, zum Beispiel Ferienjobs oder die Erwerbstätigkeit von Schülern und Studierenden, genauer in die Erwerbstätigenrechnung mit einzubeziehen. Für alle weiteren Stellungen im Beruf, das heißt für die Beamten und für Arbeiter/Angestellte ohne geringfügig Beschäftigte, lagen zum Zeitpunkt der Revision keine neuen Erkenntnisse vor. Sie wurden daher aus dem bisherigen Berechnungssystem in das neue System übergeleitet.

Die tiefere Untergliederung der Stellung im Beruf nach dem neuen Berechnungsverfahren hat auch unmittelbar qualitative Auswirkungen auf die Berechnung anderer Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, wie etwa der Arbeitnehmerentgelte oder der geleisteten Arbeitszeit. So konnten beispielsweise durch die explizite Berechnung der Zahl der Personen in Zusatzjobs im Rahmen der Erwerbstätigenrechnung auch deren Verdienste, die in der Regel zwischen einem und zwei Euro je Stunde liegen, in den Berechnungen der Arbeitnehmerverdienste entsprechend genauer berücksichtigt werden, was wiederum zu einer qualitativen Verbesserung dieser Ergebnisse führte. Ähnliches gilt auch für die Berechnung der geleisteten Arbeitsstunden in Deutschland und folglich auch für die Wertschöpfung insgesamt.

Nachdem die bisherigen Rechenansätze im Rahmen der Revision 2005 überarbeitet worden waren, musste das bislang angewandte Berechnungsverfahren der Erwerbstätigen nach dem Bottom-up-Verfahren überdacht und neu konzipiert werden.

Da die zur Berechnung von monatlichen Erwerbstätigenzahlen benötigten Ausgangsstatistiken nur sukzessive im Zeitablauf anfallen, stehen für eine monatliche Erwerbstätigenrechnung 30 Tage nach Monatsende nur wenige Datenquellen zur Verfügung. Die umfangreichste Quelle hinsichtlich der Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Stellung im Beruf, Wirtschaftszweigen und demographischen Merkmalen ist die Telefonerhebung zum ILO-Erwerbsstatus, deren Ergebnisse – wie bereits erwähnt – in der Regel zwei bis acht Tage nach Ende eines Kalendermonats vorliegen. Eine weitere sehr kurzfristig verfügbare Quelle ist die Beitragszahlerstatistik nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) III des Bundesministeriums für Gesundheit. Ferner sind zu diesem Zeitpunkt auch bereits monatliche Informationen des Bundesministeriums der Verteidigung und des Bundesamtes für den Zivildienst über die Anzahl der Berufssoldaten und Wehrpflichtigen bzw. der Zivildienstleistenden, der einzelnen Nachfolgeunternehmen der ehemaligen Bundespost sowie die vielfältigen Arbeitsmarktdaten der Bundesagentur für Arbeit verfügbar. Darüber hinaus können erste Anhaltspunkte zur aktuellen Entwicklung der geringfügigen

Beschäftigung aus der vierteljährlichen Geschäftsstatistik der Knappschaft Bahn See gewonnen werden.

Im Hinblick auf die Verfügbarkeit der statistischen Quellen zur Berechnung der Erwerbstätigen wurde in der Erwerbstätigenrechnung ein 2-stufiges Berechnungsverfahren eingeführt.

1. Stufe: Blitzschätzung der gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit nach $t + 30$ Tagen

Für Zwecke der monatlichen international vergleichbaren ILO-Arbeitsmarktstatistik 30 Tage nach Monatsende erfolgt in der ersten Stufe eine Berechnung der Erwerbstätigen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene nach den in der Revision 2005 festgelegten neun Stellungen im Beruf. Das Verfahren ist so flexibel gestaltet, dass eine Berechnung der Erwerbstätigen sowohl ausgehend vom Inlandskonzept (Arbeitsortkonzept) als auch vom Inländerkonzept (Wohnortkonzept) durchgeführt werden kann. Hierbei werden alle zum Berechnungszeitpunkt vorliegenden erwerbsstatistischen Quellen berücksichtigt.

Im Rahmen einer Blitzschätzung (flash-estimate) werden die monatlichen gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigenzahlen auf drei verschiedenen Berechnungswegen ermittelt (Drei-Wege-Modell), auf die weiter unten genauer eingegangen wird.

2. Stufe: Berechnung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen und Stellung im Beruf nach $t + 70$ Tagen und mehr (Bottom-up-Methode)

Auf der zweiten Stufe, etwa 70 Tage nach Monatsende, wenn zusätzliche erwerbsstatistische Informationen nach Wirtschaftsbereichen vorliegen, erfolgt wie bisher eine differenzierte Berechnung der Erwerbstätigen, gegliedert nach 47 Wirtschaftszweigen in Kombination mit neun Stellungen im Beruf nach dem Bottom-up-Prinzip.

Beide Berechnungsstufen sind miteinander verbunden. Das heißt die monatlich ermittelten Erwerbstätigenzahlen nach der Stellung im Beruf werden durch vereinfachte Strukturberechnungen auf Wirtschaftszweige verteilt und die ersten vorläufigen monatlichen gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigenzahlen der 1. Stufe werden durch die Ergebnisse der 2. Berechnungsstufe nach dem Bottom-up-Prinzip im Nachhinein ersetzt. Diese Kopplung beider Berechnungsweisen gewährleistet, dass zu einem Berechnungs- und Veröffentlichungszeitpunkt das jeweils vollständigste und genaueste Ergebnis ermittelt wird.

Das gegenüber der bisherigen Erwerbstätigenrechnung weiterentwickelte Zwei-Stufen-Verfahren hat unmittelbare Vorteile und Auswirkungen für die Veröffentlichung von vierteljährlichen Erwerbstätigenangaben. Konnten im Rahmen des bisherigen Modells der Erwerbstätigenrechnung (vor Einführung der ILO-Arbeitsmarktberichterstattung) vierteljährliche Erwerbstätigenangaben für die Gesamtwirtschaft frühestens rund 43 Tage nach Quartalsende veröffentlicht

werden, stehen auf Grundlage des Zwei-Stufen-Verfahrens erste vorläufige vierteljährliche Ergebnisse für die Gesamtwirtschaft ebenfalls bereits 30 Tage nach Quartalsende zur Verfügung.

Ein weiterer Unterschied betrifft die Qualität der Berechnungen und damit die Präzision der Ergebnisse. Während im bisherigen Berechnungsmodell das Ergebnis des letzten Monats eines Quartals überwiegend auf Schätzungen beruhte, basiert dieses nunmehr auf statistisch und methodisch verbesserten Berechnungen (Drei-Wege-Modell).

Für den Nachweis von monatlichen Erwerbslosenquoten nach Geschlecht und Altersgruppen (unter 25 Jahre sowie 25-Jährige und Ältere) wurde das neue Berechnungsmodell um die Berechnung von Erwerbstätigenzahlen nach demographischen Merkmalen für die Gesamtwirtschaft ergänzt. In dieses „Demographiemodell“ fließen vergleichsweise nur wenige erwerbsstatistische Quellen ein. Für die Aufteilung der gesamtwirtschaftlichen Angaben über die Beamten nach Alter und Geschlecht werden die Ergebnisse der Personalstandstatistik, für die der Arbeiter/Angestellten ohne geringfügig Beschäftigte und der geringfügig Beschäftigten die Angaben der Bundesagentur für Arbeit über sozialversicherungspflichtig bzw. geringfügig entlohnt Beschäftigte und für die der Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger die Ergebnisse der ILO-Telefonerhebung bzw. des kontinuierlichen Mikrozensus verwendet. Das Demographiemodell in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen basiert ebenso wie die Berechnung der Erwerbstätigen auf dem Inlandskonzept. Für den Übergang vom Inlands- auf das Inländerkonzept werden die Pendlerangaben ebenfalls nach demographischen Merkmalen untergliedert.

Das Berechnungsmodell der Erwerbstätigen nach demographischen Merkmalen ist ein integrierter Bestandteil des gesamten Berechnungssystems der Erwerbstätigen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Dies hat zur Folge, dass jede Änderung der gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigenzahl sich unmittelbar auf die Erwerbstätigenzahlen nach Alter bzw. Geschlecht auswirkt und die Erwerbstätigen in demographischer Gliederung zur Plausibilisierung der gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigenzahl herangezogen werden können.

Einen zusammenfassenden Überblick über das bisherige und das neue, weiterentwickelte Berechnungsmodell der Erwerbstätigenrechnung gibt Übersicht 2.

Verfahren der monatlichen Blitzschätzung nach dem Drei-Wege-Modell

Um die Qualitätsansprüche der Nutzer von Erwerbstätigenzahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hinsichtlich der Genauigkeit und Verlässlichkeit der Ergebnisse auch bei einer beschleunigten Veröffentlichung nach $t + 30$ Tagen weiterhin erfüllen zu können, wurde analog dem Zukunftsprojekt der vierteljährlichen Flash-Schätzung des Bruttoinlandsproduktes⁷⁾ in der Erwerbstätigenrech-

7) Siehe dazu Hartmann, N./Schmidt, J./Oltmanns, E.: „Schnellschätzungen für das Bruttoinlandsprodukt: Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie“ in WiSta 7/2005, S. 682 ff.

Übersicht 2: Neukonzeption des Berechnungsmodells der Erwerbstätigenrechnung

	Bisherige Konzeption	Konzeption mit Übergang auf die ILO-Arbeitsmarktberichterstattung	
Berechnungsverfahren	Monatliche Fortschreibung und Schätzung der Erwerbstätigen (ET) nach 5 Stellungen im Beruf und 48 Rechenbereichen (WZ 93) ⇒ Bottom up (ET)	1. Stufe (aktueller Berichtsmonat t + 1 Monat): Aktuelle monatliche Berechnung der Erwerbstätigen (Fortschreibung, Schätzungen, mathematisch-statistische Verfahren) nach 9 Stellungen im Beruf auf gesamt-wirtschaftlicher Ebene ⇒ Blitzschätzung (ET)	2. Stufe (aktueller Berichtsmonat t + 2, 3 ... Monate): Monatliche wirtschaftszweigbezogene Berechnung der Erwerbstätigen (Fortschreibung, Schätzungen) nach 9 Stellungen im Beruf und 47 Rechenbereichen (WZ 2003) ⇒ Bottom up (ET)
Rechentiefe	Stellung im Beruf: – Selbstständige/mithelfende Familienangehörige – Arbeiter/Angestellte einschließlich geringfügig Beschäftigter – Geringfügig Beschäftigte – Arbeiter/Angestellte ohne geringfügig Beschäftigte – Beamte	Stellung im Beruf: – Selbstständige mit Beschäftigten – Selbstständige ohne Beschäftigte – Geringfügig Selbstständige – Mithelfende Familienangehörige – Geringfügig entlohnt Beschäftigte – Kurzzeitig geringfügig Beschäftigte – Zusatzjobs – Arbeiter/Angestellte ohne geringfügig Beschäftigte – Beamte (Arbeiter/Angestellte einschließlich geringfügig Beschäftigter werden additiv ermittelt)	
Datenbasis	45 erwerbsstatistische Quellen (Beschäftigtenstatistik, Mikrozensus, Personalstandstatistik, Bereichsstatistiken)	5 erwerbsstatistische Quellen (ILO-Telefonbefragung, Beitragszahlerstatistik nach SGB III, Soldaten, Post, Mikrozensus) + Arbeitsmarktdaten (z. B. Ich-AGs, Zusatzjobs) + Ergebnisse der Zeitreihenanalyse	48 erwerbsstatistische Quellen (wie Spalte 2, + ILO-Telefonbefragung, Dienstleistungsstatistik, Statistik über geringfügige Beschäftigung der Minijobzentrale)
Ergebnisse/Veröffentlichungen	Nach t + 70 Tagen: monatlich: – Erwerbstätige im Inland/Inländer – Originalwerte/ saisonbereinigte Werte Nach t + 43 Tagen: vierteljährlich: – Erwerbstätige im Inland/Inländer – Originalwerte/ saisonbereinigte Werte Nach t + 53 Tagen: vierteljährlich: (wie letzte Spalte)	Nach t + 30 Tagen: monatlich: – Erwerbstätige im Inland/Inländer – Originalwerte/saisonbereinigte Werte sowie Bereitstellung von Angaben zur Berechnung der Erwerbslosenquoten über: – Geschlecht und Alter (<25, 25 – 65, 65 und älter) – Schüler/Studierende vierteljährlich: – Erwerbstätige, Arbeitnehmer, Selbstständige Inlands-/Inländerkonzept – Originalwerte/saisonbereinigte Werte	Nach t + 48 Tagen: vierteljährlich: – Stellung im Beruf (Erwerbstätige, Arbeitnehmer) – 7 Wirtschaftszweige – Originalwerte/saisonbereinigte Werte

nung ein „Drei-Wege-Modell“ konzipiert. Hierbei werden drei methodisch und zeitlich unabhängige Wege zur Ermittlung einer monatlichen gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigenzahl beschritten.

1. Weg: Die Expertenschätzung

Das bisher angewandte und auf Basis des Zwei-Stufen-Verfahrens weiterentwickelte System einer Expertenschätzung kennzeichnet den ersten Weg. Hierbei wird von Experten mit langjährigen Erfahrungen auf dem Gebiet der Erwerbstätigkeit und des Arbeitsmarktes auf Grundlage des zuvor in Stufe 1 beschriebenen Berechnungsverfahrens eine Erwerbstätigenzahl ermittelt. Da zu diesem frühen Zeitpunkt nur wenige erwerbsstatistische Quellen zur Verfügung stehen, beruht die Expertenrechnung im Wesentlichen auf zeitreihenbasierten Regressionen der Vorjahres- und Vormonatsveränderungen unter Berücksichtigung des aktuellen Trends und spezifischer irregulärer Einflüsse.

Experten quantifizieren aufgrund ihres aktuellen und fachlichen Wissens, ihrer Kompetenz und ihrer Erfahrungen solche irregulären Einflüsse, wie außergewöhnliche konjunkturelle Entwicklungen, Gesetzesänderungen, besondere Witterungseinflüsse oder Veränderungen der Lage der Ferienzeiten, und berücksichtigen sie in ihren Schätzungen.

2. Weg: Einsatz mathematisch-statistischer Verfahren

Einen weiteren Weg zur Ermittlung einer monatlichen Erwerbstätigenzahl stellt der Einsatz zeitreihengestützter mathematisch-statistischer Verfahren mit Hilfe von Ein-Schritt-ARIMA-Prognosemodellen dar⁸⁾. Um eine geeignete Modellspezifikation auszuwählen, werden zuerst verschiedene Modellspezifikationen für die Zeitreihen ausgewählt und anschließend aus Sicht der Prognose diejenige verwendet, welche bezüglich eines Prognosegütemaßes das beste Ergebnis liefert. Dabei erfolgt die Auswahl unter Berücksichtigung von Autokorrelationsfunktion, partieller Autokorrela-

8) ARIMA bedeutet „Autoregressive-Integrated-Moving-Averages“ und bezeichnet eine Modellierungsform für Zeitreihen, in der sowohl Abhängigkeiten von Vergangenheitswerten als auch von gegenwärtigen und vorangegangenen Schocks zugelassen sind. Der Begriff „integrated“ zeigt an, dass der für die Parameterschätzung und somit für die Prognose wichtigen Eigenschaft, der so genannten Stationarität, durch eventuelle Differenzbildung Rechnung getragen wird. Auch eine Saisonalität kann in das ARIMA-Verfahren eingeführt werden (saisonale ARIMA- bzw. SARIMA-Modelle).

tionsfunktion, Testverfahren auf Stationarität, Informationskriterien (z. B. von Akaike oder Schwarz) sowie Residualtests. Aus Sicht der Prognose wird in der Erwerbstätigenrechnung die Spezifikation gewählt, welche den geringsten mittleren Prognosefehler bezogen auf die absoluten Veränderungsraten gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat, bezeichnet als mittlere absolute Revision (MAR), aufweist. Diese MAR wird zurzeit pro Reihe für 36 Monate berechnet und die so ermittelte beste Modellierung für die Prognose verwendet. Prognostiziert werden die Reihenwerte für den aktuell zu veröffentlichenden Berichtsmonat, wobei der Stützbereich, das heißt der Anteil, auf dem die Parameterschätzung beruht, 120 Monate beträgt und immer bis zum aktuellen Rand reicht. Generell gilt es, bei einer ökonometrischen Prognose ebenso wie bei einer Expertenschätzung, eine Relation zwischen einem möglichst erwartungstreuen Ergebnis und einem vertretbaren Schätzaufwand zu finden.

Zur Ermittlung einer monatlichen gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigenzahl werden insgesamt 20 Einzelreihen prognostiziert, und zwar für sechs zusammengefasste Wirtschaftszweige der WZ 2003 und jeweils nach fünf Stellungen im Beruf. Ausgangsdaten bilden hierbei die Originalwerte der monatlichen Erwerbstätigenangaben für Deutschland ab dem Berichtsjahr 1991.

Sind die prognostizierten Werte für alle 20 Einzelreihen gefunden, werden diese anschließend im Bottom-up-Verfahren zur gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigenzahl aggregiert.

3. Weg: Ermittlung der finalen monatlichen Gesamtzahl der Erwerbstätigen

Auf dem dritten Weg werden die Ergebnisse aus Expertenschätzung (1. Weg) und mathematisch-statistischem Prognoseverfahren (2. Weg) unter Einbeziehung der Ergebnisse der monatlichen ILO-Telefonerhebung zu einem finalen Gesamtergebnis über die Erwerbstätigkeit zusammengeführt und abgestimmt. Hierbei werden zunächst die unabhängig voneinander ermittelten Erwerbstätigenzahlen aus Expertenschätzung und mathematisch-statistischem Verfahren innerhalb der Erwerbstätigenrechnung verglichen, analysiert, diskutiert und bewertet.

Weichen beide Ergebnisse stark voneinander ab, so haben sowohl die Experten als auch die Prognostiker die Aufgabe, ihr jeweils ermitteltes Ergebnis darzulegen und zu begründen. Dabei hat die Expertenschätzung gegenüber dem Ergebnis des Prognoseverfahrens, dessen Ergebnis auf einem rein mathematisch-statistischen Verfahren beruht, vor allem den Vorteil, dass spezifisches Wissen über mögliche aktuelle Sonderentwicklungen in die Berechnungen mit einfließen können. Das rein mathematische Verfahren hat wiederum den Vorteil der Neutralität. Größere Abweichungen der Ergebnisse aus beiden Wegen sollten daher qualitativ und quantitativ auf aktuelle oder in der Vergangenheit liegende Sondereinflüsse zurückzuführen sein. Somit können die Vorteile beider Verfahrenswege zur Ermittlung eines Ergebnisses genutzt werden.

In einer ersten Abstimmungsrunde wird ein Zwischenergebnis bestimmt. Dieses Zwischenergebnis kann entweder das Ergebnis der Expertenschätzung oder das des mathematisch-statistischen Prognoseverfahrens oder ein neues Ergebnis, basierend auf den Erkenntnissen der Abstimmungsrunde beider Wege, sein.

Anschließend erfolgt eine weitere Abstimmungsrunde vor dem Hintergrund der ILO-Telefonerhebung. Hierbei wird zum einen das aus der ersten Runde ermittelte Zwischenergebnis zur Erwerbstätigkeit den Ergebnissen aus der ILO-Telefonerhebung gegenübergestellt und plausibilisiert. Zum anderen erfolgt in dieser Runde die Einbindung des Zwischenergebnisses der Erwerbstätigenrechnung unter Beachtung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Zusammenspiel von Arbeitsangebot und -nachfrage im Rahmen der monatlichen ILO-Arbeitsmarktstatistik.

Erst dann wird das finale Ergebnis, das heißt das Endergebnis, zur Erwerbstätigkeit für den aktuell zu veröffentlichenden Berichtsmonat festgelegt. Dabei kann grundsätzlich das finale Ergebnis zur Erwerbstätigkeit entweder das Zwischenergebnis der ersten Abstimmungsrunde oder ebenfalls ein neues Ergebnis, basierend auf den Erkenntnissen der zweiten Abstimmungsrunde, sein.

Einen zusammenfassenden Ablauf der monatlichen Blitzschätzung der Erwerbstätigenangaben entsprechend dem Drei-Wege-Modell ($t + 30$ Tage) zeigt das Schaubild 1.

Vollständigkeit des Ausgangsmaterials

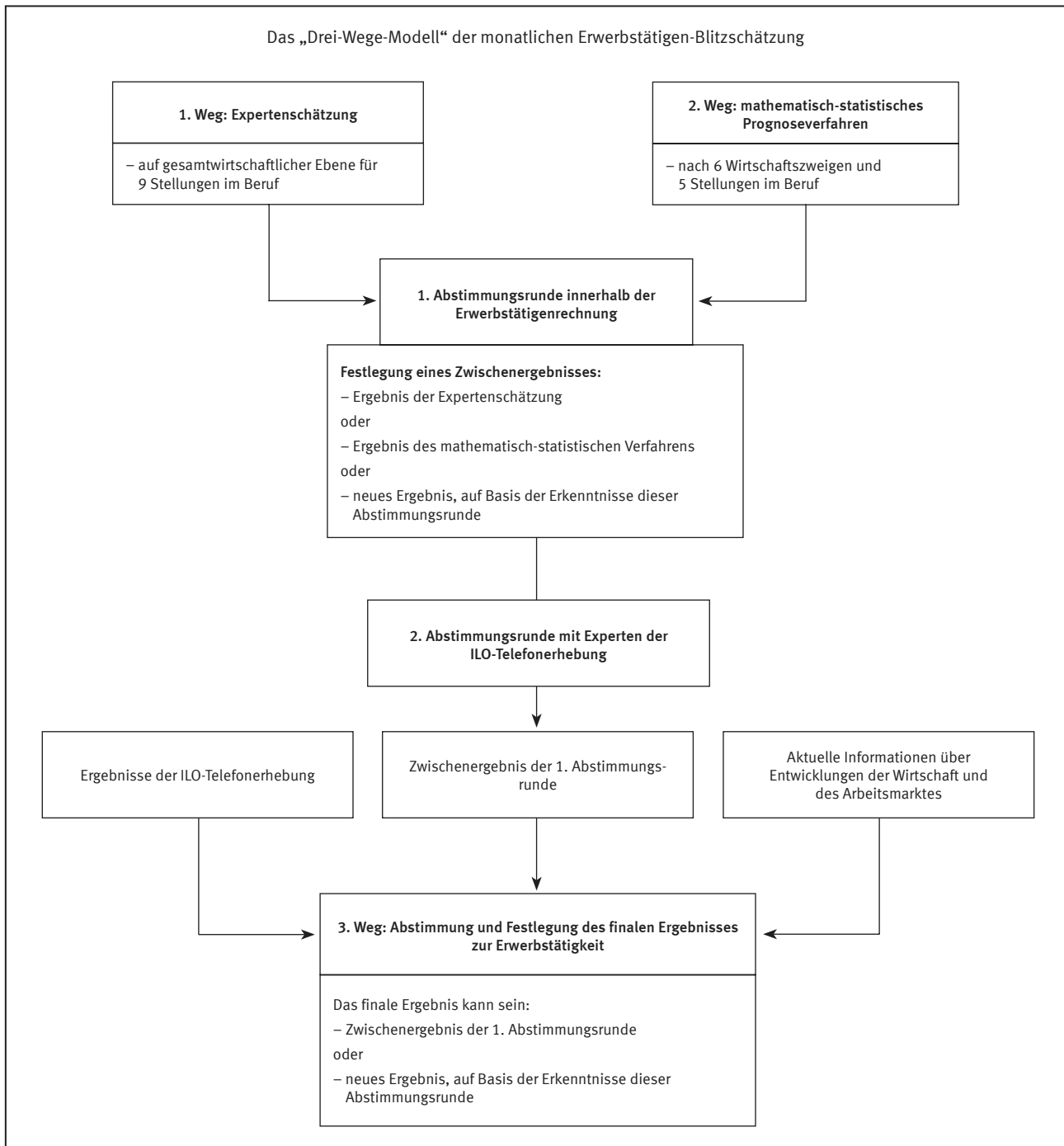
Die Ausgangsstatistiken, auf die sich die monatlichen Berechnungen der Erwerbstätigenzahlen im Wesentlichen stützen, liegen mit unterschiedlicher Aktualität vor. Dies ist vor allem für die Expertenschätzung (1. Weg) von Bedeutung. Grundsätzlich erhöht sich mit zunehmendem Abstand zum Berichtsmonat der Vollständigkeitsgrad der Ausgangsstatistiken und damit die Genauigkeit der Erwerbstätigenzahl.

Im Schaubild 2 werden die einzelnen Deckungsgrade, das heißt zu welchem Anteil (in %) das Ergebnis der Erwerbstätigenrechnung zum jeweiligen Zeitpunkt der Veröffentlichung durch Basisstatistiken abgedeckt ist, vor und nach Einführung der ILO-Telefonerhebung mit einem zeitlichen Veröffentlichungsabstand zum Berichtsmonat von einem, zwei und sechs Monaten sowie nach zwei bis drei Jahren dargestellt.

Vor der Einführung der ILO-Telefonerhebung und der damit verbundenen neuen monatlichen ILO-Arbeitsmarktstatistik beruhten die monatlichen Erwerbstätigenzahlen für die Gesamtwirtschaft bei einem Veröffentlichungstermin rund 70 Tage (2 Monate) nach Ende des Berichtsmonates zuletzt etwa zu 82% auf statistischen Informationen. Diese stammten vor allem aus den monatlichen Statistiken für Teilbereiche der Wirtschaft und der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit über sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnt Beschäftigte.

Mit der Implementierung der ILO-Telefonerhebung zum Erwerbsstatus als Bundesstatistik stand der Erwerbstätigenrechnung frühzeitig eine hochaktuelle erwerbsstatistische

Schaubild 1



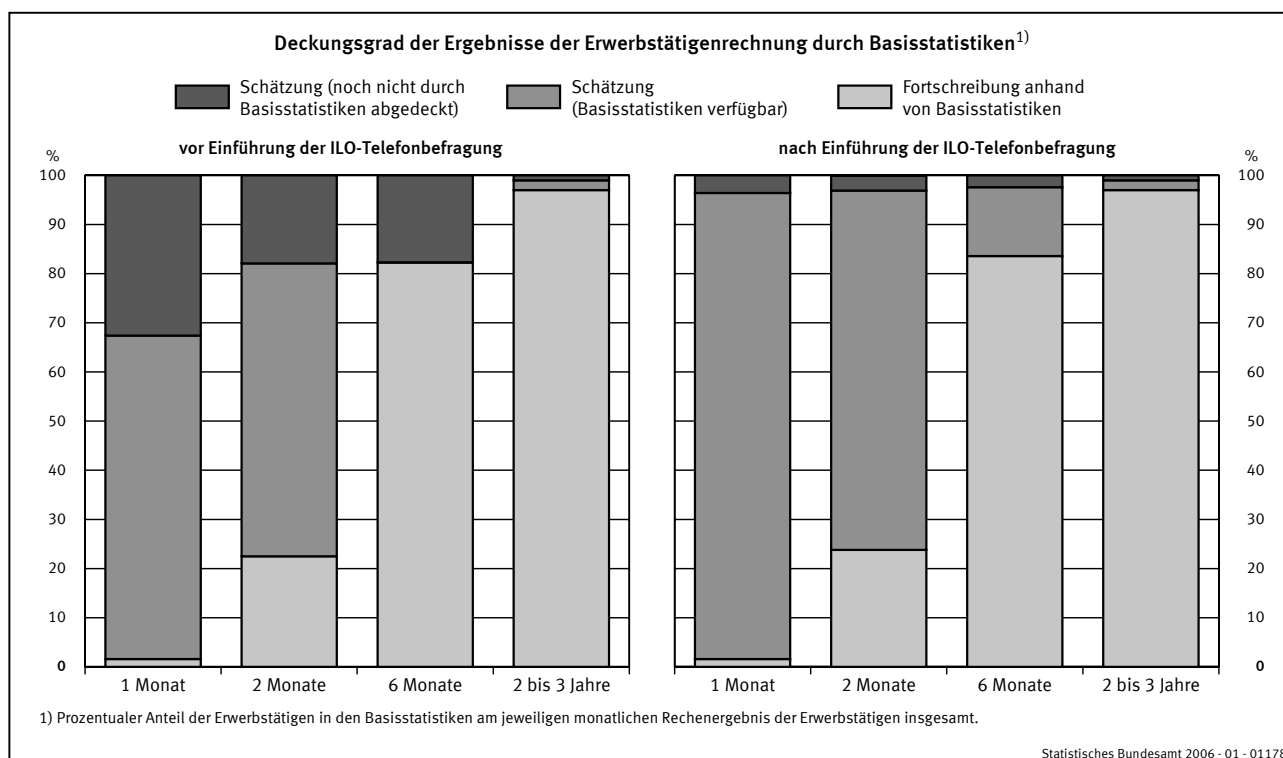
Quelle zur Verfügung, die hochgerechnet rund 96% der gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigenzahl nach dem Inländerkonzept abdeckt. Ohne diese Statistik wären bei einem angestrebten Veröffentlichungsziel von 30 Tagen nach Monatsende lediglich rund 67% der aktuellen monatlichen Erwerbstätigenzahl durch Ausgangsstatistiken belegt.

Aufgrund des gewählten Modells hat sich der Schätzanteil insgesamt, das heißt die Summe aus Schätzungen, die durch Basisstatistiken gestützt sind, und „freien“ Schätzungen, die nicht durch Basisdaten für den Berichtsmonat gestützt werden, bei der Veröffentlichung nach 30 Tagen im

Vergleich zu der bisherigen Veröffentlichung 70 Tage nach Ende des Berichtsmonats deutlich erhöht. Während bei einem zeitlichen Abstand von 30 Tagen weniger als 2% der gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigenzahl durch Basisstatistiken, die unmittelbar in die Berechnung der Erwerbstätigkeit einfließen, belegt werden, liegt der entsprechende Anteil bei einem Abstand von 70 Tagen bei rund 24%.

Erst nach sechs Monaten Abstand zum Berichtsmonat sind gegenwärtig etwa 84% der Erwerbstätigenzahl durch Basisstatistiken, die unmittelbar in die Berechnung der Erwerbstätigkeit einfließen, abgedeckt. Eine nahezu vollständige

Schaubild 2



Abdeckung des Ergebnisses wird erst nach etwa zwei bis drei Jahren erreicht (siehe Schaubild 2).

Das zuvor beschriebene „Drei-Wege-Modell“ trägt dazu bei, die Nachteile des durch die vorgezogene Berechnung der gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigenzahlen erhöhten Schätzanteils zu kompensieren.

Qualität der Ergebnisse: Aktualität und Genauigkeit

Die frühe Erstveröffentlichung von monatlichen und vierteljährlichen Erwerbstätigenzahlen 30 Tage nach Ende der entsprechenden Berichtsperiode erfüllt die Forderung der Nutzer nach aktuellen, zeitnahen Ergebnissen, obwohl die Datengrundlage zu diesem Zeitpunkt häufig noch unvollständig ist.

Die deutsche amtliche Statistik konnte dieses auf EU-Ebene angestrebte Veröffentlichungsziel mit der Einführung der ILO-Arbeitsmarktstatistik zu Beginn des Jahres 2005 durch die Ergänzung und Weiterentwicklung des Berechnungssystems der Erwerbstätigenrechnung um das „Drei-Wege-Modell“ im Rahmen der Blitzschätzung und der Einführung der monatlichen ILO-Telefonerhebung als Referenzstatistik zur Erwerbslosigkeit verwirklichen.

Im Mittelpunkt der Qualitätsabwägungen bei der Entscheidung, den Veröffentlichungs-Timelag für die monatlichen und vierteljährlichen gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigenangaben zu verkürzen, stand der Zielkonflikt zwischen Aktualität und Genauigkeit.

Die Aufsplittung des bisherigen Berechnungsverfahrens der Erwerbstätigenrechnung in zwei zeitlich aufeinander folgende Stufen ermöglichte eine Optimierung der Qualitätsanforderungen hinsichtlich der beiden Ziele Aktualität und Genauigkeit.

So werden im Rahmen der Blitzschätzung 30 Tage nach Ende der jeweiligen Berichtsperiode zunächst in einer 1. Stufe nach dem „Drei-Wege-Modell“ monatliche und die daraus abgeleiteten vierteljährlichen Erwerbstätigenangaben – aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit dezidierter erwerbsstatistischer Quellen – nur für die Gesamtwirtschaft veröffentlicht.

In einer zeitlich nachgelagerten 2. Stufe erfolgt – analog dem Berechnungsmodell der Erwerbstätigenrechnung vor Einführung der ILO-Arbeitsmarktstatistik – eine nach der Stellung im Beruf und nach Wirtschaftsbereichen gegliederte Berechnung der Erwerbstätigenzahlen. Auf Basis dieser Berechnung werden erste vorläufige vierteljährliche Ergebnisse über Erwerbstätige und Arbeitnehmer jeweils nach sieben zusammengefassten Wirtschaftszweigen der WZ 2003 bereits 48 Tage nach Quartalsende veröffentlicht.

Da in die Berechnung der Erwerbstätigenzahlen in der 2. Stufe gegenwärtig 48 erwerbsstatistische Quellen einfließen, diese aber nur sukzessive im Zeitablauf anfallen und erste Ergebnisse teilweise später aufgrund eines vollständigeren Meldeeingangs korrigiert werden, nehmen Vollständigkeit und Zuverlässigkeit der Ausgangsstatistiken im Zeitablauf zu. Der Deckungsgrad und die Genauigkeit der Erwerbstätigenzahlen steigen mit zunehmendem zeitlichen Abstand zur jeweiligen Berichtsperiode. Es ist daher notwendig, die Erwerbstätigenzahlen für einen bestimmten

Zeitraum dem jeweils aktuellen Erkenntnisstand anzupassen.

So werden die monatlichen und vierteljährlichen gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigenzahlen der 1. Stufe (Blitzschätzung) im Rahmen der ILO-Arbeitsmarktberichterstattung gegebenenfalls auf Basis neuer Erkenntnisse aus der erstmaligen Berechnung der 2. Stufe nach $t + 48$ Tagen ersetzt.

Treten im Nachhinein Korrekturen bei den Ausgangsstatistiken, wie beispielsweise bei den Monatsstatistiken für einzelne Wirtschaftszweige oder der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit aufgrund eines vollständigeren Meldeeingangs auf, kann dies wiederum zu rückwirkenden Korrekturen der Erwerbstätigenzahlen der 2. Berechnungsstufe führen.

Da einerseits Erwerbstätigenangaben der 2. Stufe als Ausgangsgröße in das Rechenwerk der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingehen und andererseits Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, wie beispielsweise die Arbeitnehmerentgelte, die geleisteten Arbeitsstunden und die Bruttowertschöpfung, zur Abschätzung der Plausibilität der Erwerbstätigenzahlen benötigt werden, ist es zweckmäßig, Korrekturen der Erwerbstätigenangaben gemäß dem Änderungsrhythmus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (in der Regel im März, August und November eines Jahres) vorzunehmen. Auch im Interesse der Nutzer ist es sinnvoll, Korrekturen der Zeitreihe über die Erwerbstätigkeit nur zu wenigen, vorher festgelegten Terminen vorzunehmen.

Nach etwa drei Jahren gelten die Ergebnisse der laufenden Erwerbstätigenrechnung als „endgültig“, das heißt sie sind nahezu vollständig durch Basisstatistiken fundiert. Sie werden dann in der Regel nur noch im Rahmen großer Revisi-

onen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (zuletzt im April 2005), die in etwa fünfjährigen Abständen stattfinden, geändert.

Die Genauigkeit der Erwerbstätigenzahlen für die einzelnen Berichtszeiträume kann durch den Revisionsbedarf der Ergebnisse, der aus Neuberechnungen resultiert, gemessen werden.

Vor der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im April 2005 wichen im mehrjährigen Vergleich die ersten vorläufigen Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung nach $t + 70$ Tagen gegenüber dem endgültigen Ergebnis, das rund drei Jahre nach Jahresende veröffentlicht wird, um durchschnittlich 0,3% nach oben oder unten ab. Bei einigen Monatsergebnissen oder in der Untergliederung nach der Stellung im Beruf fiel der durchschnittliche Revisionsbedarf allerdings auch größer aus.

Eine entsprechende Einschätzung des Revisionsbedarfs nach Einführung der ILO-Arbeitsmarktstatistik Anfang 2005 und der damit einhergehenden Beschleunigung der Veröffentlichung von Erwerbstätigenzahlen ist aus mehreren Gründen gegenwärtig nur schwer abzugeben. Zum einen ist der Beobachtungszeitraum noch sehr kurz und alle 48 Ausgangsstatistiken, die in die Berechnung der Erwerbstätigenzahlen einfließen, liegen derzeit noch nicht vor. Daher ist ein endgültiges Ergebnis der Erwerbstätigenzahlen nach dem weiterentwickelten Berechnungssystem erst nach Ablauf von etwa drei Jahren, das heißt im Jahr 2009, ermittelbar.

Zum anderen sind die vorläufigen Ergebnisse vieler kurzfristig verfügbarer monatlicher Ausgangsdaten seit Anfang 2005 mit größeren Unsicherheiten behaftet, mit der Folge, dass unabhängig von der Aktualität der Berechnungen der Erwerbstätigenzahlen auch nach dem bisherigen Berechnungsverfahren ($t + 70$ Tage) im Nachhinein ein im Vergleich

Mittlerer absoluter und relativer Revisionsbedarf der monatlichen Erwerbstätigenzahlen (Inlandskonzept) seit Einführung der ILO-Arbeitsmarktstatistik

Jahr Berichtsmonat	Aktuelles Ergebnis	(Schätz)Wert nach ... Monaten Abstand zum Berichtsmonat				Differenzen zwischen dem Schätzwert nach ... Monaten und dem aktuellen Ergebnis							
		t + 1	t + 2	t + 6	t + 12	t + 1	t + 2	t + 6	t + 12	t + 1	t + 2	t + 6	t + 12
		1 000								%			
2005 Januar	38 373	38 514	38 514	38 356	38 356	+ 141	+ 141	- 17	- 17	+ 0,37	+ 0,37	- 0,04	- 0,04
Februar	38 386	38 554	38 554	38 391	38 375	+ 168	+ 168	+ 5	- 11	+ 0,44	+ 0,44	+ 0,01	- 0,03
März	38 437	38 656	38 656	38 512	38 434	+ 219	+ 219	+ 75	- 3	+ 0,57	+ 0,57	+ 0,20	- 0,01
April	38 561	38 839	38 839	38 564	38 558	+ 278	+ 278	+ 3	- 3	+ 0,72	+ 0,72	+ 0,01	- 0,01
Mai	38 722	38 978	38 867	38 730	38 721	+ 256	+ 145	+ 8	- 1	+ 0,66	+ 0,37	+ 0,02	+ 0,00
Juni	38 804	38 972	38 972	38 762	38 805	+ 168	+ 168	- 42	+ 1	+ 0,43	+ 0,43	- 0,11	+ 0,00
Juli	38 771	38 966	38 966	38 772		+ 195	+ 195	+ 1		+ 0,50	+ 0,50	+ 0,00	
August	38 849	39 031	38 902	38 814		+ 182	+ 53	- 35		+ 0,47	+ 0,14	- 0,09	
September ..	39 163	39 208	39 208	39 093		+ 45	+ 45	- 70		+ 0,11	+ 0,11	- 0,18	
Oktober	39 332	39 326	39 157	39 217		- 6	- 175	- 115		- 0,02	- 0,44	- 0,29	
November	39 338	39 147	39 213	39 213		- 191	- 125	- 125		- 0,49	- 0,32	- 0,32	
Dezember ...	39 130	38 988	38 988	38 988		- 142	- 142	- 142		- 0,36	- 0,36	- 0,36	
2006 Januar	38 364	38 246	38 246			- 118	- 118			- 0,31	- 0,31		
Februar	38 406	38 271	38 326			- 135	- 80			- 0,35	- 0,21		
März	38 490	38 396	38 396			- 94	- 94			- 0,24	- 0,24		
April	38 678	38 564	38 564			- 114	- 114			- 0,29	- 0,29		
Mai	38 904	38 770				- 134				- 0,34			
Juni	39 064	39 064											
Durchschnittlicher mittlerer Revisionsbedarf der Ergebnisse seit Januar 2005						± 152	± 141	± 53	± 6	± 0,39	± 0,36	± 0,14	± 0,02

zu den Jahren zuvor höherer Änderungsbedarf entstanden wäre.

Trotz der zuvor beschriebenen Einschränkungen soll die Tabelle erste Hinweise über den durchschnittlichen mittleren absoluten und relativen Revisionsbedarf der monatlichen Erwerbstätigenzahlen seit Einführung der ILO-Arbeitsmarktberichterstattung nach unterschiedlichen Berechnungsabständen zum jeweiligen Berichtsmonat geben.

Danach liegt für die ersten 18 Berichtsmonate seit Einführung der ILO-Arbeitsmarktberichterstattung der durchschnittliche mittlere Revisionsbedarf der monatlichen Erwerbstätigenzahlen bei einer Veröffentlichung 30 Tage nach Monatsende bei knapp 0,4%. Dies bedeutet, dass die Zahl der Erwerbstätigen im genannten Beobachtungszeitraum durchschnittlich um 152 000 Personen nach oben bzw. nach unten korrigiert werden musste.

3 Zusammenfassung

Mit der Einführung einer monatlichen international vergleichbaren ILO-Arbeitsmarktstatistik seit Beginn des Jahres 2005 in Deutschland ist es gelungen, die bis Ende 2004 auf nationaler und internationaler Ebene bestehende Datenlücke an unterjährigen primärstatistischen Ergebnissen zur Erwerbslosigkeit zu schließen und zugleich die im Rahmen des „EU-USA-Benchmarking“-Projekts entwickelten Zielvorgaben zur Aktualität der Ergebnisveröffentlichung auf europäischer Ebene zu erfüllen. Hinsichtlich der Bereitstellung vierteljährlicher gesamtwirtschaftlicher Erwerbstätigenangaben wurde die Zielvorgabe ($t + 45$ Tage) sogar deutlich unterschritten.

Um ein Veröffentlichungsziel für gesamtwirtschaftliche Erwerbstätigenzahlen von 30 Tagen nach Ablauf des Berichtszeitraums realisieren zu können, musste das bisherige einstufige Berechnungssystem der Erwerbstätigenrechnung nach dem Bottom-up-Verfahren, das mit einem hohen zeitlichen Berechnungsaufwand verbunden war, um ein möglichst schnelles und relativ einfach durchzuführendes Verfahren, welches dennoch Ergebnisse mit hinreichender Präzision liefert, ergänzt werden. Deshalb wurde in der Erwerbstätigenrechnung ein Zwei-Stufen-Verfahren konzipiert, das die erwerbsstatistische Ausgangsdatenlage zur Berechnung der Erwerbstätigen mit den Datenbedürfnissen der Nutzer nach aktuellen zeitnahen Informationen und die unterschiedlichen Verwendungszwecke der Erwerbstätigenzahlen miteinander vereinbart.

Die nach 30 Tagen veröffentlichten Ergebnisse der 1. Berechnungsstufe (Blitzschätzung) beruhen im Wesentlichen auf den Resultaten von zeitreihenanalytischen Ein-Schritt-Prognosen, die kurzfristig und unabhängig vom Eingang erwerbsstatistischer Datenquellen durchgeführt werden können, sowie quellen-basierten Expertenberechnungen und -schätzungen auf aggregierter gesamtwirtschaftlicher Ebene. Diese unabhängig voneinander ermittelten Rechen-ergebnisse werden anschließend unter Einbeziehung der aktuellen Daten der ILO-Telefonerhebung, die etwa zwei bis acht Tage nach Monatsende vorliegen, und weiterer makro-

ökonomischer Arbeitsmarktindikatoren sowie vor dem Hintergrund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung bewertet und zu einem finalen Ergebnis zusammengeführt.

Die monatliche Erwerbstätigenrechnung in Deutschland stützt sich nicht allein auf ein einziges Verfahren, sondern es werden unterschiedliche methodische Ansätze miteinander kombiniert (Drei-Wege-Modell). Dieser Mix aus unterschiedlichen Ansätzen sichert eine hohe Flexibilität und nutzt durch Vergleiche mögliche Synergieeffekte. So geben die mathematisch-statistischen Verfahren, insbesondere die Zeitreihenanalyse, wichtige Hilfestellungen im Hinblick auf die Einschätzung des aktuellen Trends und des Saisonverlaufs der Erwerbstätigkeit. Besonderheiten und irreguläre Effekte, zum Beispiel Witterungseinflüsse oder gesetzliche Neuregelungen mit beschäftigungspolitischer Wirkung, werden dagegen von Experten in den Berechnungen berücksichtigt.

In der 2. Stufe schließen sich die wirtschaftsfachlich und nach der Stellung im Beruf gegliederten Berechnungen der Erwerbstätigen analog dem bisherigen Berechnungsverfahren nach dem Bottom-up-Prinzip an. Auf dieser Ebene werden alle zu einem späteren Zeitpunkt anfallenden erwerbsstatistischen Informationen, wie beispielsweise die Ergebnisse der Monatsberichte oder Jahreserhebungen für Teilbereiche der Wirtschaft, die Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik über sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnt Beschäftigte und die der Personalstandstatistik über die Anzahl der Beamten, in einem komplexen, konzeptionell auf die Belange der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abgestimmten Rechensystem sukzessive einbezogen. Diese Berechnungen lassen je nach Vollständigkeit der zur Verfügung stehenden Ausgangsdaten einen differenzierten Ergebnismachweis zu. Erste vierteljährliche Ergebnisse nach sieben zusammengefassten Wirtschaftszweigen der WZ 2003 für Erwerbstätige und Arbeitnehmer werden hierdurch gegenwärtig bereits etwa 48 Tage nach Ende des Berichtsquartals im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen veröffentlicht.

Das mehrstufige Berechnungsverfahren der Erwerbstätigen stellt nicht nur eine Optimierung zwischen den für die Berechnung der Erwerbstätigen benötigten erwerbsstatistischen Ausgangsquellen, den Wünschen der Datennutzer nach aktuellen Ergebnissen und dem jeweiligen Verwendungszweck der Erwerbstätigenzahlen dar, sondern auch im Hinblick auf die Qualitätsanforderungen wie Aktualität und Genauigkeit. Durch die Einbindung und Verzahnung aller Erwerbstätigenzahlen in ein Gesamtrechnungssystem wird die Kohärenz sowohl zur arbeitsmarktstatistischen als auch zur gesamtwirtschaftlichen Berichterstattung sichergestellt. Ein Vorteil der Erwerbstätigenrechnung ist unter anderem darin zu sehen, dass aus den Monatergebnissen die entsprechenden vierteljährlichen Erwerbstätigenzahlen unmittelbar abgeleitet werden können. Somit wird gleichzeitig auch die Plausibilität der Quartalergebnisse gewährleistet. Zusätzlich erfolgen im Zusammenhang mit den Quartalergebnissen laufend weitere Konsistenz- und Plausibilitätsprüfungen mit anderen Aggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, wie beispielsweise

der Bruttowertschöpfung, den Arbeitnehmerentgelten und den geleisteten Arbeitsstunden.

4 Ausblick

In diesem und in den kommenden Jahren wird eine wesentliche Aufgabe der Erwerbstätigenrechnung darin bestehen, den Revisionsbedarf der Erwerbstätigenzahlen auf Grundlage des zuvor beschriebenen weiterentwickelten Berechnungssystems und der damit einhergehenden beschleunigten Bereitstellung der Ergebnisse laufend zu beobachten und zu analysieren. In diesem Zusammenhang sollen der Einsatz und die Verwendung mathematisch-statistischer Prognoseverfahren in der Erwerbstätigenrechnung ausgebaut und weiterentwickelt werden.

Nach der Verordnung zur Änderung der Erwerbsstatistikverordnung vom 3. Juli 2006 ist die Durchführung der monatlichen Telefonerhebung zum ILO-Erwerbsstatus zeitlich begrenzt. Eine letztmalige Befragung ist für den Berichtsmonat April 2007 vorgesehen. Deshalb sollen die Ergebnisse der ILO-Telefonerhebung so bald wie möglich durch die Schnellmeldungsergebnisse aus dem seit Anfang 2005 unterjährig durchgeführten kontinuierlichen Mikrozensus bzw. der EU-Arbeitskräfteerhebung ersetzt werden. Dies führt unter Umständen zu weiteren Anpassungen und Modifikationen des neuen, weiterentwickelten Berechnungssystems der Erwerbstätigenrechnung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Mit dem vorstehenden Beitrag wurde das in Deutschland verwendete System zur Ermittlung monatlicher und vierteljährlicher Erwerbstätigenzahlen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dargestellt. In einem zweiten Teil, der in einer der nächsten Ausgaben dieser Zeitschrift erscheinen wird, werden in anderen Ländern der Europäischen Union angewandte Methoden und Verfahren zur Messung der Erwerbstätigkeit beschrieben. Vorzüge und Nachteile der unterschiedlichen Messkonzepte zur Erwerbstätigkeit gegenüber dem deutschen Berechnungsmodell werden in diesem Zusammenhang näher erläutert und dargestellt. [u](#)

Dipl.-Soziologin Wera Krebs

Preise im August 2006

Im August 2006 lagen auf allen im Rahmen dieses Beitrags betrachteten Wirtschaftsstufen die Preise höher als im August 2005. Der Index der industriellen Erzeugerpreise nahm um 5,9% zu (Juli 2006 gegenüber Juli 2005: +6,0%), die Großhandelsverkaufspreise lagen um 5,3% höher (Juli 2006: +4,6%). Der Index der Einzelhandelspreise erhöhte sich um 1,2% (Juli 2006: +1,1%), der Verbraucherpreisindex um 1,7% (Juli 2006: +1,9%).

Im Vergleich zum Vormonat entwickelten sich die Preise auf den verschiedenen Wirtschaftsstufen uneinheitlich. Die industriellen Erzeugerpreise lagen um 0,2% über dem Niveau des Vormonats (im Juli betrug die Veränderung gegenüber dem Vormonat +0,5%). Die Großhandelsverkaufspreise stiegen gegenüber Juli 2006 um 0,6%, nachdem sie im Vormonat um 0,2% gesunken waren. Der Index der Einzelhandelspreise ging im Vergleich zum Vormonat um 0,1% zurück, nachdem er bereits im Juli 2006 um 0,3% abgenommen hatte. Der Verbraucherpreisindex verringerte sich um 0,1% (Juli 2006: +0,4%).

Auch im August 2006 waren vor allem die Preise für Energie für die im Vergleich zum Vorjahresmonat höheren Indexstände verantwortlich. Bei den Erzeugerpreisen waren die Preise für Energie um 14,8% höher als im Vorjahresmonat und um 0,2% höher als im Juli 2006. Ohne diese Positionen betrug die Jahresteuerrate des Erzeugerpreisindex +3,0%.

Die Verbraucherpreise für Energie wiesen im August 2006 einen um 7,9% höheren Stand aus als im Vorjahresmonat, sanken jedoch gegenüber Juli 2006 um 0,6%. Ohne Energie erhöhte sich der Verbraucherpreisindex um 1,0% gegenüber dem entsprechenden Monat im Vorjahr.

	Veränderungen August 2006 gegenüber	
	Juli 2006	August 2005
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	+ 0,2	+ 5,9
ohne Mineralölzeugnisse	+ 0,3	+ 6,0
Mineralölzeugnisse	- 2,1	+ 5,1
ohne Energie	+ 0,1	+ 3,0
Energie	+ 0,2	+ 14,8
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+ 0,6	+ 5,3
Index der Einzelhandelspreise	- 0,1	+ 1,2
Verbraucherpreisindex		
insgesamt	- 0,1	+ 1,7
ohne Heizöl und Kraftstoffe	-	+ 1,5
Heizöl und Kraftstoffe	- 1,2	+ 6,2
ohne Energie	- 0,1	+ 1,0
Energie	- 0,6	+ 7,9
ohne Saisonwaren	- 0,1	+ 1,5
Saisonwaren	- 0,9	+ 8,1

Die Jahresteuerrate des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte belief sich im August 2006 auf 5,9%. Im Juli und Juni 2006 hatte die Teuerung im Vergleich zum Vorjahr +6,0 und +6,1% betragen. Gegenüber dem Vormonat stieg der Index um 0,2%.

Vorleistungsgüter verteuerten sich binnen Jahresfrist um durchschnittlich 5,8%, Investitionsgüter um 0,7% und Konsumgüter um 2,0%.

Auch im August 2006 waren hauptsächlich Preissteigerungen bei Energie und Nichteisenmetallen für die anhaltend hohe Jahresveränderungsrate verantwortlich.

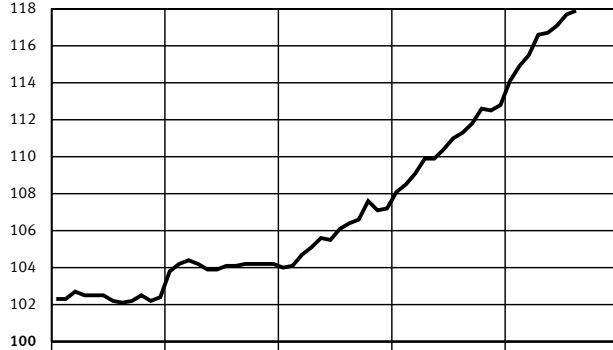
Erdgas verteuerte sich im Vergleich zum Vorjahresmonat um 24,8%, im Vergleich zu Juli 2006 um 0,3%. Die Preise für

Schaubild 1

Ausgewählte Preisindizes

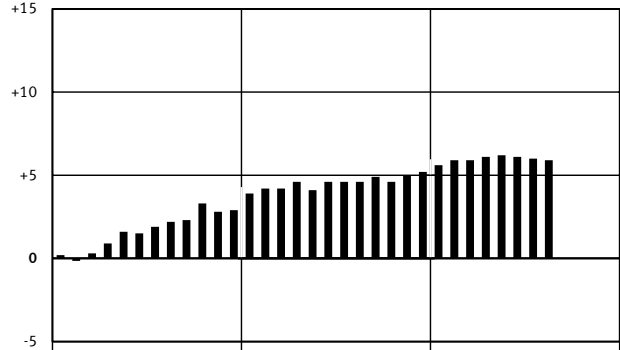
2000 = 100
Messzahlen

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte



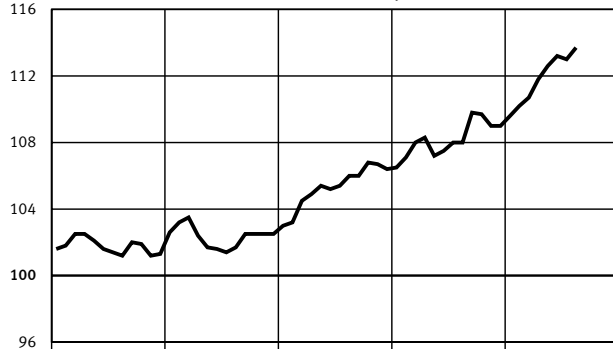
Veränderung gegenüber
dem Vorjahr in %
Arithm. Maßstab

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte



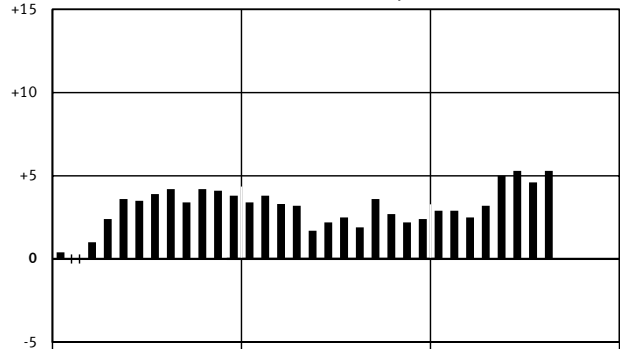
2000 = 100
Messzahlen

Großhandelsverkaufspreise



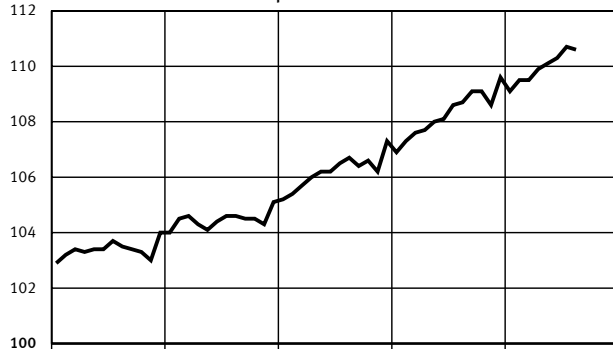
+15

Großhandelsverkaufspreise



2000 = 100
Messzahlen

Verbraucherpreisindex für Deutschland



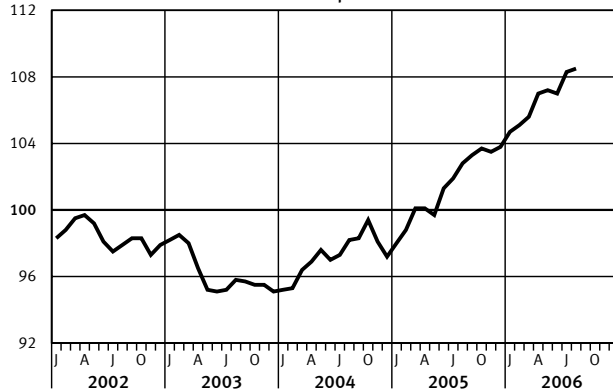
+10

Verbraucherpreisindex für Deutschland



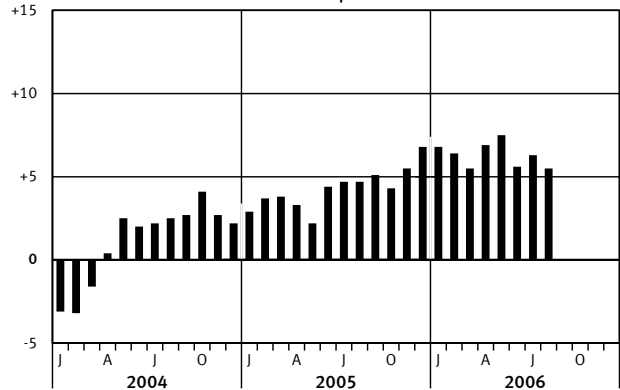
2000 = 100
Messzahlen

Einfuhrpreise



+15

Einfuhrpreise



Statistisches Bundesamt 2006 - 01 - 0270

Ausgewählte Preisindizes

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerblicher Produkte ¹⁾	Großhandels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Verbraucher- preis- index
2000 = 100				
2001 D	103,0	101,6	101,1	102,0
2002 D	102,4	101,8	101,8	103,4
2003 D	104,1	102,3	102,0	104,5
2004 D	105,8	105,3	102,3	106,2
2005 D	110,7	108,2	103,0	108,3
2005 Juli	111,0	108,0	102,8	108,6
Aug.	111,3	108,0	102,6	108,7
Sept. ..	111,8	109,8	103,3	109,1
Okt.	112,6	109,7	103,4	109,1
Nov.	112,5	109,0	103,3	108,6
Dez.	112,8	109,0	103,4	109,6
2006 Jan.	114,1	109,6	103,4	109,1
Febr. ..	114,9	110,2	103,6	109,5
März ..	115,5	110,7	103,9	109,5
April ...	116,6	111,8	104,1	109,9
Mai	116,7	112,6	104,2	110,1
Juni	117,1	113,2	104,2	110,3
Juli	117,7	113,0	103,9	110,7
Aug.	117,9	113,7	103,8	110,6
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %				
2005 Juli	+ 0,5	+ 0,5	- 0,3	+ 0,5
Aug.	+ 0,3	-	- 0,2	+ 0,1
Sept. ..	+ 0,4	+ 1,7	+ 0,7	+ 0,4
Okt.	+ 0,7	- 0,1	+ 0,1	-
Nov.	- 0,1	- 0,6	- 0,1	- 0,5
Dez.	+ 0,3	-	+ 0,1	+ 0,9
2006 Jan.	+ 1,2	+ 0,6	-	- 0,5
Febr. ..	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4
März ..	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	-
April ...	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,4
Mai	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,2
Juni	+ 0,3	+ 0,5	-	+ 0,2
Juli	+ 0,5	- 0,2	- 0,3	+ 0,4
Aug.	+ 0,2	+ 0,6	- 0,1	- 0,1
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %				
2001 D	+ 3,0	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,0
2002 D	- 0,6	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,4
2003 D	+ 1,7	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,1
2004 D	+ 1,6	+ 2,9	+ 0,3	+ 1,6
2005 D	+ 4,6	+ 2,8	+ 0,7	+ 2,0
2005 Juli	+ 4,6	+ 2,5	+ 0,4	+ 2,0
Aug.	+ 4,6	+ 1,9	+ 0,4	+ 1,9
Sept. ..	+ 4,9	+ 3,6	+ 1,2	+ 2,5
Okt.	+ 4,6	+ 2,7	+ 1,1	+ 2,3
Nov.	+ 5,0	+ 2,2	+ 1,2	+ 2,3
Dez.	+ 5,2	+ 2,4	+ 1,0	+ 2,1
2006 Jan.	+ 5,6	+ 2,9	+ 1,1	+ 2,1
Febr. ..	+ 5,9	+ 2,9	+ 1,1	+ 2,1
März ..	+ 5,9	+ 2,5	+ 1,0	+ 1,8
April ...	+ 6,1	+ 3,2	+ 1,1	+ 2,0
Mai	+ 6,2	+ 5,0	+ 1,2	+ 1,9
Juni	+ 6,1	+ 5,3	+ 1,1	+ 2,0
Juli	+ 6,0	+ 4,6	+ 1,1	+ 1,9
Aug.	+ 5,9	+ 5,3	+ 1,2	+ 1,7

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer; einschl. Kraftfahrzeughandel und Tankstellen.

elektrischen Strom lagen im August 2006 um 14,2% höher als ein Jahr zuvor und um 1,6% über den Preisen des Vormonats.

Mineralölerzeugnisse verteuerten sich binnen Jahresfrist um 5,1%, gegenüber Juli 2006 kam es jedoch zu Preisrückgängen (-2,1%). Bei einzelnen Mineralölerzeugnissen ergaben sich folgende Preissteigerungen im Vergleich zum August 2005: Kraftstoffe +4,0% (darunter Benzin +5,0% und Diesel

+2,9%), leichtes Heizöl +5,1%, schweres Heizöl +18,2%, Flüssiggas +23,3% und Bitumen +43,6%.

Trotz leichter Preisrückgänge im Vergleich zum Vormonat (-1,6%) waren Nichteisenmetalle im August 2006 um durchschnittlich 43,3% teurer als im Vorjahr.

Für einzelne Metallsorten ergaben sich folgende Jahresteuerraten: Blei, Zink und Zinn +78,5%, Kupfer und Kupferhalbzeug +73,8%, Edelmetalle +39,7% sowie Aluminium und Aluminiumhalbzeug +17,9%.

Signifikante Preiserhöhungen gegenüber August 2005 wurden außerdem bei folgenden Gütern festgestellt: metallische Sekundärrohstoffe (+32,2%), Nadelschnittholz (+16,6%), Schweinefleisch (+13,1%), organische Grundstoffe und Chemikalien (+11,6%), Walzstahl (+11,5%), Spanplatten (+8,5%), Tabakerzeugnisse (+7,2%), Kunststoffe in Primärformen (+6,6%), Metallerzeugnisse (+3,1%), Verlagserzeugnisse (+2,6%), Gummi- und Kunststoffwaren (+2,6%), Kraftwagen und Kraftwagenmotoren (+1,8%) sowie Maschinen (+1,6%).

Deutlich verbilligt gegenüber dem Vorjahr haben sich im August 2006 hingegen Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen (-17,2%), elektronische Bauelemente (-13,8%) sowie nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen (-11,2%).

Gegenüber Juli 2006 verteuerten sich im Berichtsmonat vor allem Drahtwaren (+3,6%), Maschinen für die Metallherzeugung (+3,4%), Schweinefleisch (+3,0%), Flachglas (+3,0%), Nadelschnittholz (+2,8%), Futtermittel für Nutztiere (+1,6%), Spanplatten (+1,4%), Frischbeton (+1,0%), Walzstahl (+1,0%), Rohre aus Eisen oder Stahl (+0,9%), Süßwaren (+0,8%), organische Grundstoffe und Chemikalien (+0,7%), Armaturen (+0,4%) und Metallerzeugnisse (+0,3%).

Billiger als im Vormonat waren Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen (-2,8%), Klebstoffe und Gelatine (-2,5%), Frucht- und Gemüsesäfte (-1,3%), elektronische Bauelemente (-1,3%), Rindfleisch (-1,2%) sowie Düngemittel und Stickstoffverbindungen (-1,2%).

Der *Index der Großhandelsverkaufspreise* lag im August 2006 um 5,3% über dem Stand des Vorjahresmonats. Im Juli und Juni 2006 hatte die Jahresveränderungsrate +4,6 bzw. +5,3% betragen. Im Vergleich zu Juli 2006 stiegen die Preise um 0,6%.

Die Preise auf Großhandelsebene für Erze, Eisen, Stahl, Nichteisenmetalle und deren Halbzeug (+17,4%), Obst und Gemüse (+14,9%), lebende Tiere (+10,6%), feste Brennstoffe und Mineralölerzeugnisse (+9,0%) sowie Tabakwaren (+7,4%) sind gegenüber August 2005 deutlich gestiegen. Dagegen wurden Büromaschinen und -einrichtungen im Vergleich zum Vorjahresmonat im Großhandel deutlich billiger verkauft (-9,7%).

Gegenüber Juli 2006 stieg der Großhandelspreisindex um 0,6%, nachdem er im vorangegangenen Berichtsmonat (Juli 2006) gegenüber dem Vormonat (Juni 2006) zurückge-

gangen war (–0,2%). Witterungsbedingt verteuerten sich im August 2006 die Preise im Großhandel mit Getreide, Saaten und Futtermitteln um 4,7% im Vergleich zum Vormonat. Preissteigerungen gab es auch im Großhandel mit Erzen, Eisen, Stahl, Nichteisenmetallen und deren Halbzeug (+1,6%) sowie festen Brennstoffen und Mineralölzeugnissen (+1,6%). Verbilligt haben sich im Monatsvergleich Büromaschinen und -einrichtungen (–1,7%). Damit setzten sich die seit November 2005 beobachteten Preissenkungen in diesem Bereich fort.

	Veränderungen August 2006 gegenüber	
	Juli 2006	August 2005
	%	
Großhandel mit		
Landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden		
Tieren	+ 2,3	+ 9,2
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	+ 0,6	+ 4,5
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	+ 0,1	+ 0,7
Rohstoffen, Halbwaren, Altmateral und Reststoffen	+ 1,0	+ 10,3
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	– 0,6	– 2,9
Sonstiger Großhandel	+ 0,6	+ 3,4

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich unter anderem folgende Veränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen August 2006 gegenüber	
	Juli 2006	August 2005
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Blei, Zink und Zinn	– 2,0	+ 78,5
Kupfer und Kupferhalbzeug	– 3,0	+ 73,8
Bitumen	+ 0,1	+ 43,6
Edelmetalle	– 1,7	+ 39,7
Metallische Sekundärrohstoffe	– 0,7	+ 32,2
Erdgas	+ 0,3	+ 24,8
Flüssiggas	+ 1,8	+ 23,3
Schweres Heizöl	– 2,5	+ 18,2
Aluminium und Aluminiumhalbzeug	– 0,4	+ 17,9
Nadelschnittholz	+ 2,8	+ 16,6
Elektrischer Strom	+ 1,6	+ 14,2
Schweinefleisch	+ 3,0	+ 13,1
Organische Grundstoffe und Chemikalien	+ 0,7	+ 11,6
Walzstahl	+ 1,0	+ 11,5
Spanplatten	+ 1,4	+ 8,5
Tabakerzeugnisse	–	+ 7,2
Kunststoffe in Primärformen	+ 0,5	+ 6,6
Leichtes Heizöl	– 2,9	+ 5,1
Kraftstoffe	– 2,1	+ 4,0
Metallerzeugnisse	+ 0,3	+ 3,1
Gummi- und Kunststoffwaren	+ 0,2	+ 2,6
Verlagserzeugnisse	– 0,4	+ 2,6
Kraftwagen und Kraftwagenmotoren	–	+ 1,8
Maschinen	+ 0,1	+ 1,6
Nachrichtentechnische Geräte und		
Einrichtungen	– 0,3	– 11,2
Elektronische Bauelemente	– 1,3	– 13,8
Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	– 2,8	– 17,2
Großhandelsverkaufspreise		
Großhandel mit:		
Erzen, Eisen, Stahl, NE-Metallen und Halbzeug	+ 1,6	+ 17,4
Obst und Gemüse	+ 3,1	+ 14,9
Lebenden Tieren	+ 3,1	+ 10,6
Festen Brennstoffen und		
Mineralölzeugnissen	+ 1,6	+ 9,0
Tabakwaren	– 0,4	+ 7,4
Büromaschinen und -einrichtungen	– 1,7	– 9,7

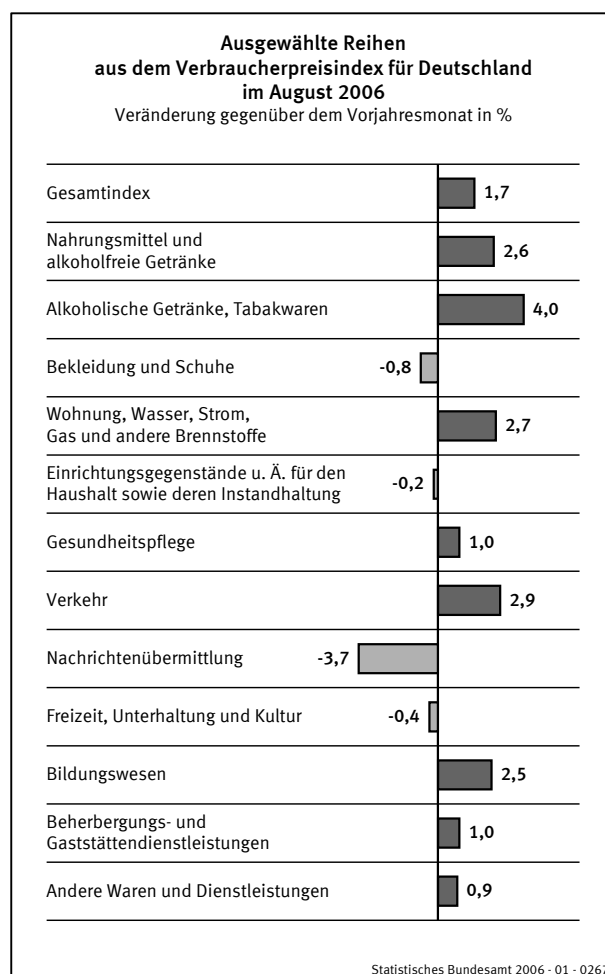
Der *Index der Einzelhandelspreise* erhöhte sich in den letzten zwölf Monaten um 1,2%. Im Juli und im Juni 2006 hatte die Jahresteuerrate jeweils bei +1,1% gelegen. Im Vergleich zum Vormonat ging der Index um 0,1% zurück.

Der *Verbraucherpreisindex für Deutschland* erhöhte sich binnen Jahresfrist um 1,7%. Der Preisauftrieb hat sich damit weiter abgeschwächt, im Juli und im Juni 2006 hatte die Jahresteuerrate noch 1,9 bzw. 2,0% betragen. Im Vergleich zum Vormonat lag der Index um 0,1% niedriger.

Auch im August 2006 war die Jahresteuerrate des Verbraucherpreisindex – wie inzwischen seit mehr als zwei Jahren – durch überdurchschnittliche Preiserhöhungen im Bereich Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) geprägt.

Energie verteuerte sich binnen Jahresfrist um 7,9%, damit lag die Jahresteuerrate zum ersten Mal in diesem Jahr im einstelligen Bereich (Juli 2006: 10,2%). Ohne Berücksichtigung der Energiekomponenten hätte der Verbraucherpreisindex um 1,0% über dem Stand von August 2005 gelegen. Haushaltsenergie (Strom, Gas und andere Brennstoffe) war im August 2006 um 9,5% teurer als im Vorjahresmonat, die Preise für Kraftstoffe lagen um 5,8% höher als im August 2005. Im Vergleich zu Juli 2006 sanken die Kraftstoffpreise dagegen um 1,8%.

Schaubild 2



Auch die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke erhöhten sich im August 2006 gegenüber dem Vorjahr (+ 2,6%). Überdurchschnittliche Preissteigerungen gab es insbesondere bei Gemüse (+12,2%). Ebenfalls teurer im Vergleich zu August 2005 waren Fische und Fischwaren (+6,6%), Obst (+5,2%) sowie alkoholfreie Getränke (+2,1%). Im Vormonatsvergleich verbilligten sich Nahrungsmittel hingegen um 0,4%.

Zum letzten Mal wirkte sich im August 2006 die Tabaksteuererhöhung von September 2005 auf die Jahresteuerrate aus. Im Jahresvergleich verteuerten sich Tabakwaren um 6,0%.

Die Preise für langlebige Gebrauchsgüter reduzierten sich binnen Jahresfrist um 0,6%. Insbesondere Personalcomputer (–17,3%), Fernsehgeräte (–14,5%) und Waschmaschinen (–7,1%) waren billiger als im August 2005. Für Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer musste im Schnitt 0,4% weniger bezahlt werden als vor einem Jahr. Verteuert haben sich im Jahresvergleich Verbrauchsgüter (+4,5%) und Dienstleistungen (+0,9%).

Verbraucherpreisindex für Deutschland
auf Basis 2000 = 100

	Veränderungen August 2006 gegenüber	
	Juli 2006	August 2005
	%	
Gesamtindex	– 0,1	+ 1,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	– 0,3	+ 2,6
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	+ 0,1	+ 4,0
Bekleidung und Schuhe	– 0,3	– 0,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	+ 0,1	+ 2,7
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	–	– 0,2
Gesundheitspflege	–	+ 1,0
Verkehr	– 0,5	+ 2,9
Nachrichtenübermittlung	– 0,4	– 3,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	– 0,4	– 0,4
Bildungswesen	+ 0,4	+ 2,5
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	– 0,4	+ 1,0
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 0,1	+ 0,9

Der für europäische Zwecke berechnete *harmonisierte Verbraucherpreisindex* für Deutschland lag im August 2006 gegenüber August 2005 um 1,8% höher. Im Juli 2006 und im Juni 2006 hatte die Jahresveränderungsrate +2,1 bzw. +2,0% betragen. Im Vergleich zum Vormonat sank der Index um 0,1%. [u](#)

Dr. Daniel Lehmann (Shearman & Sterling LLP), Oliver Treptow (Universität Mannheim)

Zusammensetzung und Diskrepanz der Erbschaft- und Schenkungsteuer 2002

Die nachfolgende Studie wurde im Institut für Unternehmensrecht der Universität Mannheim (IURUM) gemeinsam mit der internationalen Anwaltssozietät Shearman & Sterling LLP und dem Zentrum für Unternehmensnachfolge an der Universität Mannheim e. V. (zentUma) unter Verantwortung von Prof. Dr. Carsten Schäfer (IURUM und Vorstand von zentUma) und Dr. Stephan Scherer (Shearman & Sterling LLP und Aufsichtsrat von zentUma) erstellt.

Datengrundlage ist das seit Anfang 2006 verfügbare Scientific-Use-File zur Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002 des Statistischen Bundesamtes (siehe auch WiSta 2/2006, S. 101). Das Statistische Bundesamt hat die Einzeldaten der Statistik für dieses Scientific-Use-File so anonymisiert, dass sie den strengen Anforderungen des gesetzlichen Datenschutzes genügen.

Gegenstand der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002 sind Daten zu den Erwerben von Todes wegen und den Schenkungen, für die im Jahr 2002 erstmals Steuern festgesetzt wurden. Für die Wissenschaft nutzbar sind alle Einzeldatensätze; diese umfassen jeweils mehr als 100 quantitative und zehn qualitative Merkmale. Daraus sind unter anderem Informationen zu steuerpflichtigem Erwerb, Nachlasswerten, Vermögensarten, Verwandtschaftsverhältnis, Freibetrag, Steuersatz und festgesetzter Steuer zu entnehmen. Durch die Regionalgliederung ist eine Untersuchung für West (früheres Bundesgebiet ohne Berlin) und Ost (neue Länder und Berlin) möglich.

Auf Grundlage dieser steuerstatistischen Mikrodaten kann die Wissenschaft zum Beispiel Simulationsrechnungen zu den Aufkommens- und Belastungswirkungen der Erbschaft-

steuer sowie detaillierte Analysen zu Gesetzesreformen auf einer deutlich verbesserten Datenbasis realisieren.

Die Erstellung von Scientific-Use-Files wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen seiner Förderung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik in Deutschland unterstützt.

Für die in diesem Beitrag getroffenen Annahmen und Aussagen zeichnen wie immer bei Gastbeiträgen in dieser Zeitschrift die Autoren verantwortlich.

1 Zusammenfassung der Ergebnisse

Die deutsche Erbschaftsteuer erfasst nicht einmal jeden zehnten Nachlass. Selbst unter den steuerrelevanten Nachlässen, deren Wert tendenziell höher als der Wert der nicht erfassten Nachlässe ist, umfasst die Mehrzahl Vermögenswerte von weniger als 100 000 Euro. Ein Gesamtwert der Nachlassgegenstände von 1 Mill. Euro wird nur von jedem zwanzigsten der steuerlich erfassten Nachlässe überschritten.

Unter den versteuerten Vermögensklassen spielt das (inländische) Betriebsvermögen mit einem Anteil von 11,7% am Gesamtwert der übergebenen Vermögenswerte und etwa 8,7% am Gesamtsteueraufkommen aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer eine untergeordnete Rolle. Dementsprechend belaufen sich die Einnahmen aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer im Festsetzungsjahr 2002 im Zusammenhang mit Betriebsvermögen auf rund 244 Mill. Euro. Der Anteil am Regelsteueraufkommen (siehe dazu Abschnitt 2.1) beträgt dagegen mit knapp 322 Mill. Euro etwa 9,6%.

Betriebsvermögen über 100 Mill. Euro wird für keinen einzigen Nachlass ausgewiesen. Selbst den Bereich von mehr als 50 Mill. Euro erreichen lediglich sieben Nachlässe.

Immobilienvermögen trägt mit rund 32% wesentlich zum Wert des übergegangenen Vermögens bei. Hierbei zeigt sich eine breite Verteilung des Immobilienvermögens. Unter den von Todes wegen übergegangenen Immobilienvermögenswerten entfallen knapp 54% auf Nachlässe mit einem Gesamtwert der Nachlassgegenstände bis 1 Mill. Euro.

2 Ergebnisse der Untersuchung

Die Studie erlaubt detaillierte und verlässliche Aussagen über Struktur und Zusammensetzung der Steuerfälle, die zum Aufkommen aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer beigetragen haben. Untersucht wurde ein vollständiger, vom Statistischen Bundesamt erhobener Satz von Steuerdaten zu erstmaligen Steuerfestsetzungen des Jahres 2002 (sog. Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002), der Anfang 2006 zu wissenschaftlichen Forschungszwecken bereitgestellt wurde. Zuletzt hatte eine solche Erhebung im Jahr 1978 stattgefunden; danach war die Statistik eingestellt, bis sie 1995 mit einem neuen Erhebungsmodus und -turnus wieder angeordnet wurde.¹⁾ Die nächste Erhebung

ist für 2007 geplant, mit der Bereitstellung der Daten ist im Jahr 2011 zu rechnen.

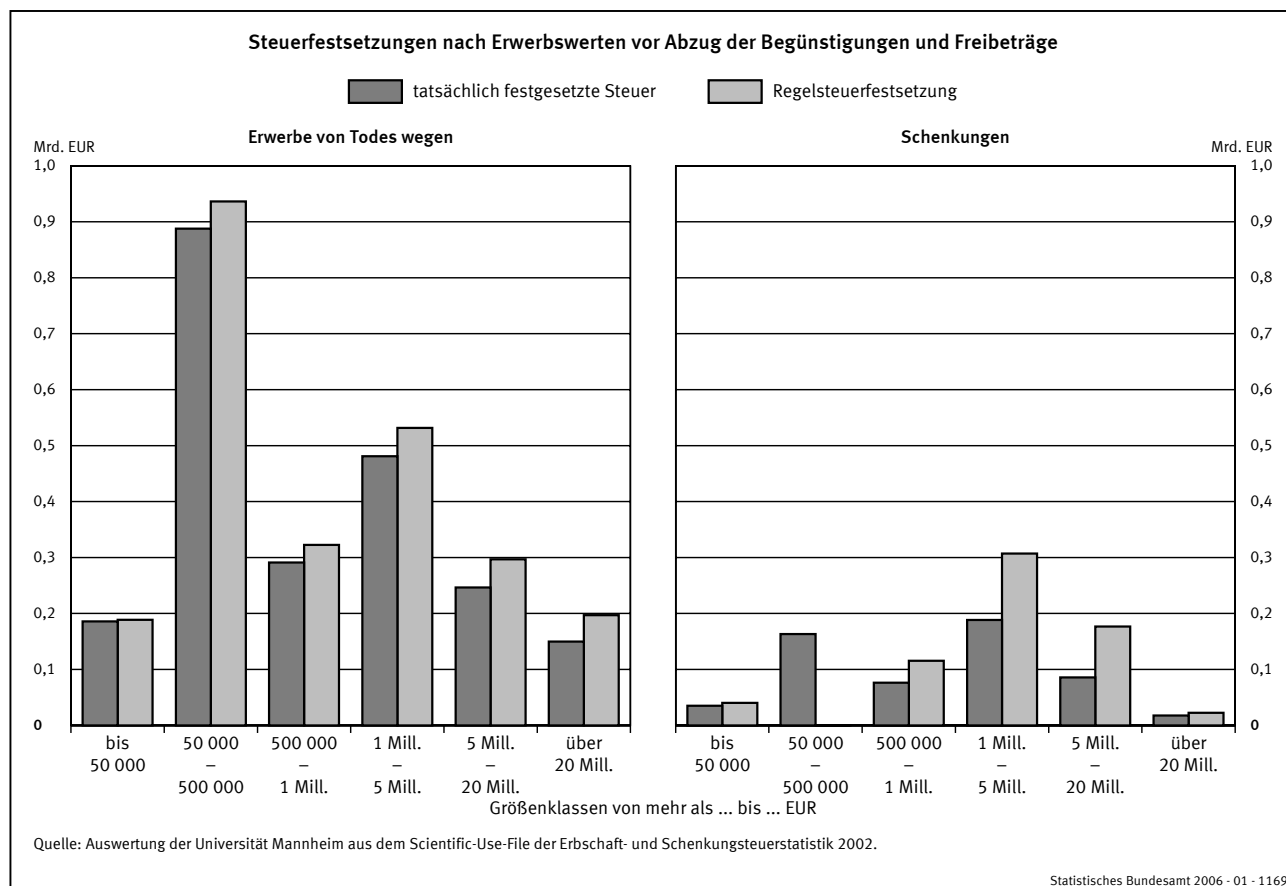
Der Untersuchung liegen insgesamt 152 789 Steuerfälle zugrunde, die tatsächlich zum Steueraufkommen beigetragen haben. Insgesamt wurde Erbschaft- und Schenkungsteuer von 2,8 Mrd. Euro festgesetzt. Davon entfällt mit 2,2 Mrd. Euro (rund 79,5%) der wesentliche Teil auf die 123 365 Erbschaftsteuerfälle; nur knapp 0,6 Mrd. Euro (rund 20,5%) tragen die 29 424 Schenkungsteuerfälle bei.

2.1 Verteilung des Aufkommens aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer

Das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer beruht auf nur 60 108 Nachlässen; dem stehen nach den Ergebnissen der laufenden Bevölkerungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes in den Jahren 1998 bis 2002 jährlich zwischen 828 541 und 852 382 Sterbefälle in Deutschland gegenüber. Es zeigt sich somit, dass jedes Jahr mehr als 750 000 Nachlässe (über 90%) keinerlei Erbschaftsteuer auslösen.

Der Gesamtwert der Nachlassgegenstände (Nachlassvermögen vor Abzug der Nachlassverbindlichkeiten) summiert sich auf einen Betrag von rund 19 Mrd. Euro, von denen

Schaubild 1



1) Siehe Zifonun, N./Schöffel, R.: „Neue Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002 – Methodik und erste Ergebnisse“ in WiSta 9/2004, S. 1028 f. (Anmerkung der Redaktion).

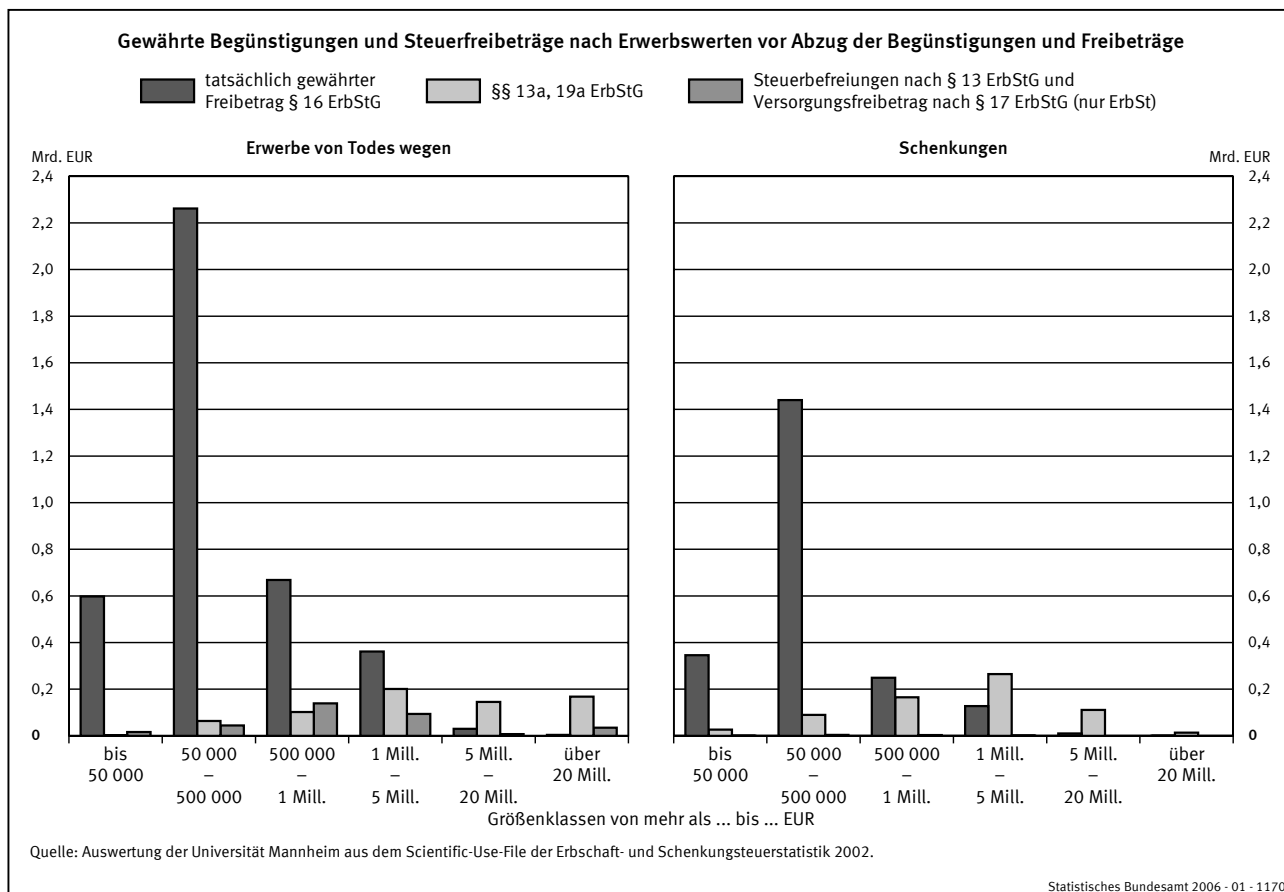
Nachlassverbindlichkeiten von knapp 3,8 Mrd. Euro (ohne Verbindlichkeiten aus Vermächtnissen, Auflagen und geltend gemachten Pflichtteilsansprüchen knapp 2,8 Mrd. Euro) abziehen sind. Die rechnerischen Durchschnittswerte von gut 310 000 Euro für den Gesamtwert der Nachlassgegenstände und von gut 60 000 Euro für die Nachlassverbindlichkeiten, also einem Saldo von rund 250 000 Euro als Nachlasswert, werden nur von einem kleinen Teil der erfassten Nachlässe tatsächlich erreicht. Lässt man Vermächtnisse, Auflagen und geltend gemachte Pflichtteilsansprüche außer Betracht, so ändert sich das Bild nur wenig: Der rechnerische Durchschnittswert der Nachlassverbindlichkeiten sinkt auf unter 50 000 Euro, der Saldo steigt entsprechend auf rund 270 000 Euro. Die rechnerischen Durchschnittswerte beruhen auf einer großen Anzahl kleiner Nachlässe sowie einer geringen Anzahl großvolumiger Nachlässe, die den Durchschnitt entsprechend anheben. Fast die Hälfte (29 199 bzw. 48,6%) der erfassten Nachlässe beinhalten nur Vermögensgegenstände von bis zu 100 000 Euro – von denen Verbindlichkeiten noch abzuziehen sind. Zieht man die Wertgrenze bei 200 000 Euro, so sind bereits 41 069 der erfassten Nachlässe (68,3%) berücksichtigt. Nur bei 299 Nachlässen (0,5%) übersteigen die Nachlassgegenstände einen Wert von 5 Mill. Euro (siehe Tabelle 5 auf S. 960). Der Median der Gesamtwerte der Nachlassgegenstände liegt dementsprechend nur knapp über 100 000 Euro. Nach Abzug der Nachlassverbindlichkeiten – gleich, ob mit oder ohne Beachtung der

Verbindlichkeiten aus Vermächtnissen, Auflagen und geltend gemachten Pflichtteilsansprüchen – liegt selbst die Mehrzahl der steuerrelevanten Nachlässe im Saldo deutlich unter 100 000 Euro.

Bei Schenkungen ist das Bild noch stärker von niedrigen Vermögenswerten geprägt. 17 773 Schenkungen (60,4%) überschreiten die Summe von 50 000 Euro als Steuerwert des übertragenen Vermögens nicht, jedoch liegen immerhin 55 (0,2%) über 5 Mill. Euro.

Wie dem vorstehenden Schaubild 1 zu entnehmen ist, löst die hohe Anzahl der Vermögenserwerbe von Nachlassbegünstigten, die Vermögenswerte zwischen 50 000 Euro und 500 000 Euro erhalten haben, in der Summe den wesentlichen Teil des Erbschaftsteueraufkommens aus. Das Aufkommen bei der Schenkungsteuer ist dagegen gleichmäßiger verteilt. Die Abweichung der tatsächlich festgesetzten von der Regelsteuer deutet darauf hin, dass einige Begünstigte bereits in den vorangegangenen zehn Jahren Vermögenswerte vom Erblasser bzw. Schenker erhalten und hierfür auch Schenkungsteuer entrichtet haben. Bei der Regelsteuer handelt es sich um eine Rechengröße, die die theoretische Steuerfestsetzung aufgrund des Steuerwerts des übertragenen Vermögens (einschl. relevanter Vorerwerbe) und des persönlichen Freibetrags, jedoch ohne Anrechnung insbesondere ausländischer Steuer sowie Steuern auf relevante Vorerwerbe, angibt.

Schaubild 2



2.2 Großer Einfluss der Freibeträge auf das Steueraufkommen

Die Bedeutung der persönlichen und sachlichen Steuerbefreiungen insgesamt verdeutlichen die Schaubilder 2 und 3. Erwartungsgemäß zeigt sich eine Verschiebung der summierten Werte hin zu den niedrigen Größenklassen durch den Abzug der Begünstigungen und Freibeträge (steuerpflichtiger Erwerb). Besonderes Gewicht kommt hierbei den persönlichen Freibeträgen nach § 16 ErbStG zu, die gerade im Bereich niedriger und mittlerer Werte der Vermögenserwerbe die Steuerpflichtigen erheblich entlasten. Bei Vermögenserwerben über 5 Mill. Euro sinkt ihre Bedeutung aufgrund der geringeren Zahl dieser Steuerfälle.

Die Begünstigungen nach § 13 a und § 19 a ErbStG (insbesondere für Betriebsvermögen) spielen bei Erwerben von Todes wegen insgesamt eine eher geringe Rolle, wohingegen sie sich bei Schenkungen deutlicher niederschlagen, insbesondere im Bereich von steuerpflichtigen Erwerben zwischen 1 und 5 Mill. Euro. Gleichwohl bleiben die Auswirkungen dieser Begünstigungen auch bei den Schenkungen erheblich hinter dem Effekt zurück, der durch die persönlichen Freibeträge nach § 16 ErbStG bei niedrigen Vermögenserwerben hervorgerufen wird.

Für Erwerben von Todes wegen sind die Vergünstigungen nach § 13 (z. B. Hausratsfreibetrag, Kulturbesitz, Pflegefrei-

betrag) und § 17 ErbStG (Versorgungsfreibetrag von Ehegatten und Kindern unter 27 Jahren) zwar im Vergleich zu den gewährten persönlichen Freibeträgen nur von untergeordneter Bedeutung, die hervorgerufene Entlastungswirkung ist indes deutlich zu erkennen. Für Schenkungen fallen die Begünstigungen nach § 13 ErbStG nicht ins Gewicht.

2.3 Bedeutung der Steuerklassen

Aufschluss über die den Erwerben zugrunde liegenden persönlichen und familiären Beziehungen zwischen dem Erblasser und den jeweiligen Begünstigten gibt eine Auswertung nach Steuerklassen. Nach § 15 ErbStG unterliegen Ehegatten, Kinder und Stiefkinder, Enkel sowie Eltern und Voreltern der günstigen Steuerklasse I. Sonstige nahe Verwandte werden der Steuerklasse II zugeordnet, während nicht oder entfernt verwandte Personen der ungünstigen Steuerklasse III unterfallen. Wie Schaubild 4 zeigt, sind Erwerbe nach Steuerklasse I bei Erbschaften mit lediglich 14% (17 179 Steuerfälle) vergleichsweise selten, während die Steuerklassen bei Schenkungen annähernd gleichmäßig vertreten sind.

Der niedrige Anteil von Steuerfällen der Steuerklasse I dürfte eine unmittelbare Folge der hohen persönlichen Freibeträge sein, die Ehegatten und Kindern zugute kommen. Besteht der Nachlass eines Familienvaters mit zwei Kindern beispielsweise im Wesentlichen aus einem Einfamilienhaus im Wert von 500 000 Euro und hat der Erblasser kein

Schaubild 3

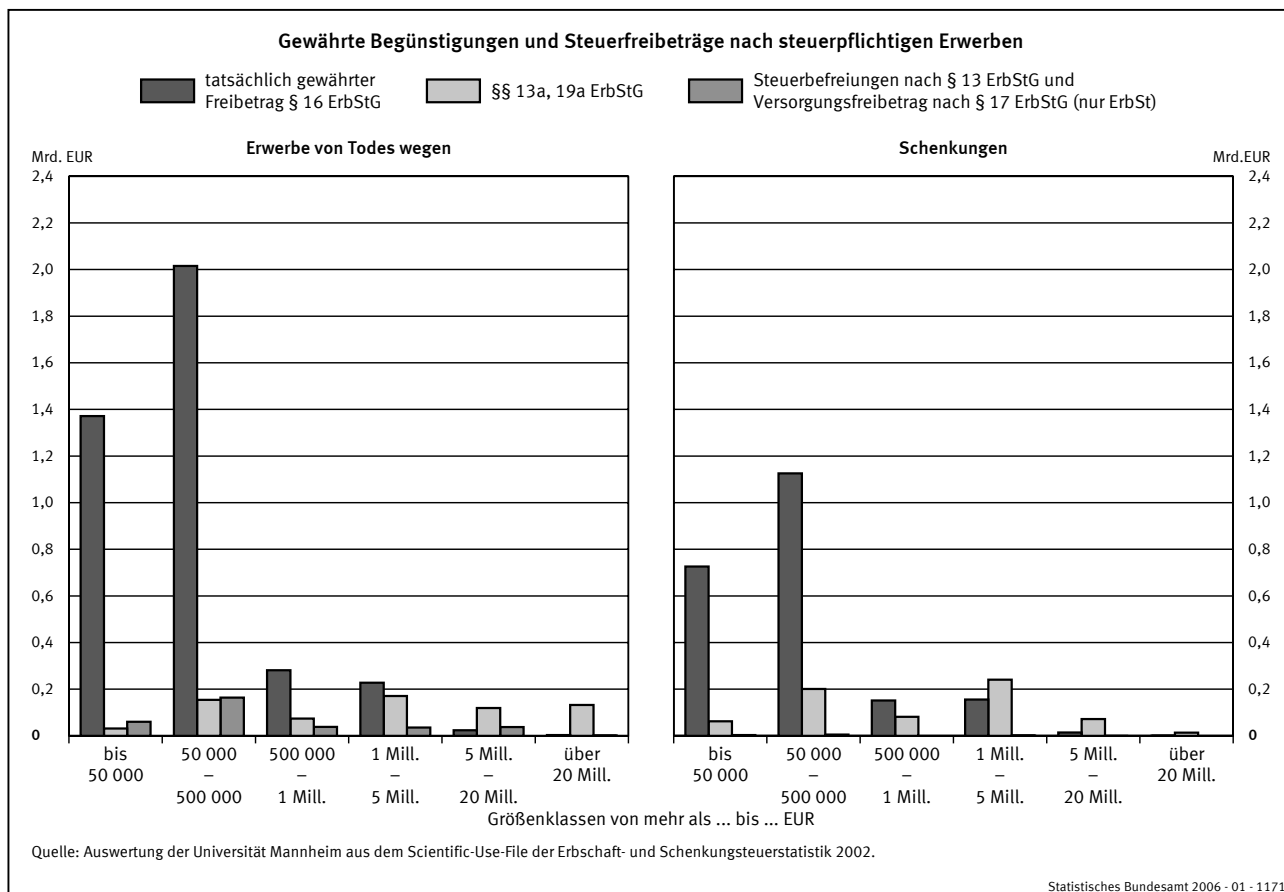
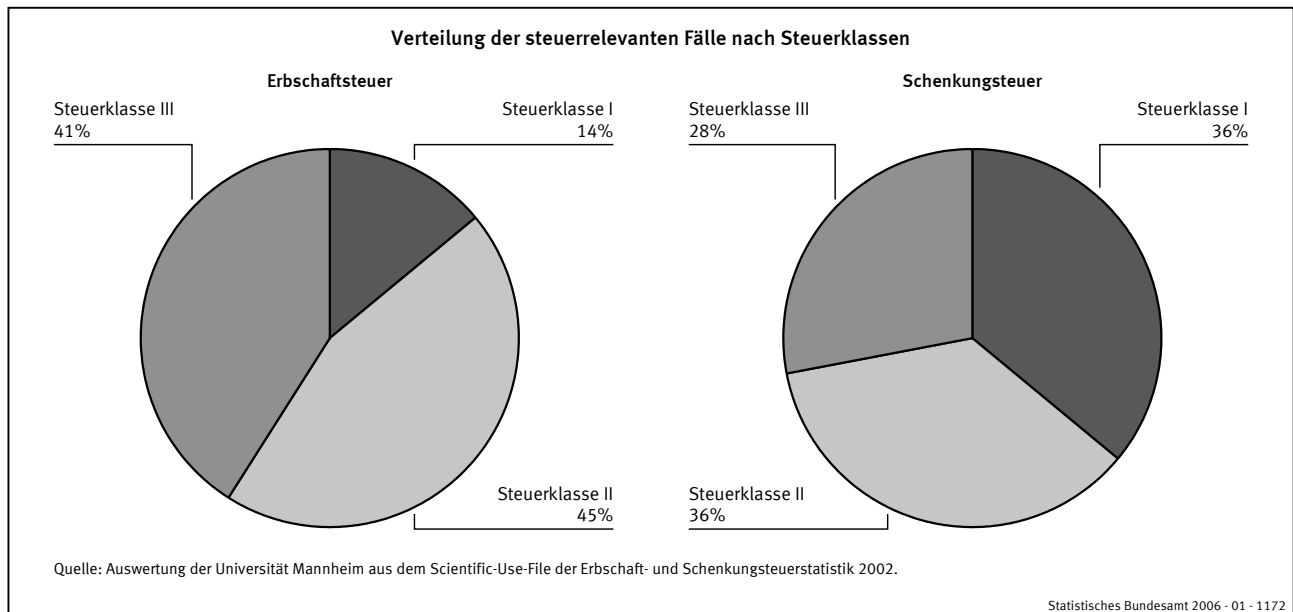


Schaubild 4



Testament errichtet, so erbt seine Ehefrau – den gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft unterstellt – die Hälfte des Nachlasses, während die andere Hälfte an die gemeinsamen zwei Kinder fällt. Die Ehefrau erwirbt im Beispiel Werte von 250 000 Euro, die Kinder von jeweils 125 000 Euro. Dieser Todesfall bliebe vollständig erbschaftsteuerfrei, weil sämtliche Vermögenserwerbe von den persönlichen Freibeträgen (307 000 Euro für die Ehefrau und je 205 000 Euro für die Kinder) gedeckt wären. Hieran änderte sich im Übrigen auch nichts, wenn die Immobilie nicht mit dem Steuer-, sondern mit dem Verkehrswert zu versteuern wäre. In der Folge wäre der gesamte Nachlassfall statistisch nicht erfasst worden. Für die Statistik würde sich aber eine wesentliche Änderung ergeben, wenn der Erblasser vor sei-

nem Tod etwa einem ihn aufopferungsvoll betreuenden Pfleger ein Vermächtnis über 6 000 Euro ausgesetzt hätte. In diesem Fall hätte der Pfleger das Vermächtnis versteuern müssen, es wäre Erbschaftsteuer von 136 Euro angefallen. Statistisch wäre der gesamte Nachlass im Wert von 500 000 Euro erfasst worden. Hätte der dankbare Erblasser demgegenüber nicht den Pfleger persönlich, sondern dessen gemeinnützigen Pflegedienst mit dem Vermächtnis bedacht, wäre diese Zuwendung erneut steuerfrei und der Nachlass unerfasst geblieben.

Dieses Beispiel verdeutlicht zweierlei: Erstens ist davon auszugehen, dass ein erheblicher Teil der Vermögenserwerbe, die der Steuerklasse I unterfallen, aufgrund der hohen Frei-

Schaubild 5

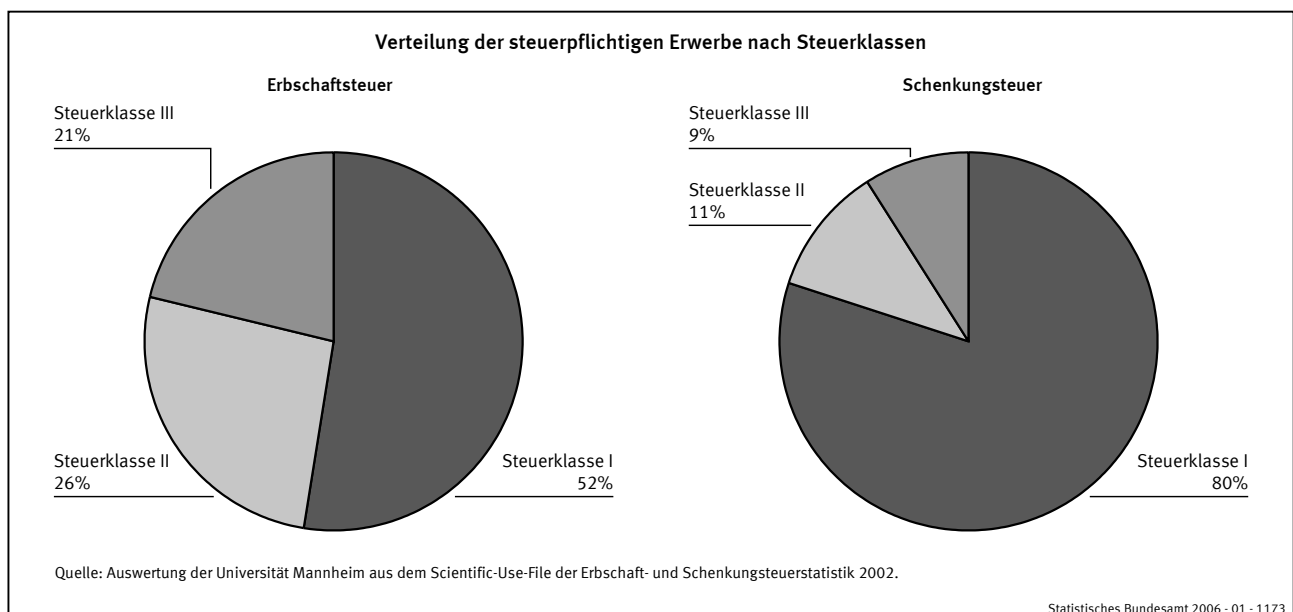
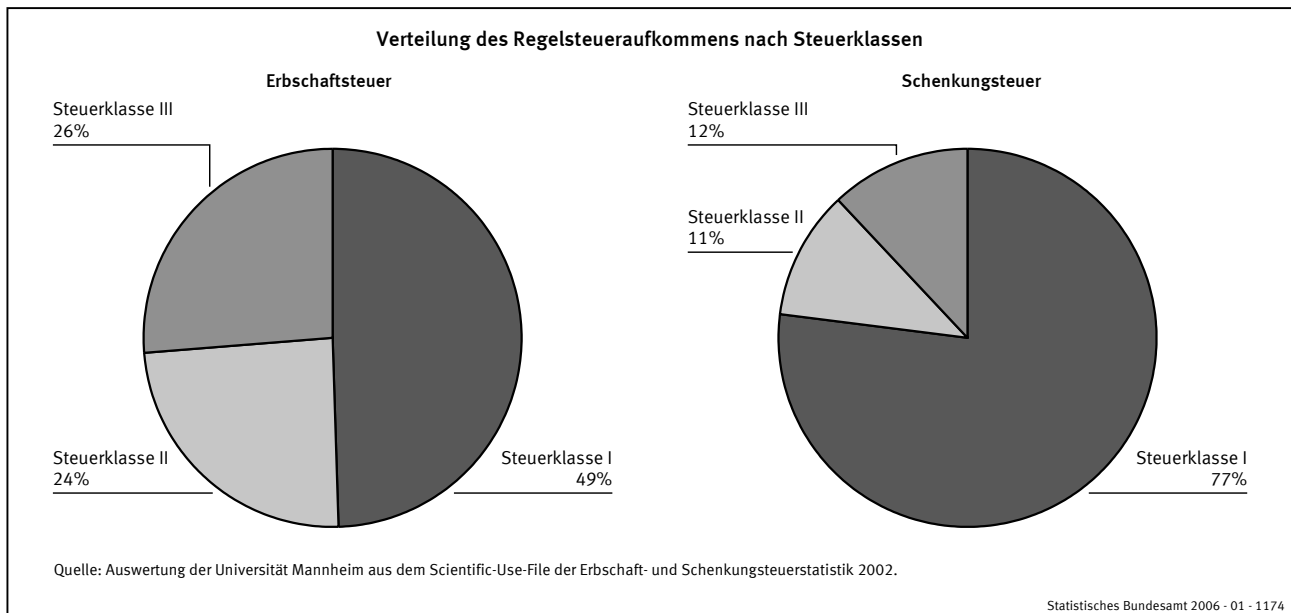


Schaubild 6



beträge steuerlich und somit statistisch nicht erfasst wurden, während das Bild in Steuerklasse III weitgehend vollständig sein dürfte – der Freibetrag beläuft sich hier nur auf 5 200 Euro. Zweitens führt das Zusammenspiel der Freibeträge mit der unterschiedlichen Zahl der Begünstigten zu einer weitgehend zufälligen Erfassung kleiner und mittlerer Nachlässe.

Eine womöglich noch bedeutsamere Erkenntnis als der Anteil der Erwerber der Steuerklasse I an der Zahl der Steuerfälle ergibt sich, wenn man die Daten nachlassbezogen betrachtet. Lediglich bei 12 214 der untersuchten Nachlässe sind Steuerpflichtige der Steuerklasse I verzeichnet, gegenüber 29 930 Nachlässen mit Steuerpflichtigen der Steuerklasse II und 24 472 Nachlässen mit solchen der Steuerklasse III. Geht man davon aus, dass jährlich über 800 000 Menschen in Deutschland sterben, so führen nur 1,5% dieser Todesfälle zu steuerpflichtigen Erwerben von Begünstigten der Steuerklasse I. Dies ist umso erstaunlicher, als der Vermögensanfall bei nächsten Angehörigen nicht nur bei Anwendung der gesetzlichen Erbfolge die Regel ist, sondern meistens auch dem Wunsch der Erblasser entsprechen dürfte, die ein Testament errichten. Selbst wenn man unterstellt – die untersuchten Daten lassen hierzu keine Erkenntnisse zu –, dass nur jeder zweite Erblasser seinen Hinterbliebenen ein positives Nachlassvermögen hinterlässt, so läge der Anteil der steuerpflichtigen Erwerbe nach Steuerklasse I noch immer erst bei rund 3% der Nachlässe mit positivem Gesamtwert.

Obwohl somit die nächsten Verwandten von Erblassern als Erwerber nach Steuerklasse I in der Statistik nur in geringer Zahl erfasst sind, entfällt auf sie in der Summe dennoch der größte Teil der in die Erhebung eingegangenen Vermögenswerte; bei Erwerben von Todes wegen sind dies rund 52% und bei Schenkungen sogar rund 80% (siehe Schaubild 5). Zugrunde gelegt sind hierbei die steuerpflichtigen Erwerbe, das heißt nach Abzug der persönlichen Freibeträge

zuzüglich etwaiger Vorerwerbe. Das Bild würde sich zusätzlich zugunsten der Erwerber nach Steuerklasse I verschieben, wenn die Erwerbe vor Abzug der persönlichen Freibeträge angesetzt würden.

Für das Steueraufkommen relativiert sich dieses Bild aufgrund der höheren Steuersätze, die § 19 ErbStG für Erwerber der Steuerklassen II und III vorsieht. Wie Schaubild 6 zeigt, beruht das Regelerbschaftsteueraufkommen gut zur Hälfte auf dem Aufkommen aus Erwerben von Personen der Steuerklassen II und III. Bei Schenkungen tragen Erwerber nach Steuerklasse I 77% der Schenkungsteuerlast.

2.4 Bedeutung des Verwandtschaftsverhältnisses im Einzelnen

Innerhalb der Steuerklassen I und II werden Eheleute und nahe Verwandte verschiedenen Grades erfasst. Der Steuerklasse III unterliegen entfernt Verwandte, etwa Großneffen und Großnichten, sowie nicht verwandte Personen ohne Rücksicht auf ein sonst wie geartetes persönliches Näheverhältnis. Gliedert man die untersuchten Erbschaftsteuerfälle nach dem Verhältnis der persönlichen Beziehung zwischen Erwerber und Erblasser auf, so zeigt sich eindrucksvoll, dass durch die Freibeträge Erwerbe in Steuerklasse I in großem Umfang steuerfrei gestellt werden, während in den Steuerklassen II und III auch vergleichsweise niedrige Vermögenserwerbe veranlagt werden und gerade hier ein zahlenmäßiger Schwerpunkt der Steuerfälle liegt (siehe Tabelle 1).

Besonders auffallend ist auch die mit insgesamt 1 769 Fällen niedrige Anzahl steuerpflichtiger Ehegatten. Diese lässt sich keinesfalls damit erklären, dass Ehegatten regelmäßig von der Erbfolge und von schenkungsteuerpflichtigen Zuwendungen ausgenommen werden, sondern ist eine unmittelbare Folge der hohen Freibeträge, die die §§ 16 und 17 ErbStG bereithalten. Würde man nach dem Vorbild einiger ausländischer Staaten, etwa der Vereinigten Staaten

Tabelle 1: Steuerfälle nach Verwandtschaftsverhältnis und Höhe der Vermögenserwerbe¹⁾

Steuer- klasse	Persönliches Verhältnis	Vermögenserwerb vor Abzug der Freibeträge nach §§ 16, 17 ErbStG zuzüglich Vorerwerbe von mehr als ... bis ... EUR							
		bis 10 226 ²⁾	10 226 – 51 129 ²⁾	51 129 – 204 517 ²⁾	204 517 – 306 775 ²⁾	306 775 – 562 421 ²⁾	562 421 – 1 Mill.	1 Mill. – 5 Mill.	5 Mill. – insgesamt
I	Ehegatten	–	–	–	–	535	791	417	26
	Kinder und Stiefkinder	–	–	6 ³⁾	4 798	3 906	1 518	990	105
	Abkömmlinge von (Stief-)Kindern ..	1 ³⁾	1 ³⁾	1 370	292	164	71	72	3
	Eltern und Voreltern	–	–	1 543	131	50	9	11	1
II	Geschwister	1	18 661	8 964	900	582	148	78	4
	Nichten und Neffen	1	17 046	6 502	685	437	146	71	6
	Schwiegerkinder	1	675	212	30	14	3	–	–
	Stief- und Schwiegereltern	–	27	24	6	3	–	–	–
	Geschiedene Ehegatten	–	218	84	1	2	4	1	–
III	Alle übrigen Erwerber	10 921	26 381	10 787	1 213	756	257	132	11
	Insgesamt ...	10 925	63 009	29 492	8 056	6 449	2 947	1 772	156

1) Erwerbe von Todes wegen, unbeschränkt Steuerpflichtige. – 2) Freibeträge (DM) nach §§ 16 und 17 ErbStG, in Euro umgerechnet. – 3) Mikroaggregierte Fälle, die aufgrund manueller Wertänderungen inkonsistente Daten aufweisen.

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

und vieler Kantone der Schweiz, die Ehegatten von der Erbschaft- und Schenkungsteuer gänzlich freistellen, hätte dies im Festsetzungsjahr 2002 zu tatsächlichen Steuerausfällen von rund 192 Mill. Euro geführt, was gut 6,8% des Gesamtaufkommens entspricht.

2.5 Bedeutung der Progressionsstufen

Das geringe Volumen der Vermögensübertragungen insbesondere bei Schenkungen legt die Frage nahe, wie sich die Vermögenserwerbe zahlenmäßig auf die Progressionsstufen nach § 19 ErbStG verteilen. Diese Regelung sieht vor, dass der Steuersatz je nach der Höhe des steuerpflichtigen Erwerbs in Steuerklasse I zwischen 7 und 30% und in Steuerklasse III zwischen 17 und 50% gestaffelt ist. Die nachfolgende Tabelle 2 zeigt für Erwerbe von Todes wegen, dass die zahlenmäßig häufigen Vermögenserwerbe in den Steuerklassen II und III zu rund drei Vierteln auf steuerpflichtige Erwerbe von nicht mehr als 52 000 Euro entfallen. Vermögenserwerbe in den oberen drei Progressionsstufen (über 12,783 Mill. Euro) sind durchweg selten. Der Steuersatz von 50% wurde nicht ein einziges Mal tatsächlich angewandt.

Der Steuersatz von 50% ist für Vermögenserwerbe von über 25,565 Mill. Euro durch einen Erwerber der Steuerklasse III vorgesehen, dieser Steuerklasse unterfiele beispielsweise ein Großneffe des Erblassers. Summiert sich etwa der Gesamtwert der Nachlassgegenstände auf 100 Mill. Euro und wird der Großneffe Erbe zu 1/4, so entgeht er dem Steuer-

satz von 50% nur knapp. Solche Fälle eines reichen Erbonkels sind jedoch selten. Über Zuwendungen von mehr als 256 000 Euro konnten sich denn auch nur 3% der Begünstigten nach Steuerklasse III freuen.

Bei Schenkungen ist das Bild noch deutlicher: Hier kamen in den Steuerklassen II und III die beiden oberen Steuersätze nicht zur Anwendung. In der Steuerklasse I wurde der Höchststeuersatz von 30% immerhin einmal festgesetzt (siehe Tabelle 3).

In internationalen Vergleichsstudien werden für Deutschland – sachlich korrekt – Erbschaft- und Schenkungsteuersätze zwischen 7 und 50% ausgewiesen. Wie die Auswertung zeigt, fließt aus dem Steuersatz von 50% in der Praxis keinerlei Steueraufkommen in die öffentlichen Haushalte. Seine Streichung wäre für das Steueraufkommen im Festsetzungsjahr 2002 folgenlos geblieben. Hätte man die oberste Progressionsstufe in allen drei Steuerklassen gestrichen, wäre das Aufkommen aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer lediglich um rund 18 Mill. Euro (rund 0,5%) gesunken. Eine Streichung der beiden obersten Progressionsstufen hätte eine Senkung des Aufkommens um rund 67 Mill. Euro (rund 2,0%) zur Folge gehabt. Der Höchststeuersatz läge dann bei 41% statt wie bisher bei 50%.

Trotz der nur geringen Anwendung der obersten Progressionsstufen tragen die Steuerpflichtigen mit den höchsten Vermögenserwerben ganz wesentlich zum Steueraufkom-

Tabelle 2: Ausnutzung der Progressionsstufen nach § 19 ErbStG bei Erwerben von Todes wegen

Steuerpflichtige Erwerbe von mehr als ... bis ... EUR	Steuerklasse I			Steuerklasse II			Steuerklasse III		
	Steuersatz	Anzahl	%	Steuersatz	Anzahl	%	Steuersatz	Anzahl	%
bis 52 000	7%	5 490	32,0	12%	40 060	72,0	17%	38 697	76,5
52 000 – 256 000	11%	7 051	41,0	17%	13 649	24,5	23%	10 344	20,5
256 000 – 512 000	15%	2 265	13,2	22%	1 385	2,5	29%	1 046	2,1
512 000 – 5 113 000	19%	2 247	13,1	27%	517	0,9	35%	464	0,9
5 113 000 – 12 783 000	23%	90	0,5	32%	12	0,0	41%	11	0,0
12 783 000 – 25 565 000	27%	23	0,1	37%	–	–	47%	1	0,0
über 25 565 000	30%	13	0,1	40%	–	–	50%	–	–
Insgesamt ...	X	17 179	100	X	55 623	100	X	50 563	100

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

Tabelle 3: Ausnutzung der Progressionsstufen nach § 19 ErbStG bei Schenkungen

Steuerpflichtige Erwerbe von mehr als ... bis ... EUR	Steuerklasse I			Steuerklasse II			Steuerklasse III		
	Steuersatz	Anzahl	%	Steuersatz	Anzahl	%	Steuersatz	Anzahl	%
bis 52 000	7%	3 743	35,0	12%	8 560	81,6	17%	6 607	80,1
52 000 – 256 000	11%	4 200	39,3	17%	1 692	16,1	23%	1 397	16,9
256 000 – 512 000	15%	1 290	12,1	22%	162	1,5	29%	160	1,9
512 000 – 5 113 000	19%	1 380	12,9	27%	75	0,7	35%	81	1,0
5 113 000 – 12 783 000	23%	57	0,5	32%	5	0,0	41%	1	0,0
12 783 000 – 25 565 000	27%	13	0,1	37%	–	–	47%	–	–
über 25 565 000	30%	1	0,0	40%	–	–	50%	–	–
Insgesamt ...	X	10 684	100	X	10 494	100	X	8 246	100

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

Tabelle 4: Tatsächlich festgesetzte Steuer nach dem Wert der Erwerbe vor Abzug der Begünstigungen und Freibeträge

Wert der Erwerbe vor Abzug von mehr als ... bis ... EUR	Erbschaftsteuer				Schenkungssteuer			
	Steuerfälle		Aufkommen		Steuerfälle		Aufkommen	
	Anzahl	%	1 000 EUR	%	Anzahl	%	1 000 EUR	%
bis 50 000	73 773	59,8	151 458	6,8	15 687	53,3	53 236	9,4
50 000 – 0,5 Mill.	43 936	35,6	838 001	37,4	11 807	40,1	154 647	27,3
0,5 Mill. – 1 Mill.	3 646	2,9	310 765	13,9	1 241	4,2	80 395	14,2
1 Mill. – 5 Mill.	1 838	1,5	525 176	23,4	628	2,1	175 565	31,0
5 Mill. – 20 Mill.	155	0,1	253 083	11,3	58	0,2	84 745	15,0
über 20 Mill.	17	0,0	162 793	7,3	3	0,0	17 481	3,1
Insgesamt ...	123 365	100	2 241 276	100	29 424	100	566 070	100

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

Schaubild 7

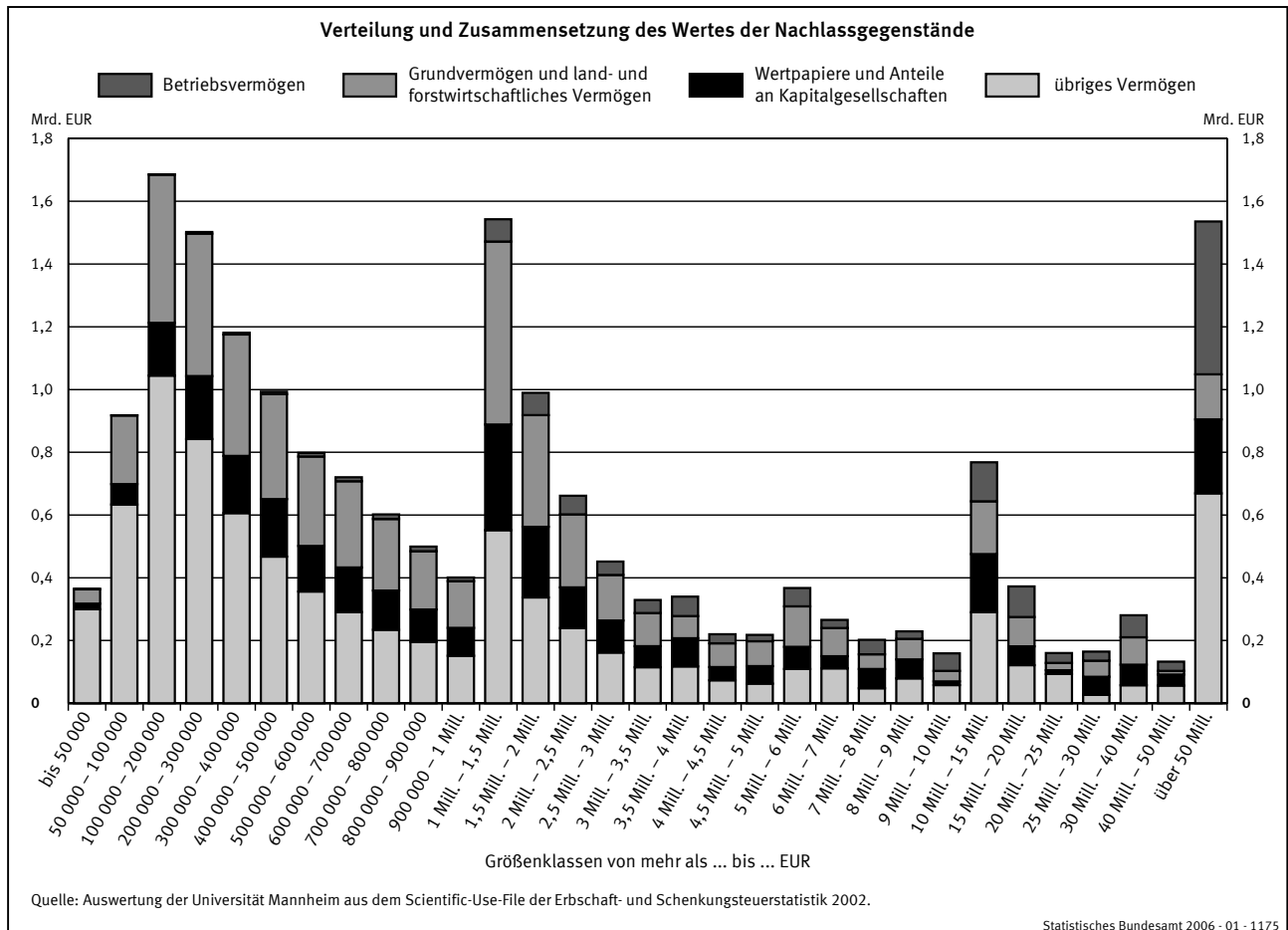
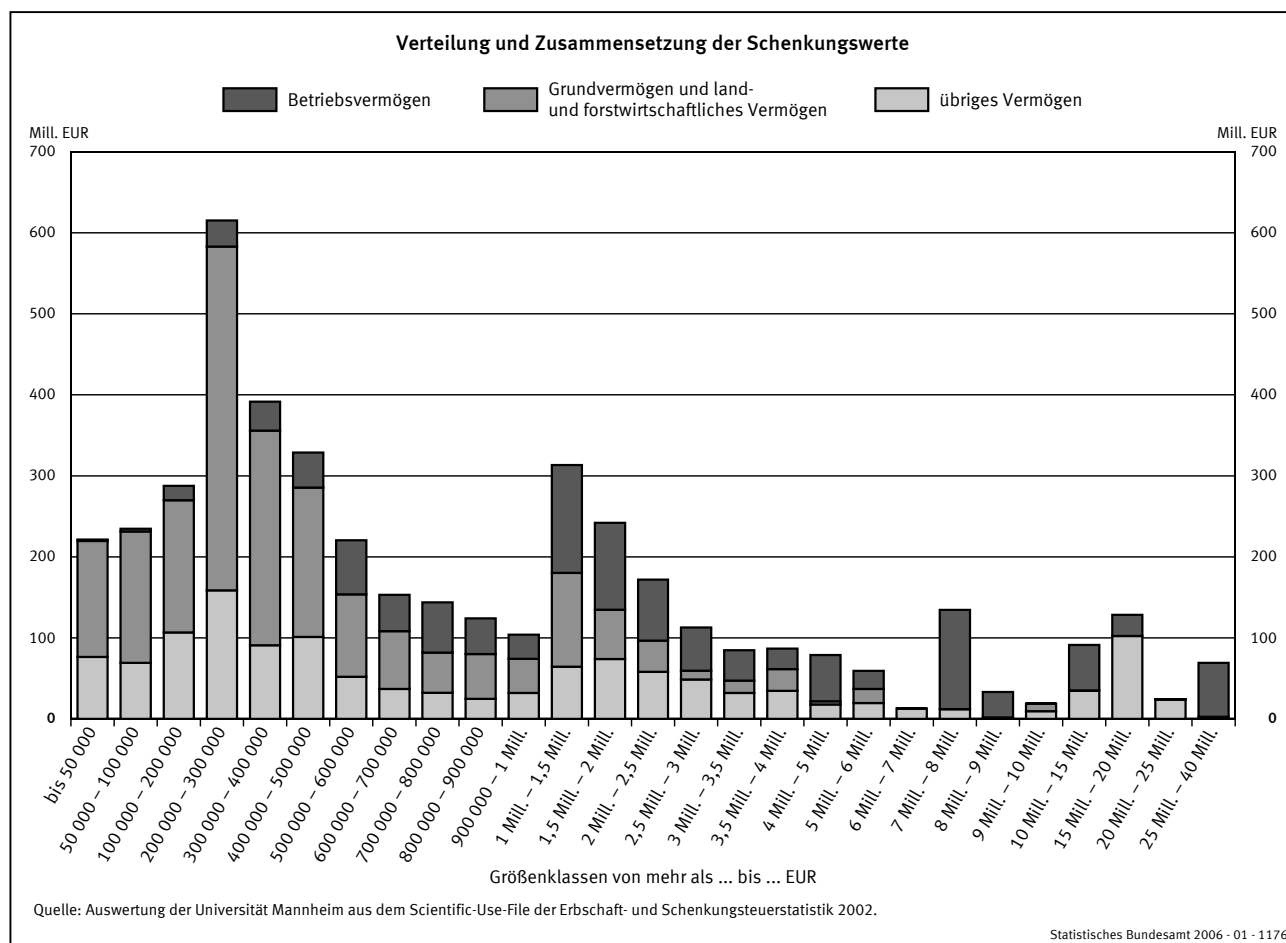


Schaubild 8



men bei 7 586 Steuerpflichtige (rund 5%) haben Vermögen von mehr als 500 000 Euro erhalten. Diese 5% der Steuerpflichtigen haben mit gut 1,6 Mrd. Euro mehr als 57% des Steueraufkommens getragen. Unter den Erwerben von Todes wegen übertrifft sogar der Aufkommensbeitrag der 17 Begünstigten (0,01%), die über 20 Mill. Euro erhalten haben, das Aufkommen aus den 73 773 Steuerfällen (59,8%) mit Vermögenserwerben bis 50 000 Euro (siehe Tabelle 4).

2.6 Verteilung der Vermögensklassen

Einen ersten Überblick über die Verteilung der verschiedenen Vermögensklassen in Nachlässen und Schenkungen vermitteln die Schaubilder 7 und 8 sowie die Tabellen 5 und 6. Immobilienvermögen macht knapp ein Drittel des übertragenen Vermögens aus und findet sich besonders in kleinen und mittleren Nachlässen.

Tabelle 5: Verteilung der Nachlassgegenstände

Gesamtwert der Nachlassgegenstände von mehr als ... bis ... EUR	Steuerfälle mit Nachlassgegenständen	Grundvermögen, land- und forstwirtschaftliches Vermögen	Betriebsvermögen	Wertpapiere und Anteile an Kapitalgesellschaften ¹⁾	Übriges Vermögen ¹⁾	Gesamtwert der Nachlassgegenstände
	Anzahl	1 000 EUR				
bis 50 000	16 550	46 666	-878	17 602	299 986	363 375
50 000 - 0,5 Mill.	36 272	1 868 020	19 155	799 027	3 594 324	6 280 524
0,5 Mill. - 1 Mill.	4 386	1 122 823	65 484	604 691	1 228 031	3 021 027
1 Mill. - 5 Mill.	2 601	1 648 176	398 073	1 048 561	1 658 514	4 753 324
5 Mill. - 20 Mill.	262	627 141	432 377	487 285	817 503	2 364 305
über 20 Mill.	37	317 717	647 101	405 455	903 110	2 273 383
Insgesamt ...	60 108	5 630 542	1 561 312	3 362 621	8 501 469	19 055 939

1) Für insgesamt 17 707 Nachlässe lässt sich aufgrund der Datenlage nicht feststellen, wie sich die über land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grund- und Betriebsvermögen hinausgehenden Vermögenswerte (rd. 4,3 Mrd. Euro) zusammensetzen, die Werte sind vollständig im übrigen Vermögen enthalten; siehe auch Abschnitt 2.6.3 im Text.

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

Tabelle 6: Verteilung und Zusammensetzung der Schenkungswerte nach Vermögens- und Größenklassen

Gesamtsteuerwert von mehr als ... bis ... EUR	Schenkungsfälle	Grundvermögen, land- und forstwirtschaft- liches Vermögen	Betriebs- vermögen	Wertpapiere und Anteile an Kapitalgesell- schaften	Übriges Vermögen	Gesamtsteuerwert
	Anzahl	1 000 EUR				
bis 50 000	17 773	144 573	-1 711	.	76 573	219 434
50 000 – 0,5 Mill.	9 919	1 199 018	132 241	.	526 590	1 857 850
0,5 Mill. – 1 Mill.	1 093	320 046	247 422	.	177 856	745 322
1 Mill. – 5 Mill.	584	271 836	488 876	.	329 730	1 090 442
5 Mill. – 20 Mill.	52	26 830	258 471	.	193 399	478 701
über 20 Mill.	3	0	66 545	.	26 793	93 339
Insgesamt ...	29 424	1 962 303	1 191 844	.	1 330 941	4 485 089

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

Demgegenüber ist der Anteil des Betriebsvermögens erheblich geringer und konzentriert sich bei Nachlässen mit hohem Gesamtwert der Nachlassvermögensgegenstände und bei Schenkungen (siehe Schaubild 8).

Wertpapiere finden sich – ähnlich wie Immobilien – über die gesamte Breite der Nachlässe, allerdings ist ihr Anteil am Gesamtwert der Nachlassvermögensgegenstände geringer.

2.6.1 Immobilienvermögen

Das Immobilienvermögen hat eine erhebliche Bedeutung im Rahmen von Erbschaften und Schenkungen. Knapp 30% der Nachlassgegenstände bestehen aus Immobilien. Bei Schenkungen liegt der Anteil sogar bei über 40%. Betrachtet man Erwerbe von Todes wegen und Schenkungen zusammen, ergibt sich eine Quote des Immobilienvermögens von rund 32% (siehe auch die Tabellen 5 und 6). Die Tabellen 7 und 8 verdeutlichen zudem, dass Immobilienvermögen die Vermögensklasse der mittleren Vermögensgruppen ist, denn knapp 54% des von Todes wegen übergegangenen Immobilienvermögens befindet sich in Nachlässen bis 1 Mill. Euro Gesamtwert der Nachlassgegenstände. Auch hier ist das Bild bei Schenkungen noch deutlicher. Schenkungen bis 1 Mill. Euro Steuerwert des übertragenen Vermögens, auf die knapp 63% der verschenkten Vermögenswerte insgesamt entfallen, beinhalten rund 85% der verschenkten Immobilienwerte. Umgekehrt findet sich bei den Fällen mit Gesamtwerten der Nachlassgegenstände über 5 Mill. Euro

nur ein vergleichsweise geringer Anteil von rund 16,7% des von Todes wegen übergegangenen Immobilienvermögens. Bei Schenkungen liegt der Anteil sogar nur bei 1,4%.

Ausländisches Grundvermögen wurde bei 251 Nachlässen (Gesamtwert: 37,9 Mill. Euro) verzeichnet. Die Daten sind bezüglich dieses Merkmals jedoch nicht belastbar: Bei rund einem Drittel der Nachlässe zeigen sich Widersprüche zwischen den Eintragungen zum Inlandsgrundbesitz, zum Auslandsgrundbesitz und der als Summe gedachten Rubrik „Grundvermögen gesamt“. Eine tiefergehende Untersuchung scheidet daher aus.

2.6.2 Betriebsvermögen

Ein gänzlich anderes Bild zeigt sich bei Betriebsvermögen.

2.6.2.1 Verteilung des Betriebsvermögens

Betriebsvermögen macht lediglich knapp 8,2% des Gesamtwerts der Nachlassgegenstände, aber rund 26,6% des Steuerwerts des durch Schenkung übertragenen Vermögens aus (Erwerbe von Todes wegen und Schenkungen zusammen: 11,7%). Diese Vermögensklasse findet sich in kleinen und mittleren Nachlässen und Schenkungen kaum. Nur etwa 5,4% des Betriebsvermögens fällt in Nachlässen bis 1 Mill. Euro an, während die Nachlässe über 5 Mill. Euro Gesamtwert der Nachlassgegenstände rund 69,1% des von Todes wegen übergegangenen Betriebsvermögens umfassen. Bei Schenkungen ist dieses Verhältnis ausgegli-

Tabelle 7: Immobilienvermögen (Nachlass)

Gesamtwert der Nachlassgegenstände von mehr als ... bis ... EUR	Steuerfälle mit Nachlass- gegenständen	Nachlässe mit Immobilienvermögen			Immobilienvermögen			
		zusammen	Anteil	Anteil an insgesamt ¹⁾	insgesamt		Durchschnitt ²⁾	Anteil am Gesamtwert der Nachlass- gegenstände
					1 000 EUR	%		
bis 50 000	16 550	1 791	10,8	3,0	44 750	0,8	25	12,3
50 000 – 0,5 Mill. .	36 272	18 636	51,4	31,0	1 833 933	33,0	98	29,2
0,5 Mill. – 1 Mill. ...	4 386	3 494	79,7	5,8	1 111 457	20,0	318	36,8
1 Mill. – 5 Mill. ...	2 601	2 192	84,3	3,6	1 637 374	29,5	747	34,4
5 Mill. – 20 Mill. ...	262	222	84,7	0,4	611 277	11,0	2 754	25,9
über 20 Mill.	37	34	91,9	0,1	317 668	5,7	9 343	14,0
Insgesamt ...	60 108	26 369	43,9	43,9	5 556 460	100	211	29,2

1) Anteil an allen Steuerfällen mit Nachlassgegenständen (60 108). – 2) Durchschnitt der werthaltigen Fälle einer Größenklasse.

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

Tabelle 8: Immobilienvermögen (Schenkungen)

Steuerwert des übertragenen Vermögens von mehr als ... bis ... EUR	Schenkungen	Schenkungen mit Immobilienvermögen			Immobilienvermögen			
		zusammen	Anteil	Anteil an insgesamt ¹⁾	insgesamt		Durchschnitt ²⁾	Anteil am Steuerwert
					1 000 EUR	%		
	Anzahl		%				1 000 EUR	%
bis 50 000	17 773	5 588	31,4	19,0	142 125	7,4	25	64,8
50 000 – 0,5 Mill. .	9 919	6 519	65,7	22,2	1 182 293	61,5	181	63,6
0,5 Mill. – 1 Mill. ...	1 093	524	47,9	1,8	309 292	16,1	590	41,5
1 Mill. – 5 Mill. ...	584	204	34,9	0,7	261 388	13,6	1 281	24,0
5 Mill. – 20 Mill. ...	52	6	11,5	0,0	26 830	1,4	4 472	5,6
über 20 Mill.	3	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt ...	29 424	12 841	43,6	43,6	1 921 929	100	150	42,9

1) Anteil der Gesamtzahl der Schenkungen (29 424). – 2) Durchschnitt der positiven Fälle einer Größenklasse.

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

chener: Knapp ein Drittel (31,7%) des Betriebsvermögens ist in Schenkungen bis 1 Mill. Euro Steuerwert des übertragenen Vermögens enthalten, während die Schenkungen mit Steuerwert des übertragenen Vermögens über 5 Mill. Euro nur knapp 27,3% des insgesamt verschenkten Betriebsvermögens umfassen (siehe die Tabellen 5 und 6).

2.6.2.2 Keine Nachlässe und keine Schenkung mit Betriebsvermögen über 100 Mill. Euro

Besondere Aufmerksamkeit verdient aufgrund der politischen Diskussionen der jüngsten Vergangenheit Betriebsvermögen über 100 Mill. Euro. Es wird darüber gestritten, ob Betriebsvermögen, das diese Schwelle übersteigt, von den im Rahmen einer Erbschaftsteuerreform geplanten Stundungs- und Erlassregelungen für Betriebsvermögen ausgenommen werden soll.

Die Untersuchungen haben ergeben, dass für keinen der über 60 000 Nachlässe ein Betriebsvermögenswert von über 100 Mill. Euro ausgewiesen ist. Auch den Bereich zwischen 50 und 100 Mill. Euro erreichen lediglich sieben Nachlässe, 15 weitere Nachlässe umfassen Betriebsvermögen von mehr als 10 Mill. Euro. Es kann indes nicht ausgeschlossen werden, dass die Schwelle von 100 Mill. Euro in anderen Jahren überschritten wird. Mit allergrößter Wahrscheinlichkeit wird es sich hierbei aber nur um Einzelfälle handeln. Bei Schenkungen ist das Bild ähnlich: Lediglich zwei Schenkungen überschreiten die Schwelle von 20 Mill. Euro Betriebsvermögen, diese erreichen in der Summe jedoch nicht mehr als 66,6 Mill. Euro.

2.6.2.3 Anteil des positiven Betriebsvermögens am Steueraufkommen

Für die politische Diskussion ist zudem von Interesse, in welchem Umfang das nachgewiesene positive inländische Betriebsvermögen (rund 2,8 Mrd. Euro) zum Steueraufkommen beiträgt. Dieser Beitrag liegt bei rund 8,7% der tatsächlich festgesetzten Steuer von rund 2,8 Mrd. Euro, was einer Summe von rund 244 Mill. Euro entspricht. Bei der Erbschaftsteuer beläuft sich der Anteil auf 5,1%, bei der Schenkungsteuer auf 22,9%.

Um Sondereinflüsse – etwa durch Vorerwerbe und/oder Anrechnung ausländischer Steuerzahlungen – zu verringern, wurde gesondert auch der Anteil des Steueraufkom-

mens aus dem Übergang von Betriebsvermögen an der Regelsteuer ermittelt. Die Regelsteuer liegt mit 3,36 Mrd. Euro insgesamt rund 20% höher als die tatsächlich festgesetzte Steuer. Der Anteil des Steueraufkommens aus dem Übergang von Betriebsvermögen an der Regelsteuer beträgt gut 9,6% (knapp 322 Mill. Euro). Die Betriebsvermögensregelsteuerquote bei Erwerben von Todes wegen liegt bei 6,0% und bei Schenkungen bei 19,6%.

Die Auswirkung negativer Betriebsvermögenswerte, die sich bei den untersuchten Daten auf rund 55 Mill. Euro (davon rund 37 Mill. Euro in Nachlässen und rund 18 Mill. Euro in Schenkungen) beliefen, auf das Steueraufkommen konnte dagegen nicht zuverlässig ermittelt werden. Negatives Betriebsvermögen wirkt sich unmittelbar mindernd auf den Wert des übertragenen Vermögens aus und führt daher zu einer Reduzierung oder zum vollständigen Fortfall der Steuerlast. Während das positive Betriebsvermögen – soweit es sich steuerlich ausgewirkt hat – vollständig in den untersuchten Daten abgebildet ist, muss davon ausgegangen werden, dass das negative Betriebsvermögen auch außerhalb des erfassten Datenbereichs steuerliche Auswirkungen gezeigt hat, indem die Steuerpflicht entfiel und daher der betreffende Fall in den untersuchten Daten nicht erfasst wurde. Daher könnte eine Auswertung der Steuerfolgen negativen Betriebsvermögens nur einen nicht abgrenzbaren Teil der theoretisch steuerrelevanten Fälle berücksichtigen und wäre folglich von geringem Aussagegehalt.

2.6.2.4 Anteil des ausländischen Betriebsvermögens

Bei lediglich 28 der untersuchten Nachlässe war positives ausländisches Betriebsvermögen im Gesamtwert von unter 8 Mill. Euro verzeichnet, was nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen ist, dass die Daten für 561 von insgesamt 1 419 positives Betriebsvermögen beinhaltenden Nachlässen keine Unterscheidung zwischen inländischem und ausländischem Betriebsvermögen aufwiesen. Eine tiefergehende Untersuchung scheidet daher aus.

2.6.3 Sonstiges Vermögen

Bei Schenkungen erfolgte außer für land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grund- und Betriebsvermögen keine weitere Differenzierung der Vermögenswerte. Eine weitergehende Untersuchung für sonstige Vermögenswerte muss sich folg-

Tabelle 9: Wertpapiere (Nachlass)

Gesamtwert der Nachlassgegenstände von mehr als ... bis ... EUR	Betrachtete Nachlässe ¹⁾	Nachlässe mit Wertpapiervermögen			Wertpapiervermögen			
		zusammen	Anteil	Anteil an insgesamt ²⁾	insgesamt		Durchschnitt ³⁾	Anteil am Gesamtwert der Nachlass- gegenstände
		Anzahl	%		1 000 EUR	%	1 000 EUR	%
bis 50 000	12 995	1 115	8,6	2,6	17 513	0,5	16	7,0
50 000 – 0,5 Mill. .	24 572	9 687	39,4	22,8	797 367	24,8	82	18,6
0,5 Mill. – 1 Mill. ...	2 939	2 044	69,5	4,8	599 187	18,6	293	29,6
1 Mill. – 5 Mill. ...	1 700	1 274	74,9	3,0	1 012 136	31,5	794	33,0
5 Mill. – 20 Mill. ...	171	140	81,9	0,3	462 687	14,4	3 305	29,9
über 20 Mill.	24	18	75,0	0,0	324 640	10,1	18 036	23,8
Insgesamt ...	42 401	14 278	33,7	33,7	3 213 531	100	225	25,6

1) Insgesamt 17 707 Nachlässe enthielten über die Ausweisung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, Grund- und Betriebsvermögens hinaus keine Spezifizierung der sonstigen Vermögenswerte und blieben daher unberücksichtigt. – 2) Anteil an allen betrachteten Nachlässen (42 401). – 3) Durchschnitt der werthaltigen Fälle einer Größenklasse.

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

lich auf das Nachlassvermögen beschränken. Dabei zeigte sich indes, dass auch in 17 707 Nachlassfällen neben land- und forstwirtschaftlichem Vermögen, Grund- und Betriebsvermögen keine Spezifizierung zu den sonstigen Vermögenswerten enthalten war. In der folgenden Betrachtung der sonstigen Vermögenswerte musste daher ein Volumen von insgesamt etwa 4,3 Mrd. Euro außer Betracht bleiben.

2.6.3.1 Wertpapiere und Anteile an Kapitalgesellschaften

Wertpapiere finden sich, ähnlich wie Immobilienvermögen, über die gesamte Breite der erfassten Nachlässe hinweg mit einem Schwerpunkt auf den mittleren Nachlässen, fast ein Drittel (rund 31,5%) der Wertpapiervermögen entfällt auf Nachlässe zwischen 1 Mill. und 5 Mill. Euro. Anteile an Kapitalgesellschaften zeigen sich gehäuft in größeren Nachlässen, etwa die Hälfte (54,2%) entfällt auf Nachlässe mit einem Gesamtwert der Nachlassgegenstände von über 20 Mill. Euro. Wertpapiere machen insgesamt rund 25,6% des Gesamtwerts der betrachteten Nachlassgegenstände aus, Anteile an Kapitalgesellschaften immerhin rund 1,2%.

2.6.3.2 Übrige Vermögenswerte

Während Kapitalforderungen, sonstige Forderungen sowie Versicherungen und Sterbegelder zumindest bei kleinen und

mittleren Nachlässen noch eine gewisse Rolle spielen und Steuererstattungsansprüche vor allem bei besonders werthaltigen Nachlässen ins Gewicht fallen, können die übrigen Vermögensklassen weitgehend vernachlässigt werden.

Es zeigt sich, dass in der Regel die Quote der Fälle, in denen die jeweilige Vermögensklasse vorhanden ist, mit dem Wert des Nachlasses zunimmt. So sind etwa Steuererstattungsansprüche bei Nachlässen unter 50 000 Euro mit 227 von 12 995 Fällen (unter 2%) die absolute Ausnahme, während sie bei Nachlässen über 0,5 Mill. Euro annähernd in jedem zweiten Fall auftreten, bei Nachlässen über 20 Mill. Euro gar in drei von vier Fällen. Eine Ausnahme von dieser Regel der Häufigkeitszunahme bei steigendem Nachlasswert bilden die Bausparguthaben, die – insgesamt selten – in Nachlässen über 1 Mill. Euro sogar noch seltener werden. Zinsen bis zum Todestag machen unter den fast 15 000 Fällen, in denen sie verzeichnet waren, durchschnittlich immerhin gut 1 400 Euro aus, was auf entsprechende Guthaben schließen lässt. Zwar fällt die durchschnittliche Zinssumme bei den besonders werthaltigen Nachlässen über 20 Mill. Euro etwas ab, jedoch ist die Anzahl der betreffenden Fälle so gering, dass hieraus keine belastbare Aussage abgeleitet werden kann.

Die Angaben zum Bargeld lassen darauf schließen, dass rund drei von vier Erblassern versterben, ohne Bargeld zu

Tabelle 10: Anteile an Kapitalgesellschaften (Nachlass)

Gesamtwert der Nachlassgegenstände von mehr als ... bis ... EUR	Betrachtete Nachlässe ¹⁾	Nachlässe mit Anteilen an Kapitalgesellschaften			Anteile an Kapitalgesellschaften			
		zusammen	Anteil	Anteil an insgesamt ²⁾	insgesamt		Durchschnitt ³⁾	Anteil am Gesamtwert der Nachlass- gegenstände
					1 000 EUR	%		
	Anzahl		%		1 000 EUR	%	1 000 EUR	%
bis 50 000	12 995	14	0,1	0,0	89	0,1	6	0,0
50 000 – 0,5 Mill. .	24 572	93	0,4	0,2	1 660	1,1	18	0,0
0,5 Mill. – 1 Mill. ...	2 939	63	2,1	0,1	5 504	3,7	87	0,3
1 Mill. – 5 Mill. ...	1 700	127	7,5	0,3	36 425	24,4	287	1,2
5 Mill. – 20 Mill. ...	171	24	14,0	0,1	24 598	16,5	1 025	1,6
über 20 Mill.	24	7	29,2	0,0	80 815	54,2	11 545	5,9
Insgesamt ...	42 401	328	0,8	0,8	149 090	100	455	1,2

1) Insgesamt 17 707 Nachlässe enthielten über die Ausweisung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, Grund- und Betriebsvermögens hinaus keine Spezifizierung der sonstigen Vermögenswerte und blieben daher unberücksichtigt. – 2) Anteil an allen betrachteten Nachlässen (42 401). – 3) Durchschnitt der werthaltigen Fälle einer Größenklasse.

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

Tabelle 11: Kapitalforderungen; sonstige Guthaben aus Kapitalforderungen (Nachlass)

Gesamtwert der Nachlassgegenstände von mehr als ... bis ... EUR	Betrachtete Nachlässe ¹⁾	Kapitalforderungen				Sonstige Guthaben aus Kapitalforderungen			
		in ... Nachlässen	insgesamt	Durchschnitt ²⁾ (gerundet)	Anteil am Gesamtwert der Nachlassgegenstände	in ... Nachlässen	insgesamt	Durchschnitt ²⁾ (gerundet)	Anteil am Gesamtwert der Nachlassgegenstände
		Anzahl	1 000 EUR	EUR	%	Anzahl	1 000 EUR	EUR	%
bis 50 000	12 995	158	4 821	30 500	1,9	162	877	5 400	0,3
50 000 – 0,5 Mill.	24 572	450	57 360	127 500	1,3	980	24 633	25 100	0,6
0,5 Mill. – 1 Mill. ..	2 939	42	13 658	325 200	0,7	237	13 889	58 600	0,7
1 Mill. – 5 Mill. ..	1 700	33	24 148	731 700	0,8	194	32 565	167 900	1,1
5 Mill. – 20 Mill. ..	171	11	22 301	2 027 400	1,4	42	50 733	1 207 900	3,3
über 20 Mill.	24	2	4 918	2 459 000	0,4	8	18 729	2 341 100	1,4
Insgesamt ...	42 401	696	127 205	182 800	1,0	1 623	141 425	87 100	1,1

1) Insgesamt 17 707 Nachlässe enthielten über die Ausweisung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, Grund- und Betriebsvermögens hinaus keine Spezifizierung der sonstigen Vermögenswerte und blieben daher unberücksichtigt. – 2) Durchschnitt der positiven Fälle einer Größenklasse.

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

Tabelle 12: Versicherungen und Sterbegelder; Steuererstattungsansprüche (Nachlass)

Gesamtwert der Nachlassgegenstände von mehr als ... bis ... EUR	Betrachtete Nachlässe ¹⁾	Versicherungen, Sterbegelder				Steuererstattungsansprüche			
		in ... Nachlässen	insgesamt	Durchschnitt ²⁾ (gerundet)	Anteil am Gesamtwert der Nachlassgegenstände	in ... Nachlässen	insgesamt	Durchschnitt ²⁾ (gerundet)	Anteil am Gesamtwert der Nachlassgegenstände
		Anzahl	1 000 EUR	EUR	%	Anzahl	1 000 EUR	EUR	%
bis 50 000	12 995	1 717	9 706	5 700	3,9	227	376	1 700	0,1
50 000 – 0,5 Mill.	24 572	6 516	97 285	14 900	2,3	3 705	9 379	2 500	0,2
0,5 Mill. – 1 Mill. ..	2 939	911	34 681	38 100	1,7	1 241	7 322	5 900	0,4
1 Mill. – 5 Mill. ..	1 700	528	41 112	77 900	1,3	771	13 882	18 000	0,5
5 Mill. – 20 Mill. ..	171	53	16 467	310 700	1,1	84	10 686	127 200	0,7
über 20 Mill.	24	9	2 747	305 300	0,2	18	24 140	1 341 100	1,8
Insgesamt ...	42 401	9 734	201 999	20 800	1,6	6 046	65 786	10 900	0,5

1) Insgesamt 17 707 Nachlässe enthielten über die Ausweisung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, Grund- und Betriebsvermögens hinaus keine Spezifizierung der sonstigen Vermögenswerte und blieben daher unberücksichtigt. – 2) Durchschnitt der positiven Fälle einer Größenklasse.

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

Tabelle 13: Bausparguthaben; Zinsen bis zum Todestag; sonstige Forderungen (Nachlass)

Gesamtwert der Nachlassgegenstände von mehr als ... bis ... EUR	Bausparguthaben			Zinsen bis zum Todestag			Sonstige Forderungen		
	in ... Nachlässen	insgesamt	Durchschnitt ¹⁾ (gerundet)	in ... Nachlässen	insgesamt	Durchschnitt ¹⁾ (gerundet)	in ... Nachlässen	insgesamt	Durchschnitt ¹⁾ (gerundet)
	Anzahl	1 000 EUR	EUR	Anzahl	1 000 EUR	EUR	Anzahl	1 000 EUR	EUR
bis 50 000	300	1 377	4 600	3 314	1 076	300	383	1 718	4 500
50 000 – 0,5 Mill.	1 951	19 943	10 200	10 009	12 967	1 300	1 819	42 910	23 600
0,5 Mill. – 1 Mill. ..	290	4 727	16 300	940	3 022	3 200	398	27 283	68 600
1 Mill. – 5 Mill. ..	115	2 939	25 600	521	2 937	5 600	345	61 274	177 600
5 Mill. – 20 Mill. ..	7	88	12 500	44	832	18 900	56	62 310	1 112 700
über 20 Mill.	–	–	–	7	74	10 500	11	108 530	9 866 300
Insgesamt ...	2 663	29 073	10 900	14 835	20 908	1 400	3 012	304 025	100 900

1) Durchschnitt der werthaltigen Fälle einer Größenklasse.

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

Tabelle 14: Bargeld; Hausrat; andere bewegliche körperliche Gegenstände (Nachlass)

Gesamtwert der Nachlassgegenstände von mehr als ... bis ... EUR	Bargeld			Hausrat			Andere bewegliche körperliche Gegenstände		
	in ... Nachlässen	insgesamt	Durchschnitt ¹⁾ (gerundet)	in ... Nachlässen	insgesamt	Durchschnitt ¹⁾ (gerundet)	in ... Nachlässen	insgesamt	Durchschnitt ¹⁾ (gerundet)
	Anzahl	1 000 EUR	EUR	Anzahl	1 000 EUR	EUR	Anzahl	1 000 EUR	EUR
bis 50 000	1 458	907	600	287	514	1 800	237	890	3 800
50 000 – 0,5 Mill.	5 993	12 967	2 200	1 453	6 475	4 500	1 643	9 995	6 100
0,5 Mill. – 1 Mill. ..	905	4 440	4 900	303	3 186	10 500	385	5 952	15 500
1 Mill. – 5 Mill. ..	613	5 913	9 600	245	4 711	19 200	306	8 441	27 600
5 Mill. – 20 Mill. ..	62	546	8 800	34	1 115	32 800	45	4 173	92 700
über 20 Mill.	9	941	104 500	10	1 853	185 300	10	1 327	132 700
Insgesamt ...	9 040	25 714	2 800	2 332	17 855	7 700	2 626	30 778	11 700

1) Durchschnitt der positiven Fälle einer Größenklasse.

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

Tabelle 15: Wert des Reinnachlasses insgesamt (ohne Abzug von Vermächtnissen, Auflagen und geltend gemachten Pflichtteilsansprüchen)

Gesamtwert der Nachlassgegenstände von mehr als ... bis ... EUR	Steuerfälle mit Nachlass- gegenständen	Nachlässe mit positivem Reinnachlasswert			Reinnachlasswerte			
		zusammen	Anteil	Anteil an insgesamt ¹⁾	insgesamt		Durchschnitt ²⁾	Anteil am Gesamtwert der Nachlass- gegenstände
					1 000 EUR	%	1 000 EUR	
		Anzahl	%		1 000 EUR	%	1 000 EUR	%
bis 50 000	16 550	10 759	65,0	17,9	246 764	1,5	23	67,9
50 000 – 0,5 Mill. .	36 272	36 195	99,8	60,2	5 604 242	34,2	155	89,2
0,5 Mill. – 1 Mill. ...	4 386	4 375	99,7	7,3	2 756 948	16,8	630	91,3
1 Mill. – 5 Mill. ...	2 601	2 592	99,7	4,3	4 114 489	25,1	1 587	86,6
5 Mill. – 20 Mill. ...	262	261	99,6	0,4	1 874 788	11,5	7 183	79,3
über 20 Mill.	37	37	100	0,1	1 767 802	10,8	47 778	77,8
Insgesamt ...	60 108	54 219	90,2	90,2	16 365 033	100	302	85,9

1) Anteil an allen Steuerfällen mit Nachlassgegenständen (60 108). – 2) Durchschnitt der positiven Fälle einer Größenklasse.

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

hinterlassen. Unterstellt man, dass dies nicht lediglich aus unvollständigen Angaben durch die Steuerpflichtigen resultiert, ist dieser Sachverhalt ebenso erstaunlich, wie die mit durchschnittlich rund 2 800 Euro sehr hohe Summe, welche die übrigen Erblasser offenbar zu Hause aufbewahrt haben.

Auch beim Hausrat fällt auf, dass nur 2 332 Erblasser Hausrat von Wert hinterlassen haben. Es lohnt sich vor Augen zu führen, dass steuerlich der Verkehrswert des Hausrats anzusetzen ist, also weder der Anschaffungspreis noch der Wiederbeschaffungswert, der beispielsweise die Bezugsgröße für Hausratversicherungen bildet. Für viele Hausratsgegenstände gibt es jedoch auch dann praktisch keinen Markt, wenn der Erblasser sie erst wenige Wochen vor seinem Tod erworben hat. (Man denke nur an gebrauchte Kochtöpfe und Pfannen oder an gebrauchte Matratzen.) Etwas anderes gilt freilich, wenn der Erblasser seine Wohnung etwa mit Antiquitäten eingerichtet hat. Selbst der geringere Hausratsfreibetrag nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe c) ErbStG für Erwerber der Steuerklassen II und III genügt im Durchschnitt weitgehend, sämtlichen Hausrat – nicht nur den Teil, der an den betreffenden Erwerber fällt – aus Nachlässen bis 1 Mill. Euro abzudecken.

Sonstige Vermögensgegenstände sind sowohl zahlenmäßig als auch mit Blick auf die betreffenden Summen unbedeutend. Renten und andere wiederkehrende Bezüge

etwa waren nur in 146 Nachlässen verzeichnet und machten einen Gesamtwert von rund 15 Mill. Euro aus. Edelmetalle, Edelsteine, Perlen und Münzen hinterließen immerhin 1 108 Erblasser, der Gesamtwert summierte sich jedoch auf nur knapp 11,9 Mill. Euro.

2.7 Nachlassverbindlichkeiten

Als besonders aufschlussreich erweist sich ein Blick auf die Nachlassverbindlichkeiten. Diesem Bereich kann man sich bereits durch die obige Tabelle 15 zum Reinnachlass, also dem Nachlassvermögen, das nach Abzug der Verbindlichkeiten (ohne Abzug der Verbindlichkeiten aus Vermächtnissen, Auflagen und geltend gemachten Pflichtteilsansprüchen) verbleibt, nähern. Während im Bereich der mittleren Nachlassgesamtwerte zwischen 50 000 und 1,0 Mill. Euro lediglich gut 10% der Nachlassgegenstände durch Verbindlichkeiten aufgebraucht werden, ist dieses Verhältnis bei Nachlässen mit höherem Gesamtwert ungünstiger. Hier wird gut ein Fünftel der Vermögenswerte durch Verbindlichkeiten aufgezehrt.

Nachlassverbindlichkeiten lassen sich in Erblasser- und Erbfallschulden unterteilen. Als Erblasserschulden werden die Verbindlichkeiten bezeichnet, die bereits vom Erblasser begründet wurden und durch den Erbfall auf die Erben übergehen, etwa Darlehensverbindlichkeiten, die der Erb-

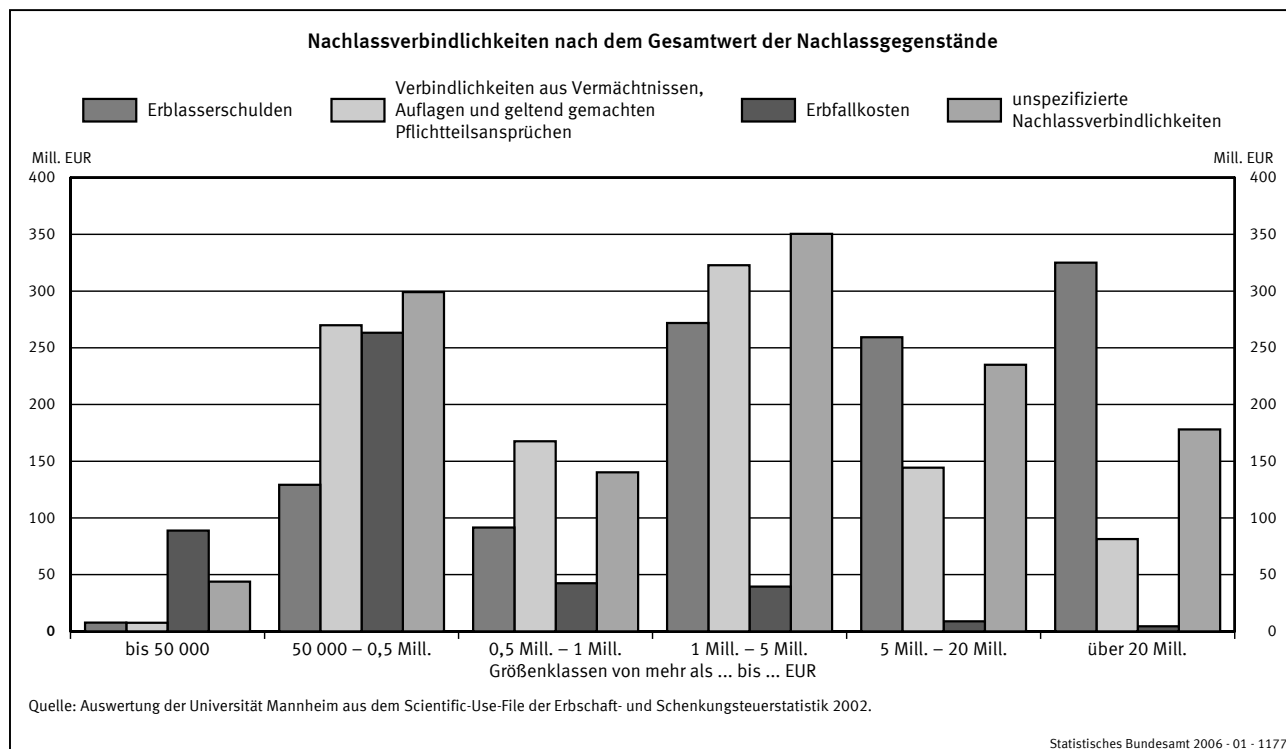
Tabelle 16: Nachlassverbindlichkeiten (Nachlass)

Gesamtwert der Nachlassgegenstände von mehr als ... bis ... EUR	Steuerfälle mit Nachlass- gegenständen	Nachlässe mit Nachlassverbindlichkeiten			Nachlassverbindlichkeiten			
		zusammen	Anteil	Anteil an insgesamt ¹⁾	insgesamt		Durchschnitt ²⁾	Anteil am Gesamtwert der Nachlass- gegenstände
		Anzahl	%		1 000 EUR	%	1 000 EUR	%
bis 50 000	16 550	12 237	73,9	20,4	147 973	3,9	12	40,7
50 000 – 0,5 Mill. .	36 272	35 787	98,7	59,5	961 445	25,5	27	15,3
0,5 Mill. – 1 Mill. ...	4 386	4 346	99,1	7,2	441 702	11,7	102	14,6
1 Mill. – 5 Mill. ...	2 601	2 576	99,0	4,3	984 569	26,1	382	20,7
5 Mill. – 20 Mill. ...	262	259	98,9	0,4	647 522	17,2	2 500	27,4
über 20 Mill.	37	37	100	0,1	588 913	15,6	15 917	25,9
Insgesamt ...	60 108	55 242	91,9	91,9	3 772 124	100	68	19,8

1) Anteil an allen betrachteten Nachlässen (60 108). – 2) Durchschnitt der positiven Fälle einer Größenklasse.

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

Schaubild 9



lasser vor seinem Tod übernommen hat, um den Bau seines Hauses oder den Erwerb seines Personenkraftwagens zu finanzieren. Diesen Verbindlichkeiten stehen Erbfallschulden gegenüber, die durch den Erbfall entstehen. Zu nennen sind insbesondere die Kosten für Traueranzeigen, Beerdigung, Grabstein und Grabpflege, für die Auseinandersetzung des Erbes sowie Verbindlichkeiten aus Vermächtnissen, Auflagen und Pflichtteilsansprüchen. Die Tabelle 16 zu den Nachlassverbindlichkeiten fasst sämtliche dieser Verbindlichkeitsgruppen zusammen.

Bei den Erblasserschulden zeigt Schaubild 9 einen deutlichen Schwerpunkt bei höheren Nachlassgegenstandswerten, wohingegen Vermächtnisse, Auflagen und Pflichtteilsansprüche über sämtliche Gruppen – mit Ausnahme niedriger Nachlassgegenstandswerte – in erheblichem Umfang verzeichnet sind (siehe dazu auch Abschnitt 2.7.2.1, Tabellen 18 und 19).

Im Folgenden werden die verschiedenen Verbindlichkeitsgruppen näher beleuchtet. Dabei ist jedoch darauf hinzuweisen, dass bei 17 670 der insgesamt 55 242 Verbindlichkeiten beinhaltenden Nachlässe keine detaillierten Angaben zur Zusammensetzung dieser Verbindlichkeiten enthalten waren. Infolgedessen entzog sich ein Verbindungkeitsvolumen von insgesamt rund 1,16 Mrd. Euro der Detailbetrachtung.

2.7.1 Erblasserschulden

Im Rahmen der Erblasserschulden fällt auf, dass mit knapp 2 400 nur eine geringe Zahl an Erblassern Darlehensverbindlichkeiten hinterlassen hat. Zwar ist unter diesen Fällen die Durchschnittssumme von gut 200 000 Euro recht hoch; dieser Durchschnittswert wird jedoch wesentlich von den zum Teil erheblichen Verbindlichkeiten in den besonders werthaltigen Nachlässen beeinflusst. Unter den 1 857

Tabelle 17: Hypotheken und Darlehensschulden; Steuerschulden; sonstige Verbindlichkeiten (Nachlass)

Gesamtwert der Nachlassgegenstände von mehr als ... bis ... EUR	Hypotheken und Darlehensschulden			Steuerschulden			Sonstige Verbindlichkeiten		
	in ... Nachlässen	insgesamt	Durchschnitt ¹⁾ (gerundet)	in ... Nachlässen	insgesamt	Durchschnitt ¹⁾ (gerundet)	in ... Nachlässen	insgesamt	Durchschnitt ¹⁾ (gerundet)
	Anzahl	1 000 EUR	EUR	Anzahl	1 000 EUR	EUR	Anzahl	1 000 EUR	EUR
bis 50 000	136	1 147	8 400	77	291	3 800	2 447	6 302	2 600
50 000 – 0,5 Mill.	1 299	54 852	42 200	1 201	8 129	6 800	9 166	66 250	7 200
0,5 Mill. – 1 Mill. ..	422	43 829	103 900	730	14 397	19 700	1 422	33 347	23 500
1 Mill. – 5 Mill. ..	420	150 620	358 600	706	35 199	49 900	951	85 955	90 400
5 Mill. – 20 Mill. ..	79	154 070	1 950 200	100	21 232	212 300	120	84 049	700 400
über 20 Mill.	11	78 862	7 169 300	12	27 240	2 270 000	20	219 009	10 950 500
Insgesamt ...	2 367	483 380	204 200	2 826	106 487	37 700	14 126	494 952	35 000

1) Durchschnitt der positiven Fälle einer Größenklasse.

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

Tabelle 18: Verbindlichkeiten aus Vermächtnissen und Auflagen (Nachlass)

Gesamtwert der Nachlassgegenstände von mehr als ... bis ... EUR	Betrachtete Nachlässe ¹⁾	Nachlässe mit Verbindlichkeiten aus Vermächnissen und Auflagen			Verbindlichkeiten aus Vermächnissen und Auflagen			
		zusammen	Anteil	Anteil an insgesamt ²⁾	insgesamt		Durchschnitt ³⁾ (gerundet)	Anteil am Gesamtwert der Nachlassgegenstände
		Anzahl	%		1 000 EUR	%	1 000 EUR	%
bis 50 000	13 032	829	6,4	2,0	12 875	1,5	15 500	5,1
50 000 – 0,5 Mill. .	24 569	5 073	20,6	12,0	233 155	28,1	46 000	5,4
0,5 Mill. – 1 Mill. ...	2 937	833	28,4	2,0	141 404	17,0	169 800	7,0
1 Mill. – 5 Mill. ...	1 705	616	36,1	1,5	256 664	30,9	416 700	8,3
5 Mill. – 20 Mill. ...	171	75	43,9	0,2	110 057	13,2	1 467 400	7,1
über 20 Mill.	24	17	70,8	0,0	76 902	9,3	4 523 600	5,6
Insgesamt ...	42 438	7 443	17,5	17,5	831 057	100	111 700	6,6

1) Bei der Untersuchung blieben insgesamt 17 670 Nachlässe außer Betracht, die zwar Nachlassverbindlichkeiten aufwiesen, indes keine Detailangaben hierzu. – 2) Anteil an allen betrachteten Nachlässen (42 438). – 3) Durchschnitt der positiven Fälle einer Größenklasse.

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

Nachlässen, die bis 1,0 Mill. Euro Gesamtwert der Nachlassgegenstände liegen und Darlehensverbindlichkeiten enthalten, liegt der durchschnittliche Darlehensbetrag deutlich unter 100 000 Euro. Bezogen auf die Gesamtzahl der 57 208 Nachlässe bis 1,0 Mill. Euro, liegt die Durchschnittsdarlehensbelastung noch sehr viel niedriger.

Bei Steuerschulden ergibt sich ein zu Steuererstattungsansprüchen paralleles Bild: Mit Steuerschulden ist insbesondere bei werthaltigen Nachlässen über 1,0 Mill. Euro zu rechnen. Ihr Gesamtwert übersteigt die Summe der Erstattungsansprüche zudem erheblich.

2.7.2 Erbfallschulden

2.7.2.1 Forderungen anderer Nachlassbegünstigter

Wie Tabelle 18 verdeutlicht, erfreuen sich die Gestaltungsmittel des Vermächtnisses und der Auflage insbesondere bei den Erblassern großer Beliebtheit, deren Nachlass einen gewissen Wert aufweist. So nimmt die Quote der (steuermindernden) Geltendmachung von Belastungen aus Vermächtnissen und Auflagen von gut 6% bei geringem Gesamtwert der Nachlassgegenstände auf über 70% bei besonders werthaltigen Nachlässen zu. Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang weniger die Höhe der geltend gemachten

Belastungen, als der Umstand, dass anhand dieser Zahlen Rückschlüsse möglich sind auf die Häufigkeit, mit der Testamente errichtet werden. Wie im Zusammenhang mit den Steuerklassen bereits angedeutet, ist davon auszugehen, dass die Testamentsquote unter den untersuchten Nachlassfällen eher überdurchschnittlich hoch ist. Unterstellt man weiter, dass im Wesentlichen alle Erben, die mit Vermächtnissen belastet wurden, diese auch steuerlich geltend gemacht haben, kann man den Rückschluss ziehen, dass ab einem Nachlasswert von 1 Mill. Euro Gesamtwert der Nachlassgegenstände gut ein Drittel der Erblasser ein Testament errichtet hat, welches den Erben Vermächtnisse oder Auflagen auferlegt. Da viele Testamente solche Belastungen nicht vorsehen, dürfte die Testamentsquote in dieser Erblassergruppe insgesamt sogar noch höher liegen.

Hiermit steht die Häufigkeit geltend gemachter Pflichtteilsansprüche in Zusammenhang. Zu einer Pflichtteilsforderung kann es nämlich nicht kommen, wenn gesetzliche Erbfolge eintritt. Erst wenn ein Erblasser ein Testament errichtet, das einen Pflichtteilsberechtigten wenig oder nicht bedeckt oder durch Vermächtnisse, Auflagen, Testamentsvollstreckung oder Teilungsanordnungen belastet, hat dieser die Möglichkeit, einen Pflichtteilsanspruch geltend zu machen. Wenn man nun annimmt, dass die Häufigkeit, mit der Tes-

Tabelle 19: Verbindlichkeiten aus geltend gemachten Pflichtteilsansprüchen (Nachlass)

Gesamtwert der Nachlassgegenstände von mehr als ... bis ... EUR	Betrachtete Nachlässe ¹⁾	Nachlässe mit Verbindlichkeiten aus geltend gemachten Pflichtteilsansprüchen			Vermögenswert			
		zusammen	Anteil	Anteil an insgesamt ²⁾	insgesamt		Durchschnitt ³⁾ (gerundet)	Anteil am Gesamtwert der Nachlass- gegenstände
	Anzahl	%		1 000 EUR	%	EUR	%	
bis 50 000	13 032	101	0,8	0,2	1 604	0,9	15 900	0,6
50 000 – 0,5 Mill. .	24 569	637	2,6	1,5	44 008	23,9	69 100	1,0
0,5 Mill. – 1 Mill. ...	2 937	133	4,5	0,3	29 018	15,8	218 200	1,4
1 Mill. – 5 Mill. ...	1 705	150	8,8	0,4	70 830	38,5	472 200	2,3
5 Mill. – 20 Mill. ...	171	22	12,9	0,1	34 275	18,6	1 558 000	2,2
über 20 Mill.	24	4	16,7	0,0	4 442	2,4	1 110 600	0,3
Insgesamt ...	42 438	1 047	2,5	2,5	184 177	100	175 900	1,5

1) Bei der Untersuchung blieben insgesamt 17 670 Nachlässe außer Betracht, die zwar Nachlassverbindlichkeiten aufwiesen, indes keine Detailangaben hierzu. – 2) Anteil an allen betrachteten Nachlässen (42 438). – 3) Durchschnitt der positiven Fälle einer Größenklasse.

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

Tabelle 20: Erbfallkostenpauschale; Summe der Erbfallkosten (Nachlass)

Gesamtwert der Nachlassgegenstände von mehr als ... bis ... EUR	Erbfallkostenpauschbetrag			Erbfallkosten			Von einem Erben allein zu tragende Erbfallkosten bzw. abweichende anteilige Erbfallkostenpauschale		
	in ... Nachlässen	insgesamt	Durchschnitt ¹⁾ (gerundet)	in ... Nachlässen	insgesamt	Durchschnitt ¹⁾ (gerundet)	in ... Nachlässen	insgesamt	Durchschnitt ¹⁾ (gerundet)
	Anzahl	1 000 EUR	EUR	Anzahl	1 000 EUR	EUR	Anzahl	1 000 EUR	EUR
bis 50 000	8 197	83 778	10 200	452	5 023	11 100	438	3 193	7 300
50 000 – 0,5 Mill.	20 609	210 661	10 200	3 226	52 660	16 300	384	3 031	7 900
0,5 Mill. – 1 Mill. ..	1 887	19 176	10 200	975	23 193	23 800	68	1 202	17 700
1 Mill. – 5 Mill. ..	723	7 200	10 000	968	32 244	33 300	52	1 609	30 900
5 Mill. – 20 Mill. ..	48	350	7 300	137	8 506	62 100	11	213	19 400
über 20 Mill.	3	24	8 000	23	4 370	190 000	–	–	–
Insgesamt ...	31 467	321 189	10 200	5 781	125 996	21 800	953	9 248	9 700

1) Durchschnitt der positiven Fälle einer Größenklasse.

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

tamente errichtet werden, mit dem Wert des Nachlasses zunimmt, überrascht es nicht, dass auch Pflichtteilsansprüche bei niedrigen Nachlassgesamtwerten äußerst selten (unter 1%) geltend gemacht werden und mit steigendem Wert der Nachlassgegenstände häufiger werden. Hierbei mag auch eine Rolle spielen, dass die Geltendmachung eines Pflichtteilsanspruchs mitunter mehrjährige Auseinandersetzungen über den Nachlasswert mit sich bringt und viele Pflichtteilsberechtigte eine solche Auseinandersetzung scheuen, wenn der Nachlasswert eine gewisse Summe nicht übersteigt.

2.7.2.2 Erbfallkosten

Der Erbfallkostenpauschbetrag wurde in jedem zweiten der erfassten Erbfälle geltend gemacht. Die Häufigkeit der Geltendmachung nimmt allerdings mit zunehmendem Nachlasswert deutlich ab. Überraschend ist, dass nur in einem Teil der übrigen Fälle, in denen der Erbfallkostenpauschbetrag nicht in Anspruch genommen wurde, die tatsächlich angefallenen Erbfallkosten angeführt wurden.

Unter den Erbfallkosten sind die Bestattungskosten von besonderem Interesse, weil sie nicht nur die Kosten der Beerdigung oder Einäscherung, sondern auch die Kosten

einer Traueranzeige, der Anreise der Trauergäste und der Trauerfeier umfassen. Hier zeigt sich abhängig vom Gesamtwert der Nachlassgegenstände eine Steigerung der Durchschnittskosten, die zum Beispiel damit zu erklären ist, dass die Trauerfeier in größerem Rahmen ausgerichtet oder für eine großformatige Anzeige in einer überregionalen Tageszeitung einige tausend Euro aufgewandt werden. In diesem Zusammenhang bedarf der bei Nachlässen über 20 Mill. Euro ausgewiesene Durchschnittswert an Bestattungskosten von 72 700 Euro der Erläuterung. Dieser Betrag wird erheblich von einem Fall beeinflusst, für den Bestattungskosten von rund 780 000 Euro ausgewiesen sind. Theoretisch ist ein solcher Wert zwar denkbar. Möglicherweise sind Kosten für die Überführung des Leichnams oder die Anreise von Trauergästen aus dem Ausland angefallen. Denkbar ist auch, dass die Erben in der Trauerfeier eine Familienfeier erblickt haben, für die sie durch ersparte Erbschaftsteuer einen staatlichen Zuschuss in Höhe von 27% (Steuerklasse I) erhalten. Lässt man diesen Einzelfall außer Betracht, ergibt sich für die übrigen Fälle in der betroffenen Größenklasse ein Durchschnittswert von 18 000 Euro (siehe Tabelle 21).

Kosten für Grabdenkmäler und -pflege sind gemäß § 10 Abs. 5 Nr. 3 ErbStG lediglich in angemessenem Umfang abzugsfähig. Es hat sich dabei gezeigt, dass von der Steuer-

Tabelle 21: Bestattungskosten; Nachlassregelungskosten; Grabpflegekosten; Kosten für Grabdenkmäler (Nachlass)

Gesamtwert der Nachlassgegenstände von mehr als ... bis ... EUR	Bestattungskosten			Nachlassregelungskosten			Grabpflegekosten			Kosten für ein Grabdenkmal		
	in ... Nachlässen	insgesamt	Durchschnitt ¹⁾ (gerundet)	in ... Nachlässen	insgesamt	Durchschnitt ¹⁾ (gerundet)	in ... Nachlässen	insgesamt	Durchschnitt ¹⁾ (gerundet)	in ... Nachlässen	insgesamt	Durchschnitt ¹⁾ (gerundet)
	Anzahl	1 000 EUR	EUR	Anzahl	1 000 EUR	EUR	Anzahl	1 000 EUR	EUR	Anzahl	1 000 EUR	EUR
bis 50 000	346	2 801	8 100	213	1 532	7 200	119	364	3 100	105	381	3 600
50 000 – 0,5 Mill.	2 362	16 335	6 900	2 483	28 435	11 500	1 457	4 584	3 100	1 358	4 170	3 100
0,5 Mill. – 1 Mill. ..	710	5 326	7 500	831	15 325	18 400	510	1 530	3 000	434	1 287	3 000
1 Mill. – 5 Mill. ..	674	6 046	9 000	851	23 587	27 700	506	1 466	2 900	414	1 351	3 300
5 Mill. – 20 Mill. ..	96	1 358	14 100	119	6 781	57 000	75	233	3 100	52	168	3 200
über 20 Mill.	14	1 018	72 700	20	3 290	164 500	12	29	2 400	8	35	4 400
über 20 Mill. ²⁾	(13)	(235)	(18 000)	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Insgesamt ...	4 202	32 884	7 800	4 517	78 951	17 500	2 679	8 205	3 100	2 371	7 393	3 100
Insgesamt ²⁾ ...	(4 201)	(31 318)	(7 500)	X	X	X	X	X	X	X	X	X

1) Durchschnitt der positiven Fälle einer Größenklasse. – 2) Die Werte in Klammern lassen einen Einzelfall mit Bestattungskosten in Höhe von rund 780 000 Euro außer Betracht.

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

Tabelle 22: Übernommene Verbindlichkeiten, Leistungsauflagen und sonstige Gegenleistungen (Schenkungen)

Steuerwert des übertragenen Vermögens von mehr als ... bis ... EUR	Schenkungen	Schenkungen mit Verbindlichkeiten, Leistungsauflagen oder sonstigen Gegenleistungen			Verbindlichkeiten, Leistungsauflagen oder sonstige Gegenleistungen			
		zusammen	Anteil	Anteil an insgesamt ¹⁾	insgesamt		Durchschnitt ²⁾ (gerundet)	Anteil am Steuerwert
	Anzahl	%			1 000 EUR	%	EUR	%
bis 50 000	17 773	1 201	6,8	4,1	31 743	11,4	26 400	14,5
50 000 – 0,5 Mill. .	9 919	1 173	11,8	4,0	85 460	30,7	72 900	4,6
0,5 Mill. – 1 Mill. ...	1 093	180	16,5	0,6	55 560	20,0	308 700	7,5
1 Mill. – 5 Mill. ...	584	98	16,8	0,3	84 420	30,3	861 400	7,7
5 Mill. – 20 Mill. ...	52	4	7,7	0,0	14 747	5,3	3 686 800	3,1
über 20 Mill.	3	1	33,3	0,0	6 515	2,3	6 515 200	7,0
Insgesamt ...	29 424	2 657	9,0	9,0	278 445	100	104 800	6,2

1) Anteil an allen betrachteten Schenkungen (29 424). – 2) Durchschnitt der positiven Fälle einer Größenklasse.

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

verwaltung im Durchschnitt Kosten in Höhe von gut 3 000 Euro akzeptiert wurden. Allerdings wurden in 5% der Fälle auch Grabdenkmalkosten von über 8 350 Euro anerkannt. Bei Grabpflegekosten liegen 5% der Fälle über einem Betrag von knapp 5 600 Euro. Nachlassregelungskosten fallen im Zusammenhang mit der Abwicklung des Nachlasses, etwa für die Erteilung eines Erbscheins oder für die Vergütung eines nachlassabwickelnden Testamentsvollstreckers, an. Auch hier zeigt sich, dass solche Kosten mit dem Gesamtwert der Nachlassgegenstände steigen. In 5% der Fälle übersteigen die Nachlassregelungskosten knapp 53 200 Euro. Unter den hier betrachteten Nachlässen mit einem Gesamtwert der Gegenstände von bis zu 50 000 Euro wurden hierdurch im Schnitt gut 21% des Gesamtwertes der Nachlassgegenstände aufgezehrt. Diese Quote liegt unter den Nachlässen zwischen 50 000 und 500 000 Euro bereits bei rund 5% und sinkt über 2,6% (500 000 bis 1 Mill. Euro) auf 1,4% (1 bis 5 Mill. Euro). Für die Regelung von Nachlässen über 5 Mill. Euro wurden im Schnitt Kosten von weniger als 0,7% des Gesamtwertes der Nachlassgegenstände angegeben.

2.8 Abzüge vom Wert der Schenkung

Die Übernahme von Verbindlichkeiten, Leistungsauflagen und sonstigen Gegenleistungen durch den Beschenkten kommt in der Praxis nicht häufig, aber doch in rund 9% der im Datenmaterial enthaltenen steuerlich relevanten Schenkungsfälle vor (siehe Tabelle 22).

Wie die nachfolgende Tabelle 23 belegt, ist die Erbringung einer wirtschaftlich messbaren Gegenleistung durch den Beschenkten die häufigste Form einer Leistung oder Duldung durch den Beschenkten. Am häufigsten findet sich diese Situation in Schenkungen, in denen der Steuerwert des übertragenen Vermögens bis zu 50 000 Euro, also der Wert der vom Schenker erbrachten Leistung gerade nicht erheblich über dem Wert der Gegenleistung liegt. Da in diesen Fällen ein wirtschaftliches Missverhältnis der beiderseitigen Leistungen objektiv jedenfalls nicht immer offensichtlich ist, hängt die rechtliche Qualifikation als Schenkung im Steuersinn entscheidend von dem in der Praxis nicht unproblematischen subjektiven Kriterium des Willens zur Unentgeltlichkeit ab.

Zu den abzugsfähigen Nutzungs- und Duldungsauflagen zählt insbesondere der Nießbrauch. Angesichts der Häufigkeit, mit der Probleme von Nießbrauchsgestaltungen die Fachliteratur und Gerichte beschäftigen, überrascht es, dass sich abzugsfähige Nutzungs- und Duldungsauflagen nicht einmal in 2,5% der Schenkungsteuerfälle niedergeschlagen haben (siehe Tabelle 24 auf S. 970).

Der Beschenkte kann Aufwendungen, etwa Rechtsberatungs- und Beurkundungskosten, die im Zusammenhang mit der Schenkung angefallen sind, als Erwerbsnebenkosten schenkungsteuerlich geltend machen, der Schenker hingegen nicht. Diese Möglichkeit wird nur in jedem sechsten Fall genutzt.

Tabelle 23: Verkehrswert der Gegenleistung des Erwerbers (Schenkungen)

Steuerwert des übertragenden Vermögens von mehr als ... bis ... EUR	Schenkungen	Schenkungen mit Gegenleistungen des Erwerbers			Verkehrswert der Gegenleistung des Erwerbers			
		zusammen	Anteil	Anteil an insgesamt ¹⁾	insgesamt		Durchschnitt ²⁾ (gerundet)	Anteil am Steuerwert
					1 000 EUR	%		
	Anzahl		%				EUR	%
bis 50 000	17 773	1 850	10,4	6,3	120 275	79,8	65 000	54,8
50 000 – 0,5 Mill. .	9 919	239	2,4	0,8	12 082	8,0	50 600	0,7
0,5 Mill. – 1 Mill. ...	1 093	38	3,5	0,1	7 602	5,0	200 000	1,0
1 Mill. – 5 Mill. ...	584	24	4,1	0,1	10 289	6,8	428 700	0,9
5 Mill. – 20 Mill. ...	52	3	5,8	0,0	514	0,3	171 300	0,1
über 20 Mill.	3	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt ...	29 424	2 154	7,3	7,3	150 761	100	70 000	3,4

1) Anteil an allen betrachteten Schenkungen (29 424). – 2) Durchschnitt der positiven Fälle einer Größenklasse.

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

Tabelle 24: Abzugsfähige Nutzungs- und Duldungsauflagen; abzugsfähige Erwerbsnebenkosten (Schenkungen)

Steuerwert des übertragenen Vermögens von mehr als ... bis ... EUR	Schenkungen	Summe der abzugsfähigen Nutzungs- und Duldungsauflagen				Abzugsfähige Erwerbsnebenkosten			
		in ... Schenkungen	insgesamt	Durchschnitt (gerundet)	Anteil am Steuerwert	in ... Schenkungen	insgesamt	Durchschnitt ¹⁾ (gerundet)	Anteil am Steuerwert
		Anzahl	1 000 EUR	EUR	%	Anzahl	1 000 EUR	EUR	%
bis 50 000	17 773	273	3 752	13 700	1,7	2 755	1 650	600	0,8
50 000 – 0,5 Mill.	9 919	356	16 204	45 500	0,9	2 460	5 151	2 100	0,3
0,5 Mill. – 1 Mill. ..	1 093	49	6 254	127 600	0,8	234	1 580	6 800	0,2
1 Mill. – 5 Mill. ..	584	7	2 837	405 300	0,3	109	735	6 700	0,1
5 Mill. – 20 Mill. ..	52	–	–	–	–	4	50	12 400	0,0
über 20 Mill.	3	–	–	–	–	2	39	19 500	0,0
Insgesamt ...	29 424	685	29 046	42 400	0,6	5 564	9 206	1 700	0,2

1) Durchschnitt der positiven Fälle einer Größenklasse.

Quelle: Auswertung der Universität Mannheim aus dem Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002.

3 Berechnung und Verlässlichkeit der ermittelten Ergebnisse

3.1 Struktur und Bedeutung der bereitgestellten Daten

Die Studie basiert auf Daten, die vom Statistischen Bundesamt im Rahmen der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002 erhoben und im Februar 2006 für wissenschaftliche Forschungszwecke anonymisiert als Scientific-Use-File bereitgestellt wurden.

3.1.1 Einfluss der Erhebungsmethodik der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik auf den Nachweis der Erbfälle

Zugrunde liegen 164 289 Datensätze zu Erbschaft- und Schenkungsteuerfällen, in denen im Jahr 2002 erstmals eine Steuer festgesetzt wurde. Enthalten sind auch Daten zu Steuerfällen, in denen zunächst mit einer Steuerfestsetzung gerechnet wurde, sich dies jedoch letztlich nicht bestätigt hat. Dies betrifft 11 500 Steuerfälle. Die Daten spiegeln einen Jahrgang der *Steuerfestsetzung* wider, nicht aber die Steuererhebung auf alle Schenkungen und Erwerbe von Todes wegen im Jahr 2002. Dies mag ein Beispiel verdeutlichen: Ist eine Erblasserin im Oktober 2000 verstorben, ist nicht ausgeschlossen, dass sie in dem untersuchten Datenbestand erfasst wurde. Es ist denkbar, dass die Erben ihre Erbschaft im Januar 2001 angetreten und etwa im März bis Mai 2001 ihre Erbschaftsteuererklärungen abgegeben haben. Aufgrund unklarer Angaben könnte es zu Rückfragen des Finanzamtes und Erläuterungen der Begünstigten gekommen sein, sodass die Steuerfestsetzung bis Januar 2002 verzögert wurde.

Dies hat eine zeitliche Verschiebung der Datenerfassung der Erbschaftsteuerfälle gegenüber der Erfassung der Todesfälle und Schenkungen eines jeden Jahres zur Folge: Die erstmaligen Steuerfestsetzungen zu Erwerben im Jahr 2002 erfolgten zum Teil erst in späteren Jahren, ebenso wie die untersuchten Daten zum Teil Festsetzungen enthalten, bei denen das steuerauslösende Ereignis in früheren Jahren gelegen hat. Gleichwohl sind die Daten insoweit aussagekräftig, als ein kompletter Festsetzungsjahrgang erhoben wurde und davon ausgegangen werden darf, dass in

dem Maß, in dem tatsächliche steuerrelevante Ereignisse des Jahres 2002 nicht berücksichtigt wurden, Ereignisse vorangegangener Jahre in die Statistik eingegangen sind. Im Ergebnis bilden die Daten nicht alle Nachlässe ab, die etwa nach dem Tod von 841 686 Menschen im Jahr 2002 in Deutschland angefallen sind, sondern lediglich 62 290, von denen ein erheblicher Teil auf Todesfälle in den Jahren 2001, 2000 und möglicherweise noch früher zurückgeht.

3.1.2 Veränderung der Anzahl der erfassten Datensätze

Mit Blick auf die Zahl der erfassten Fälle sind quantitative Verschiebungen größeren Ausmaßes nicht wahrscheinlich. Die Zahl der Sterbefälle war zwischen 2000 und 2002 – mit Schwankungen unter 1,6% – weitgehend konstant (841 686 nach 828 541 und 838 797). Ein Anlass für eine signifikante Steigerung der Anzahl der Schenkungen ist nicht ersichtlich.

Soweit in den tatsächlichen Ereignissen oder in der Art und Weise der Steuererhebung Abweichungen zum Normalgeschehen anderer Jahre bestehen, können sich diese auch in den Ergebnissen von statistischen Erhebungen niederschlagen. Da für die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik aber die für die Steuererhebung erforderlichen Veranlagungsdaten sekundärstatistisch ausgewertet werden, sind signifikante Veränderungen nicht wahrscheinlich.

Eine Mehrbelastung der Finanzbehörden im Zusammenhang mit der Einführung des Euro zu Beginn des Jahres 2002 und eine dadurch unter Umständen längere Bearbeitungsdauer ist hingegen denkbar.

3.1.3 Faktische Anonymisierung der Einzeldaten durch Mikroaggregation

Aufgrund des so genannten Wissenschaftsprivilegs kann die Wissenschaft Einzelmateriale aus amtlichen Erhebungen auch in faktisch anonymisierter Form (§ 16 Abs. 6 BStatG) nutzen, also in einer Form, in der noch ein „Restrisiko“ der Deanononymisierung besteht. Zur faktischen Anonymisierung von Einzeldaten werden verschiedene Verfahren eingesetzt. Beim Scientific-Use-File der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002 wurden vom Statistischen Bundesamt 447 erbschaftsteuerliche Datensätze nachträglich verändert (sog. mikroaggregierte Daten), um die

Rückverfolgbarkeit der ohnehin von persönlichen Angaben gereinigten Daten auszuschließen. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere in jeder Region die höchsten drei Erwerbe von Todes wegen verändert, das heißt insbesondere die Höhe der Erwerbe und das Verwandtschaftsverhältnis zwischen Erblasser und Begünstigtem wurden überschrieben. Hiervon betroffen sind insgesamt 373 Nachlässe. Im Ergebnis sollen die Änderungen keinen statistisch relevanten Einfluss auf ein Auswertungsergebnis haben. Es hat sich jedoch gezeigt, dass durch die Mikroaggregation Steuerfälle desselben Nachlasses teilweise voneinander abweichende nachlassbezogene Angaben enthielten, etwa auch hinsichtlich der Nachlassvermögenswerte. Für die Untersuchung wurde jeweils der in dem Datenbestand vorgekennzeichnete Primärdatensatz eines jeden Nachlasses herangezogen.

3.2 Verwendung der Daten im Rahmen der Studie

Die Aufnahme in den Datenbestand der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik beruht auf der Einschätzung des zuständigen Finanzbeamten, der eine Steuererhebung prognostiziert. Bestätigt sich diese Prognose letzten Endes nicht, trägt der betroffene Steuerfall zum Steueraufkommen nichts bei. Die Erhebung der Daten und Aufnahme in den Datenbestand kann ihre Ursache in einer Fehlprognose des Sachbearbeiters, unzutreffenden Angaben des Steuerpflichtigen, Änderungen bei der Bewertung usw. haben und ist letztlich zufällig. Da die große Mehrzahl der Fälle durch geringe Erwerbswerte und hohe Freibeträge ohnehin nicht erfasst wurde – bei Nachlässen etwa 750 000 Fälle jährlich –, ist eine klare Grenzziehung zwischen beiden Bereichen nur möglich, wenn in die Untersuchung nur die Fälle einbezogen werden, die sich im Ergebnis als steuerrelevant erwiesen haben. Als Abgrenzungskriterium wurde die festgestellte Regelsteuer und nicht die tatsächlich festgesetzte Steuer gewählt, um Verschiebungen durch Anrechnungsbeiträge insbesondere aus Vorerwerben (§ 14 ErbStG) zu vermeiden.

Die Studie beschränkt sich auf die Auswertung der steuerrelevanten Datensätze im Scientific-Use-File. Untersucht wurden die 152 789 Steuerfälle, in denen eine Regelsteuer von mehr als 0,00 Euro festgestellt wurde, während zusätzlich erfasste 11 500 Fälle nicht in die Untersuchung einbezogen wurden. Die untersuchten Steuerfälle führten im Ergebnis in 150 865 Fällen zu einer tatsächlichen positiven Steuerfestsetzung, in den übrigen Fällen wurde der Regelsteuerbetrag insbesondere durch die Anrechnung von Steuern aus Vorerwerben (§ 14 ErbStG) aufgezehrt. Unberücksichtigt blieben dadurch auch 489 (zweifelhafte) Fälle, denen weder ein positiver steuerpflichtiger Erwerb noch eine positive Regelsteuer zu entnehmen war, in denen aber dennoch eine positive tatsächliche Steuer festgesetzt wurde.

Von den 34 346 Schenkungsteuerfällen wurden hiernach 29 424 in die Untersuchung einbezogen, die in 28 185 Fällen tatsächlich zu einer positiven Steuerfestsetzung führten. 4 922 Fälle, in denen keine positive Regelsteuer festge-

stellt wurde, blieben unberücksichtigt. Zur Erbschaftsteuer enthält der Datenbestand Angaben zu insgesamt 129 943 Steuerfällen, die sich auf 62 290 Nachlässe beziehen. Eine positive Regelsteuer ergibt sich in 123 365 Steuerfällen, die auf 60 108 Nachlässen beruhen. In insgesamt 122 680 dieser Steuerfälle wurde im Ergebnis tatsächlich eine positive Steuer festgesetzt.

Teilweise wiesen die Daten erhebungsbedingte strukturelle Mängel auf, die im Rahmen der Auswertung weitgehend Berücksichtigung fanden. Zu den Fällen fehlender Detailangaben zu Vermögenswerten und Verbindlichkeiten siehe die Abschnitte 2.6.3 und 2.7. Überdies fanden sich in einigen Nachlassdaten unplausible Angaben zu den enthaltenen Nachlassgegenständen bzw. -werten, was größtenteils Nachlässe betrifft, in denen keine Erben, sondern lediglich Vermächtnisnehmer o. Ä. steuerlich erfasst wurden. Die Berücksichtigung dieser Nachlässe führte möglicherweise zu Verschiebungen in Auswertungen der untersten Größenklasse der Gesamtwerte der Nachlassgegenstände.

3.3 Berechnung im Einzelnen

3.3.1 Steuerklassen

In 47 625 Steuerfällen (über 30%) waren die der Steuererhebung zugrunde gelegten Steuerklassen bei den Finanzämtern nicht vermerkt. Im Rahmen der Studie wurden die fehlenden Einträge anhand der Angaben zum Verwandtschaftsverhältnis nachgetragen. Hierbei offenbarten sich in 61 überwiegend mikroaggregierten Erbschaftsteuerfällen Abweichungen der (aus Gründen des Datenschutzes geänderten) Eintragung zum Verwandtschaftsverhältnis gegenüber der errechneten Steuerklasse, die sodann entsprechend den bisherigen Eintragungen bzw. dem festgesetzten Steuersatz in Übereinstimmung mit den Änderungen durch die Mikroaggregation erneut korrigiert wurden. Zudem fanden sich zwei Schenkungsteuerfälle, in denen ausweislich der gewährten persönlichen Freibeträge (§ 16 ErbStG) und dem festgesetzten Steuersatz das Verwandtschaftsverhältnis bei den Finanzämtern fehlerhaft erfasst worden war. Auch in diesen Fällen wurde die Steuerklasse entsprechend der tatsächlichen Festsetzung der Finanzämter in die Auswertung aufgenommen.

3.3.2 Steuerwerte

Die untersuchten Daten beruhen auf Erfassungen der zuständigen Finanzämter und enthalten die Steuerwerte von Vermögensgegenständen. Abweichungen zu Verkehrswerten können sich durch die so genannte Bedarfsbewertung nach dem Bewertungsgesetz insbesondere bei Immobilien und land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (§§ 138 ff. BewG) sowie bei Betriebsvermögen (§§ 95 ff. BewG) ergeben. Eine statistisch valide Möglichkeit, aus den erfassten Steuerwerten auf Verkehrswerte zurückzurechnen, besteht nicht. Die Studie legt daher die erfassten Steuerwerte zugrunde und untersucht die auf diese Werte gewährten Freibeträge und Bewertungsabschläge.

3.3.3 Steuerliche Bedeutung des Betriebsvermögens

3.3.3.1 Überschreiten der Schwelle von 100 Mill. Euro an Betriebsvermögen

Der Wert des durch Schenkung übertragenen oder in Nachlässen enthaltenen Betriebsvermögens ergibt sich unmittelbar aus den untersuchten Daten und kann daher mit hoher Zuverlässigkeit ermittelt werden. Die Validität der Daten erfährt jedoch durch die nachträgliche Veränderung der Daten zu den werthaltigsten Nachlässen einer jeden Region eine empfindliche Beeinträchtigung gerade in dem Bereich, der für die Untersuchung bedeutsam ist. Aus dem Umstand, dass sich in den untersuchten Daten kein einziger Nachlass befindet, der die Schwelle von 100 Mill. Euro an Betriebsvermögen überschreitet, kann daher nicht geschlossen werden, dass der Erbschaftsteuerfestsetzung im Jahr 2002 nicht gleichwohl zwei oder drei solcher Fälle zugrunde gelegen haben, die erst durch nachträgliche Veränderungen unkenntlich gemacht wurden. Indes ist die Zahl der Nachlässe im statistisch hier relevanten Bereich von Nachlassgegenstandswerten über 50 Mill. Euro mit 13 so gering, dass eine valide Aussage für andere Zeiträume kaum möglich ist. Die Ergebnisse lassen nur die Aussage zu, dass nicht damit zu rechnen ist, dass mehr als bestenfalls Einzelfälle von einer Gesetzgebungsregelung erfasst werden, die Betriebsvermögen von mehr als 100 Mill. Euro als Tatbestandsvoraussetzung vorsieht.

Hinsichtlich der Frage, in welchem Umfang einzelne Erwerber Betriebsvermögen erhalten haben, lassen nur die Schenkungsteuerdaten exakte Aussagen zu. Bei der Erbschaftsteuer wird das Betriebsvermögen für den gesamten Nachlass einheitlich erfasst und unter Miterben entsprechend ihrer Erbquoten einheitlich versteuert, selbst wenn zivilrechtlich nur einer oder einzelne der Miterben das Betriebsvermögen erhalten haben sollten. Diese Form der Datenerfassung wurde auch in den Fällen angewandt, in denen einem Vermächtnisnehmer das gesamte Betriebsvermögen zugewiesen wurde (siehe auch Abschnitt 3.3.3.2). Dementsprechend erlauben die Daten lediglich folgende Rückschlüsse: Da kein Begünstigter mehr Betriebsvermögen erhalten kann, als sich im Nachlass befindet, und die Daten für keinen Nachlass Betriebsvermögen von mehr als 100 Mill. Euro ausweisen, darf unterstellt werden, dass auch die Erwerbe unter 100 Mill. Euro Betriebsvermögen geblieben sind. Zudem weist der Gesamtwert der Bereicherung eines Begünstigten vor Abzug von Steuerfreibeträgen und -begünstigungen in keinem Fall einen Betrag über 100 Mill. Euro aus. Mit der Einschränkung, dass dies in Einzelfällen auf einer nachträglichen Datenveränderung (Mikroaggregation) beruhen kann, können Erwerbe über 100 Mill. Euro an Betriebsvermögen auch in Einzelfällen als eher unwahrscheinlich angesehen werden.

3.3.3.2 Anteil der festgesetzten Steuer auf den Übergang von inländischem Betriebsvermögen am Aufkommen aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer insgesamt

Der Anteil der festgesetzten Steuer auf den Übergang von Betriebsvermögen am Aufkommen aus der Erbschaft- und

Schenkungssteuerstatistik lässt sich hinsichtlich der Erwerbe von Todes wegen nur näherungsweise ermitteln. Die im Rahmen der Studie vorgenommene Ermittlung erfolgt unter Zugrundelegung des rechnerischen Anteils des positiven Betriebsvermögens am Gesamtwert der Nachlassgegenstände bzw. am Steuerwert des übertragenen Vermögens.

Die Ermittlung eines verlässlichen Ergebnisses wird über allgemeine statistische Ungenauigkeiten hinaus durch strukturelle Mängel der Datenerfassung erschwert: Das Betriebsvermögen wird von den Finanzämtern nachlassbezogen, nicht erwerberbezogen erfasst, sodass bei jedem Steuerfall der volle Wert des gesamten im Nachlass befindlichen Betriebsvermögens ausgewiesen wird. Ein Rückschluss darauf, welcher der Beteiligten das Betriebsvermögen im zivilrechtlichen Sinne erhalten hat, ist auf der Grundlage dieser Eintragung nicht ohne weiteres möglich. Es kann daher nicht gänzlich ausgeschlossen werden, dass bei korrekter Zuordnung des Betriebsvermögens auf einzelne Vermächtnisnehmer andere Steuersätze eingreifen und in den betroffenen Einzelfällen ein höherer oder niedrigerer Steuereffekt eintreten würde. Einzelne solcher Fälle wurden eindeutig erkannt und entsprechend behandelt (Näheres dazu unten).

Eine Vielzahl von Nachlässen enthielt zwar Angaben zum Gesamtbetriebsvermögen, hingegen keine gesonderte Ausweisung des inländischen und ausländischen Betriebsvermögens (561 der 1419 untersuchten Nachlässe mit positivem Betriebsvermögen), was nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes (auch) auf die unterschiedliche Datenerfassung in den einzelnen Bundesländern zurückzuführen ist. In diesen Fällen wurde angenommen, dass ausschließlich inländisches Betriebsvermögen angefallen ist. Der ermittelte Wert für den auf das Betriebsvermögen entfallenden Anteil am Steueraufkommen ist dadurch tendenziell überhöht. Allerdings dürfte dieser Effekt statistisch von geringem Gewicht sein, da die vollständig erfassten 858 Nachlässe mit Betriebsvermögen nur 28 Nachlässe mit ausländischen Betriebsvermögenswerten enthielten. Im Rahmen der Schenkungsteuer wurden das inländische und das ausländische Betriebsvermögen generell nicht gesondert ausgewiesen und demgemäß der Gesamtwert des Betriebsvermögens als inländisches Betriebsvermögen behandelt.

In 26 mikroaggregierten Nachlässen fanden sich zudem unplausible Werteinträge. Obwohl kein ausländisches Betriebsvermögen eingetragen war, entsprach der Wert des inländischen Betriebsvermögens nicht dem des Gesamtbetriebsvermögens. In diesen Fällen wurde angenommen, dass der Gesamtbetriebsvermögenswert hinsichtlich der Auswertung das maßgebliche Datum darstellt und sich ausschließlich aus inländischem Betriebsvermögen zusammensetzt. Die Differenz betrug hier insgesamt rund 170 Mill. Euro.

Überdies sind den untersuchten Daten keine Angaben über die Zusammensetzung der Vorerwerbe zu entnehmen. Es wurde daher angenommen, dass sich die Vorerwerbe wie die Erwerbe zusammensetzen. Entsprechend wurde bei der Ermittlung der Steueranteile für Betriebsvermögen an der Regelsteuer der jeweilige Betriebsvermögensanteil an den Erwerbswerten zugrunde gelegt. Auf die Ermittlung der Anteile am tatsächlichen Steueraufkommen hatte dies nur

einen untergeordneten Einfluss. Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass die Anteile des Betriebsvermögens an der Regelsteuerfestsetzung bzw. der tatsächlich festgesetzten Steuer ermittelt wurden, nicht hingegen die Höhe der Steuer ausfälle, die etwa durch eine sachliche Steuerfreiheit von Betriebsvermögen entstehen und aufgrund des Progressionseffektes tendenziell höher ausfallen würden.

Zunächst wurde der Betriebsvermögensanteil am Gesamtwert der Nachlassgegenstände bzw. am Steuerwert des übertragenen Vermögens (BV-Quote) bestimmt. Für die Erbschaftsteuerfälle erfolgte dies aufgrund der vorgegebenen Datenstruktur nachlassbezogen, wobei der Gesamtwert der Abschlüsse nach § 13 a ErbStG (BV-Abschlag) sämtlicher Steuerfälle eines jeden Nachlasses zugrunde gelegt wurde. Für Schenkungsteuerfälle standen die erforderlichen Werte hingegen steuerfallbezogen zur Verfügung.

Der Abzugsbetrag des § 13 a ErbStG wird nicht nur für (inländisches) Betriebsvermögen, sondern ebenfalls für land- und forstwirtschaftliches Vermögen sowie für Anteile von 25% und mehr an Kapitalgesellschaften gewährt. Es hat sich gezeigt, dass in einigen Fällen Vermögen mehrerer dieser Klassen vorhanden war. Um dem Betriebsvermögen nicht über Gebühr Abzugsbeträge zuzuweisen, wurden diese zunächst verhältnismäßig auf das Betriebsvermögen und – soweit vorhanden – auf das land- und forstwirtschaftliche Vermögen verteilt. Zusätzlich wurden die Abzugsbeträge auf den Wert beschränkt, der sich bei Anwendung des § 13 a ErbStG in der bis zum 31. Dezember 2003 gültigen Fassung errechnet. Für positive Betriebsvermögen wurde die Betriebsvermögensquote sodann wie folgt berechnet:

$$BV - Quote_{pos} = \frac{(Betriebsvermögen - BV - Abschlag)}{(Gesamtwert - BV - Abschlag)}$$

Auf Grundlage der so errechneten Betriebsvermögensquote wurde für sämtliche Steuerfälle, die positives (inländisches) Betriebsvermögen enthielten, der Anteil an der Regelsteuer bzw. der tatsächlich festgesetzten Steuer unter Beachtung des Steuerabzugsbetrages nach § 19 a ErbStG, der ebenfalls verhältnismäßig auf Betriebsvermögen und land- und forstwirtschaftliches Vermögen verteilt wurde (Steuerabzug), errechnet:

$$BV\text{-}Regelsteuer_{pos} = BV\text{-}Quote_{pos} \cdot Regelsteuer$$

$$BV\text{-}Steuer_{pos} = BV\text{-}Quote_{pos} \cdot (tatsächlich\ festgesetzte\ Steuer + Steuerabzug) - Steuerabzug$$

Die derart gefundenen Steuerbeträge wurden sodann gesondert ausgewiesen und zur Errechnung der Betriebsvermögensanteile am jeweiligen Steueraufkommen zum Gesamtsteueraufkommen ins Verhältnis gesetzt:

$$BV - Quote - Regelst_{pos} = \frac{BV - Regelsteuer_{pos}}{Gesamtregelsteuer}$$

$$BV - Quote - Steuer_{pos} = \frac{BV - Steuer_{pos}}{Gesamtsteuer}$$

In einem weiteren Schritt wurden Sondereffekte durch die Zuweisung des Betriebsvermögens an bestimmte Beteiligte (etwa im Rahmen eines Vermächtnisses) herausgerechnet. Dazu wurden insgesamt 135 Nachlässe, bei denen nicht in sämtlichen (abhängigen) Steuerfällen Einträge zum Abzug nach § 13 a ErbStG zu finden waren, einzeln untersucht. Dabei zeigte sich, dass die vorgenannte Verteilung vornehmlich auf Begünstigte zurückzuführen war, die nicht Erben waren. In 17 mikroaggregierten Nachlassfällen zeigten sich in Folge des manuellen Eingriffs durch das Statistische Bundesamt unklare Verteilungen der Vermögenswerte. In vier weiteren Nachlassfällen wurde das Betriebsvermögen bestimmten Erben zugewiesen, allerdings war eine eindeutige Zuordnung nicht möglich. In insgesamt vier Nachlassfällen konnte das Betriebsvermögen eindeutig bestimmten Beteiligten zugeordnet werden. In drei Fällen haben je zwei Vermächtnisnehmer ausschließlich Betriebsvermögen erhalten, die Erben dagegen keines; hier wurde die BV-Quote der Vermächtnisnehmer auf „1“, die der übrigen Beteiligten auf „0“ gesetzt. In einem Fall hat ein Vermächtnisnehmer neben dem vollständigen Betriebsvermögen noch weitere Zuwendungen erhalten; hier wurde für den Vermächtnisnehmer die individuelle BV-Quote an seinen Gesamtzugewendungen errechnet und eingetragen, die BV-Quote der übrigen Beteiligten wurde auf „0“ gesetzt.

Mit den angepassten BV-Quoten wurden sämtliche Berechnungsschritte – wie zuvor beschrieben – erneut durchgeführt. Es zeigte sich eine Erhöhung der anteiligen Regelsteuer in Höhe von rund 120 000 Euro und eine sehr geringe Erhöhung der anteiligen tatsächlich festgesetzten Steuer in Höhe von rund 500 Euro. Hinsichtlich der Betriebsvermögensanteile an der Regelsteuer bzw. der tatsächlich festgesetzten Steuer war die manuelle Anpassung der BV-Quoten im Ergebnis somit ohne Auswirkungen.

3.3.4 Änderung der Progressionsstufen

Grundlage der Berechnung ist das Regelsteueraufkommen. Nur so konnten Sondereffekte durch Vorerwerbe berücksichtigt werden. Besondere Ungenauigkeiten aufgrund der vorhandenen Datenstruktur haben sich nicht ergeben. Sowohl steuerpflichtige Erwerbe als auch Steuersätze und -klassen sind steuerfallbezogen erfasst, fehlende Steuerklasseneinträge wurden ergänzt (siehe Abschnitt 3.3.1).

3.3.5 Sonstige Erhebungen

Ungenauigkeiten haben sich aufgrund der vorhandenen Datenstruktur nicht ergeben. Sämtliche Daten waren entsprechend der Auswertung nachlass- oder steuerfallbezogen vorhanden. [\[1\]](#)

ÜBERSICHT

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

Heft Seite

Organisationsfragen der deutschen und der europäischen Statistik

Der Verhaltenskodex Europäische Statistiken (Code of Practice)	8	793
--	---	-----

Neue Steuerungsinstrumente, Qualitätsmanagement

Prozessanalysen im Statistischen Bundesamt – ein Erfolg	1	26
Qualitätsberichte – ein neues Informationsangebot über Methoden, Definitionen und Datenqualität der Bundesstatistiken	2	109

Überprüfung und Weiterentwicklung des Statistischen Programms

Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien in Deutschland	1	33
Informations- und Kommunikationstechnologie in Unternehmen	5	468
Internetnutzung und die Aneignung von E-Skills	7	722
Karten in der amtlichen Statistik	3	205

Verbreitung statistischer Ergebnisse, Öffentlichkeitsarbeit, Kundenbefragungen

Nutzerleitfaden zur EU-Statistik	5	443
--	---	-----

Mathematisch-statistische Fragen und Methoden

Die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte	5	451
Nutzung des Raumbezuges in der amtlichen Statistik	2	118
Karten in der amtlichen Statistik	3	205
Daten für wissenschaftliche Analysen zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen	4	344
Tabellengeheimhaltung im statistischen Verbund – ein Vergleich am Beispiel der Umsatzsteuerstatistik	8	805

	Heft	Seite
Bevölkerung		
Auswirkung der Bereinigung des Ausländerzentralregisters auf die amtliche Ausländerstatistik	5	480
Mikrozensus		
Existenzgründungen im Spiegel des Mikrozensus	5	495
Wahlen		
Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2005 nach Geschlecht und Alter	3	220
Erwerbstätigkeit		
Erwerbstätigkeit in Deutschland (Teil 1)	9	934
Unterbeschäftigung als Teil des Labour-Force-Konzeptes	3	238
Kontaktzeiten in einer Telefonerhebung – wie beeinflussen sie die Messung der Erwerbstätigkeit?	6	581
Unternehmen und Arbeitsstätten, Unternehmensregister		
Gewerbeanzeigen 2005 – Gründungen und Schließungen	5	505
Insolvenzen 2005	4	351
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Flächennutzung		
LUCAS – eine europäische Flächenstichprobe und ihre Auswirkungen auf die deutsche Agrarstatistik	1	55
Die Klassifizierung landwirtschaftlicher Betriebe	5	516
Nutzung der Bodenfläche	3	212
Produzierendes Gewerbe		
Strukturdaten zum Verarbeitenden Gewerbe	7	734
Strukturwandel im Baugewerbe	8	815
Bautätigkeit und Wohnungen		
Wohngeld in Deutschland 2004	3	271
Preisentwicklungen in der Bauwirtschaft 2005	4	405
Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Strukturdaten des Einzelhandels im Jahr 2003	8	820
Gastgewerbe im Jahr 2003	6	587
Tourismus in Deutschland 2005: Ankünfte und Übernachtungen nehmen zu	6	596
Außenhandel		
Asymmetrien in der Außenhandelsstatistik	3	257
Der deutsche Außenhandel 2005 nach Ländern	5	527
Verkehr		
Kombinierter Verkehr 2004 – Motor aller Verkehrsträger	5	538
Gefahrguttransporte 2004	3	264
Unfallgeschehen im Straßenverkehr 2005	8	832
Seeschifffahrt 2005 – Güterumschlag auf neuer Rekordhöhe	8	846
Eisenbahnverkehr 2005	5	546
Öffentlicher Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2004	4	360
Unternehmen der Binnenschifffahrt 2004	6	606
Binnenschifffahrt 2005 – Güterbeförderung nimmt weiter zu	7	747
Gewerblicher Luftverkehr 2005	4	370

	Heft	Seite
Geld und Kredit, Dienstleistungen		
Die Bedeutung der Dienstleistungsstatistik für die Berechnung der Wertschöpfung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	2	145
Bildung und Kultur		
Daten für wissenschaftliche Analysen zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen	4	344
Gesundheitswesen		
Die Todesursachenstatistik – Methodik und Ergebnisse 2004	6	614
Sozialleistungen		
Ergebnisse der Statistiken über die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2004	2	160
Neue Statistiken zur Kindertagesbetreuung	2	166
Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 2004	4	377
Wohngeld in Deutschland 2004	3	271
Finanzen und Steuern		
Statistiken der öffentlichen Finanzen – aussagekräftiger und aktueller	3	279
Finanzierungssaldo des Staates – einige methodische Anmerkungen	4	339
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 2005	1	45
Spenden in Deutschland	2	151
Gewerbesteuerstatistik 2001	3	303
Körperschaftsteuerstatistik 2001	1	66
Öffentliche Finanzen im Jahr 2005	4	395
Wirtschaftsrechnungen, Zeitbudgeterhebungen		
Besonderheiten der Zeitverwendung von Frauen und Männern	1	83
Konsumausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 2003	6	630
Einkommensverhältnisse von Familienhaushalten und ihre Ausgaben für Kinder	6	644
Löhne und Gehälter, Arbeitskosten		
Möglichkeiten der Erfassung von Arbeitszeit in Unternehmensbefragungen	7	759
Preise		
Zur Entwicklung eines Baukostenindex	2	172
Preisentwicklungen in der Bauwirtschaft 2005	4	405
Preisentwicklung 2005	1	71
Preise im Januar 2006	2	182
Preise im Februar 2006	3	310
Preise im März 2006	4	413
Preise im April 2006	5	561
Preise im Mai 2006	6	671
Preise im Juni 2006	7	768
Preise im Juli 2006	8	857
Preise im August 2006	9	947
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Vierteljährliche Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors	7	713
Zur Revision der privaten Konsumausgaben im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005	2	136

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Die Bedeutung der Dienstleistungsstatistik für die Berechnung der Wertschöpfung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	2	145
Bruttoinlandsprodukt 2005	1	13
Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2006	9	905

Umwelt

Die Erhebungen nach dem neuen Umweltstatistikgesetz von 2005	5	552
--	---	-----

Gastbeiträge

Besonderheiten der Zeitverwendung von Frauen und Männern	1	83
Verdienststrukturen in Baden-Württemberg: Eine empirische Analyse mit Hilfe von Quantilsregressionen ..	3	316
Daten für wissenschaftliche Analysen zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen	4	344
Binationale Ehen in Deutschland	4	419
Die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte	5	451
Empirische Kriminalitätsforschung mit Daten der amtlichen Statistik	6	677
Eine ökonometrische Analyse der Beschäftigungswirkungen des technisch-organisatorischen Wandels ..	8	863
Zusammensetzung und Diskrepanz der Erbschaft- und Schenkungsteuer 2002	9	952

Historische Beiträge

Binnenschifffahrt auf dem Rhein vor 100 Jahren	7	774
Zur Statistik und zur Frage der Einrichtung des nationalökonomischen und statistischen Unterrichts an den deutschen Universitäten	8	871

Neuerscheinungen¹⁾ vom 26. August 2006 bis 22. September 2006

• Zusammenfassende Veröffentlichungen

	EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, August 2006	13,75
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, Juni 2006	18,70
Strukturdaten zur Migration in Deutschland 2004	16,-
Strategy and Programme Plan 2006–2010	17,80

• Fachserien

Fachserie 3: Land und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 4	Viehbestand und tierische Erzeugung 2005	11,30
	Gartenbauerhebung 2005	17,-

Fachserie 7: Außenhandel

Reihe 1	Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Juni 2006	10,80
---------	--	-------

Fachserie 10: Rechtspflege

Reihe 1	Ausgewählte Zahlen für die Rechtspflege 2005	11,-
---------	--	------

Fachserie 16: Löhne und Gehälter

Fachserie 16: Löhne und Gehälter		EUR [D]
Reihe 4.1	Tariflöhne, 1. Halbjahr 2006	17,—
Reihe 4.2	Tarifgehälter, 1. Halbjahr 2006	17,—

Fachserie 17: Preise

Reihe 2	Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), Juli 2006	7,50
Reihe 7	Verbraucherpreisindizes für Deutschland, August 2006 (Eilbericht)	3,30
Reihe 7	August 2006	10,80

• Bund-Länder-Veröffentlichungen

Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich, Ausgabe 2006	16,-
--	------

Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes

Nahezu das gesamte Angebot an Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes steht im Statistik-Shop online zur Verfügung oder kann online bestellt werden:

www.destatis.de/shop

Alle aktuellen **Fachserien**, deren Neuerscheinungen bislang an dieser Stelle aufgeführt waren, werden in elektronischer Form als PDF- oder Excel-Dateien zum **kostenfreien** Download im Statistik-Shop bereitgestellt.

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse <http://www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm> abgerufen werden.

¹⁾ Zu beziehen durch den Buchhandel oder über den Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Telefon + 49 (0) 70 71/93 53 50, Telefax + 49 (0) 70 71/93 53 35, E-Mail: destatis@s-f-g.com. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.